



PFREUNDSCHUH
in Heidelberg

GERHARD PFREUNDSCHUH

Soziale Volkswirtschaft



Gerhard Pfreundschuh

Soziale Volkswirtschaft

Heidelberg 2017

Heidelberg 2017

Copyright © 2017 Gerhard Pfreunds Schuh

Der Aufsatz kann kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.

<https://pfreunds Schuh-heidelberg.de/downloads/soziale-volkswirtschaft/soziale-volkswirtschaft.pdf>

Meiner Frau Birgit gewidmet für die vielen Anregungen, Gespräche
und die viele Arbeit mit diesem Buch

Inhalt

| | |
|-----------------------------------------------------------|-----------|
| Einleitung | 6 |
| 1. Der Neoliberalismus in der Sackgasse | 7 |
| 1.1 Neoliberalismus zerstört die Natur und Kultur | 7 |
| 1.2 Das unvollkommene Menschenbild | 15 |
| 1.3 Das fehlerhafte Marktmodell | 19 |
| 1.4 Ratlosigkeit bei der Arbeitslosigkeit | 24 |
| 1.5 Stückwerk beim Geldmarkt | 30 |
| 1.6 Die Folgen für die Weltwirtschaft | 39 |
| 2. Strategische Ziele der Sozialen Volkswirtschaft | 45 |
| 2.1 Langfristiges Überleben | 45 |
| 2.2 Mittelstand für alle | 46 |
| 2.3 Soziale Sicherheit durch Genossenschaft | 47 |
| 2.4 Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder | 48 |
| 3. Die Wirtschaft als Genossenschaft | 50 |
| 3.1 Die deutsche Volkswirtschaftslehre | 51 |
| 3.2 Der Mensch will Freiheit und Erfolgslust | 54 |
| 3.3 Mit Genossenschaften gemeinsam überleben | 63 |
| 3.4 Körperschaften, Institutionen, Organisationen | 72 |
| 3.5 Die Rolle des Staates | 80 |
| 3.6 Realwirtschaft vor Finanzwirtschaft | 87 |
| 3.7 Schutz und Zölle zum Aufbau | 91 |

| | |
|-------------------------------------------------------|------------|
| 4. Genossenschaften für Markt und Mittelstand | 96 |
| 4.1 Dreiklang: Kunden, Arbeitnehmer, Unternehmer | 97 |
| 4.2 Mittelstand: Rückgrat unserer Wirtschaft | 102 |
| 4.3 Märkte – Mächte – Bürgerstaat | 108 |
| 4.4 Die Hanse – eine Genossenschaft | 114 |
| 5. Gegen Arbeitslosigkeit durch Techniklücke | 122 |
| 5.1 Wurzeln des Wohlstands | 123 |
| 5.2 Forschung und Entwicklung für KMU und AG | 129 |
| 5.3 Die Rolle des Bürgerstaats | 136 |
| 6. Soziale Realwirtschaft | 144 |
| 6.1 Arbeit für alle | 145 |
| 6.2 Duale Umschulung für Fachkräfte | 154 |
| 6.3 Duale Umschulung für Führungskräfte | 166 |
| 6.4 Generationenfolge und Sozialversicherungen | 173 |
| 7. Geld im Dienst der Sozialen Volkswirtschaft | 175 |
| 7.1 Aufgaben und Wirkungen des Geldes | 176 |
| 7.2 Mehr Geld als Güter führt ins Verderben | 189 |
| 7.3 Geld als Mittel zum Ziel „Mittelstand für alle“ | 197 |
| 8. Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder | 209 |
| 8.1 Die Weltlage am Beginn des 21. Jahrhunderts | 209 |
| 8.2 Warum manche Länder reich, andere arm sind | 239 |
| 8.3 Friedensheer und Friedensdienst | 244 |
| 8.4 Sofortmaßnahmen | 250 |

Einleitung

Die **Soziale Volkswirtschaft** und der **Bürgerstaat** sind zwei neue Reformmodelle, die zusammengehören und sich ergänzen. Beide sind ein Zwillingsspaar. Sie haben die gleichen strategischen Ziele:

- Sicherung des langfristigen Überlebens
- Mittelstand für alle
- Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit
- Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder und friedliche Koexistenz der Kulturen¹

Beide Reformmodelle wollen den Staat und die Wirtschaft von unten nach oben steuern, vom Bürger bzw. Kunden. Sie sind basisdemokratische bzw. am Kundennutzen ausgerichtete Organisationsformen. Damit ist die Soziale Volkswirtschaft das Gegenmodell zum globalen, neoliberalen Kapitalismus, der die Wirtschaft von oben und außen steuert. Der Bürgerstaat ist der Gegenentwurf zum Parteienstaat, in dem die Politik zum „In-sich-Geschäft der politischen Elite“ verkommen ist (Gabor Steingart).

Die Soziale Volkswirtschaft ist eine Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und baut u.a. auf den Erkenntnissen der deutschen Volkswirtschaftslehre auf. Das wird hier vorgestellt. – Der Bürgerstaat ist eine Fortentwicklung der Rechts- und Sozialstaats. Er ist in einem eigenen Buch beschrieben.

Dass die „Welt in Unordnung geraten ist“ (Frank-Walter Steinmeier) und wir ein „Weltbeben“ mit Terror, Massenflucht und Bürgerkriegen, mit Euro- und Finanzkrisen, mit Massen- und Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern erleben, wissen wir.

Jetzt brauchen wir Lösungen, Gegenstrategien und Reformmodelle. Darum geht es bei der Sozialen Volkswirtschaft und dem Bürgerstaat.

¹ So auch Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden Ein philosophischer Entwurf, Stuttgart 1984 (Reclam), S. 6: „*Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.*“ – (Originalausgabe, Neue vermehrte Aufl., Königsberg 1796)

1. Der Neoliberalismus in der Sackgasse

1.1 Neoliberalismus zerstört die Natur und Kultur

„Wachstum bis zur Katastrophe“, zerfallende Staaten und zusammenbrechende Wirtschaftskreisläufe erleben wir seit 1990 in zunehmendem Ausmaß. Nie gekannte Flüchtlingsströme bewegen sich über ganze Erdteile. Zur ökologischen Umweltzerstörung, die seit den 1970-er Jahren erkannt wurde, ist die kulturelle Umweltzerstörung hinzugekommen. Einige wie Hans Magnus Enzensberger haben sie schon 1993 kommen sehen: „Aussichten auf den Bürgerkrieg“.² Andere warnten schon damals: „Die kulturelle Umweltzerstörung in Politik und Wirtschaft“ ist klar erkennbar.³

Eine wesentliche, nicht die einzige Ursache ist unser Wirtschaften. Warum bleiben Politik und Wirtschaft weiter untätig? Sie glauben an die „unsichtbare Hand“ des Marktes, an „Laissez-faire“, an liberales Laufen-Lassen und die Wunderkraft einer neoliberalen Globalisierung.

Es gibt heute drei Möglichkeiten, die Welt zu zerstören. Das erste ist der Atomkrieg, das wurde schon in den 1950er und 1960er Jahren gesehen. Das zweite ist die ökologische Umweltzerstörung durch Raubbau an Natur, Rohstoffen und den Klimawandel. Dies wird seit den 1970er Jahren erkannt. Die dritte Möglichkeit ist die kulturelle Umweltzerstörung durch Werteverlust und Unregierbarkeit, durch Finanz- und Wirtschaftskrisen, durch Krieg und Bürgerkrieg, durch Mob, Mafia und Proletarisierung, durch Massenwanderung und Überbevölkerung.

„Die Welt ist in Unordnung geraten“, sagen selbst so besonnene und vorsichtige Politiker wie unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Denn zerfallende Staaten und zusammenbrechende

² Hans Magnus Enzensberger, Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt/M. 1993

³ G. Pfreundschuh, Die kulturelle Umweltzerstörung in Politik und Wirtschaft – Analyse und Gegenstrategie, Mainz 1993

regionale oder örtliche Wirtschaftskreisläufe spielen sich heute vor unseren Augen ab. In sicherheitspolitischen Vorträgen oder Aufsätzen werden öfter Weltkarten vorgestellt. Darauf sind die stabilen Staaten auf der Erde in der Minderheit. Ein roter Krisen- und Kriegsgürtel zieht sich von Pakistan bis Nigeria. Weite Teile in Westasien, im Orient und in Afrika sind davon erfasst. Auch in Lateinamerika und in anderen Teilen der Erde sieht es oft nicht gut aus. Häufig verstärken sich die ökologische und die kulturelle Umweltzerstörung gegenseitig. Armut und Hunger folgen.

„UNO-Daten zufolge gibt es heute eine Milliarde Menschen, die hungern. Dies lässt sich nicht lösen, indem wir einfach alle Hungernden in die EU und in die USA verfrachten. Die einzige Lösung besteht darin, die heute armen Länder zu industrialisieren, so wie es vielen Ländern Asiens gelungen ist.“⁴ Umfragen zeigen: „Rund 450 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika und aus dem arabischen Raum zwischen Marokko und Oman würden heute gerne auswandern. ... 2009 erfragte Prozentsätze [ergeben für] Subsahara 38 %, arabischer Raum: 23 %.“⁵

Diese Entwicklung war erkennbar. Wer strategisch, das heißt langfristig und nachhaltig denkt, musste schon lange erkennen, was heute für jedermann sichtbar ist. Schon in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus zeichneten sich die neuen Gefahren ab. Hans Magnus Enzensberger, einer der prominentesten Alt-68er und bekennender Neomarxist, veröffentlichte 1993 ein viel gelesenes Büchlein: „Aussichten auf den Bürgerkrieg“.⁶ Er beobachtete damals Terroristen und Religionskriege, Drogengangs und Todesschwadronen, Neonazis und schwarze Sheriffs – nicht nur in Johannesburg, in Bombay und Rio, sondern auch in Paris und Berlin, in Detroit und Birmingham, in Mailand und Hamburg.

⁴ Erik S. Reinert, Warum manche Länder reich und andere arm sind - Wie der Westen seine Geschichte ignoriert und deshalb seine Wirtschaftsmacht verliert, Stuttgart 2014, S. 228

⁵ Handelsblatt 30.07.2005, S. 48

⁶ Enzensberger, a.a.O.

„Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben es herrsche Frieden, nur weil wir immer noch unsere Brötchen holen können, ohne von Heckenschützen abgeknallt zu werden.“⁷ Enzensberger beschrieb damals mit scharfem Blick die Lage, er schilderte überraschend weitsichtig die kommende Entwicklung. Doch zu den Ursachen sagte er nichts und eine Gegenstrategie entwickelte er auch nicht.

Im gleichen Jahr erschien mein Buch „Die kulturelle Umweltzerstörung in Politik und Wirtschaft – Analyse und Gegenstrategie“.⁸ Die Analyse entspricht weithin den „Aussichten auf den Bürgerkrieg“, doch es werden der Liberalismus und der Sozialismus einschließlich ihrer Radikalformen Kapitalismus und Kommunismus für die Entwicklung verantwortlich gemacht. „Sie zerstören die Kulturen und Nationen, die Gemeinschaften und Gruppen, Familien und Bindungen. Die überkommenen Ordnungen geraten durch sie weltweit aus den Fugen. So endet das liberale Treiben-Lassen (Laissez-faire) im Treibhaus; die weltweite Mobilität führt zu Mob und Slums.“ Die Fortentwicklung der damaligen Gegenstrategie sind die **Soziale Volkswirtschaft** und der **Bürgerstaat**.

Die Gefahren für die Natur und Ökologie wurden erkannt und als politisches Thema aufgegriffen. Dass die Ursachen im bedenkenlosen neoliberalen Wirtschaften zu suchen sind, war für die stark marxistisch beeinflusste Partei der Grünen einsichtig: Der Kapitalismus ist schuld. Doch für die kulturelle Umweltzerstörung waren und sind sie blind. Denn die Kultur ist nach Marx und seinen Schülern nur ein eingebildeter, ideologischer Überbau über die wirtschaftliche Basis. „Das wirtschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Und alles läuft unentrinnbar auf eine weltweite kommunistische Einheitsgesellschaft im Endzeit-Paradies zu.

Hier stoßen wir auf grundlegende Gemeinsamkeiten von Liberalismus und Kommunismus. Beide sehen die Geschichte als einen zwangsläufigen Ablauf nach unbeeinflussbaren Naturgesetzen. Das entspricht dem Wissenschaftsverständnis des 18. und 19.

⁷ Enzensberger, a.a.O. , S. 18 f

⁸ G. Pfreundschuh, Die kulturelle Umweltzerstörung, a.a.O.

Jahrhunderts. Damals wurden durch Newton, Leibniz und andere grundlegende Naturgesetze erkannt. Das begeisterte die Menschheit. Es gipfelte in der Ansicht, dass die Welt wie ein Uhrwerk gebaut ist und so abläuft.

Pierre-Simon Laplace (1749 bis 1827) fasste diese Vorstellung in seinem weltberühmten Werk zusammen.⁹ Es erschien in vielen Auflagen, zuletzt bei Cambridge University Press 2009. Laplace und die gebildeten Zeitgenossen übertrugen diese Naturgesetze auf die Gesellschaft und (!) den Lauf der Geschichte. Das stand nicht im Widerspruch zum Christentum. An die Stelle der Gesetze Gottes traten die Naturgesetze. Das „Ende der Geschichte“ wird das Paradies sein, bei den Gottgläubigen kam es im Jenseits, bei den Aufklärern schon im Diesseits.

Bis heute wird diese Weltsicht Determinismus genannt, das heißt Vorbestimmtheit der Geschichte. Karl Popper hat dies in seinem Buch „Das Elend des Historizismus“ gut und scharf kritisiert.¹⁰

Aus dem Determinismus ergeben sich einige schwerwiegende Folgen. Wenn alles kommt, wie es kommen muss, dann hat der Mensch auch keinen freien Willen. Nicht der menschliche Wille mit seinen Entscheidungen und Handlungen, sondern die Naturgesetze bestimmen den Lauf der Gesellschaft, der Wirtschaft, Politik und der Welt. Dieser Glaube an die Vorherbestimmung wird auch Fatalismus genannt. In der Politik kann dies zur Tatenlosigkeit und zur Alternativlosigkeit führen. Die Folgen sind dann „fatal“, und das heißt verhängnisvoll. Für Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 – 1716) war es die „prästabilierte Harmonie“, die alles zum Besten lenkt.

Für Adam Smith tat die „unsichtbare Hand“ das Gleiche.¹¹ Die Volksweisheit dazu wäre: „Der Mensch denkt, Gott lenkt.“

⁹ Pierre-Simon Laplace, *Mechanik des Himmels*. Aus dem Französischen übersetzt und mit erläuternden Anmerkungen versehen von J. C. Burckhardt. 2 Bände, Berlin 1802

¹⁰ Karl Popper, *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1971 ff (Erstauflage 1957)

¹¹ Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen – eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, aus dem Englischen von Horst Claus Recktenwald, München 1974, wörtlich: S. 371 (London 1776, 1789)

Doch Leibniz (1646 – 1716) und Immanuel Kant (1724 – 1804) glaubten, dass Determinismus und Freiheit miteinander versöhnt werden können.¹² Wie, das bleibt ihr Geheimnis. Es gab damals aber die philosophische Lehre vom „Okkasionalismus“, d.h. „gelegentlich“ (okkasionell) greift Gott ins Geschehen ein; vielleicht, wenn es die Menschen zu bunt treiben. Viele wie die Neoliberalen und andere Ideologen¹³ sind bis heute bedingungslose Deterministen. Den Lauf der Geschichte kann der Mensch nicht aufhalten, höchstens verzögern, und das ist böse.

Diese Vorstellungen sind bis heute tief in den Köpfen vieler Wissenschaftler und Politiker verwurzelt. Völlig frei, d.h. grenzenlos und staatenlos sollen sich die Welt und die Weltwirtschaft bewegen. Für die neoliberalen und neomarxistischen Politiker läuft ohnehin alles auf das Eine-Welt-Dorf, auf die allumfassende Globalisierung hinaus. Wenn das so wäre, dann wäre jede andere Politik alternativlos und das Nichtstun sowie Abwarten die klügste Politik. Frau Merkel scheint das verinnerlicht zu haben.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang ein heftiger Theorienstreit der heutigen Gehirnforscher. Sie habe mächtige Fortschritte in den letzten Jahrzehnten gemacht. Doch einer ihrer bekannten Vertreter, Wolf Singer, meinte 2011 in einem Vortrag in Heidelberg: „90 % des Geschehens im Gehirn verstehen wir noch nicht.“ Trotzdem zog er weitreichende Schlüsse, indem er fest behauptete, einen freien Willen habe der Mensch nach dem heutigen Stand der Hirnforschung nicht.¹⁴ Andere sind genau entgegengesetzter Meinung.¹⁵

Karl Popper und John Eccles sind überzeugt, dass der Mensch einen freien Willen hat und damit für seine Handlungen Verantwortung trägt. Popper verweist in diesem Zusammenhang auf die Quantenphysik,

¹² Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie, Band III, Neuzeit, Darmstadt 2016, S. 227 ff (242, 251)

¹³ z.B. die vielen ‚Behavioristen‘. Nach ihnen bestimmen Umwelteinflüsse so unser Verhalten (= behavior), dass es keinen freien Willen gibt. Wir sind danach zwanghaft fremdgesteuert.

¹⁴ https://www.embl.de/aboutus/science_society/hd_forum/past_forums/singer_de/ - Abruf 2017

https://communications.embl-community.io/science-society-archive/hd_forum/ - Abruf 2023

¹⁵ Hans Günter Gassen, Das Gehirn, Darmstadt 2008, S. 141 ff

bei der erkannt wurde, dass es auch in den Naturwissenschaften den Zufall und das Unvorhergesehene gibt.¹⁶ Albert Einstein wollte das lange nicht wahrhaben und sein Ausspruch dazu ist weltbekannt geworden: „Gott würfelt nicht.“ Später hat er diese Aussage zurückgenommen.

Popper bedauerte auch, dass der sogenannte Behaviorismus immer noch die herrschende materialistische und philosophische Ansicht über den Menschen und sein Denken sei. Danach spiegelt sich das Geschehen unserer Umwelt in unserem Gehirn wider wie in einem Hohlspiegel. Diese Eindrücke veranlassen unseren Denkapparat nur zu Antworten und Reaktionen. Wir verarbeiten das Geschehen also passiv. Unser Ich und unser Wille werden danach nicht aktiv tätig.¹⁷

Doch die Verantwortung des Menschen für sich und seine Zukunft ist zurückgekehrt. Das gilt spätestens seit der Erfindung von Atom- und Wasserstoffbomben, seit dem ökologischen Raubbau und dem drohenden Kulturverlust mit einer Welt in Unordnung und Auflösung. Wir müssen unser Schicksal in die Hand nehmen, wir sind unseres Glückes Schmied. Wir dürfen nicht in Fatalismus verfallen. Stephen Hawking, der große Erforscher des Weltalls, sieht hier schwarz. Er meint, die Menschheit sei einfach zu dumm, um ihrem Untergang zu entgehen. Dieser Ansicht sollten wir uns nicht anschließen.

Da urteilt Hans Magnus Enzensberger schon besser. Er kritisiert in seinem Buch „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ vor allem die Sozialdemokraten und die Gutmenschen: „Dass der Mensch von Natur aus gut sei, diese merkwürdige Idee hat in der Sozialarbeit ihr letztes Reservat. ... Solche Vormünder nehmen in ihrer grenzenlosen Gutmütigkeit den Verwirrten jede Verantwortung für ihr Handeln ab. Schuld sind nie die Täter, immer die Umgebung: das Elternhaus, die Gesellschaft, der Konsum, die Medien, die schlechten Vorbilder. ... Auf diese Weise wird das Verbrechen aus der Welt geschafft, weil es keine Täter mehr gibt, sondern nur noch Klienten ... denen wir etwas

¹⁶ Karl Popper und John Eccles, Das Ich und sein Gehirn, München 1987

¹⁷ Behavior (engl.) bedeutet Verhalten. Das menschliche Verhalten wird als Reaktion auf die Umwelteinflüsse gesehen.

schuldig wären, nämlich eine angemessene psychotherapeutische Behandlung auf Krankenschein.“¹⁸ Ironisch fragt Enzensberger, ob dann auch ein Massenmörder wie Josef Mengele freigesprochen und nur therapiert werden müsste. In der Tat, unsere ganze Rechtsordnung würde ohne Zurechnungsfähigkeit und Verantwortung zusammenbrechen.

Damit haben wir bereits einige Grundirrtümer des Liberalismus und Kommunismus erkannt. Im Folgenden wollen wir nur den Neoliberalismus betrachten. Er lebt, während der Kommunismus (fast) tot ist. Und die Neoliberalen treiben uns in immer tiefere Krisen. Ihre Theorie hat mindestens vier schwerwiegende Fehler. Das sind:

- ein unvollkommenes Menschenbild,
- ein fehlerhaftes Marktmodell,
- Ratlosigkeit bei der Arbeitslosigkeit,
- Stückwerk beim Geldmarkt
mit verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft.

Wenn wir diese Ausgangslage geklärt haben, wollen wir in den darauf folgenden Abschnitten die Strategie und die Verwirklichung einer Sozialen Volkswirtschaft betrachten.

Die Soziale Volkswirtschaft ist der Gegenentwurf zum Neoliberalismus und eine Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Doch wir sprechen von Volkswirtschaft und nicht von Marktwirtschaft. Denn nicht der Markt, sondern die Erfindung, Herstellung, Bereitstellung nützlicher Güter und Dienste sind die Wurzeln unseres Wohlstandes. Bevor etwas auf dem Markt verteilt werden kann, muss es in Forschungseinrichtungen erfunden und in Werkhallen hergestellt werden. Wo es daran fehlt, helfen weder Marktgeschrei oder Marketing noch Geldschwemme oder Staatsverschuldung weiter. Das sind aber leider die einzigen Mittel, die die Europäische Zentralbank, die Weltbank und der Internationale Währungsfond weltweit gegen

¹⁸ Enzensberger, a.a.O., S. 37 f

Wirtschaftsschwäche und Arbeitslosigkeit, Raubbau und Kulturverlust kennen und einsetzen.

1.2 Das unvollkommene Menschenbild

Die Neoliberalen glauben, nur der Eigennutz und die Selbstsucht treibe die Wirtschaft. Das halten sie für vernünftig und gut abschätzbar. Sie wollen den mathematisch berechenbaren Menschen für ihre mathematischen Modelle. Dieses Menschenbild ist falsch.

Eine buddhistische Weisheit glaubt ans Gegenteil: „Was immer es an Freuden auf der Welt gibt, es entsteht aus dem Wunsch nach dem Wohl der anderen. Was immer es an Leiden auf der Welt gibt, es entsteht aus dem Wunsch nach dem eigenen Wohl.“ Wie sind nun die Menschen?

Tatsächlich ist der Mensch erfinderisch und unberechenbar. Der Blick ins neoliberale Modell ersetzt nicht die Beobachtung der Wirklichkeit.

Das Menschenbild der Liberalen und Neoliberalen ist der „**Homo oeconomicus**“, mit anderen Worten ein „wirtschaftlich vernünftiger Mensch“. Denn nach dieser Vorstellung handeln alle Marktteilnehmer immer nur eigennützig und somit vernünftig. Selbstsucht und puren Egoismus warfen und werfen daher zu Recht die Linken den Liberalen vor. Einer der ersten, der am gründlichsten den Homo oeconomicus kritisierte, ist der deutsche Volkswirt und Mathematiker Reinhard Selten (geb. 1930 in Breslau). Dazu schreibt Johannes Pennekamp: „Obwohl die Kritik am Homo oeconomicus heute zum Allgemeingut der Mikroökonomie gehört, sieht sich Selten noch lange nicht am Ziel. ... Denn trotz aller Zweifel und Alternativmodelle hält sich der Homo oeconomicus in vielen Forschungsbereichen hartnäckig. Ein durchgängig überlegenes Paradigma, das ihn ein für alle Mal ablösen könnte, hat sich, auch mehr als ein halbes Jahrhundert, nachdem Selten mit seiner Forschung begonnen hat, nicht herausgebildet.“¹⁹

Immer noch zitieren die Wirtschaftswissenschaftler das bekannte Metzger-Brauer-Beispiel von Adam Smith:

¹⁹ Johannes Pennekamp, Reinhard Selten, Der Spieler, in: Lisa Nienhaus, Die Weltverbesserer, 66 große Denker, die unser Leben verändern, München 2015; S.91

„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil. Niemand möchte weitgehend vom Wohlwollen seiner Mitmenschen abhängen, außer einem Bettler, und selbst der verlässt sich nicht allein darauf.“²⁰

Dagegen sagt eine buddhistische Weisheit:

„Was immer es an Freuden auf der Welt gibt, es entsteht aus dem Wunsch nach dem Wohl der anderen. Was immer es an Leiden auf der Welt gibt, es entsteht aus dem Wunsch nach dem eigenen Wohl.“²¹

Und Tschung Yung, ein Enkel von Konfuzius, meint:

„Der Edle stellt Anforderungen an sich selbst, der Gemeine stellt Anforderungen an die anderen Menschen.“

Das Christentum hat einen vermittelnden Ansatz:

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Ein selbstbewusster Mensch muss auch mit sich im Reinen sein und sich selbst lieben. Wer sich selbst nicht mag, kann auch andere nicht lieben.

Das Modell vom Homo oeconomicus hat einen zweiten schweren Mangel. Die Handlungen von solch einem eigensüchtigen und vernünftigen Wesen werden als geradezu berechenbar und damit vorhersehbar angesehen. So lassen sie sich in die festgefügtten **mathematischen Modelle** der Wirtschaftswissenschaftler bruchlos einbauen. Beides spiegelt die Wirklichkeit des Lebens nicht wider.

Wer nicht nur wissenschaftlich, sondern auch militärisch ausgebildet ist, der weiß, dass der Gegner meist listig und unberechenbar ist. Das wird geübt, bis es jedem in Fleisch und Blut übergegangen ist. Ökonomen denken in festgefügtten Modellen, Militärs in wechselvollen Lagen. Generalstäbler durchdenken und planen, was im schlimmsten Fall passieren kann und was dann zu tun ist.

²⁰ Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, a.a.O., S. 17

²¹ Stephen Porthero, Die neun Weltreligionen, Was sie eint, was sie trennt, München 2011, S. 223

Die Neoliberalen und die heutigen (!) Politiker sind Schönwetter-Propheten. Sie gehen davon aus, dass die „**unsichtbare Hand**“ oder die **Globalisierung** es schon richten werden. Wenn es dann doch wie bei Finanzkrisen anders kommt, dann hören wir stets die gleiche Ausrede. „So einen Fall gab es noch nie. Unsere Modelle sehen ihn nicht vor. Damit konnte niemand rechnen.“

Carl von Clausewitz, der große Philosoph „Vom Kriege“, den alle Militärs kennen und den sogar Lenin und Mao studiert haben, betont wie entscheidend charakterliche Eigenschaften wie Willenskraft, Mut, Tapferkeit u. dgl. sind.²² Er hat ausdrücklich vor der geistigen Enge rein wissenschaftlich erzogener Offiziere gewarnt. Ihr Denken sei auf eine bestimmte Richtung und Vorgehensweise festgelegt.²³

Damit sind wir zu einem Grundübel der heutigen neoliberalen Wirtschaftstheorie vorgestoßen. Sie will alles in mathematischen, quantifizierbaren Größen ausdrücken und berechnen. Damit werden wesentliche Eigenschaften des Menschen, des Lebens und der Wirtschaft ausgeblendet, nämlich Wertungen und Qualität, Gefühle und Unberechenbarkeiten.

Albert Einstein hat dazu eine treffende Aussage gemacht: „Insofern sich die Sätze der Mathematik auf die Wirklichkeit beziehen, sind sie nicht sicher, und insofern sie sicher sind, beziehen sie sich nicht auf die Wirklichkeit.“²⁴ Mathematik ist eine Hilfswissenschaft für menschliches Erkennen. Sie ist kein Ersatz für Denken und kritisches Forschen. Ihre scheinbare Logik verführt zu Denkfaulheit und Selbstgewissheit.

Entsprechend daneben liegen oft die wissenschaftlich mathematisch begründeten Vorhersagen. Nur ein jüngstes Beispiel: Anfang des Jahres 2007 wurden uns allseits glänzende real- und finanzwirtschaftliche Aussichten vorausgesagt. Ende des Jahres

²² Carl von Clausewitz Vom Kriege, Ungekürzter Text (Ullstein), Frankfurt/ M. 1980, S. 157 ff „Moralische Größen“

²³ Clausewitz, a.a.O., S. 107

²⁴ zitiert nach Erik Reinert, a.a.O., S. 10

standen wir vor dem Zusammenbruch des Weltfinanzsystems und der Weltwirtschaft.²⁵

Das Menschenbild der Sozialen Volkswirtschaft und des Bürgerstaats wird im Abschnitt „3.2 Der Mensch will Freiheit und Erfolgslust“ vorgestellt. Es ist weder einseitig egoistisch noch kollektivistisch, sondern überwindet den reinen Individualismus und den Kollektivismus durch die **Genossenschaftlichkeit**.

Damit kommen wir zum Ergebnis. Menschliche Entscheidungen und Handlungen sind nicht vorhersehbar und nicht berechenbar. Das gilt sowohl im friedlichen als auch im kriegerischen Wettstreit. Wer heute in der Wirtschaft dein Freund ist, kann morgen dein Feind sein – aus vernünftigen und unvernünftigen Gründen.

Der Chinakenner Harro von Senger²⁶ zeigt, dass die Chinesen seit Jahrhunderten die „Kunst der List“ in Politik und Wirtschaft üben und daraus strategische Grundsätze gemacht haben. Man könnte meinen, sie hätten Clausewitz gelesen; doch ihre List-Technik ist viel älter. Clausewitz kennt aber keine List gegenüber dem Freund. Hier gilt „offen, ehrlich und zuverlässig“.

Wenn schon die Menschen nicht berechenbar sind, ist es dann wenigstens das Marktgeschehen?

²⁵ Lisa Nienhaus, Die Blindgänger – Warum die Ökonomen auch künftige Krisen nicht erkennen werden, Frankfurt / M. 2009 – Nienhaus ist Wirtschaftsredakteurin, früher FAZ Sonntagszeitung, jetzt Die Zeit

²⁶ Harro von Senger, Die Kunst der List. Strategeme durchschauen und anwenden, München 2001 2007 – v. Senger ist Sinologe und Jurist, em. Prof. der Universität Freiburg i. Br.

1.3. Das fehlerhafte Marktmodell

Im vollkommenen Markt, dem Modell des Neoliberalismus, steuert angeblich die „unsichtbare Hand“ mit Nachfrage und Angebot alles zum Besten, ins große Gleichgewicht.

Doch nicht vollkommene, sondern vermachtete Märkte sind die Regel. Je länger umso größer werden die Machtzusammenballungen bei Unternehmen, Einkommen und Vermögen. Der freie Markt ist wie die freie Wildbahn: die Großen fressen die Kleinen. Bald soll 1 % der Menschen die Hälfte des Weltreichtums besitzen.²⁷

So ein System muss irgendwann kippen. Das gab es schon, z.B. bei der Französischen Revolution. Da sagte überraschend der Dritte Stand mit 98 % der Bevölkerung: „Wir sind die Nation! Der Rest kann gehen! Adel und Geistlichkeit brauchen wir nicht mehr!“

Außerdem hat das neoliberale Marktmodell keine Antworten auf die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Finanzkrisen und einiges mehr.

Wenn die menschlichen Entscheidungen und Handlungen nicht vorhersehbar und nicht berechenbar sind, dann kann es auch das Marktgeschehen nicht sein. Tatsächlich überrascht der Markt immer wieder seine Marktteilnehmer. Pleiten sind eine der Folgen. Es ist gut, dass es sie gibt, menschliche Fehlentscheidungen werden korrigiert.

Hier stoßen wir zugleich auf eine große Stärke des vollkommenen, das heißt des machtfreien Marktes. Er stimmt die vielen unterschiedlichen, oft widersprüchlichen menschlichen Bedürfnisse, Entscheidungen und Handlungen aufeinander ab. Das wollen wir uns zuerst ansehen und danach die Unvollkommenheiten der heutigen, vermachteten Märkte betrachten.

Als 1989 die Mauer gefallen war, konnten sich die Deutschen aus beiden Teilen des Landes gegenseitig besuchen. Das erste, was sie feststellten, war: Im Westen gab es alles, im Osten ganz vieles nicht.

²⁷ Handelsblatt, 05.02.2015, S. 014, Thomas Piketty, Buchbesprechung

Im Westen hatten wir den „Markt“. Er ist eine sehr demokratische, ja bürgerstaatliche Einrichtung. Denn an jeder Ladenkasse wird bei jedem Kauf durch die Bürger abgestimmt, was hergestellt werden soll. Geld ist hier ein Abstimmungsmittel. Es steuert die Wirtschaft von unten, von der Ladenkasse über die Bestellungen des Einzelhändlers bis zum Hersteller. In der Planwirtschaft des Ostens war das umgekehrt. Oben saßen ein „paar schlaue Köpfe“, die dachten sich ganz genau aus, was die Menschen unten in den Städten und Dörfern, in ihren Familien und Haushalten brauchten. Das ist schiefgegangen. – Doch die Euro- und Finanzkrise, die drohende Pleite von Banken und Staaten, eine schwache Wirtschaft und eine hohe Arbeitslosigkeit in Europa und weiten Teilen der Welt lassen die Menschen am „Marktgeschehen“ verzweifeln.

Und die Ironie der Geschichte ist, dass ein ganz zentraler Fehler des Marktmodells schon von Karl Marx erkannt wurde. Es ist die geradezu gesetzmäßige Aushebelung des vollkommenen Marktes durch die Zusammenballung von Unternehmen und Kapital. Im völlig freien, ungezügelt Markt ist es wie in der freien Natur. Die Großen fressen die Kleinen. Kartellgesetze und Gegenmaßnahmen haben sich bisher als wirkungslos, als Papiertiger erwiesen.

Gerade in diesen Tagen beklagt ein weiterer Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Joseph Stiglitz, „die neue Ära der Monopole“ und er erkennt eine global rapide zunehmende Marktkonzentration.²⁸ Dabei stellt er zwei Denkschulen einander gegenüber. Die neoliberal-angelsächsische, die auf Adam Smith zurückgeht. Sie glaubt an den vollkommenen Markt mit vollem Wettbewerb, der dazu führt, dass niemand zu reich wird, sondern sich überall Grenzerträge einstellen. Das bedeutet, dass Wettbewerber in den Markt eintreten, wenn es irgendwo gut läuft. Sie wollen auch an die Futterkrippe. Das geht solange, bis alle Mitesser gerade noch

²⁸ Handelsblatt, 30.05.2016, Gastkommentar von Joseph Stiglitz

leben können. Das ist der Grenzertrag. Wenn mehr kommen, fängt das Hungern an. Die zu spät Gekommenen suchen andere Plätze.²⁹

Demgegenüber beschäftigt sich die andere Denkschule mit der Marktmacht und vermachteten Märkten. Stiglitz sagt es nicht, aber wir fügen es an: es ist die deutsche Tradition der Volkswirtschaftslehre. Ihre bekanntesten Vertreter haben den Ordoliberalismus (ordnende Marktwirtschaft) und die Soziale Marktwirtschaft hervorgebracht. Nicht Grenzerträge, also ein Wirtschaften knapp über der Verlustzone, bestimmen danach das Marktgeschehen, sondern Machtbeziehungen und Machtzusammenballungen. Das führt, wie nicht nur Stiglitz erkennt, zu einer immer größeren Ungleichheit der Unternehmen, der Einkommensverteilung und des Vermögensbesitzes.

Diese Großen und Mächtigen steuern dann von oben und außen die Wirtschaft zu ihrem Vorteil. Sie treten an die Stelle der abstimrenden Kunden und Bürger. Immer bestimmen Menschen das Geschehen, nicht „unsichtbare Mächte“, wie Verschwörungstheoretiker meinen. Insoweit entsprechen sich wieder Bürgerstaat und Soziale Volkswirtschaft. Beide sind basisdemokratisch. Wo Teilnutzen und reine Macht statt Gemeinnutzen und Vernunft herrschen, muss der Staat als Hüter des Gemeinwohls ordnend eingreifen.

Im Jahr 2014 hat der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty ein umfangreiches und weltweit beachtetes Buch vorgelegt.³⁰ In langen Zeitreihen beschreibt er die bisherige Entwicklung der Ungleichheit, und sagt ihren Anstieg für das 21. Jahrhundert in einem geradezu bedrohlichen Ausmaß voraus.

Francis Fukuyama, der bekannte amerikanische Politikwissenschaftler japanischer Abstammung und Autor einiger Weltbestseller, rief schon 2012 in einem Aufsatz dazu auf: „Rettet die Mittelschicht!“ Er zeigt, was oft beschrieben wird, dass es z. B. in den USA zu einem „massiven Anstieg der Ungleichheit“ gekommen ist: „1974 entfielen auf das reichste Prozent [1 %] der Haushalt 9 % des BIP

²⁹ Die Wachstumsgrenze ist bei Smith noch der Bodenertrag. Alle leben, aber nicht zu üppig.

³⁰ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014 (816 Seiten)

[Bruttoinlandsprodukt]³¹; 2007 waren es schon 23,5 %.³² Dabei steckt im Bruttoinlandsprodukt noch eine Staatsquote (35 bis 40 %).

Nun gibt es auch, aber zu wenige Wirtschaftswissenschaftler, die die Mängel des Marktmodells erkennen. Dazu gehört der Amerikaner Nouriel Roubini. Er war einer der ganz wenigen, die früh vor der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 ff. warnten. Deswegen bekam er von seinen Kollegen den Spitznamen „Dr. Doom“ [= Doktor Untergang]. Später war sein Ansehen sehr groß. Er schreibt treffend:

„Sie [= Wirtschaftstheorien] zeigen, wie und warum Märkte funktionieren, und warum sie gut funktionieren. Letztere Fragestellung geht auf die Anfänge der Wirtschaftswissenschaften zurück und beginnt mit dem schottischen Denker Adam Smith. In seinem Buch *Der Wohlstand der Nationen* erfand er das inzwischen berühmte Bild von der „unsichtbaren Hand“ ... Auf die vielen Schwächen des Kapitalismus ging es aber nicht ein.“³³

Auch der US-Star-Ökonom Kenneth Rogoff erkannte 2012, also nach der Krise von 2007: „Unsere Modelle sind sehr elegant, aber sehr, sehr erfolglos. Nun ist die Zeit für mehr Experimente gekommen, für die Erforschung der Unvollkommenheit von Märkten.“³⁴

Heutige deutsche Gelehrte sind da hartgesottener. Am 16.02.2016 veranstaltete das Handelsblatt mit der Bertelsmann Stiftung u. a. die Tagung „Ökonomie neu denken“. Doch die „alten Hasen“ wollten nicht neu denken. Der Vertreter des tonangebenden deutschen Ökonomenverbands „Verein für Socialpolitik“, Rüdiger Bachmann und die Wirtschaftsweise Isabel Schnabel, verteidigten leidenschaftlich die neoliberalen sowie mathematischen Modelle. „Ich bin stolz auf meine Disziplin“, sagte Bachmann. Man müsse nur wissen, wofür man die Modelle nutzen könne und wofür nicht. So gebe es darin keine **Arbeitslosigkeit** und auch nur einen äußerst rudimentären

³¹ Bruttoinlandsprodukt, früher Bruttosozialprodukt, ist der Gesamtwert aller in einem Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen.

³² Francis Fukuyama, Rettet die Mittelschicht! Cicero, Magazin für politische Kultur, 2/2012, S. 64 f

³³ Nouriel Roubini / Stephen Mihm, Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft, Frankfurt/M, 2010, S. 61 – das Buch ist empfehlenswert, weil es vor allem auf die Wirkungen der Geldmärkte und die Ursachen der Finanzkrisen eingeht.

³⁴ Handelsblatt, 23.01.2012

Finanzsektor. Solche Schwächen könne man durch graduelle Verbesserungen beheben. – Ergebnis: Vom Wichtigsten wissen sie also nichts bis wenig.

„Den spontanen Applaus des Publikums erntete allerdings mehrmals ein anderer: Nils Goldschmidt, der gerade in Siegen einen Studiengang „Plurale Ökonomik“ aufbaut. „Wir führen hier Oberflächendiskurse“, kritisierte er: „Wir brauchen eine Diskussion über Methoden. Studenten erwarten, unterschiedliche Zugänge zu ökonomischen Fragen kennen zu lernen.“³⁵

Nicht nur Studenten, wir alle erwarten mehr! Denn die „rudimentären Modelle“ haben Folgen für die Weltwirtschaft. In vielen Industrieländern herrschen hohe Dauer- und Jugendarbeitslosigkeit. Viele andere Länder bleiben wirtschaftlich ganz auf der Strecke. Das löst Völkerwanderungen aus, die alle in Existenznot bringen. Von Geld- und Eurokrisen ganz zu schweigen.

Wir müssen uns im Abschnitt „4. Genossenschaften für den Markt und Mittelstand“ Gedanken machen, wie das Marktgeschehen mehr machtfrei und besser durchschaubar gemacht werden kann.

³⁵ Handelsblatt, 17.02.2016

1.4 Ratlosigkeit bei der Arbeitslosigkeit

Die Väter von Liberalismus und Sozialismus glaubten an die Überflussgesellschaft mit Arbeit für alle durch die Industrialisierung. Doch es kam anders. In Südeuropa und anderswo fehlen Arbeitsplätze.

Nun soll das Gleichgewicht auf allen Märkten nach Meinung der liberalen Klassiker durch die Angebotssteuerung, nach Meinung der abtrünnigen Keynesianer durch die Nachfragesteuerung zurückkehren.

Billiges Geld fordern die Klassiker (Monetaristen) von der Zentralbank für die Unternehmer. Dann können diese leicht und schnell neue Waren anbieten. Das Angebot schafft sich seine Nachfrage, sagen sie. Die Märkte – auch für Arbeit – kommen ins Gleichgewicht.

Die Keynesianer und die Gewerkschaftler behaupten das Gegenteil. Was nützen Angebote, wenn die Leute kein Geld zum Kaufen haben? Der Staat (Fiskus) muss über Schulden Arbeit und Nachfrage schaffen. Dann kommt die Wirtschaft in Schwung, und alle bekommen Arbeit.

Seit einigen Jahren versucht die EZB beides: eine Flut von billigem Geld und massive Staatsverschuldungen. Doch die Arbeitslosigkeit in der EU steigt und steigt. Was ist los auf unseren Märkten?

Woher nehmen nun die liberale und die marxistische Ideologie ihren unbeirrbaren Glauben an ein kommendes Endzeit-Paradies mit einer Überflussgesellschaft? Da sollen dann alle glücklich und wohlhabend sein. Karl Marx verspricht alles, Adam Smith zumindest den auskömmlichen „Wohlstand der Nationen“.

Zum Glauben und den Erwartung an eine Überflussgesellschaft gibt es wunderbare, eindrucksvolle Quellen. Es sind z.B. zwei schöne, mit wertvollen Stahlstichen bestückte Bücher meines Urgroßvaters aus

den Jahren 1839 und 1841. Sie heißen „Meyer's Universum oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst der ganzen Erde“. Zu einer Abbildung der „neuen Brücke“ in London lesen wir 1839:

„Völlig betäubt wird das Ohr durch das Getöse, Gerassel, Getobe der unzähligen Fuhrwerke [= Pferdefuhrwerke], die in zwei gedoppelten Reihen in der Mitte der Brücke mit Sturmeseile hin und her fahren, ... Links ragen Tower, Bank, Börse, Manisonhouse, St. Paul ... hervor; rechts die rauchenden Türme der Fabriken, jene Gruppe von gewaltigen Schloten, unter denen die Dampfmaschinen, gleich dienenden Cyclophen, ihre Arbeit verrichten; ... abwärts aber erscheint London in seiner ganzen Majestät: 12.000 Schiffe drängen sich an seine Hüften, ein drei Stunden langer Mastenwald, belebt von 150.000 Menschen, redend in allen Zungen des Erdenrund, breitet sich aus,—man sieht den H a f e n der W e l t s t a d t.“³⁶

Zwei Jahre später berichtet ein anderer Band von Meyer's Universum über „London und seine Eisenbahnen“ noch begeisterter:

„Die Industrie hat den Weltthron bestiegen. ... Wer wäre so blind, dass er in den E i s e n b a h n e n und in der D a m p f s c h i f f f a h r t nicht ausgestreckt sähe den gewaltigen Arm, welcher auf ein unerhörtes, organisches Zusammenwachsen der ganzen Menschheit hinweist. ... Wer wäre so kurzsichtig, dass er nicht in der wachsenden Vervollkommnung, Vermehrung und Verwohlfeilerung der Bequemlichkeiten und der Genüsse eine V e r h e i ß u n g sähe von einer nicht fernen Zeit, wo auch der großen M a s s e der Menschheit, jener, welche man bisher mit der Hoffnung auf eine ü b e r i r d i s c h e Seligkeit abgefunden hat, ihr gebührendes Theil werden wird an den Genüssen, welche die Vergangenheit einer unendlichen M i n o r i t ä t gleichsam als Privilegium spendete?“ Auch die Unmöglichkeit von Kriegen wird für die nahe Zukunft prophezeit.³⁷

Wohlgemerkt, das war 1841 (mein Urgroßvater wurde in diesem Jahr geboren. Marx veröffentlichte das Kommunistische Manifest 1848).

³⁶ Bibliographisches Institut (Hg.), Meyer's Universum oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst der ganzen Erde, Hildburghausen, Amsterdam und Philadelphia 1839, S. 29 (Sperrdruck bei obigen Zitaten wie im Original)

³⁷ Bibliographisches Institut (Hg.), Meyer's Universum, a.a.O., 1841, S. 12 (Sperrdruck wie im Original) - Ich wurde 1941, genau 100 Jahre später geboren, mitten im Zweiten Weltkrieg nach einem Fliegeralarm (Unmöglichkeit von Kriegen!!).

Friedrich Schiller (1759 – 1805) sagte schon viel früher und treffend in seinem zweiten Gedicht „An die Freude“ (Dritte Schaffensperiode):

Wohl von größerem Leben mag es rauschen,
Wo vier Welten ihre Schätze tauschen,
An der Themse, auf dem Markt der Welt.
Tausend Schiffe landen an und gehen,
Da ist jedes Köstliche zu sehen,
Und es herrscht der Erde Gott, das Geld.

Als die soziale Frage mit dem Elend des Industrieproletariats auftauchte, glaubten Marx und die Marxisten immer noch an die Überflusgesellschaft. Sie ist ein fester und zentraler Bestandteil der linken und auch der rechten Ideologien. Beide erhoffen sich durch die Industrialisierung und eine Weltwirtschaft das Menschheitsglück. Nach Marx verlief nur die Verteilung der Erträge der Produktion und somit des Reichtums schief. Abschaffung des Eigentums war für ihn die Lösung. Das werde sowieso kommen, der Kapitalismus trägt bei ihm den Keim des Untergangs in sich (z. B. sinkende Profitrate).

Wie wollen nun die westlichen Wissenschaftler und Politiker die trotzdem auftretende Arbeitslosigkeit, das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen?

Hier gibt es zwei herrschende Theorien. Beide wollen mit Geld oder Schulden die Arbeitslosigkeit beseitigen.

Das sind (1.) die neoliberale Angebotstheorie³⁸ und (2.) die Nachfragetheorie von Keynes (1883 – 1946). Beide glauben, auf allen Märkten (Arbeits-, Güter-, Geldmarkt usw.) ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu erreichen. Alle sollen Arbeit haben, alle Güter sollen verkauft werden, die Geldversorgung soll ohne schädliche Nebenwirkungen (Inflation oder Deflation) von der Zentralbank gesteuert werden. EZB und EU setzen heute beide Theorien nebeneinander ein. Doch die erwünschten Erfolge bleiben aus, gefährliche, systemverändernde Folgen sehen wir.

³⁸ Als Stammvater gilt Adam Smith (1723 – 1790)

Bei Krisen und Ungleichgewichten sagen die Neoliberalen: es liegt an der gestörten Geldversorgung, dass die Wirtschaft stockt. Sie fordern viel frisches Geld und niedrige Zinsen, um bei den Unternehmern Investitionen und Angebote anzuregen. „Das Angebot schafft sich seine Nachfrage“, glauben sie. Unternehmer lieben diese Theorie.

Anders sehen die Keynesianer und die Gewerkschaften die Welt. Was nützen Angebote, wenn die Leute aus Geldmangel nicht zugreifen. Durch staatliche (= fiskalische) Investitionen, durch Ausgaben und Schulden muss der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anstacheln. Das bringt mehr Arbeit und höhere Löhne – und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht stellt sich wieder ein. Das englische Schlüsselwort heißt „deficit spending“, also „Schulden machen“, und zwar durch den Staat (Fiskus).

Die Angebotstheorie wird auch (1.) **neoliberale Geldpolitik** und die Nachfragetheorie auch (2.) **keynesianische Fiskalpolitik** genannt.³⁹

In der Nachkriegszeit herrschte zunächst die Fiskaltheorie. Die Empfehlungen von Keynes hatten – so die Meinung – zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise (1929 – 1936) geführt. Die Nachkriegszeit war weitgehend krisenfrei. Und die erste Wirtschaftsschwäche 1967 wurde mit Fiskalpolitik so gut überwunden, dass der Optimismus grenzenlos war.

Karl Schiller war Wirtschaftsminister und Franz Josef Strauß der Finanzminister. Beide waren überzeugend und durchsetzungsstark. „Plisch und Plum“ wurde das erfolgreiche und beliebte Paar der ersten Großen Koalition genannt. „Wir haben alles im Griff. Wir können die Wirtschaft allzeit krisenfrei und allumfassend, eben ‚global‘ steuern“, glaubten nun die Schwarzen und die Roten.

³⁹ Zur Vertiefung: bei (1.) wird auf's Verhalten der einzelnen Marktteilnehmer geschaut; das führt zur „Mikroökonomie“. Bei (2.) werden zusammengefasste (aggregierte) Größen betrachtet (gesamtwirtschaftliche Ersparnisse, Investitionen, Staatsausgaben u.a.); das ist die „Makroökonomie“. Gute und immer noch lieferbare Studienbücher sind: Alfred Stobbe, „Mikroökonomik“ (Heidelberg 1983) und „Makroökonomik“ (Heidelberg 1975)

Das nannten sie jetzt „**Globalsteuerung**“ und erließen das Stabilitätsgesetz (1967). Darin wurde ein „magisches Viereck“ als Maßstab und Ziel vorgegeben:

1. hohe Beschäftigung (Arbeitslosenquote von unter 0,8 %),
2. Preisstabilität (Inflationsrate von unter 1 %),
3. stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum (4 % jährlich),
4. außenwirtschaftliches Gleichgewicht (Einfuhr \approx Ausfuhr).

Niemand kann sich erinnern, dass diese Prozentsätze daraufhin je erreicht wurden.

Ab Anfang der 1970er Jahre gewannen langsam die Neoliberalen die Oberhand. Der Staat sollte nun überhaupt keine Wirtschaftspolitik betreiben. Nur eine unabhängige Zentralbank sollte für die nötige Geldmenge, die genau richtige Geldversorgung zuständig sein. Wenn alle Märkte frei und unreguliert [dereguliert] sind, sorgt die „unsichtbare Hand“ für das umfassende Gleichgewicht. Dieser Neoliberalismus bekam bei uns auch deshalb Auftrieb, weil die Deutsche Bundesbank 1974 zur strengen Geldmengensteuerung überging. Das war sinnvoll. Denn 1971 war die Goldbindung des Bretton-Wood-Systems aufgegeben worden.

Die Goldbindung des Dollars gemäß der Bretton-Woods-Vereinbarung (1944) war am 15.08.1971 aufgegeben worden. Damit wurde eine unbegrenzte Papier-Geldschöpfung möglich. Die USA hatten wegen des Vietnamkriegs mehr Dollars gedruckt als ihre Zentralbank Gold hatte. Viele wollten nun für ihre Dollars Gold, was nicht mehr ging.

Die Neoliberalen aus den USA gewannen immer mehr die geistige Führung und nannten ihre Wirtschaftspolitik „Monetarismus“ [Geldsteuerung]. Die Praxis vieler Zentralbanken war im Gegensatz zur deutschen Bundesbank eine großzügige Geldvermehrung, was i.d.R. zu Fehlinvestitionen führt. Billige Kredite verleiten z.B. zum Bau von Gebäuden. Die Mieten erwirtschaften den Schuldendienst (Zins

und Tilgung) nur, solange die Zinsen niedrig sind. Steigen sie wieder, kommt es zu Pleiten. Die Immobilienblase platzt, die Preise stürzen sogar unter die realen Werte, auch gute Vermögenswerte werden vernichtet.

So war es in der Finanzkrise (2007). Sie war eine Folge ungezügelter [deregulierter] Finanzmärkte mit einer „Geldschöpfung ohne Wertschöpfung“.⁴⁰ Nun kamen wieder die Keynesianer zu Ansehen.

Heute meinen viele, die Mittel von Keynes seien wirksam bei den kurzen wirtschaftlichen Auf- und Abschwüngen (Konjunkturzyklen), der Monetarismus erfolgreich bei Strukturmängeln des Marktes.

In der gegenwärtigen, jahrelangen Eurokrise mit ihrer ausgeprägten Wirtschaftsschwäche in Südeuropa wird beides gleichzeitig und vergeblich versucht. Früher hieß es: „Die Pferde [= Wirtschaft] saufen nicht.“ Denn die Geldschwemme aus der EZB und aus den Staatsschulden beeindruckt die Realwirtschaft wenig; sie wird allerdings von den Superreichen mit dem Geld aus der Geldschwemme aufgekauft.⁴¹ Das ist Fehlsteuerung. Das Ziel einer europaweiten Vollbeschäftigung ist außer Reichweite.

Die Ursachen liegen tiefer, nicht bei der Finanzwirtschaft (Geld und Schulden), sondern bei der Realwirtschaft. Im Abschnitt „5. Gegen Arbeitslosigkeit durch Techniklücke“ werden wir nach Ursachen und Lösungen suchen.

⁴⁰ siehe folgenden Abschnitt: 1.5. Stückwerk beim Geldmarkt

⁴¹ siehe unten 1.6. Die Folgen für die Weltwirtschaft

1.5 Stückwerk beim Geldmarkt

Die Realwirtschaft und die Geldwirtschaft haben sich seit Anfang der 1990er Jahren entkoppelt. Wir erleben eine „Geldschöpfung ohne Wertschöpfung“. Und niemand regt sich auf. Durch Spekulationen haben sich die Geldmärkte (für Devisen und Derivate, Verbriefungen für Schrottimmobilen usw.) von 1990 – 2011 um das 10-fache, der Derivate-Markt sogar um das 300-fache aufgeblasen. Dagegen hat sich die Wertschöpfung der Realwirtschaft (Waren und Dienste, BIP) in dieser Zeit nicht einmal um das 3-fache vergrößert. Einem Berg von „Wert“-Papieren stehen weithin keine realen Werte gegenüber.

Die neuen Wert- und Geldpapiere gehören wenigen Superreichen. Sie sind die neuen Großgeldbesitzer. Sie fürchten nun das Platzen der Geld-Blasen und wollen reale Werte statt Papiere. So kaufen Chinesen und Ölscheichs, Fonds und Oligarchen die Realwirtschaft weltweit auf. Das ist die größte Umverteilung von unten nach oben. Die normalen Leute und die armen Länder werden ärmer; überall schmilzt der Mittelstand wie das Eis im Klimawandel.

Das liberale Modell sieht die Einkommensverteilung als gegeben an. Änderungen kann es nicht geben. Denn nach dem Tauschhandel auf dem Markt ist – gemäß der Theorie – niemand reicher als vorher, nur alle zufriedener. Es wurde ja niemand beschissen. Stimmt halt nicht!

Nun sollte man meinen, wer sich so viel mit Geld und Zinsen, mit Schulden und Krediten beschäftigt, der durchschaut den Geldmarkt. Tatsächlich ist das nicht der Fall. Spätestens seit 1990, nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus, ist weitgehend unbemerkt der Geldmarkt weltweit aus den Fugen geraten; er hat sich gegenüber der Realwirtschaft verselbständigt.

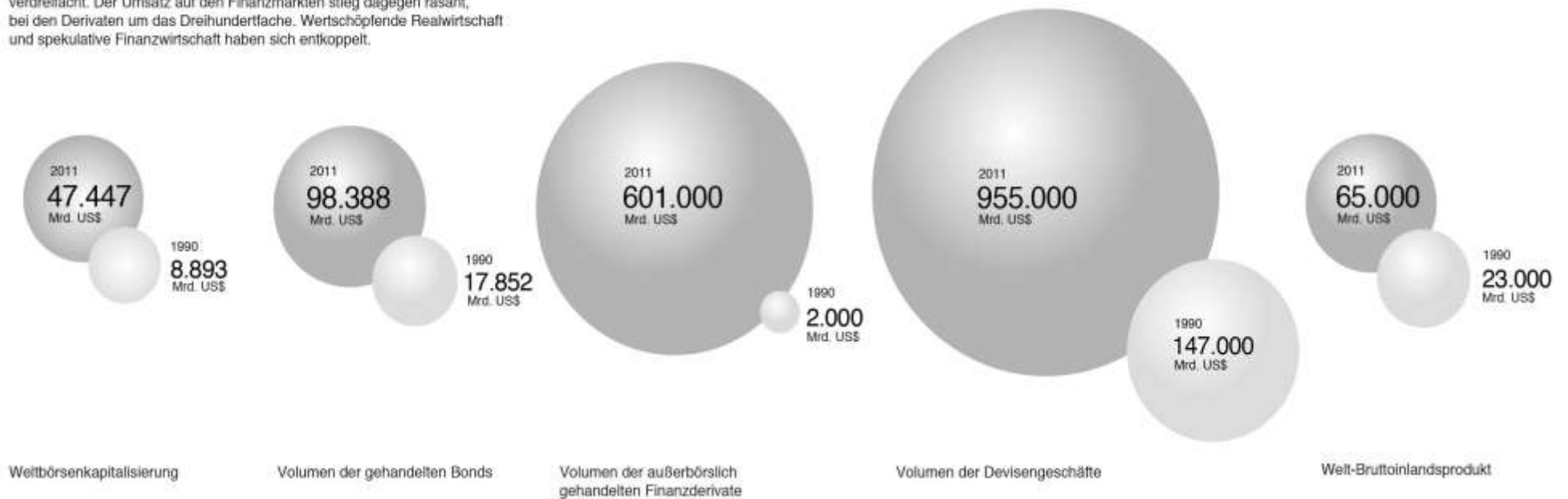
Vor unseren Augen spielt sich ein großer Bluff ab: Die Geldschöpfung ohne Wertschöpfung. Im folgenden Schaubild 1 zeigen die kleineren hellen Kugeln die Werte von 1990, die großen dunkeln die von 2011. Insider sagen, der Schwindel geht weiter. Und wir lesen es täglich: die

Geldschwemme durch die EZB, die Geldvermehrung durch die Finanzierung der Staatsschulden wird fortgesetzt.

Schauen wir uns genau das folgende Schaubild 1 an.

Märkte der Finanz- und der Realwirtschaft – 1990 bis 2011

Das weltweite Bruttoinlandsprodukt der Realwirtschaft hat sich knapp verdreifacht. Der Umsatz auf den Finanzmärkten stieg dagegen rasant, bei den Derivaten um das Dreihundertfache. Wertschöpfende Realwirtschaft und spekulative Finanzwirtschaft haben sich entkoppelt.



Quellen: BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich), WFE (World Federation of Exchanges, Weltbörsenverband), IWF (Internationaler Währungsfonds), Handelsblatt

In den Jahren 1990 bis 2011 hat sich die Realwirtschaft nicht ganz verdreifacht (kleine Kugeln ganz rechts: Welt-Bruttoinlandsprodukt). Mit Realwirtschaft ist hier die jährliche weltweite **Wertschöpfung**, die Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen, gemeint. Doch die **Geldschöpfung** hat sich verzehnfacht (alle übrigen Kugeln).

Im Handelsblatt heißt es zum Ganzen: „**Reale Weltwirtschaft und Finanzspekulation haben sich entkoppelt.**“⁴²

Das müssen wir uns auch deshalb genauer ansehen, weil wir nur dann verstehen, warum die Reichen immer reicher, die Armen immer mehr werden und der Mittelstand stetig schmilzt. Wer auf Arbeit gesetzt hat, ist in den letzten 20 Jahren höchsten „nominell“ doppelt so reich geworden. Wer gut mit Aktien spekuliert hat, konnte sein Vermögen verfünffachen. Wer aber auf Derivate gewettet oder mit ihnen sein Geld verdient hat, der konnte seinen Reichtum um das Dreihundertfache vermehren. Das gilt auch noch 2011 – also nach der großen Finanzkrise von 2007.⁴³

So hat sich das Gesamtvermögen aller privaten Haushalte in Deutschland von 1991 bis 2011 „nur“ gut verdoppelt (von 5,4 Billionen € auf 11,8 Billionen). Darin enthalten ist das Geldvermögen. Es wuchs nur etwas stärker, von 1,9 Bill. € auf 4,7 Bill. €. Die Gewinner der weltweiten Geldvermehrung sitzen also nicht in Deutschland. Ähnliches gilt für das Immobilienvermögen der deutschen Privathaushalte, nämlich gute Verdoppelung von 2,7 Billionen € (1991) auf 5,9 Billionen € (2011). Das ist sogar weniger als die Verdreifachung der weltweiten Realwirtschaft.⁴⁴

Alle übrigen Gedankenspiele zur weltweit wachsenden Ungleichheit sind dagegen fast Kleinigkeiten. So ist jüngst das hochgelobte, schon erwähnte Buch des Franzosen Thomas Piketty „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ erschienen.⁴⁵ Die Presse hatte geschwärmt:

„Es ist DAS Wirtschaftsbuch, das die Welt im Sturm erobert hat.“ (The Economist)

„Eine brillante Erzählung über Reichtum und Armut“ (Südd. Zeitung)

„Thomas Piketty ist der Ökonom der Stunde.“ (FAZ)

⁴² Handelsblatt, 13.07.2012

⁴³ Eigentlich hätten damals die Besitzer der wertlosen „Wert“-Papiere Pleite gehen müssen. Doch sie wurden durch die Zentralbanken und die Staaten (= Steuerzahler) gerettet.

⁴⁴ Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln, Tim Clamor / Ralf Henger, Verteilung des Immobilienvermögens in Deutschland, März 2013 – mit Tabelle zu allen Vermögensarten

⁴⁵ Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014 (816 Seiten)

Bei so viel Lob schlägt es einem fast die Sprache. Versuchen wir trotzdem, es kritisch zu betrachten. Pikettys Fleißarbeit untersucht in langen Zeitreihen und weltweiten Vergleichen die Entwicklung der Arbeitseinkommen und der Kapitaleinkommen. Seine Untersuchung ist wichtig und untermauert oft geäußerte Vermutungen.

Zunächst wird festgestellt, dass sich die Ungleichheit zwischen den Arbeitseinkommen und dem Kapitalbesitz im Lauf des 20. Jahrhunderts verringert hat (1910 wird mit 2010 verglichen). Seit den 1970er Jahren ist die Ungleichheit wieder angestiegen. Am geringsten ist die Ungleichheit in den skandinavischen Ländern, am stärksten in den USA (nur Europa und die USA werden hier verglichen).⁴⁶ Auch entstand im 20. Jahrhundert eine vermögende Mittelschicht.⁴⁷

Für das 21. Jahrhundert erwartet Piketty mit z. T. verständlichen Begründungen große innerstaatliche und internationale Einkommens- und Vermögensungleichgewichte.⁴⁸ Doch es wird schneller und radikaler kommen, als Pikettys nette Gleichungen und Zeitreihen erwarten lassen. Denn er arbeitet mit den herkömmlichen Denkmodellen. Er vergleicht wie Marx und fast alle Wirtschaftswissenschaftler das „Kapital“ mit der „Arbeit“. Den explodierenden Geldmarkt hat er noch nicht im Blick.

Wenn wir das Schaubild 1 anschauen, dann erschauern wir wegen ganz anderer Tatsachen. Die Geldmärkte und die Realwirtschaft, das Realvermögen und das Geldvermögen, haben sich entkoppelt. Geldkapital (z.B. Wertpapiere) und Realkapital (z.B. Fabriken) dürfen aber nicht in einen Topf geworfen werden. Mit nur 6 - 7 % jährlichen Renditen wie in Pikettys Beispielen ist es da nicht mehr getan. (Er nennt als seltene und größte Ausnahmen Renditen mit 12 % bei einigen US-Universitäts-Stiftungen.)

Doch das alles ist harmlos im Vergleich zum neuen Reichtum an den Finanzmärkten, zur dortigen Geldschöpfung ohne Wertschöpfung. Die hat in den letzten 20 Jahren eine Ungleichheit und Sprengkraft entwickelt, die 2007 zur Finanzkrise führte, bei der die Weltwirtschaft am Rand des Zusammenbruchs stand. Diese Gefahr ist überhaupt nicht gebannt. Mit all dem beschäftigt sich Piketty nicht.

⁴⁶ Piketty, a.a.O., S. 325 ff.

⁴⁷ Piketty, a.a.O., S. 342 ff.

⁴⁸ Piketty, a.a.O., S. 573 ff.

Das Ausnahmen-Vermögen von Bill Gates hat sich von 1990 bis 2010 um das **12-fache** vermehrt (von 4 Mrd. auf 50 Mrd. US-\$).⁴⁹ Der Wert der Derivate [= Ableitungen von Kreditgeschäften] hat sich dagegen von 1991 bis 2011 um das **300-fache** vergrößert (von 2.000 Mrd. auf 601.000 Mrd. US-\$ - mittlere Kugeln oben). Bill Gates hat Nutzen gestiftet, die Derivate haben Schaden angerichtet, ohne dass die Verursacher für die Folgen hafteten. Sie konnten mit Hilfen der Staaten und Zentralbanken ihren Reichtum meist über die Finanzkrise retten.⁵⁰ Im Gegensatz zu Piketty müssen wir beim „Kapital“ zwischen **Sach- oder Realkapital** einerseits und **Geld- oder Finanzkapital** andererseits unterscheiden. Betrachten wir den Unterschied genauer.

In der Realwirtschaft schafft Sachkapital in Verbindung mit Arbeit neue Werte, die am Markt als Güter und Dienstleistungen nachgefragt werden. Wir kaufen ein Auto oder gehen zum Arzt. Das stiftet Nutzen, deckt Bedürfnisse von Bürgern und Kunden. (Das sind im Schaubild 1 die beiden Kugeln ganz rechts.) Wir sprechen daher von **Wertschöpfung**, die im Welt-Bruttoinlandsprodukt (Welt-BIP, früher Bruttosozialprodukt BSP) für jeweils ein Jahr zusammengefasst wird. Es hat sich fast verdreifacht. Wir können sagen, das ist der Markt für Güter und Dienste.

Dem gegenüber steht die reine **Geldschöpfung** ohne reale Wertschöpfung. Sie hat sich von 1990 bis 2011 weltweit verzehnfacht, ist von 175.745 Mrd. \$ auf 1.701.835 Mrd. \$ angeschwollen (oben alle Kugeln außer Welt-BIP). Es war eine wunderbare Geldvermehrung mittels Geldscheinen, Aktien, Staatsanleihen, Gift- und anderen „Wert“-Papieren. Überdurchschnittlich angewachsen sind dabei die Devisen und die Derivate [= Wertpapiere für Kreditnebensgeschäfte].

Den Grund für die Ausweitung der Währungsgelder [Devisen] sehen viele im weltweiten, heimlichen bis offenen **Währungskrieg**. Um den Wert der eigenen Währung und damit die Preise für eigene Waren beim Export niedrig zu halten, drucken viele Zentralbanken Geld und werfen es auf die Devisenmärkte. Damit wird die eigene Ausfuhr, z.B. der Chinesen, gefördert. Die Schweiz hat so bis zum 14.01.2015 den Franken vor einer Aufwertung, Verteuerung geschützt. Als die Schweizer

⁴⁹ Piketty, a.a.O., S. 586

⁵⁰ Dazu stellen gut die Ursachen und Folgen dar: Hans-Werner Sinn, *Kasinokapitalismus*, Berlin 2009; und Nouriel Roubini / Stephen Mihm, *Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft*, Frankfurt/M. 2010

Zentralbank ihr gezieltes Angebot von Franken auf dem Devisenmarkt aufgab, ist der Wert hochgesprungen. Musste ich vorher für 1 Franken oder eine Schweizer Ware im Wert eines Franken 0,83 € bezahlen, so kostete am 16.01.2015 beides 0,99 € (+ 12,3%).

Jeder weiß: Schon eine Apfelschwemme verdirbt und senkt die Apfelpreise. So hat sich der Marktwert aller Währungen versechsfacht und ist damit doppelt so schnell gewachsen wie die Wertschöpfung der Realwirtschaft. Ob der Währungskrieg mit seiner Geldschwemme der alleinige Grund ist, bleibt unklar. Immerhin wird auch gegen einige Großbanken wegen Betrug bei Devisengeschäften ermittelt.

Der größte Sprengsatz auf den Finanzmärkten sind aber die **Derivate** [= wörtlich Ableitungen]. Nehmen wir an, ich habe bei meiner Sparkassen einen Kredit für eine realwirtschaftliche Investition bekommen (z.B. zum Bau von meinem Häusle). Wenn nun die Sparkasse diesen Kredit weiterverkauft oder irgendwo versichert, weil sie z.B. meinen Bankrott fürchtet, dann ist dieses neue Geschäft ein Derivat. Wir können das auch Kreditnebengeschäft bzw. Ableitung oder Derivation von Krediten für reale Investitionen nennen. Es wird auch von Kreditverbriefungen zum Weiterverkauf gesprochen.

In den USA wurden vor 2007 massenhaft solche faulen Immobilien-Krediten neu gebündelt und verpackt (verbrieft). Angeblich wurden in den Paketen die Risiken gemischt und so gemindert.⁵¹ Sie wurden weltweit mit Gewinn weiterverkauft. Plötzlich dämmerte es einigen; diese und dann immer mehr „Wert“-Papierbesitzer verkauften. Die Preise stürzten ab, die Blase platzte. Es kam zur Weltfinanzkrise.⁵²

Gelockt wurden die Käufer mit hohen Renditen. Die Höhe des Zinses ist ein Gradmesser für das im Wertpapier steckende Risiko. So bringen z.B. Staatsanleihen von möglichen Pleitestaaten viel höhere Zinsen als Anleihen von gesunden Ländern.

Nehmen wir ein Beispiel: Der klassische Pleitestaat Argentinien muss seinen Gläubigern, den Käufern seiner Staatsanleihen, viel höhere Zinsen zahlen als die USA. Denn die Erfahrung zeigt, dass Argentinien immer wieder einmal Pleite geht und seine Anleihen wertlos sind oder ihr

⁵¹ Einige könnten Pleite gehen, die Mehrheit nicht. Tatsächlich waren fast alle Immobilien „Schrott“!

⁵² „Schrottimmobilien wurden Giftpapiere“: Hans-Werner Sinn, Kasinokapitalismus, a.a.O.

Wert gekürzt wird. Schuldenschnitt heißt das dann. Doch wer zu viel Geld hat, gern spielt und spekuliert, dem gefallen solche Geschäfte. Man hat ja oft Glück, viel, viel öfter als beim Lotto.

Entsprechendes gilt für Privatdarlehen. Giftpapiere, also solche mit hohem Ausfallrisiko, wurden hoch verzinst. Aus Gier auf solche Renditen und durch Verschleierung der wahren Risiken lief der Verkauf von US-Giftpapieren bestens. Am Ende der Kette standen sehr oft die deutschen Landesbanken. Sie und die Verkäufer (Investmentbanken) hatten glänzende Bilanzen. Doch der Glanz war Trug. Von 2001 bis 2006 stieg der Anteil der riskanten Giftpapiere bei „verbrieften US-Krediten“ [MBS-Wertpapieren] von 7% auf 42%.⁵³

Als der Schwindel erkannt wurde, waren die „Wertpapiere“ nichts mehr wert, unverkäuflich.

Da viele Banken in ihren „Wertpapier“-Beständen Derivate (in Form echter Giftpapiere) hatten und haben, drohten Bankpleiten. Wenn z.B. Sparer ihr Geld zurückhaben wollen, können Banken nicht zahlen. Denn die Gegenwerte, die Anlagen der Spargelder in Derivaten, sind unverkäuflich geworden. Bei Großbanken fürchten Währungshüter Dominoeffekte; die gesamte Geldversorgung könnte zusammenbrechen und mit ihr die Weltwirtschaft. (Die Bankpleite von Lehman Brothers wurde zum Alptraum.) Hier will nun Draghi helfen und das kaufen, was andere nicht mehr wollen. Sein Vorbild Ben Bernanke, US-Notenbank-Chef, deutete die Weltwirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre nur als eine Geld- und Kreditklemme und startete dagegen eine Geldschwemme.⁵⁴

Was kann mittel- bis langfristig passieren? Wir lesen es täglich in der Zeitung und hören es in den Medien: Mario Draghi und damit die EZB fluten die Märkte mit Geld. Sie kaufen Staatsanleihen und geben so den ohnehin schon überschuldeten Staaten weiter flüssige Mittel. Jetzt wollen sie auch „Giftpapiere“ wie riskante Derivate kaufen, die private Anleger nicht mehr wollen.

Die Wirtschaftswissenschaftler schnappen nach Luft und schauen ratlos in die Luft. „Hatten wir noch nie“, meinen sie. Stimmt nicht! In der

⁵³ Hans-Werner Sinn, Kasinokapitalismus, a.a.O., S. 132

⁵⁴ z.B. Patrik Bernau, Ben Bernanke, Der Mann der Geldschwemme, in: Lisa Nienhaus (Hg.), Die Weltverbesserer, a.a.O., S. 102 ff.

Wirtschaftsgeschichte gab es immer wieder Entkoppelungen von Realwirtschaft und – sagen wir – Geldwirtschaft (genau müsste es Finanzwirtschaft heißen).⁵⁵ Ludwig Erhard hat deswegen mitten im Krieg (1943 / 44) eine Denkschrift verfasst. Die Kriegswirtschaft war nämlich auch auf Pump, auf „Papier“-Geld aufgebaut. Erhard sah die große Schwierigkeit, nach dem Krieg Kriegsschuldscheine (= überschüssige Kaufkraft) und die Realwirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen.

Denn jedes Wertpapier hat einen Schuldner und einen Gläubiger. Schuldner war der Staat, Gläubiger waren die Bürger und die Banken, die ihr Geld dem NS-Staat im Krieg leihen mussten. Sie wollten nach Kriegsende ihre Ansprüche in Güter und Sachwerte tauschen. Doch für diese angehäuften Kaufkraft gab es nicht genug Güter, keine entsprechend leistungsfähige „Güterwirtschaft“, wie Erhard die Realwirtschaft nannte. Heute sagen wir Realwirtschaft, denn auch die Dienstleistungen zählen dazu. Erhard befürchtete zu Recht den Zusammenbruch der Finanz- und der Realwirtschaft.⁵⁶

Die Lösung war dann die Währungsreform von 1948. Dazu passt, dass derzeit ein Bestseller auf dem Markt ist, den nach dem Handelsblatt die Deutschen nachts unter der Bettdecke lesen: „Der Crash ist die Lösung – Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten“⁵⁷

Doch hinter dieser wunderbaren Geldvermehrung steckt noch ein weiteres ganz heimliches, ja heimtückisches Geschehen. Weltweit wittern die neureichen Geld- bzw. „Wert“-Papierbesitzer die Gefahr. Deswegen suchen sie Anlagen in der Realwirtschaft. Diese ist aber nur ein kleines Mäusle im Vergleich zu den riesigen Kugeln von Derivaten, Devisen usw. Chinesische und arabische Staatsfonds, aber auch die schnell reich gewordenen Derivate-Könige und andere „Papier-Besitzer“ kaufen, was käuflich ist.⁵⁸

Im Abschnitt „7. Geld im Dienst der Sozialen Volkswirtschaft“ wollen wir nach Gegenstrategien und Lösungen suchen.

⁵⁵ Gut bei Nouriel Roubini / Stephen Mihm, Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft, a.a.O.

⁵⁶ Die Denkschrift 1943/44 „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ erschienen als Faksimiledruck der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Frankfurt/ M. 1977

⁵⁷ Matthias Weik und Marc Friedrich, Der Crash ist die Lösung, Frankfurt/ M., 5. Aufl. 2014

⁵⁸ z.B. Fred Pearce, Land Grabbing, Der globale Kampf um Grund und Boden, München 2012

1.6 Die Folgen für die Weltwirtschaft

Die ökologische und die kulturelle Umweltzerstörung bringen die Welt in Unordnung, mehr noch: sie stürzen sie ins Chaos. Zerfallende Staaten und zusammenbrechende regionale sowie örtliche Wirtschaftskreisläufe lösen Massenwanderungen aus.

Die Weltkarten der Militärs zeigen heute mehr instabile als stabile Staaten. Weite Gebiete von Pakistan bis Afrika sind im Aufruhr.

Nicht an allem ist der Neoliberalismus schuld. Doch seine Rezepte sind zur Heilung untauglich. „Wohlstand für alle Länder“ gibt es mit einem weltweiten Neoliberalismus nicht.

Der neoliberale Anspruch auf Weltgeltung und sein Missionseifer führen zum „Kampf der Kulturen“, und dann zum „Kampf ums Überleben“.

Doch wir brauchen den Weltfrieden durch „friedliche Koexistenz der Kulturkreise“ und „Wohlstand für alle Länder“. Freihandel ist dabei kein Ziel, sondern höchstens ein Mittel zur Erreichung dieser Ziele.

Auf die ökologische und die kulturellen Umweltzerstörung als Folge neoliberaler Politik wurde bereits hingewiesen. Der Verlust der Kultur führt zu zerfallenden Staaten; denn die Kultur hält eine Gesellschaft zusammen. Das wurde im Buch „Die kulturelle Umweltzerstörung“ ausführlich dargestellt.⁵⁹

Dazu kommen zusammenbrechende Wirtschaftskreisläufe mit Verarmung und Wirtschaftsflüchtlingen. Das bedroht den Weltfrieden. Denn der „Krieg der Kulturen“ steigert sich zum „Kampf ums Überleben“.

Die Neoliberalen sehen das anders. Sie haben dazu eine, wenn auch erfolglose Gegenstrategie im Kopf: die weltweite Mobilität der Menschen und des Kapitals. Doch dabei wird heute die Bildung zum Fluchthelfer aus den armen Ländern, und die Billigarbeiter werden zur Technologiebremse in den entwickelten Staaten.

Die heutigen Völkerwanderungen sind weder für die armen noch für die reichen Länder ein Segen. Am Ende verlieren alle.

⁵⁹ G. Pfreundschuh, Die kulturelle Umweltzerstörung, a.a.O.

Schauen wir uns das genauer an. Das neoliberale Wirtschaftsmodell will die grenzenlose Mobilität des Faktors Arbeit, weil das den weltweiten Wohlstand hervorbringen soll. Denn nach der Theorie werden die Menschen dorthin ziehen, wo sie die besten Löhne bekommen. Das sind zugleich die nützlichsten Arbeitsplätze mit den höchsten Erträgen.

Zum angeblichen Segen der Mobilität der Arbeitskräfte kommt als Zweites die Freizügigkeit des Kapitals. Das Kapital für neue Fabriken und sonstige Investitionen strömt dorthin, wo Arbeitskräfte wohnen, die bereit sind, für weniger Geld zu arbeiten. Arbeit und Kapital ziehen sich gegenseitig an. Alle werden glücklich, so die Theorie.

Dieser Neoliberalismus sitzt tief in den Köpfen der westlichen Ökonomen, Politiker – und der Brüsseler Eurokraten.

Wer aber vom Schreibtisch aufsteht und in die Welt geht, der trifft auf eine ganz andere Wirklichkeit, ja weithin auf das Gegenteil.

Selbst hartgesottene Kapitalisten müssten durch einige Tatsachen nachdenklich werden.

Das Kapital und die Investitionen müsste es eigentlich dahin ziehen, wo die Bildung hoch ist und die Arbeitskräfte billig sind (z.B. in Entwicklungsländer mit guter Ausbildung). Tatsächlich ist Bildung heute in den armen Ländern ein Fluchthelfer.

Wenn nämlich keine örtlichen realwirtschaftlichen Wirtschaftskreisläufe da sind, folgt auf die Ausbildung die Abwanderung:

„82 Prozent aller jamaikanischen Ärzte sind im Ausland tätig. 70 Prozent aller Einwohner Guayanas mit Universitätsbildung arbeiten außerhalb ihres Landes. Nordamerikanische Krankenhäuser saugen arme englischsprachige Länder wie Trinidad förmlich nach Krankenpflegern ab.“⁶⁰

Wie sollen solche Länder reich werden?

Sogar in der EU sind solche Wirkungen festzustellen. In Lettland sind mehr als 20% der Bevölkerung seit dem EU-Betritt abgewandert. Das unerfreulichste Beispiel ist Griechenland. Seit seinem Beitritt 1981 zur EU erhält das Land ständig erhebliche Zuschüsse. Doch seither wandern

⁶⁰ Erik Reinert, a.a.O., S. 7

auch dort Arbeitskräfte stetig ab. Eine tragfähige örtliche Wirtschaft hat sich nicht entwickelt. Der freie Binnenmarkt war jedenfalls kein Wachstums- und Wohlstandsbringer.

Nun kommen wir zu einem weiteren Punkt. Billige Arbeitskräfte sind keine Treiber für wirtschaftliches Wachstum. Als der Daimler-Chef Zetsche 2015 meinte, die Masseneinwanderung könne ein neues Wirtschaftswunder auslösen⁶¹, sagte Hans-Werner Sinn nur trocken: „Er will eben billige Fließbandarbeiter.“ Diese drücken aber nicht nur die Löhne, sie verhindern, dass neue kostensparende Fertigungsmethoden eingeführt werden. Billige Arbeiter sind eben billiger. Das ist dann kein Anreiz für eine „Industrie 4.0“, also eine voll digital vernetzte Fabrik. Länder, die nicht auf Billigarbeit setzen, werden längerfristig Wettbewerbsvorteile haben. Singapur kann als Beispiel dienen.

Singapur feierte 2015 seine 50-jährige Unabhängigkeit. Doch das Fest war mit Nachdenklichkeit und Wermutstropfen verbunden. Das Wirtschaftswachstum vergangener Zeiten war vorbei. Die Kluft zwischen Reich und Arm wurde immer größer. Es wurde nach den Gründen gesucht. Aus Sicht von Regierungschef Lee ist der richtige Weg in die Zukunft: mehr Automatisierung, weniger billige Arbeitskräfte und eine deutlich höhere Produktivität. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Jede siebte Familie hat weniger als 1.000 Euro im Monat – zu wenig für eine der teuersten Städte der Welt.

Hauptgrund für die hohe Ungleichheit ist Singapurs bisheriges Wachstumsmodell. Es fußte zu großen Teilen auf einer ständigen Zuwanderung billiger Arbeiter. Im Jahr 2000 stellten ausländische Beschäftigte noch 28 Prozent der Erwerbstätigen, mittlerweile sind es rund 38 Prozent, insgesamt über 1,3 Millionen Beschäftigte. Ein großer Teil von ihnen arbeitet im Niedriglohnsektor.

Die große Sorge des Regierungschefs waren die Wahlen. „Auf dem Parteitag im Dezember [2015] sprach Lee sogar vom drohenden Machtverlust bei den nächsten Wahlen, die voraussichtlich dieses Jahr oder 2016 anstehen. Dem Land stehe ein „todernster Wahlkampf“ bevor. Lee will seine Partei vor einer Schmach wie bei der letzten

⁶¹ www.faz.net, 15.09.2015

Parlamentswahl 2011 bewahren, als sie das schlechteste Ergebnis seit 1965 erzielte.“⁶² Lee steuerte daraufhin um und gewann die Wahlen.

Im **Interview** fragte das Handelsblatt Beh, Chef der Investmentagentur Singapur: „Singapur hat den Zuzug billiger Arbeitskräfte gestoppt. Warum?“

Beh: „Wir müssen darauf achten, dass diese Arbeitskräfte auch vom Markt absorbiert werden und die Gesellschaft den Zuzug verkraftet. ... Wir setzen jetzt auf qualitativen Wandel, auf die Transformation bereits bei uns ansässiger Firmen hin zu mehr Innovation und höherer Produktivität.“⁶³

Billigarbeiter sind in reichen Ländern eine Technologiebremse. Denn sie schwächen den Ansporn zu Rationalisierungen, Erfindungen und Neurungen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit nimmt ab. Dazu geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auf. Auch in bisher reichen Ländern sinkt das Lohnniveau. Die Sozialausgaben steigen zusätzlich durch Zuwanderung in deren Sozialsysteme. Dadurch müssen die Steuern steigen. Der Mittelstand schmilzt. Fast alle verlieren. Nur die Superreichen ziehen in die Steueroasen und kaufen die Welt.

Doch es kommt etwas hinzu, auf das Hans-Werner Sinn verweist. Ein eingewanderter Flüchtling kostet nach Berechnungen des Volkswirts Bernd Raffelhüschen den Staat zu seiner Lebenszeit per saldo 450.000 Euro, auch wenn er arbeitet. Denn in unserem Sozialstaat zahlen die unteren Einkommensgruppen weniger Steuern und Sozialabgaben. Sie erhalten mehr öffentliche und soziale Leistungen, als ihrem Steuer- und Abgabenaufkommen entspricht. Daher können durch ihre Beiträge auch die Renten nicht sicherer werden.⁶⁴

In weithin mittelständischen Gesellschaften ist diese Umverteilung verkraftbar. Wenn aber durch Zuwanderung oder Verarmung zu viele mehr empfangen, als sie einzahlen, kippt der Sozialstaat. Sinn nannte noch die Berechnung von Holger Bonin. Er geht von Kosten je Migrant zwischen 95.000 und 398.000 Euro je nach Berufsbild aus. Allein von

⁶² Handelsblatt, 05.02.2015

⁶³ Handelsblatt, 05.02.2015

⁶⁴ Handelsblatt, 28.06.2016

2015 bis 2017 berechnete das „Institut der deutschen Wirtschaft“ die Kosten der Flüchtlinge für den deutschen Staat auf rund 55 Mrd. Euro.⁶⁵

Aber auch den Menschen in den armen Ländern bringt der ungebremste Neoliberalismus nur noch mehr Armut. Einer der das gut beschrieben hat, ist der Schweizer Jean Ziegler.⁶⁶ Er war UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und Professor für Soziologie an den Universitäten Genf und Paris-Sorbonne – und er ist der streitbarste Sozialdemokrat der Schweiz.

Eine besondere Feindschaft verbindet ihn mit dem Nahrungskonzern Nestlé. Wie Jean Ziegler ist Nestlé am Genfer See beheimatet. Ziegler zeigt unter anderem, wie Nestlé weltweit Monopole für Kaffee und Wasser aufbaut. Dadurch werden hohe Gewinne eingefahren, und die örtliche Bevölkerung verarmt. Die Firma Nestlé nennt er die Qualle von Vevey [= Unternehmenssitz am Genfer See]. Nestlé hat u.a. in armen Ländern die Trinkwasservorräte gekauft und verdient satt mit abgepacktem Trinkwasser an den Ärmsten – weltweit. „Wasser ist eine Ware wie jede andere“, sagte trocken ein Vertreter von Nestlé dazu. Das stimmt aber nicht. Luft, Boden und Wasser sind mehr als eine Ware; sonst könnten keine Tiere im Wald leben. Ziegler nennt Tatsachen, die wir kennen und beachten müssen.

Er klagt weiter an: „Als Eigentümer riesiger Farmen im Norden und im Zentrum des Landes [Brasilien] ist Nestlé das Paradebeispiel für ein landwirtschaftliches Modell der zunehmenden Monopolisierung des Agrarbodens. Dieses Modell, das von Nestlé favorisiert wird, bedeutet das Todesurteil für die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe – und damit für die unabhängige Ernährung des Landes.“⁶⁷

Ziegler zeigt auch wie durch die Monopolstellung weniger Handelsfirmen für Kaffee (Nestlé, Sara Lee, Procter and Gamble, Tchibo und Kraft) die Preise für Rohkaffee so zusammengebrochen sind, dass die Kleinbauern die Erzeugung einstellen mussten, weil der Verkaufspreis die Produktionskosten nicht deckte. „In dem Jahrzehnt zwischen 1980 und 1990 belief sich laut der International Coffee Organization der

⁶⁵ Handelsblatt, 28.06.2016

⁶⁶ Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, München 2007

⁶⁷ Jean Ziegler, a.a.O., S. 263

durchschnittliche Kaffeepreis bei örtlichen Produzenten auf 1,20 Dollar pro Pfund Bohnen. Er ist heute auf unter 50 Cent gesunken.“ Gleichzeitig sind die Reingewinne der Kaffee-Oligarchen im Jahr 2000 zwischen 17 % und 47 % nach oben geschneilt.⁶⁸ – Vor 1989 sorgte der Westen oft dafür, dass sich die Verarmung in Grenzen hielt. Die Kommunisten sollten keine Chancen haben. Das ist nun weggefallen.

Die Fehler des Kapitalismus zeigen uns am eindrucksvollsten die Sozialisten. Über das Elend des Sozialismus schreiben anschaulich die Kapitalisten. Darum sollten wir beide lesen, um uns ein Bild zu machen. Das ist der uralte Grundsatz schon der römischen Richter: „Et altera pars audiatur!“ (frei: Beide Parteien sind zu hören!) Heute bewegen sich ganz viele Politiker und Wissenschaftler nur im eigenen Dunstkreis. Die Gegenspieler werden verteufelt, als „politisch unkorrekt“ stigmatisiert.

Wir brauchen eine Gegenstrategie, ein anderes Wirtschaftsmodell, um die Menschheit und die Erde vor den Folgen des Neoliberalismus und des Sozialismus zu retten. Dazu wollen wir zuerst nach den „Zielen der Sozialen Volkswirtschaft“ fragen. (Abschnitt „2. Strategische Ziele der Sozialen Volkswirtschaft“) Danach müssen wir uns in den Abschnitten 3. bis 8. Gedanken über den Weg zu diesen Zielen machen.

Ein kluger und ehrbarer Gewerkschaftler ist Berthold Huber (IG Metall). Er fordert einen „Kurswechsel für ein gutes Leben“. Er sagt deutlich: „Insofern müsste es heute um grundsätzliche Alternativen zum Neoliberalismus, eine demokratische Neuordnung der Globalisierung, eine wirksame Regulierung der internationalen Finanzmärkte, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und einen sozial-ökonomisch nachhaltigen Entwicklungspfad gehen.“⁶⁹

Das entspricht unserem Programm für eine Soziale Volkswirtschaft. Suchen wir nach Antworten und Lösungen!

⁶⁸ Jean Ziegler, a.a.O., S.150 f

⁶⁹ Berthold Huber (Hg.), Kurswechsel für ein gutes Leben, Wege zu einer solidarischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 2013, S. 11 - Bemerkenswert ist auch Hubers Fragenkatalog S. 20: vom Wert der Arbeit über 2/3-Gesellschaft, Bildung, Einkommens- und Vermögensverteilung bis zur Rolle des Staats u.a.

2. Strategische Ziele der Sozialen Volkswirtschaft

Strategie ist ganz einfach. Sie konzentriert sich auf das ganz Wichtige und Wesentliche. Gerade deshalb ist sie für viele so schwer (nach Clausewitz).⁷⁰ Oberstes strategisches Ziel jedes Lebewesens und jeder Gemeinschaft ist das „langfristige Überleben“. Und das soll möglichst gesund und friedlich, gerecht und auskömmlich sein. Selbst beim Krieg ist das strategische Ziel nicht der Sieg, sondern der Friede (ebenfalls nach Clausewitz).

So sind unsere strategischen Ziele

- 1. Sicherung des langfristigen Überlebens*
- 2. Mittelstand für alle*
- 3. Soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit*
- 4. Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder und friedliche Koexistenz*

Das gilt für die Soziale Volkswirtschaft und den Bürgerstaat.

Die Wirtschaft dient dem Menschen. Wir arbeiten, um zu leben und zu überleben. Daraus folgen die vier genannten strategischen Ziele für die Soziale Volkswirtschaft.

2.1 Langfristiges Überleben

*Da sich die Strategie auf das ganz Wesentliche und Wichtige konzentriert, ist das erste und oberste politisch-strategische Ziel jeder Organisation und Gemeinschaft die Sicherung des **langfristigen Überlebens**. – Bei Parteipolitikern entsteht oft der Eindruck, dass sie nur kurzfristig, in Wahlperioden und an ihr politisches Überleben denken.*

Strategen denken dagegen langfristig und nachhaltig. So ist nach Clausewitz auch das strategische Ziel des Krieges nicht der Sieg, sondern der Friede. Der Sieg ist im Krieg nur eines von mehreren Mitteln, um den Frieden zu erreichen.⁷¹

⁷⁰ Clausewitz, a.a.O. (Ullstein TB), z.B. S. 150: „So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch sehr leicht.“ – Deshalb ist auch dieser Abschnitt sehr kurz.

⁷¹ Clausewitz, .a.a.O., S. 104: Der Sieg als Mittel, der Friede als Zweck (Ziel)

Auch in der Wirtschaft ist das oberste strategische Ziel nicht der kurzfristige oder größte Gewinn. Es ist die Sicherung des langfristigen Überlebens eines Unternehmens oder einer Volkswirtschaft und deren Lebensgrundlagen. Dabei sind Freihandel und Geld keine Ziele – nur Mittel, Instrumente zur Zielerreichung.

2.2 Mittelstand für alle

*Wir wollen **Mittelstand für alle**. Denn wir wollen nicht irgendwie, sondern in angemessenem Wohlstand gemäß unserer Kultur leben.*

Hier zeigt sich, dass die Soziale Volkswirtschaft die Entsprechung zum Bürgerstaat ist. Der Bürgerstaat ist nicht nur die Fortentwicklung des Rechtsstaats, sondern auch ein Sozialstaat neuer Qualität. Ludwig Erhards Leitspruch „Wohlstand für alle“ wird aufgewertet durch das politische Ziel: „Mittelstand für alle!“ Das ist mehr und anspruchsvoller.

Denn im Bürgerstaat gilt für die mündigen und selbstbewussten Bürger: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt (Artikel 20 Grundgesetz).

Dazu brauchen alle Bürger:

- einen mittleren Bildungsabschluss,
- eine abgeschlossene Berufsausbildung,
- Arbeit und Einkommen,
- Vermögen und angemessenen Wohlstand.⁷²

Das führt im Bürgerstaat zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit für alle. Damit ist zugleich der Begriff Mittelstand umschrieben, definiert.

Heute reden die Politiker der beiden großen Altparteien ständig von „sozialer Gerechtigkeit“. Sie meinen damit einen aufgeblähten, an seine Grenzen gestoßen Sozialstaat alter Art. Mehr noch: Sie halten rund ein Drittel der Deutschen für so dumm, dass sie keinen zeitgemäßen

⁷²Selbstverständlich gibt es Kranke und Behinderte. Das sind bei gutem Gesundheitswesen etwa 5 %.

Beruf ausüben können, sodass sie dauerhaft Sozialhilfe brauchen (Zwei-Drittel-Gesellschaft).⁷³ Das kann nicht richtig sein.

In der Schweiz, aber auch in Finnland, Taiwan und anderen vorbildlichen Staaten erreichen über 90 Prozent der jungen Leute einen mittleren Bildungs- und einen Berufsabschluss. Was dort geht, muss auch bei uns möglich sein. Wir müssen mit allen Mitteln gegen die Verarmung, gegen die Proletarisierung und gegen ein neues Prekariat kämpfen. Dieses strategische Ziel gilt für beide Ordnungen, den ‚Bürgerstaat‘ und die ‚Soziale Volkswirtschaft‘.

Dieses Ziel ist in Europa alt. Schon Aristoteles⁷⁴ (384 bis 322 v. Chr.) wusste: „Es ist derjenige Staat am besten verwaltet und regiert, in welchem der Mittelstand der zahlreichste ist.“

2.3 Soziale Sicherheit durch Genossenschaft

Die soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit ist das dritte Ziel der Sozialen Volkswirtschaft. Soziale Sicherheit ist nur in der Gruppe oder Gemeinschaft möglich. Gemeinsam, nicht als Einzelgänger hat die Menschheit seit Anbeginn überlebt.

Jede Gemeinschaft ist zugleich eine Gefahrengemeinschaft. Die gegenseitige Beistandspflicht innerhalb der Familie, des Volkes oder Staats ist die natürlichste Pflicht. Daher ist unser Sozialstaat eine wichtige Weiterentwicklung des rein liberalen Rechtsstaats. Dieser will nur Rechtssicherheit garantieren, und zwar durch die Unverletzlichkeit der Person und des Eigentums.

Schon Otto von Bismarck hat bei seiner Sozialgesetzgebung auf der alten deutschen Tradition der Genossenschaftlichkeit aufgebaut. Daher kommt auch die Selbstverwaltung der Sozialversicherung. In diesem Punkt hat er sich sogar mit dem Sozialistenführer Ferdinand Lassalle verstanden und mit ihm gesprochen.⁷⁵

⁷³ z.B. Peter Glotz (SPD), Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994, S. 16 – siehe auch Blog: Bürgerstaat: Mittelstand für alle:

<http://der-buergerstaat.de/blog/2015/10/03/buergerstaat-mittelstand-fuer-alle/>

⁷⁴ Griechischer Philosoph, Schüler Platons, Lehrer Alexanders des Großen von Makedonien.

⁷⁵ Mehr unter 3. Die Wirtschaft als Genossenschaft

Die Soziale Volkswirtschaft versteht das Wirtschaften nicht als egoistisch-individualistischen Einzelkampf jeder gegen jeden. Ein weiterer Grundsatz ist Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf. Im Vordergrund steht die Arbeitszusammenführung, nicht die Arbeitsteilung. Gemeinsam muss das Werk gelingen. Zeitgemäß können wir auch sagen: die Vernetzung muss die Schnittstellen überwinden. Das wird im folgenden Abschnitt „3. Die Wirtschaft als Genossenschaft“ dargestellt.

2.4 Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder

*Wir werden nur dann in Frieden und Freiheit leben können, wenn auch das strategische Ziel **Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder** erreicht wird. Dabei müssen wir die Kultur und die Sitten anderer Völker achten und unangetastet lassen (friedliche Koexistenz). Sogar unser Ziel „Mittelstand für alle“ dürfen wir niemandem aufdrängen. Denn andere Kulturen haben einen anderen gesellschaftlichen Aufbau.*

Der Weltfriede ist nur im friedlichen Nebeneinander der Kulturen möglich. Kreuzritter und Gotteskrieger, Missionare und Ideologen sind fehl am Platz. Der Kalte Krieg wurde nicht zum heißen Krieg, weil sich alle an den Grundsatz der „friedlichen Koexistenz“ von unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen hielten. Hätte Willy Brandt der Sowjetunion ständig die westlichen Menschenrechte und Ideale vorgehalten, die Ostpolitik wäre unmöglich gewesen und gescheitert. – Genauso wenig hätte Henry Kissinger unter Präsident Nixon 1972 die Annäherung zu Mao und China erreicht, wenn sie ihm seine Verbrechen vorgehalten hätten.⁷⁶

„Wohlstand für alle Länder“ ist bewusst ein Leitspruch, der die sozialen und kulturellen, auch die religiösen und weltanschaulichen Eigenheiten der Völker und Nationen nicht berührt. Der Weg zu Wohlstand wird in Afghanistan anders aussehen als in Indien oder den USA. In Taiwan sind Schulen und Hochschule anders als in Europa. Wir müssen zulassen, dass eine Tigermutter⁷⁷ ihre Kinder anders erzieht als wir.

⁷⁶ Dazu sehr ausführlich: Jung Chang / Jon Halliday, Mao – Das Leben eines Mannes Das Schicksal eines Volkes, München 2007 (975 Seiten)

⁷⁷ Die Zeit, 27.01.11, Amy Chua, die Tigermutter, ist eine amerikanische Professorin chinesischer Abstammung. Ihr Buch „Die Mutter des Erfolgs – Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte“ löste 2011 in der ganzen westlichen Welt einen „Erregungs-Orkan“ (Die Zeit) aus.

Dadurch sollen alle Menschen in der von ihnen gewünschten Friedens-, Rechts- und Wirtschaftsordnung leben können.

Allerdings bleibt das langfristige Überleben der Menschheit und der Erde ein gemeinsames Ziel. Das dürfte auch jeden überzeugen. Als erstes sollen sich die Nationen innerhalb eines Kulturkreises gegenseitig helfen. Erste Hilfe kommt immer von den Verwandten, dann von den Nachbarn und bei ganz großen Katastrophen von allen.

Wir werden jedoch die Frage beantworten müssen, warum manche Länder reich und andere arm sind; und wie das zu ändern ist. Das ist im Abschnitt „8. Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder“ zu behandeln.

Es gilt, Wege für einen angemessenen Wohlstand für alle Völker, Nationen und Kulturen zu finden. Dazu brauchen wir vor allem ein **Friedensheer als vierte Teilstreitkraft**. Das ist noch viel wichtiger als hochgerüstete Krisenreaktionskräfte. Wir müssen endlich aus den Kriegen in Vietnam, im Irak, in Afghanistan und jetzt in Afrika lernen. Die Lehre ist ein Helfen ohne ideologischen Hintergedanken, ohne gewaltsame Missions- und Bevormundungsabsichten.

Wie in einer Weltgenossenschaft sollen alle Kulturkreise und darin die jeweiligen Völker und Nationen frei und mündig, eigenverantwortlich und selbstständig, vor allem ohne Gewalt von außen ihre politischen und wirtschaftlichen Aufgaben lösen.

3. Die Wirtschaft als Genossenschaft

Die Menschen haben in ihrer langen Geschichte bis heute in Gruppen und Gemeinschaften, nicht als Einzelgänger überlebt. Doch in ihnen steckt auch der Trieb zur Unterdrückung, sogar zur Versklavung. Im Rudel, in der Urhorde herrscht keine Demokratie. Die Alphetiere, die Herrscher müssen zu allen Zeiten gezügelt werden. Sonst verwechseln sie ihr Eigenwohl mit dem Gemeinwohl. Das gilt sowohl für den gelebten Liberalismus als auch für den real existierenden Sozialismus; beide stehen sich seit über 200 Jahren unversöhnlich gegenüber.

Wir fragen zuerst, worin sich diese beiden Ideologien unterscheiden. Dann wollen wir den Gegensatz auflösen; sozusagen eine Lösung oder Synthese finden.

Der Liberalismus setzt ganz auf den Individualismus und der Sozialismus will das Kollektiv. Die Wirklichkeit stimmt mit den Theorien und Versprechen beider wenig überein.

Tatsächlich leben die Menschen in Familien, Gruppen und Staaten. Dabei können wir drei Formen von Vereinigungen unterscheiden:

(1) Gesellschaften, (2) Gemeinschaften, (3) Genossenschaften.

Nur die Genossenschaft löst den Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus. Denn Genossen leben stets frei, gleich und brüderlich zusammen. Das und die daraus folgenden Lösungsansätze werden in den Abschnitten 3.1 bis 3.7 behandelt.

Dabei können wir auf die deutsche Volkswirtschaftslehre zurückgreifen. Sie ist ein Kind der Historischen Schule und folgte keiner der beiden Ideologien. Sie ging von geschichtlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen aus. Mit ihr können wir den Gegensatz überwinden.

3.1 Die deutsche Volkswirtschaftslehre

Die deutsche Volkswirtschaftslehre (VWL), wozu auch die Wiener Schule gehört, ist durch die Historische Schule stark geschichtlich ausgerichtet. Sie spricht zu Recht von Volkswirtschaft statt Marktwirtschaft.

Die Besonderheiten der deutschen Volkswirtschaftslehre sind:

- ihr Menschenbild,
- die Genossenschaftlichkeit,
- die Bedeutung von Körperschaften, Institutionen, Organisationen,
- die Rolle des Staates,
- der Vorrang der Realwirtschaft vor der Finanzwirtschaft,
- die Befürwortung von Schutz und Zöllen zum Aufbau von Wirtschaftskreisläufen in weniger entwickelten Volkswirtschaften und Ländern.

Der Mensch wird als Persönlichkeit mit freiem Willen und Verantwortung (Leibniz, Kant) gesehen, nicht als reines Objekt seiner Umwelt ohne freien Willen (Descartes). Menschen steuern die Wirtschaft, nicht die „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith). Vor der Vermarktung steht die Produktion durch fähige und erfinderische Menschen. Das sind die „Wurzeln unseres Wohlstands“. Wer nichts hat und nichts kann, braucht nicht auf den Markt.

Die Genossenschaftsidee, nicht der eigennützig Individualismus steht im Mittelpunkt des Wirtschaftens. Gemeinsam muss das Werk gelingen.

Körperschaften, Institutionen und der Staat gehören zum erfolgreichen Wirtschaften. Die Liberalen empfinden sie alle als ständige Bedrohungen des freien Markts.

Die Realwirtschaft hat Vorrang vor der Geldwirtschaft. Geld soll der Wirtschaft dienen, sie nicht beherrschen oder steuern.

Nur bei gleichen Partnern nützt der Freihandel beiden Seiten. Junge Volkswirtschaften, die sich erst entwickeln, brauchen Schutz und Zölle (Friedrich List).

Die **Soziale Volkswirtschaft** knüpft an die geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Wirtschaft und die Erkenntnisse der deutschen Volkswirtschaftslehre an. In Teilen ist das Modell auch eine **Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft**.

Heute ist die deutsche Volkswirtschaftslehre fast tot, vom Neoliberalismus spätestens seit den 1970er Jahren verdrängt. Der Norweger Erik Reinert sagt es so: „Es mag befremdlich erscheinen, gewinnt aber vielleicht gerade deshalb umso mehr an Gewicht, wenn ich als Ausländer dem deutschen Leser erkläre, dass eine der Hauptursachen für die Probleme des Westens und Europas darin liegt, dass ein wichtiges deutsches Erbe – das einstige deutsche Ökonomieverständnis – in Vergessenheit geraten ist.“⁷⁸

Die deutsche Wirtschaftswissenschaft sprach immer von **Volkswirtschaft** und nicht nur von Marktwirtschaft. Das ist wichtig. Denn die „Wurzeln des Wohlstands“⁷⁹ sind Erfindungen, die Entwicklung von begehrten Gütern und die Bereitstellung von nützlichen Diensten. Menschen, die forschen, entwickeln und arbeiten, schaffen Wohlstand.

Erst im nächsten Schritt können wir etwas auf dem Markt anbieten. Vor dem Verteilen steht das Herstellen. Das erfordert Geist und Arbeit, Geschick und Fleiß. Allein mit Staatsverschuldungen oder Geldschwemmen, wie es die EZB und Fed⁸⁰ versuchen, lässt sich kein Wohlstand hervorbringen, keine Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Das war im Unterschied zu den Engländern die erste Besonderheit der deutschen Wirtschaftswissenschaftler: „Sie interessierten sich stärker für die Produktion als für den Handel und analysierten die Wirtschaft auf einer weniger abstrakten Ebene.“⁸¹ Sie waren nicht so theorielastig.

Die deutsche Volkswirtschaftslehre hat ihre Wurzeln in der „Historischen Schule“ des frühen 19. Jahrhunderts. Das ist eine vornehmlich in Deutschland entwickelte und vertretene Wissenschaftsrichtung, die das Recht, die Gesellschaft und die Wirtschaft geschichtlich verstehen und erklären will. Sie hat ihre Wurzeln in der deutschen Romantik und war

⁷⁸ Erik Reinert, a.a.O., S. XII

⁷⁹ Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg (Hg.), Wurzeln des Wohlstands, Bilder und Dokumente südwestdeutscher Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1984; zitiert als: „Wurzeln des Wohlstands, a.a.O.“

⁸⁰ EZB = Europäische Zentralbank, Fed = Federal Reserve System = US-Zentralbank

⁸¹ Erik Reinert, a.a.O., S. 39

auch gegen die rein rationalistische Aufklärung und Französische Revolution gerichtet.

Heute besinnen sich einige bekannte Ökonomen wieder auf die Geschichte.⁸² Sie wollen damit die derzeitige Krise der VWL überwinden. Allerdings sind ihre geschichtlichen Kenntnisse oft recht lückenhaft.⁸³

Dagegen arbeitete die Historische Schule viel gründlicher. Sie hat das „alte deutsche Recht“ und die damit verbundene soziale Wirtschaftsordnung wiederentdeckt. Die Genossenschaftlichkeit wurde als der tragende Grundsatz erkannt und dem rein individualistischen römischen Recht gegenüber gestellt. „Ein sozialer Geist bestimmte die Gestalt der Rechtinstitute bis ins einzelne.“⁸⁴ Otto von Gierke (1841 – 1921) hat dazu die klassische, vierbändige Darstellung „Das deutsche Genossenschaftsrecht“ als sein Lebenswerk verfasst.⁸⁵

Die alte deutsche Rechtsordnung versteht sich als Friedensordnung für die dörfliche oder städtische Genossenschaft. Das römische Recht ist eine Streitordnung zwischen Individualisten. Es denkt bis heute in „Ansprüchen“ des einen gegen den Anderen, eben vor allem wettbewerblich. Dabei kommt das gemeinsame Zusammenwirken wenig ins Bewusstsein.

Dass Deutschland ein Sozialstaat ist, dass hier die „Soziale Marktwirtschaft“ entwickelt wurde, hängt mit dieser Tradition zusammen.

Wir wollen nun die Besonderheiten der deutschen Volkswirtschaftslehre der Reihe nach betrachten und vor allem dem heutigen Neoliberalismus gegenüberstellen.

⁸² Neben Erik Reinert, Horst Claus Recktenwald, Douglas North; so Nouriel Roubini als Programm schon in der Einleitung: „Auf den folgenden Seiten werden wir uns zwischen der Vergangenheit und Gegenwart hin und her bewegen ...“ (Das Ende der Weltwirtschaft, a.a.O., S. 16)

⁸³ Weithin betreiben sie nur Literaturgeschichte, nicht Quellengeschichte. Sie sichten, was früher über die Wirtschaft geschrieben wurde, erforschen kaum, wie die Wirtschaft tatsächlich ablief.

⁸⁴ Heinrich Mitteis und Heinz Lieberich, Deutsches Privatrecht, München Berlin 1963, S.1

⁸⁵ Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrechts, 4 Bde., Berlin 1868, 1873, 1881, 1913 (unvollendet)

3.2 Der Mensch will Freiheit und Erfolgslust

Die Welt ist kein Uhrwerk mit einem unaufhaltsamen, vorbestimmten Lauf, wie Pierre-Simon Laplace, Karl Marx u.a. meinten. Sie wird nicht von einer „unsichtbaren Hand“ gesteuert, der wir willenlos ausgeliefert sind (Adam Smith). Wir müssen Verantwortung übernehmen. Das können wir, weil wir die Freiheit des Handelns besitzen.

Niemand kann darauf vertrauen, dass alles seinen guten, geordneten Gang geht. Laissez-faire, Laufen-Lassen ist verantwortungslos. Wir müssen das Geschehen genau beobachten, entscheiden und handeln. Dabei kann sich die Lage schnell und grundlegend ändern.

Die Menschen suchen sogar die Herausforderung, haben i. d. R. einen gesunden Menschenverstand und brauchen Freiräume für Erfolgslust bei der Arbeit. Der Mensch sucht und braucht Erfolge. Erfolge sind dabei erreichte Ziele. Aufträge als Zielvorgaben statt Befehle sind dazu ein geeigneter deutscher Führungsgrundsatz.

Die Erfolgslust wird durch gemeinsam erkämpfte Erfolge gewaltig gesteigert (z.B. Seilschaft bei Bergsteigern). Dadurch entsteht Gruppendynamik. Das alles gilt auch für die Wirtschaft.

Freiheit und Verantwortung

Das Bild vom „homo oeconomicus“, der auf dem Markt nur berechnend seinen Vorteil sucht, ist wie oben dargestellt unvollkommen. Der Norweger Erik Reinert sieht das so:

„So liegt denn der elementarste Unterschied zwischen der englischen und der deutschen Ökonomie in ihrer Sicht des menschlichen Verstands. Für John Locke war dieser eine tabula rasa mit der ein Mensch geboren wird und in die sich die Eindrücke im Laufe des Lebens passiv einprägen. Leibniz hingegen vertrat die Ansicht, der Mensch habe einen aktiven Verstand, der konstant seine Erfahrungen mit bestehenden Schemata vergleicht – ein edler wie auch kreativer Geist. Der von deutschen Ökonomen am meisten abgelehnte Gedanke von Adam Smith war der, dass der Mensch im Grunde ein Tier sei, das gelernt habe, Handel zu treiben.“⁸⁶

⁸⁶ Erik Reinert, a.a.O., S. 43

Das ist wieder der schon erwähnte grundlegende Unterschied zwischen dem Menschenbild des angelsächsischen Behaviorismus und einem Menschen mit freiem Willen und aktiv handelndem Geist.

Wer dazu genaueres wissen will, greife zur verständlichen Darstellung des englischen Philosophieprofessors Anthony Kenny.⁸⁷ Leibniz⁸⁸, Kant⁸⁹ und die vorherrschende deutsche Tradition sind von der menschlichen Willensfreiheit und damit der menschlichen Verantwortung überzeugt.

Doch die Denksperre dieser Philosophen bestand darin, dass sie sich nicht vorstellen konnten, dass der Mensch die Natur und die Erde vernichten kann. Denn nach aller damaligen Erfahrung nahm die Welt ihren Gott gewollten Lauf, ob es den Menschen passte oder nicht. Seit der Erfindung von Wasserstoffbomben und einer Umweltzerstörung bis zur Unbewohnbarkeit sind alle Vorhersagen zur Weltgeschichte ungewiss geworden.

Daraus müssen wir Schlüsse ziehen, die allen Ideologien widersprechen, die an einen festgelegten Ablauf der Weltgeschichte mit einem guten Ende glauben. Wir müssen unser Schicksal in die Hand nehmen.

Ein Trugschluss ist der Glaube an die Berechenbarkeit menschlichen Handelns, wie sie das Bild vom Homo oeconomicus vortäuscht. Wer in die Geschichte und in die heutige Welt blickt, der sieht vernünftiges und unvernünftiges Handeln, Erfolge und Misserfolge. Und Menschen haben höchst unterschiedliche Ziele. Es genügt nicht, wie vor allem die Wirtschaftswissenschaftler glauben, nur Statistiken, Zahlen und Tabellen auszuwerten. Das ist noch das Einfachste. Geistige und moralische Kräfte sind im Spiel und prallen aufeinander. „Die Verhältnisse der materiellen Dinge sind alle sehr einfach; schwieriger ist das Auffassen der geistigen Kräfte, die im Spiel sind“, sagt Clausewitz.⁹⁰

Nicht ohne Grund haben gerade Unternehmer wieder Clausewitz für ihre Unternehmensstrategien im globalen Wettstreit entdeckt.⁹¹ Hier sind die Betriebswirte viel weiter als die Volkswirte. Unternehmer wissen, dass

⁸⁷ Anthony Kenny, Geschichte der abendländischen Philosophie, Band IV, Antike bis Moderne, Darmstadt 2015 – umfassende, gut verständliche Studienausgabe: „Bei den Lesern, die ich vor Augen habe, handelt es sich um Studenten auf dem Niveau des zweiten und dritten Studienjahres.“

⁸⁸ Zu Leibniz, Anthony Kenny, Neuzeit, a.a.O., S. 239 ff. „Leibniz' Monadologie“

⁸⁹ Zu Kant, Anthony Kenny, Neuzeit, a.a.O., S. 248 ff. „Kants Anatomie des Geistes“

⁹⁰ Clausewitz, a.a.O., S. 149. – „Von der Strategie überhaupt“, S. 148 ff.

⁹¹ Strategieinstitut der Boston Consulting Group (BCG): B. v. Oettinger, T. v. Ghyczy, Ch. Bassford (Hg.), Clausewitz – Strategie denken, München 2001

sie führen, steuern und organisieren müssen, um langfristig zu überleben. Die meisten führenden Volkswirte sind immer noch neoliberale Laissez-faire-Theoretiker. „Laufen-Lassen“ erscheint ihnen am besten.

Ein Beispiel ist das Hineinschlittern in die große Finanzkrise. Das Handelsblatt schilderte die Ereignisse unter der Überschrift: „Abwarten erscheint mir weise“ mit dem Untertitel: „Wie Fed-Chef Bernanke und seine Kollegen 2007 blind in die Krise rutschten.“ Man verhielt sich nicht wie Generalstäbler, die über den Tag hinaus und an Gefahren denken. Das Gegenteil war der Fall! Es kam später heraus, dass die US-Währungshüter in der Fed [US-Zentralbank] die Gefahr schon ab Januar 2007 gemäß ihren eigenen Protokollen hätten erkennen müssen. Erst während des Jahres 2008 kam es dann zu sechs Krisensitzungen, die den Lauf der Dinge nicht mehr halten konnten. Mahner in den eigenen Reihen wurden 2007 stets beschwichtigt und überstimmt. Der Fed-Chef Ben Bernanke sagte ganz systemgerecht und gebetsmühlenartig zu seinen Mitstreitern: „Abwarten erscheint mir weise.“⁹² Die Stellvertreterin Janet Yellen teilte die Hinhalte-Taktik ihres Chefs und wurde 2014 seine Nachfolgerin.

Erfolgslust und Gruppendynamik

Nun müssen wir beim Menschenbild noch einen weiteren Grundsatz ernst nehmen und besprechen. Menschen wollen Handlungsfreiheit, suchen Verantwortung und freuen sich über bewältigte Risiken. Es muss ein Ziel sein, dass alle – von der Fachkraft auf der Ausführungsebene bis zur obersten Führungskraft – Arbeitsfreude erleben. Denn genau sie kann ungeahnte Energien und Kräfte freisetzen. Dabei geht es bei vielen Menschen nicht in erster Linie um Geld, sondern um **Erfolgslust** und **Gruppendynamik**.

Jede Arbeit ist wichtig, hat ihren Wert. Wäre sie wertlos, dann würde sie nicht gebraucht, keinen Nutzen stiften. Die gesellschaftliche Anerkennung muss jedem gelten, der seine Arbeit mit Leidenschaft und Qualität ausführt. In einem Weltbestseller mit buddhistischen Hintergrund heißt es richtig: „Es gibt keine unbedeutende Tätigkeit auf der Welt. Jede

⁹² Handelsblatt, 24.01.2013, S. 31

Arbeit bietet uns die Chance, unsere persönlichen Begabungen zum Ausdruck zu bringen, unser Kunstwerk zu schaffen und das Genie zu verwirklichen, das wir sind.“⁹³ Jeder Mensch will und braucht Erfolgslust. Doch, was ist das?

Die kapitalistische Wirtschaft wird in klassischen Großbetrieben zentralistisch und geradezu obrigkeitlich organisiert und gesteuert. In der Fließband- und Akkordarbeit wurde das bis zum Äußersten getrieben. Taylorismus wurde das genannt. Stumpfsinnig und verachtet war daher die Ausführungsebene. Spätestens heute ist das durch die „Industrie 4.0“, den digital voll vernetzten Betrieb, überholt. Richtig war es nie.

Oft heißt es, die Industrialisierung habe Stufen durchlaufen: von der „Industrie 1.0“ (Dampfmaschine ab 1769, Eisenbahn) bis zur gerade entstehenden „Industrie 4.0“ (voll digitale Fertigung). Die Zählung im Einzelnen und die Zeitabschnitte sind sehr umstritten. Auf so einem Nebenkriegsschauplatz lässt sich ja trefflich streiten.

Der bekannte amerikanische Managementprofessor Douglas McGregor (1906 – 1964) hat schon in den 1950-er Jahren daraufhin gewiesen, dass die moderne Industriearbeit die Menschen unterfordert und die Fabrikherren es aber oft nicht merken.⁹⁴ Jeder, der viel mit Fachkräften der Ausführungsebene zu tun hatte und ihnen aufmerksam zuhörte, weiß, wieviel Wissen und Erfahrung in ihnen steckt. Die Leute wissen nicht nur sehr viel, sie haben auch eine Arbeitsehre und ein Arbeitsethos; beides bleibt vielen Vorgesetzten, vor allem in Großorganisationen, verborgen.

Vielleicht kehrt wieder etwas zurück, das seit dem Untergang des alten Handwerks als verloren galt. Dort vollendete der Handwerksmeister mit seinen Gesellen ganzheitlich sein Meisterwerk. Das führte zur Arbeitszufriedenheit, zum alten, ehrbaren Handwerkerstolz. Die alten Bürger nannten sich ehrbar, wie auf unzähligen Grabsteinen steht. Stadelmann hat das an einem Beispiel aus den letzten Tagen der Zunft festgehalten.

⁹³ Robin Sharma, Die geheimen Briefe des Mönchs, der seinen Ferrari verkaufte, München 2012, S.168

⁹⁴ Douglas McGregor, The human side of enterprise, New York 1960 – siehe auch G. Pfreundschuh, Der Bürgerstaat, Abschnitt „5.1 Das Menschenbild im Bürgerstaat“
<https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-5-1.pdf>

„Paul Ernst, der einen besonderen Blick für diese Dinge besaß, hat berichtet, wie die Aufhebung der Arbeitsehre des Handwerkers einen Tischlermeister zu Tode quälte, weil es sich nicht daran gewöhnen konnte, die Arbeitsleistung ausschließlich am Preis zu messen. Die Zunftsgesetze hatten dem Tischler den Gebrauch von Eisennägeln verboten und die Verwendung von Holznägeln auf ganz bestimmte Fälle beschränkt. Als sie wegfielen und in Clausthal ein Möbelmagazin die Kundschaft mit zusammengenagelter Fabrikware an sich zog, sah sich der alte Möbeltischler genötigt, auch eine Ladung Fabrikmöbel zu erwerben. Aber er brachte sie heimlich des Nachts auf sein Lager, denn er schämte sich, und einige Zeit danach fand man ihn erhängt.“⁹⁵

Die Verhaltensforscher gehen einen Schritt weiter. Sie fanden bei allen Menschen als natürliche Triebe die Neugier, das Erkunden der Umwelt und die Erforschung der Welt. Darauf baut das natürliche Lernen auf, das wir bei allen Kindern ab Vollendung der Geburt beobachten. Erst eine falsche Erziehung, Bildung, Ausbildung und Arbeitswelt unterdrückt diese Begabungen.

Dazu hat Mihaly Csikszentmihalyi, ein amerikanischer Professor ungarischer Abkunft, die Erfolgslust beim Arbeiten entdeckt. Sein Buch „Das Flow-Erlebnis“ war in den 1970er Jahren ein „Kultbuch“.⁹⁶ Er hat sich die Frage gestellt, warum manche Menschen mit großer Freude und oft ohne Bezahlung bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Er stieß auf die **Erfolgslust**.⁹⁷ Dazu hatte er körperliche Anstrengungen bei Bergsteigern und Rocktäänzern, aber auch geistige Dauerleistungen bei Schachspielern untersucht. Die Voraussetzungen für berufliche „Erfolgslust“ wurden bei Chirurgen nachgewiesen.

Vereinfacht dargestellt sind **fünf Voraussetzungen** nötig, damit sich „**Erfolgslust**“ einstellt:

1. *Es müssen eigenverantwortliche **Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten** gegeben sein.*
Gegenteil: Fremdbestimmung und eintöniger Alltag
2. Es muss ein überschaubarer, eingegrenzter **Aufgabenbereich** (Stimulusfeld) überantwortet sein.

⁹⁵ Rudolf Stadelmann und Wolfram Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800, Berlin 1955 – Die Zünfte wurden Schritt für Schritt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgehoben; die letzten um 1860.

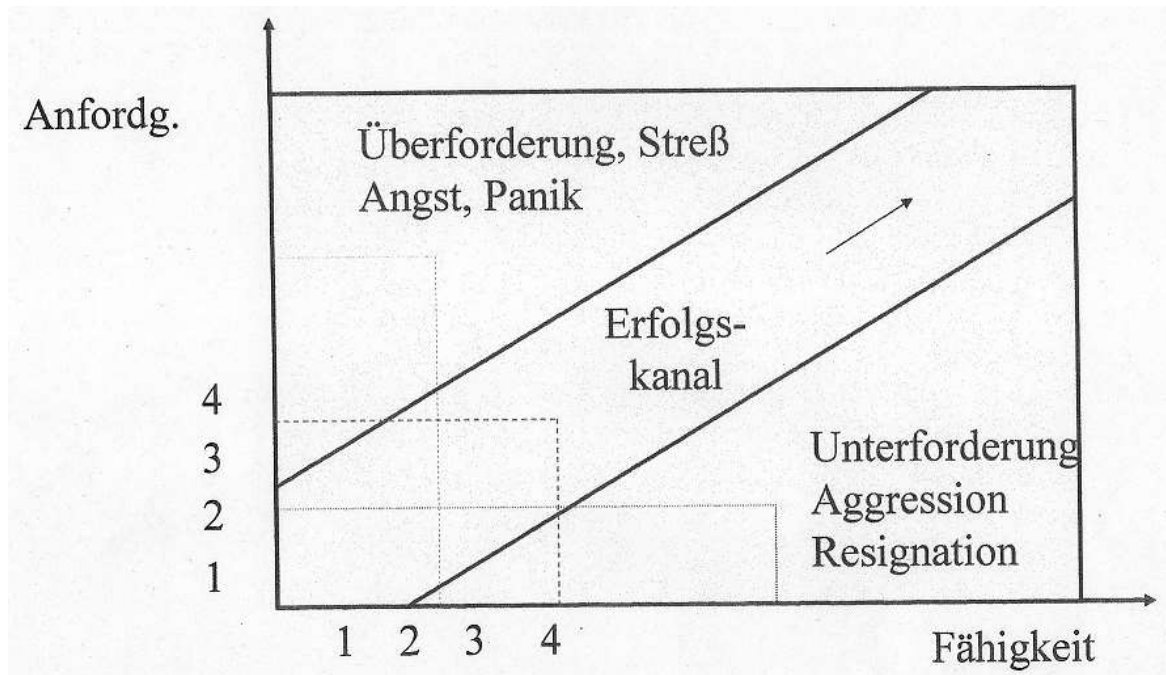
⁹⁶ Mihaly Csikszentmihalyi, Das Flow-Erlebnis - Jenseits von Angst und Langeweile: Im Tun aufgehen-Konzepte der Humanwissenschaft, Stuttgart 1987 (2.Aufl.)

⁹⁷ Er sprach englisch vom „Flow-Erlebnis“. Ich wählte für unsere Mitarbeiter im Landratsamt den Ausdruck „Erfolgslust“. Den halte ich für besser, für sofort einleuchtend.

Gegenteil: Zuständigkeitswirrwarr und „organisierte Unverantwortlichkeit“

3. Es muss ein hohes, aber **bewältigbares Risiko** vorliegen. „Entscheiden“ heißt immer, handeln unter Unsicherheit. Ohne Risiko keine Verantwortung. Durch erfolgreiche Risikobewältigung wachsen die geistigen und seelischen Kräfte eines Menschen.
Gegenteil: Vollkasko-Mentalität, „wasserdichte Absicherungen“, Verantwortungsscheue, Stagnation und Reformfeindlichkeit
4. Es müssen **klare Regeln** mit unmittelbaren Rückmeldungen über Erfolg und Misserfolg, über „falsch“ und „richtig“ gelten.
Gegenteil: Rechtsunsicherheit; ungelöste Zielkonflikte; Widersprüchlichkeiten; niemand weiß, was gilt; keine „klare Linie“.
5. Die Erfolgslust wird vervielfacht durch ihr **gemeinsames Erleben** in der Gruppe. Dazu braucht die Gruppe gegenseitige Bindungen, gemeinsame Ziele und Werte (Unternehmenskultur und Unternehmensethik – Beispiele: Operationsteam beim chirurgischen Eingriff, Fußballmannschaft, Seilschaft beim Bergsteigen). Wir sprechen von **Gruppendynamik**.
Gegenteil: Egoismus, Unzuverlässigkeit, Unehrllichkeit, Karrierekampf, Gemeinschaftsfeindlichkeit, Verlust von Bindungen und Werten.

Erfolgslust verlangt ein **Gleichgewicht zwischen den Anforderungen und den Fähigkeiten**. Überforderung führt zu Stress und Panik, Unterforderung zu Aggressionen und Resignation. Im Erfolgskanal wird die Leistungsfähigkeit bis zur persönlichen Grenze weiterentwickelt. Das zeigt das folgende Schaubild 2. Motivieren heißt, die Erfolgslust organisieren.



Ziel: Gleichgewicht zwischen Anforderungen und Fähigkeiten

Schaubild 2

In der heute so überschwänglich und oft verwirrend dargestellten „Industrie 4.0“ werden diese und viele andere bewährte Grundsätze wieder benötigt. Doch nicht alle werden dort arbeiten. Es wird viele andere Bereiche für viele unterschiedlich begabte Menschen geben.

Fachkräfte sind so wichtig wie Führungskräfte

Es ist falsch, die **Fachkräfte auf der Ausführungsebene** zu vernachlässigen und nur von „den klügsten Köpfen“ ganz oben zu reden. Die Grundlage der Qualität ist eine zuverlässige und fehlerfreie Herstellung. Nicht erst in der elektronisch vernetzten Fabrik kommt es auf gut ausgebildete und verlässliche Facharbeiter an.

Die Überbezahlung der Top-Manager hängt auch mit ihrer Überbewertung zusammen. Dabei beträgt die durchschnittliche Verweildauer der Spitzen-Bosse acht Jahre. Viele, zu viele müssen auch gehen, weil sie erfolglos waren. Trotzdem erhalten sie i.d.R. hohe Abfindungen und finden meist neue Posten. Die „Mär von diesen klügsten Köpfen der Welt“ müssen wir anzweifeln.

Fachkräfte sind auch die Forscher und Erfinder, die Chefärzte und Richter. Sie alle führen keine Gruppen oder Mannschaften, sondern lösen Einzelfälle und Einzelaufgaben. Auch die vielen Fachkräfte in den Werkhallen tragen viel zur Verbesserung der Produkte und der Produktion bei. Hier liegen die „Wurzeln unseres Wohlstands“, wie wir im Abschnitt „5. Gegen Arbeitslosigkeit durch Techniklücke“ sehen werden.

Wir erleben heute eine Überbewertung der Betriebswirtschaft, des Verkaufs und Handels, kurz des Marktes, gegenüber der soliden Forschung und Erfindung. Ein gutes Beispiel für die Bedeutung von Forschung und Entwicklung (F & E) sind unsere „Heimlichen Weltmeister“, oft Hidden Champions“ genannt.⁹⁸ Sie und die KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft.⁹⁹

Am Anfang steht die Erfindung (Invention). Sie muss als Neuerung (Innovation) zur Produktionsreife gebracht, dann hergestellt und im letzten Schritt vermarktet werden. Dabei durchdenkt der Stratege von Anfang an den ganzen Ablauf vom Labor bis zum Verkauf.

Das ist eine große Gemeinschaftsleistung. Und Gemeinschaften brauchen Führung und **Führungskräfte** auf dem Weg zur gemeinsamen Zielerreichung.

Führungskräfte brauchen die gleichen Eigenschaften, die wir von Politikern fordern:

1. Vertrauen,
2. Voraussicht,
3. Sachverstand.
4. Durchsetzungsvermögen,
5. Bürgernähe bzw. Verständnis für persönliche Bedürfnisse

Vertrauen erlangt man durch Offenheit, Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit.¹⁰⁰ Vertrauen und Loyalität sind immer zweiseitig. Führungskräfte müssen ihre Fachkräfte achten und ihnen etwas

⁹⁸ Hermann Simon, Hidden Champions des 21. Jahrhunderts, Die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer, Frankfurt/M., 2007

⁹⁹ Siehe unten Abschnitt 4.2 Mittelstand: Rückgrat unserer Wirtschaft

¹⁰⁰ Das Gegenteil ist *Tarnen, Täuschen, Triumphieren*. Schlimm ist auch, wenn Informationen zurückgehalten werden. Was heute oft zwischen und auf allen Ebenen als Machtmittel eingesetzt wird.

zutrauen. Nur so können sie motivieren, und das heißt die Erfolgslust organisieren.

Wie es nicht sein soll, aber oft ist, steht schon in einem Schweizer Büchlein für katholische Jugendführer:

- „Ein Führer kann seine Mitarbeiter auf mancherlei Art lähmen und entmutigen:
- Indem er sich zu Unrecht beständig in ihren Aufgabenkreis einmischt.
 - Indem er Dinge, die sie zu entscheiden haben, selbst entscheidet.
 - Indem er ihnen jedes selbständige Handeln verbietet.
 - Indem er all ihre Vorschläge belächelt oder dumm schilt.
 - Indem er sie für seine Fehler büßen läßt.
 - Indem er sie fallen läßt, wenn sie in Erfüllung eines seiner Aufträge kritisiert oder angegriffen werden.“¹⁰¹

Wir wollen es dabei belassen. Doch wir werden noch einige Male auf die Fach- und Führungskräfte sowie ihr Zusammenwirken zurückkommen.

¹⁰¹ Anton Loetscher, Der Jugendführer, Luzern 1953, S. 58; Das Büchlein bekam ich als Schüler für meine Ausbildung als katholischer Jugendführer. Es ist sehr überzeugend.

3.3 Mit Genossenschaften gemeinsam überleben

In Kapitalgesellschaften herrscht das Kapital, und zwar von außen und oben. Die Neoliberalen und die EU wollen Kapitalismus pur. Unsere Genossenschaften wie Volksbanken u.ä. wollen sie zerschlagen. Sie verstehen nur Kapitalgesellschaften, nicht Genossenschaften.

Worin unterscheiden sich nun Gesellschaften, Gemeinschaften und Genossenschaften? Das wollen wir hier klären. Nur die Genossenschaft überwindet den alten Gegensatz zwischen liberalem Individualismus und sozialistischem Kollektivismus durch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Gemeinsam können wir viel mehr als jeder allein.

Dazu gehört die soziale Sicherheit. Die gegenseitige Hilfe in der Not.

Genossenschaften werden durch gleiche und selbständige Genossen von unten gesteuert. Dazu sind gemeinsame Werte und Regeln nötig. Sie ermöglichen das gemeinsame Handeln und das friedliche Zusammenleben. Die Zusammengehörigkeit wird gefestigt durch die innere Bindung der Menschen an die Werte ihrer Genossenschaft.

Genossenschaftlichkeit ist nicht nur eine Unternehmensform. Sie soll auch die Sozialpartnerschaft in den Betrieben und Körperschaften, das Verhältnis zwischen Bürger, Staat und Wirtschaft bestimmen.

Die Genossenschaftsidee muss wie ein roter Faden die Soziale Volkswirtschaft und den Bürgerstaat durchziehen (vgl. historische Eidgenossenschaften, Sozialversicherungen, Schweizer Milizsystem).

Wir haben noch heute ein sehr lebendiges Genossenschaftswesen.

Die letzten Erkenntnisse haben uns gezeigt, dass die Erfolgslust als Gruppenerlebnis eine weitere Steigerung der menschlichen Kräfte auslöst.

Stammesgeschichtlich haben die Menschen **in Gruppen überlebt**, nicht als Einzelkämpfer. Gemeinsam sind Erfolge möglich, die der Einzelne nie erreichen kann. Nicht die Vereinzelung, sondern die Gruppe gibt auch soziale Sicherheit. Damit werden urmenschliche Bedürfnisse befriedigt, nämlich der Bindungstrieb (vgl. Eltern-Kind-Beziehung,

Zusammengehörigkeitsgefühl). Die Sicherheit in der Gruppe, die Verlässlichkeit und Hilfe in der Not sind weitere Gruppen-Werte.

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe verlangt die innere **Bindung** an **gemeinsame Werte**. Sie regeln und ordnen das Zusammenleben und das gemeinsame Handeln. Denken wir einfach an eine gute Familie. Bindungslosigkeit führt zu Vereinzelung, Vereinsamung, Namenlosigkeit, im äußersten Fall zum Asozialen.

Das gilt für die kleinsten und die größten Gruppen. Wie groß eine Gruppe sein muss, um den Kampf ums Überleben zu bestehen, hängt von den Gegenspielern ab. Weltweit wird es im 21. Jahrhundert so große Machtblöcke und Kulturkreise geben, dass wir ein vereintes Europa brauchen. (Wie es politisch aufgebaut sein sollte, ist ein Thema in meinem Buch „Bürgerstaat“.)

Hier geht es zunächst darum zu klären, wie der **Gegensatz von Kollektivismus und Individualismus** in der Sozialen Volkswirtschaft und im Bürgerstaat aufzulösen ist.

Wir hören oft, dass der Individualismus ein wichtiger, typisch europäischer Wert sei. Gerade heute gelte es, ihn gegen die Feinde von rechts und links zu verteidigen, gegen den sozialistischen Kollektivismus und die nationalistische Volksgemeinschaft. Diese werfen wieder den liberalen Individualisten puren Eigennutz und herzlose Selbstsucht vor. Auch außereuropäischen Kulturen und Religionen wird ein Mangel an Individualismus vorgeworfen. Die Geburt des europäischen Individualismus sieht Jacob Burkhardt in der italienischen Renaissance.¹⁰² Dann haben Reformation, Aufklärung, Französische Revolution und der liberale Rechtsstaat dazu beigetragen. Der Individualismus und die persönliche Freiheit (z.B. Privatautonomie im Recht und Staat) sind wichtige Werte. Doch alles lässt sich übertreiben. Sogar Antje Vollmer (Bündnis 90/ die Grünen) und andere klagen inzwischen über „explodierende Egos“, die nur sich kennen und ein geradezu asoziales Verhalten zeigen. Wo liegen die Irrtümer?

¹⁰² Sein klassisches Werk heißt: Jacob Burkhardt, Die Cultur der Renaissance in Italien. Ein Versuch, Basel 1860

Wir müssen den Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus durch gemeinsame Werte und Bindungen überwinden. Das ist eine zentrale Aufgabe des Bürgerstaats und der Sozialen Volkswirtschaft.

Die natürliche Bindung und Moral haben Verhaltensforscher wie Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeldt u.a. in Stammesgesellschaften erforscht. Klaus Dehner hat dazu das aufschlussreiche Büchlein verfasst: „Moral, die natürliche Sehnsucht nach Werten“.¹⁰³

Gerechtigkeit in der Gruppe verlangt, dass jeder Nutzen stiftet und dafür am Gesamtnutzen der Gemeinschaft beteiligt wird, also wiederum angemessenen Nutzen empfängt. Machtstreben gehört nicht dazu. Gerecht ist auch nicht, wenn alle das Gleiche bekommen. Gerecht ist, wenn die Leistung für die Gruppe der Gegenleistung von der Gruppe in etwa entspricht. Dann lohnen sich Arbeit und Anstrengung. Eine Gemeinschaft hat die besten Überlebenschancen, in der jeder seine eigenen Begabungen bestmöglich einbringen kann. Dann erst wird die Summe der Einzelnutzen zum größten Gesamtnutzen.

Gruppen fürs Überleben sind immer auch Gefahrengemeinschaften. Die gegenseitige **Hilfe in der Not** gehört dazu. Erst wenn Einzelne ohne Not die Gemeinschaft ausnutzen, werden sie zu Trittbrettfahrern oder Ausbeutern.

Damit kommen wir zu der politisch wichtigen Frage: Worin unterscheiden sich **Gesellschaft, Gemeinschaft und Genossenschaft**?

Der Sozialdemokrat Ferdinand Tönnies (1855 – 1936) hat 1887 das Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft“ veröffentlicht.¹⁰⁴ Es wurde ein Grundlagenwerk. Die Abgrenzung entspricht weithin unserem heutigen Sprachinhalt und Sprachgefühl. **Gemeinschaft** umfasst Nähe und Zuneigung. Die Mutter-Kind-Beziehung oder Geschwisterliebe sind Beispiele. Tönnies spricht von der natürlichen Verankerung, der Brüderlichkeit im ursprünglichen Sinne. Die obrigkeitliche Herrschaft, Patriarchat oder Matriarchat, auch das väterliche Königtum sind dabei nicht ausgeschlossen.

¹⁰³ Klaus Dehner, Moral, die natürliche Sehnsucht nach Werten, Darmstadt 1998

¹⁰⁴ Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft, Grundbegriffe der reinen Soziologie, Neudruck der 8. Aufl. von 1935, Darmstadt (WBG) 1991

Die **Gesellschaft** ist unverbindlicher und nicht auf die Natur, sondern den Willen gegründet. Die Menschen sind dabei ihrem Wesen nach voneinander getrennt. In der „Gemeinschaft“ sind sie ihrem Wesen nach miteinander verbunden. In der Gesellschaft sind die Mitmenschen oft Mittel zur Verfolgung eigener Zwecke; Kapitalgesellschaften, aber auch Tyrannen sind Beispiele.

Missbraucht wurde der Begriff „Gemeinschaft“ durch die „Volksgemeinschaft“ im NS-Staat: „Du bist nichts, dein Volk ist alles.“ So wurden die Soldaten in den Tod getrieben; „verheizt“, sagte das Volk. Wir wissen es, Millionen Bürger wurden verheizt, Juden und Soldaten, Behinderte und Kriminelle – und ganz normale Bürger, die nicht ins System passten. Nun kann jeder Begriff missbraucht werden. Aber „Gemeinschaft“ setzt nach Wortinhalt und Bedeutung nicht voraus, dass eine bestimmte innergemeinschaftliche Ordnung herrscht. Es gibt freie und unfreie Gemeinschaften.

Das ist bei der **Genossenschaft** anders. In unserer ganzen Rechts- und Verfassungsgeschichte steht die Genossenschaft im **Gegensatz zur Herrschaft**. Otto von Gierke (1841 – 1921) hat wie gesagt dazu das klassische, vierbändige Werk „Das deutsche Genossenschaftsrecht“ als Lebensleistung verfasst. In Genossenschaften schließen sich freie und gleiche Bürger oder andere Standesgenossen zusammen. „Genosse“ und „genießen“ haben eine gemeinsame Wortwurzel. Genossen genießen gemeinsam ihre Rechte. Genossenschaften werden von unten nach oben, basisdemokratisch gesteuert. Herrschaft regiert immer von oben nach unten, obrigkeitlich.

Aktuell haben die Vereinten Nationen 2012 als „Internationales Jahr der Genossenschaften“ ausgerufen. In Deutschland wurde 2015 zum Jahr der Genossenschaften erklärt. Im Internet ist dazu viel zu finden. 2016 wurden die deutschen Genossenschaften von der UNESCO zum „immateriellen Kulturerbe der Menschheit“ erklärt.

Die Schweizer Eidgenossen kämpften ab 1291 gegen Habsburg, die Kölner (1112) und viele andere Städte früh gegen ihre Stadtherren. Sie schlossen sich stets in einer Schwurgemeinschaft oder „coniuration pro libertate“, d.h. „Eidgenossenschaft für die Freiheit“, zusammen. Die Herrscher und Stadtherrn nannte es „Verschwörung“. Das war verfassungswidrig, aber jede Revolution ist verfassungswidrig.

Seit der Neoliberalismus in die Krise geraten ist, spätestens seit 2008 blicken wieder viele in die Wirtschaftsgeschichte. Hier erhoffen sie sich Anregungen und neue Ideen. Und was sehen wir?

Die längste Zeit, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts war die Güterherstellung genossenschaftlich und durch das Handwerk organisiert. Kapitalgesellschaften sind eine junge Erscheinung und waren lange in der Minderheit. Erst um 1860 wurden in Süddeutschland die Zünfte aufgehoben. Darin hatten sich gleiche und freie Handwerker zusammengeschlossen. Die Zünfte überwachten die Qualität und die Menge der hergestellten Waren. Alle sollten auskömmlich leben. In einer Wirtschaft an den Grenzen des Wachstums und ohne Technik war das eine Überlebensstrategie. Der landwirtschaftliche Boden war allseits verteilt und die Technik hatte in die Wirtschaft noch nicht Einzug gehalten. Gewerbefreiheit war dann möglich und richtig, als diese natürlichen Beschränkungen weggefallen waren. Heute scheint die Welt wieder an die Grenzen des Wachstums zu stoßen.

Auch dort, wo Wirtschaftswachstum möglich war, wurde dies durch genossenschaftliche Organisationsformen genutzt. Kaufleute schlossen sich zu Hansen zusammen. Dabei bedeutet Hanse nichts anderes als Genossenschaft und der Ausdruck „Hans“ hat ursprünglich die Bedeutung „Genosse“.¹⁰⁵ Es sind gesamtdeutsche Ausdrücke. So schlossen sich zu einer Hanse auch die Regensburger Kaufleute im Mittelalter zusammen. Dadurch konnten sie über die Donau Handel bis Kiew treiben. Sie wurden reich. Auf den Handelsfahrten leitete ein gewählter Hansgraf den bewaffneten Geleitzug.¹⁰⁶ Auch hier handelte es sich um Personengesellschaften mit gleichberechtigten Partnern.

Anders waren später die kapitalistischen Handelskompanien, z. B. der Niederländer, organisiert. Diese waren Kapitalgesellschaften. Reiche Geldgeber ließen zum Beispiel aus den fernöstlichen Kolonien Pfeffer und andere Reichtümer holen. Die Seefahrer wurden als Arbeitskräfte und mit einem Lohn, der sich am Markt gebildet hatte, bezahlt. Der Gewinn gehörte den reichen Kapitalgebern.

¹⁰⁵ Wenn der ‚Hans‘ aus Johannes abgeleitet ist, dann muss er sich richtigerweise ‚Hanns‘ schreiben.

¹⁰⁶ Karl Bosl, Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg, München 1966

Eine Genossenschaft von handelstreibenden Kaufleuten und Städten war auch die bekannte norddeutsche Hanse. Lange Zeit beherrschte sie den Ostseehandel und griff auch weit in die Nordsee aus. In Erinnerung daran gibt es noch heute die ‚Freie und Hansestadt Hamburg‘.

Ein wesentliches Merkmal all dieser Genossenschaften ist, dass sie eine **Selbstorganisation** der wirtschaftenden Handwerker, Kaufleute oder sonstigen Standesgenossen sind. Immer strebten sie auch nach einer eigenen Gerichtsbarkeit. Das gilt schon für die Zünfte. Gleiche sollten über Gleiche richten. Und für das gemeinsame Handeln, die Politik und Strategie galt der Grundsatz: „Gemeinsame Sachen sind gemeinsam zu verhandeln und zu beschließen.“¹⁰⁷ Noch heute ist in der Schweiz, die ja bekanntlich eine Eidgenossenschaft ist, ein wichtiges Argument gegen die Europäische Union, dass dann fremde Richter die Urteile sprechen. Von außen und oben gesteuert zu werden, das widerspricht allen Grundsätzen einer Genossenschaft. Sie baut sich im Gegenteil von unten nach oben auf.

Alle Genossenschaften haben neben der **Freiheit** und **Gleichheit** auch die **Brüderlichkeit**, das friedliche und freundschaftliche Miteinander als tragenden Grundsatz. Die Werte „offen, ehrlich und zuverlässig“ sind dabei das Mindeste. Vieles kommt noch dazu.

Diese Haltung kam im „ehrbaren Kaufmann“ zum Ausdruck, den Hanseaten bis heute hochhalten. Doch er galt überall in Deutschland. Die „**Ehrbarkeit**“ wurde von den Historikern ebenfalls als ein tragender Grundsatz des alten Rechts und der alten Wirtschaft entdeckt. Wer den Grabsteinen seiner Vorfahren nachspürt, der entdeckt dort, dass bäuerliche und bürgerliche Männer als ehrbar, Frauen als tugendsam bezeichnet wurden. Adlige Männer und Frauen nannten sich edel.

Auch das **alte Recht** und die Gerechtigkeit wurden als freies und friedliches, freundschaftliches und brüderliches Miteinander verstanden. Die dörfliche und die städtische Genossenschaft bringen das zum Ausdruck. Eigensüchtiger Individualismus, persönliche Karrieresucht und Aufdringlichkeit waren bei uns noch bis in unsere Tage verpönt. Es ist recht neu, dass in den Schulen die Kameradschaft so zurückgegangen

¹⁰⁷ G. Pfreundschuh, Die Ständeordnung als Verfassungstyp der deutschen Rechtsgeschichte, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 42, Heft 3, 1979, S. 631 ff. – Link dazu: <https://pfreundschuh-heidelberg.de/verfassungs-geschichte/>

ist, dass man sich gegenseitig nicht mehr hilft, nicht abschreiben lässt. Der Kampf um die besten Noten, aus dem ein brutaler Wettbewerb um Studienplätze folgt, hat die guten Sitten verdorben. Ähnliches lässt sich weithin im Bereich der Wirtschaft beobachten, wo die Kollegialität durch den Wettbewerb um Posten und Aufstiegschancen verdrängt wurde.

In der deutschen Wirtschaft haben sich **Genossenschaften bis heute** erhalten. So haben wir im Bankensystem drei Säulen, nämlich die Genossenschaftsbanken, die kommunalen Sparkassen und die kapitalwirtschaftlich organisierten Privatbanken (z. B. Deutsche Bank, Commerzbank). Am besten über die Finanzkrise sind die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen gekommen. Die EU war schon dabei, sie im Interesse ihrer neoliberalen Marktordnung abzuschaffen. Doch seither ist davon nichts mehr zu hören. Hoffen wir, dass es so bleibt. Raiffeisen und Schulze-Delitzsch haben im 19. Jahrhundert infolge der durch die historische Schule belebten Genossenschaftsidee nicht nur Banken, sondern auch Waren- und Einkaufsgenossenschaften gegründet.

Private und kommunale, aber auch kirchliche Baugenossenschaften haben immer, besonders in der Nachkriegszeit und bis heute segensreich gewirkt.

Oft werden Genossenschaften als solche nicht erkannt, zum Beispiel genossenschaftliche Einzelhändler unter den Firmennamen Rewe oder Edeka. Im Stillen, aber rege tätig sind die Genossenschaftsverbände in Bayern, Baden-Württemberg und anderen Bundesländern. Sie beraten Genossenschaftsgründer, unterstützen rechtlich und organisatorisch Genossenschaften.¹⁰⁸

Auch sonst regt sich in Deutschland in vielen Bereichen und versteckt eine neue Genossenschaftlichkeit. Bauern gründeten zum Beispiel in Tegernsee und anderorts Käserei-Genossenschaften. Diese gehören den Genossen, und die Genossenschaftsbauern liefern ihre Milch dorthin, um daraus Käse zu machen und ihn selbst zu vermarkten. Windkraftanlagen, aber auch Dorfläden und sogar kleine Brauereien werden so als Genossenschaften gegründet und genossenschaftlich betrieben.

¹⁰⁸ <https://www.dgrv.de/de/genossenschaftswesen.html> - Abruf 2017

Insgesamt spielt aber in der Weltwirtschaft die Genossenschaftlichkeit im Vergleich zur Macht und zum Reichtum des Kapitals eine untergeordnete Rolle. Der amerikanische Milliardär und Großinvestor Warren Buffet und chinesische Großgeldbesitzer haben gerade derzeit den deutschen Mittelstand entdeckt und entwickeln Einkaufsstrategien. Die Wirtschaftspresse wie das Handelsblatt sind voll davon. Dadurch ist auch unsere mittelständische Wirtschaft in Gefahr.

So erhebt sich die Frage, wie wir den Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft erhalten und retten wollen. Oder wollen wir es zulassen, dass er aufgekauft wird und dadurch auch in Deutschland eine völlig andere, globalisierte und kapitalistische Wirtschaftsordnung entsteht. Die einzige Gegenstrategie ist die Zusammenführung des Mittelstandes in genossenschaftlichen Verbänden, um seine Freiheit und sein Überleben zu sichern. Nicht als Einzelkämpfer, sondern nur genossenschaftlich wird der Mittelstand in einem globalisierten Weltmarkt überleben. Dazu brauchen wir die passenden Institutionen und Organisationen.

Nur durch Genossenschaftlichkeit haben auch die Gewerkschaften die Arbeiter aus der sozialen Not und Verarmung herausgeführt.

Die Vereinigungsfreiheit ist heute ein Grundrecht unserer Verfassung (Ar. 9 GG). Im liberalen Sturm und Drang der Französischen Revolution war das ganz anders. Sogar Handelskammern u.ä. waren verboten.

Karl Marx war ebenfalls ein Feind der alten Körperschaften. Er folgte hier wie in vielem anderen den Gedanken von Adam Smith. Gustav Radbruch stellt noch für das Erfurter Programm (1891) der Sozialdemokraten fest, dass der ökonomische Sozialismus mit einem weltanschaulichen Individualismus verbunden war. Erst Ferdinand Lassalle habe die Wendung vollzogen.¹⁰⁹ Das war ein heftiger Richtungsstreit in der SPD. Er wurde schließlich zu Gunsten der „Genossenschaftlichkeit“ entschieden.

Anschaulich und bildhaft zeigt Gustav Radbruch auch den Gegensatz von deutschem und römischem Recht. In deutschrechtlicher Tradition gilt nach ihm:

¹⁰⁹ Gustav Radbruch, Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1925, S. 30 – Radbruch ist ein angesehener, wiederentdeckter Jurist und Rechtsphilosoph. Er war in der Weimarer Republik zweimal kurz Reichsjustizminister für die SPD. Sein Gesamtwerk wurde neu aufgelegt: Gustav Radbruch, Gesamtausgabe, Heidelberg 1986 – 2003, 20 Bde. (Radbruch war der Dr.-Vater meines Vaters.)

„Der Einzelne trägt all seine Rechte nur vom Ganzen und im Interesse des Ganzen zum Lehen. ... Die entgegengesetzte Anschauung, dass das Individuum Ausgangs- und Endpunkt alles Rechts sei, hat der Römer schon durch die Sage von der Gründung seiner Stadt zum Ausdruck gebracht: eine Schar heimatloser, familienloser, aus jedem sozialen Zusammenhang herausgerissener Räuber geht, wie nach Rousseaus Rezept, einen Gesellschaftsvertrag ein. Die Gemeinschaft ist nur um der Einzelnen willen, das öffentliche Recht nur zum Schutze des Privatrechts da.“¹¹⁰

Ausgangspunkt des deutschen Rechts ist wie gesagt die freie und friedliche Dorf- oder Stadtgenossenschaft. Auch hier kommt es wie immer bei den Menschen im Lauf der Zeit oft zu verfestigter Herrschaft (z.B. durch das Patriziat). Freiheit muss immer neu erkämpft werden.

¹¹⁰ Gustav Radbruch, Einführung, a.a.O., S. 75 f.

3.4 Körperschaften, Institutionen, Organisationen

Im Gegensatz zum liberalen Individualismus glaubte die deutsche Volkswirtschaftslehre an die Kraft der Organisationen und der Institutionen. Erstaunlich, dass der US-Nobelpreisträger Douglas North dies auch erkannte. Ihn hat rund 70 Jahre lang die Frage beschäftigt: „Warum werden die einen Länder reich und andere bleiben arm?“

Er erkannte beim Studium der europäischen Wirtschaftsgeschichte in Genf, es kommt auf die Institutionen an: „Sie sind der wesentliche Bestimmungsfaktor der langfristigen Wirtschaftsleistung.“¹¹¹ Vor allem sie entscheiden, ob ein Land wirtschaftlich erfolgreich oder erfolglos ist. Nicht nur zwischen Unternehmen, auch zwischen politischen und anderen Einheiten herrscht Wettbewerb. Er kritisierte den neoliberalen Vernunftglauben, die Mathematisierung der Ökonomie. Unsicherheiten, Versuch und Irrtum, Wettbewerb zwischen Staaten und Institutionen sind die Treiber von Wandel und Fortschritt.

Die EU ist auf dem Weg ins Gegenteil; alles wird zentralisiert und gleich gemacht.¹¹² Wir erleben die EU-weite Vereinheitlichung statt lebendige Vielfalt!

In der deutschen Wirtschaft herrschte und herrscht zum Teil bis heute eine große institutionelle und organisatorische Vielfalt. Wir haben wie gezeigt aus alter Überlieferung noch immer ein lebendiges Genossenschaftswesen.

Die uralte gemeindliche Selbstverwaltung hat eine Reihe öffentlich-rechtlicher Anstalten und Körperschaften teils erhalten, teils neu geschaffen. Da sind zunächst die öffentlich-rechtlichen kommunalen Sparkassen zu nennen. Sie sind seit der Mitte des 19. Jahrhundert eine der drei gleich starken Säulen des deutschen Bankensystems. Dazu kommen die Genossenschaftsbanken und dann die kapitalmäßig organisierten Privatbanken (Wir haben nur noch zwei Großbanken, die Deutsche Bank und die Commerzbank sowie einige kleinere Privat- und

¹¹¹ Douglass C. North, Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen 1992, S. 127

¹¹² Gerhard Schwarz, „Douglas North, Es lebe die Kleinstaaterei“, in: Lisa Nienhaus (Hg.), Die Weltverbesserer, a.a.O., S. 82 ff

Familienbanken). Die EU wollte gerade die Sparkassen und Volksbanken privatisieren und damit kapitalisieren; da kam die große Finanzkrise (2007 f). Und siehe da, während die „systemrelevanten“ kapitalistischen Großbanken ins Straucheln gerieten, waren Volksbanken und Sparkassen der sichere Anker und die großen Gewinner von vielen Kunden. Sie finanzieren unseren Mittelstand.

Nun haben die Städte, Gemeinden und Landkreise als selbstverwaltete Gebietskörperschaften seit dem frühen 19. Jahrhundert bei uns fast die ganze örtliche und regionale Daseinsfürsorge und Infrastruktur aufgebaut. Das reicht vom Wasser und Strom über Straßen und Trambahnen bis zu Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen aller Art. Doch das passt nicht ins neoliberale Modell der EU, und sie kam auf eine Idee. Sie kündigte die Privatisierung der Wasserversorgung an. Ein Sturm der Entrüstung brach los. Ihr Wasser wollten sich die Bürger zu Recht nicht abgraben lassen. Die EU ruderte zurück und wir hören davon nichts mehr. Viele befürchten, dass die Transatlantischen Handelsabkommen wie TTIP, TiSA den Einbruch bringen werden.

Die EU hat ja bereits durchgesetzt, dass die aus wohlfahrtsstaatlicher Zeit stammenden staatlichen Sachversicherungen privatisiert wurden. Das waren öffentlich-rechtliche Gebäude-, Brand-, Hagel- und andere Versicherungen. In Bayern hatte besonders segensreich die 1811 von König Max I. gegründete Bayrische Versicherungskammer gewirkt.¹¹³ Sie gibt es zwar noch, aber als Konzern auf Kapitalbasis. Nun versuchen die Bayern erfindungsreich, möglichst viel von der alten Tradition beizubehalten. Und es heißt auf der aktuellen Web-Seite: „Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung. Dieser königliche Schutzauftrag und die damit verbundene besondere Fürsorge sind für uns bis heute Überzeugung und Verpflichtung. Anders als bei börsennotierten Unternehmen gilt unsere Aufmerksamkeit primär den Kunden und ihrem Wohlergehen. Das hat uns nicht nur **zum größten öffentlichen Versicherer**, sondern auch zu einem der zehn größten Erstversicherer in Deutschland gemacht.“

Was ist nun anders geworden? Das können wir aus Baden-Württemberg berichten. Dort wurden die alten Gebäude-Brandversicherungen von den

¹¹³ Mir wurde die Einrichtung durch mein dortiges Verwaltungspraktikum als Jurastudent bekannt.

Sparkassen übernommen und werden nun privatwirtschaftlich geführt. Die Beiträge sind gestiegen, die Versicherungsleistungen gefallen. Denn vorher galt das Umlagesystem mit Gebietsmonopol. Alle Gebäude im Land mussten bei der Badischen oder Württembergischen Gebäude-Brandversicherung versichert werden. Neben einer Rücklage für Katastrophenjahre wurde jährlich der Beitrag aus den angefallenen Schäden berechnet. Eine Gewinnerzielungsabsicht bestand nicht und war ausdrücklich verboten.

Ziel war nicht ein Gewinn für Kapitaleigner (Aktionäre), sondern der Schutz des Vermögens der Bürger. Kapitalversicherungen wie die Allianz denken ganz anders. Sie wollen europaweit, oft auch weltweit wachsen, expandieren. Dazu legen sie sich sogenannte „Kriegskassen“ an, um damit andere, meist kleinere Versicherungen, Banken und Finanzinstituten aufzukaufen. Es gelten die Gesetze des vermachteten Marktes: „Die Großen fressen die Kleinen.“ Doch wenn wir einmal nur noch Mono- oder Oligopole haben, dann zählt nur noch der Aktionärsnutzen (Shareholder Value), der Kundennutzen und das Gemeinwohl passen nicht ins System.¹¹⁴

Die nächste Säule unseres Sozialstaates sind die von Bismarck geschaffenen Sozialversicherungen. Sie gehen, wie geschichtliche Untersuchungen zeigen, sowohl auf alte genossenschaftliche (z. B. im Saarbergbau) als auch auf wohlfahrtsstaatliche Überlieferungen zurück. Diese Unfall-, Kranken- und Altersversicherungen führten schon im 19. Jahrhundert zum bekannten sozialstaatlichen Vorsprung Deutschlands gegenüber dem Westen. Wie schwer verständlich diese segensreichen, aber staatlichen Pflichtversicherungen für die Kapitalisten und ihre Ideologie sind, zeigte der Versuch des US-Präsidenten Obama, in den USA eine allgemeine staatliche Krankenversicherung einzuführen. Die EU hat sich bisher noch nicht an sie herangewagt, obwohl sie im Liberalismus und Kapitalismus völlig systemfremd sind. Allerdings könnte sich das mit TTIP und TiSA ändern.

Nun ist in den USA zwar der Neoliberalismus die ganz herrschende Meinung, doch nicht alle denken so. Erwähnenswert sind zwei Wirtschaftswissenschaftler, die für ihre abweichenden Meinungen sogar den Nobelpreis bekamen.

¹¹⁴ Vergleiche dazu unten 4.1 Dreiklang: Kunden, Arbeitnehmer, Unternehmer

Der schon im Vorspann erwähnte Douglas North hat nicht nur die Bedeutung von Institutionen für die Armut oder den Reichtum von Ländern erkannt. Er hebt zugleich hervor, dass kleine Unternehmen und Einheiten erfindungsreicher und innovativer sind. Versuch und Irrtum sind hier leichter möglich und führen bei Fehlschlägen nur zu begrenzten Schäden.

Auch Deutschland liefert dazu ein Beispiel. So haben der mittelständisch strukturierte Süden, also Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, das rohstoffreiche Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich überholt. Das mittelständisch geprägte Sachsen ebenso wie das Sudetenland und weite Teile von Böhmen und Mähren waren vor dem 2. Weltkrieg und dem Kommunismus die reichsten Gebiete Mitteleuropas.

An Rhein und Ruhr war noch in der Nachkriegszeit die Herzkammer der Schwerindustrie. Grundlage waren die Ruhrkohle und das Eisenerz aus dem Siegerland, früher aus Lothringen. Ähnliches galt für das Saarland. Doch dann hat die mittelständische, kleinteilig strukturierte Wirtschaft Süddeutschlands den rheinischen Kapitalismus überholt und ist sogar europaweit in eine wirtschaftliche Spitzenstellung vorgerückt.¹¹⁵ Dezentralisierung ist nach Douglas North die beste Voraussetzung, um zukunftssicher zu überleben und ständig neue Lösungen zu suchen und zu finden. Großorganisationen müssen immer gegen Erstarrung und Behaglichkeit, Bürokratie und Unregierbarkeit ankämpfen.

Hier sind kurz einige Begriffe zu klären. Sowohl der Ausdruck „Organisation“ als auch das Wort „Institution“ haben zwei Bedeutungen. Sie umfassen das, was wir bei genauer Betrachtung (1.) als Aufbauorganisation und (2.) als Ablauforganisation unterscheiden. Aufbauorganisation ist die „Einrichtung“ einer Behörde, wie sie im Organisations- und Stellenplan festgelegt ist. Dazu gehört auch, wer für was zuständig ist. Stellt nun ein Bürger einen Antrag (z.B. auf Baugenehmigung), dann beginnt ein Ablauf oder Genehmigungsprozess. Er vollzieht sich nach den für die „Ablauforganisation“ einschlägigen Rechtsvorschriften. Die Regeln der Ablauforganisation heißen im Englischen und bei North, „Institutionen“. Die deutsche VWL hat die uns fremde, englische Bedeutung von „Institutionen“ durch die „Neue

¹¹⁵ Vergleiche hierzu unten „4.2 Mittelstand: Rückgrat unserer Wirtschaft“

Institutionenökonomie“ übernommen.¹¹⁶ Insoweit hat und will auch die liberalste Gesellschaft Institutionen, nämlich eine Rechtsordnung.

Doch Körperschaften, auch Genossenschaften sind Liberalen teils fremd, teils werden sie argwöhnisch betrachtet. Denn im Kampf gegen die alten Körperschaften, Stände, Staat usw. sind das liberale Modell von Adam Smith und der Liberalismus entstanden. Allerdings haben der deutsche und der englische Liberalismus eine ständische Einrichtung übernommen und stark ausgebaut, die in den romanischen Ländern so nicht überlebt hat. Es ist die gemeindliche Selbstverwaltung. In den USA kommt die Bundesstaatlichkeit, der strikte Föderalismus hinzu.

Hier hat North etwas ganz Entscheidendes festgestellt. Es ist der große wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterschied zwischen Nord- und Lateinamerika. Beide Teile des Kontinents haben sich von ihren Kolonialmächten, England einerseits und Spanien sowie Portugal andererseits, befreit. Da die USA Vorbild waren, wurde in allen Ländern Südamerikas die US-Verfassung weitgehend übernommen. Doch die zentralistische, bürokratische Tradition aus spanischer Zeit war stark und lebendig. „Infolgedessen waren in Lateinamerika föderalistische Projekte und Dezentalisierungsversuche nach den ersten paar Jahren der Unabhängigkeit undurchführbar. Die allmähliche Rückkehr eines Landes nach dem anderen zu zentraler bürokratischer Kontrolle war typisch für Lateinamerika im 19. und 20. Jahrhundert.“¹¹⁷ North führt die Wirtschaftsschwäche Südamerikas vor allem auf diese institutionellen Unterschiede zurück.

Max Weber hat noch die Religion als möglichen Leistungstreiber hervorgehoben. Vor allem im Protestantismus und der calvinistische Ethik sieht er wirtschaftliche Antriebskräfte.¹¹⁸ Hier wäre eine Parallele zu North. Der Katholizismus ist ebenfalls ganz obrigkeitlich, zentralistisch und bürokratisch organisiert.¹¹⁹ Der Protestantismus ist so dezentral, dass die Gemeinden das Fundament der Kirche sind und sogar ihre

¹¹⁶ Dabei weicht North's Sprachgebrauch, auch in der deutschen Übersetzung, vom allgemeinen Deutsch ab. Er nennt „Institutionen“ die Regeln für die Ablauforganisation (z.B. Gesetze, Sitten usw.). Organisation nennt er das, was wir üblich die Aufbauorganisation nennen (z.B. Behörden, Firmen). Auf die Unterscheidung legt er großen Wert. Vgl. Douglass North, Institutionen usw., a.a.O., S 4 ff.

¹¹⁷ Douglass North, Institutionen usw., a.a.O., S. 122

¹¹⁸ Weltbekannt sein Werk: Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Bd. 1, Tübingen 1986, S. 17 ff.

¹¹⁹ Die Vorschriften gingen vor dem Vatikanum II bis in die letzten Einzelheiten des Lebens; was ich als Katholik im Religionsunterricht noch lernte. Schon Diakone müssen auch heute noch ihren Oberen wie dem Bischof bei der Weihe „unbedingten Gehorsam“ geloben.

Pfarrer wählen dürfen. Der Schweizer Calvinismus übertrifft dabei das landesherrlich ausgerichtete Luthertum.¹²⁰ Frankreich war vor Richelieu und dem Sonnenkönig ebenfalls ein föderales Land mit einer starken und lebendigen Selbstverwaltung der Städte und Provinzen.¹²¹

Einer ganz anderen Kapitalismusfalle ist Elinor Ostrom nachgegangen. Sie bekam den Nobelpreis, weil sie erforschte, warum viele Fischer nicht einen segensreichen Wettbewerb hervorbringen, sondern die Weltmeere leer fischen – bis alle nichts mehr haben. Das ist übrigens eine ganz grundsätzliche Frage, nämlich wie eine Wirtschaft und eine Welt an den „Grenzen des Wachstums“ weiterexistieren sollen. Die vorindustrielle Wirtschaft war an solche Grenzen gestoßen und hatte ihre eigenen Überlebensstrategien dafür entwickelt.¹²² Eine Reihe von Grundsätzen waren dabei das glatte Gegenteil von „Kapitalismus“, nämlich genossenschaftlich und auskömmlich, sparsam und nachhaltig, kunstvoll und dauerhaft (Güte und Qualität).

Elinor Ostrom ist keine Historikerin. Sie ist aber auf sehr alte, noch heute bestehende Einrichtungen gestoßen, nämlich die Allmende (= dörflich genossenschaftliches Gesamteigentum).¹²³ Dazu zählt Ostrom fälschlicherweise alle von jedermann nutzbaren öffentlichen Güter (z. B. offene Gewässer, Almen). Tatsächlich haben zu den Allmenden, z.B. den heutigen Almen, nur die rechtmäßig dazugehörigen Genossen Zugang. Doch diese nutzen das Gesamteigentum (z. B. Bürgerholz, Gemeinschaftswälder) gemeinsam. Hierher gehören auch die Waale (Bewässerungskanäle) in Südtirol. Über Hunderte von Kilometern werden die Weinberge, Obstgärten und Wiesen in Hanglagen von Tälern wie dem Vintschgau bewässert. Die Waalordnungen sind Jahrhunderte alt und heute noch für die dortige Landwirtschaft lebenswichtig. Die zugeweilten Mengen des knappen Wassers sind streng geregelt.

Für Ostrom ist (fälschlicher Weise) das besondere an Allmenden, dass jeder angeblich „freie“ Nutzer die Nutzungsmöglichkeiten aller übrigen Nutzer begrenzt. „Doch jeder zusätzliche Fischer schmälert den Fang

¹²⁰ Gut dargestellt bei: Joachim Whaley, Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, Bd. I (1493 – 1648), Darmstadt 2014, z.B. im Abschnitt: „II. Die Reform von Reich und Kirche“, S. 91 ff. und S. 244 ff.

¹²¹ Carl Jacob Burckhardt, Richelieu, 3 Bd., München 1961 (gute Darstellung von Richelieus Kampf für „ein König, ein Reich, eine Religion“)

¹²² Mehr dazu: G. Pfreundschuh, Die Ständeordnung als Verfassungstyp der deutschen Rechtsgeschichte, a.a.O., S. 631 ff (670)

¹²³ Im alten deutschen Recht gab es neben den Lehen das Allod; es war Alleineigentum einer Bauernfamilie. Allmende waren oder sind Gemeinschaftseigentum der dörflichen Genossenschaft.

der anderen Fischer und trägt zur Überfischung bei.“¹²⁴ Die Folge seien überfischte Gewässer und abgegraste Weiden. Rund 50 Prozent der Fischarten im Atlantik seien überfischt. Hier sehen nun die klassischen Wirtschaftstheoretiker nur zwei Lösungen: Verstaatlichung oder Privatisierung. Dann kann mit Gesetzen oder Verboten gearbeitet werden.

Elinor Ostrom fand nun bei ihrem Ausflug in die Wirklichkeit noch einen ganz anderen, dritten Weg, nämlich die Genossenschaftlichkeit. Sie traf auf örtliche Körperschaften, die eigenverantwortlich und selbstständig die „Allmend-Tragödie“, wie sie es nennt, ohne Staat und ohne Privatbesitz verhinderten. Sie gaben sich klare Regeln und vereinbarten ebenso klare Strafen für Übertretungen, die sie selbst vollstreckten. Elinor Ostrom stellte sogar fest, dass sich der Staat dabei am besten heraushält. Der Versuch, in die organisch gewachsenen Strukturen durch Gesetzgebung einzugreifen, führe schnell zur Zerstörung der Selbstordnung.

Ostrom erkannte weiter, dass sich solch eine Selbstorganisation schrittweise von unten nach oben aufbauen kann. Es kommt zu genossenschaftlichen Zusammenschlüssen auf der nächsthöheren Ebene (vgl. z. B. die Hansen, Städtebünde, die Eidgenossenschaft). Und dann wird die Frage gestellt, ob das auch auf der Ebene der Europäischen Union möglich wäre. „Ostroms Fallstudien zeigten, dass die Regeln der Kooperation auch in Fällen funktionieren, in denen tausende von Menschen involviert waren. Produkte, wie Open-Source-Software oder Wikipedia belegen diese Idee – vorausgesetzt man beachtet die Prinzipien der erfolgreichen Kooperation, die Ostrom aufgedeckt hat.“

Allerdings müssten dann in Brüssel die Neoliberalen durch Denker im Sinne einer genossenschaftlichen Sozialen Volkswirtschaft ersetzt werden. Die Darstellung der „Weltverbessererin“ Ostrom endet mit einem Zitat von ihr: *„Es sind die gewöhnlichen Menschen und Bürger, welche die Institutionen des täglichen Lebens gestalten und aufrechterhalten.“*

¹²⁴ Hanno Beck, in: Lisa Nienhaus (Hg.), Die Weltverbesserer, a.a.O., S. 126

Eine der Fragen, die von der alten vorindustriellen Wirtschaft nicht gelöst wurde, war der ständige technische Fortschritt. Denn dazumal mussten die Gesellen bei ihrer Freisprechung geloben: „Nichts Altes abzustiften und nichts Neues aufzubringen“. Dieser Grundsatz ist in einer wissenschaftlich-technischen Welt tödlich. Hier gilt es, ständig „Techniklücken“ zu schließen, damit es nicht zu Dauerarbeitslosigkeit und Wettbewerbsnachteilen kommt.¹²⁵

Die Menschheit wird nur überleben, wenn es ihr gelingt, eine natur- und umweltverträgliche Technik zu entwickeln. Derzeit sind Natur und Technik noch nicht versöhnt, nicht im Einklang. Unsere Technik ist jung, sozusagen auf Steinzeit-Niveau. Sie kracht, stinkt, verschmutzt – und verschandelt die Landschaft. Es gibt viel zu tun! Dazu brauchen wir über dem einzelwirtschaftlichen Gewinnstreben der Unternehmen solche genossenschaftliche und politisch-strategische „Einrichtungen“, die das nachhaltige Überleben, den Nutzensausgleich und das Gemeinwohl durchsetzen. Damit kommen wir zum Staat, den wir als Bürgerstaat organisieren wollen.

¹²⁵ Vergleiche dazu unten 5. Gegen Arbeitslosigkeit durch Techniklücke

3.5 Die Rolle des Staates

Die Liberalen sehen den Staat als Obrigkeitsstaat, der ständig die Freiheit des Marktes, der Unternehmer und der Bürger bedroht. Für die Gefahren vom vermachteten Markt und von den Mächten der Gesellschaft (Lobby, Korruption) sind sie blind. Der liberale Staat hat nur das persönliche Eigentum und die Sicherheit der Person zu schützen.

Das sah die deutsche VWL von der Kameralistik mit ihrer Idee der „allgemeinen Wohlfahrt“ über die Historische Schule und die Soziale Marktwirtschaft bis zum Sozialstaat immer anders. Sie verlangte, dass der Staat bei Fehlentwicklungen eingreift, das Gemeinwohl sichert. Dazu hat der Sozialstaat z.B. tatkräftig die soziale Sicherheit und (!) den sozialen Aufstieg zu gewährleisten. Wie gezeigt wirken dabei wohlfahrtsstaatliche und genossenschaftliche Traditionen weiter.

Die Rolle des Staates wird künftig gewaltig zunehmen. Denn die ökologische und kulturelle Umweltzerstörung, Völkerwanderungen und Kriege, die Geldschöpfung ohne Wertschöpfung, der Aufkauf der Welt durch Großgeldbesitzer und vieles mehr sind riesige Herausforderungen für die Politik, den Staat und die Bürger. „In dieser [deutschen] Tradition wird die individuelle Freiheit nicht gegen den Staat, sondern mit Hilfe des Staates errungen, im Rahmen des gemeinen Wohls.“ (Erik Reinert)

Kann der Staat das leisten? Kann es ein Bürgerstaat?

Der heutige Parteien- und Obrigkeitsstaat hat zwar genügend Personal und Geld. Ein Blick in die Gesetz- und Verordnungsblätter, öffentlichen Haushalte, Stellenpläne, Behördenverzeichnisse zeigt einen Wust von Bürokratie. Doch dieser Staat ist mit seinem reinen Regulieren und alleinigen Geldverteilen am Ende. Er ist falsch aufgebaut und organisiert.

Nur ein strategisches und genossenschaftliches Zusammenwirken von Bürgerstaat und Sozialer Volkswirtschaft kann die Wende bringen.

Dazu brauchen wir andere, genossenschaftliche Organisationsformen, wie im Einzelnen in den Abschnitten 4. bis 7. zu zeigen ist.

Der Bürgerstaat ist eine besondere Art des Zusammenschlusses freier, gleicher und brüderlicher Staatsbürger. Er ist wie im Buch „Bürgerstaat“ gezeigt, die höchste Form der Selbstorganisation der Bürgerschaft, eine neuzeitliche und lebensstarke Körperschaft.¹²⁶

Dagegen hat der liberale Rechtsstaat Mitte des 19. Jahrhunderts die theoretische und verfassungsrechtliche Trennung von Staat und Gesellschaft vollzogen. Der Staatsrechtler und Nationalökonom Lorenz von Stein (1815 bis 1890) gilt als Vater des Gedankens.¹²⁷ Die Lehre war damals zumindest theoretisch begründbar, weil der Landesherr mit seinem Staatsapparat einer vom politischen Geschehen weithin ausgeschlossenen bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstand. Der Landesherr ist gegangen, die Parteien mit ihren Parteiapparaten sind gekommen. Die Folgen sind inzwischen unannehmbar, die Aussichten beängstigend. Nicht nur der Neoliberalismus ist in der Sackgasse, auch der Parteienstaat.¹²⁸

Es ist Aufgabe des Bürgerstaates und der Sozialen Volkswirtschaft, dass der Staat wieder zum Eigentum der Bürger, zu einer bürgerschaftlichen Genossenschaft gemacht wird.¹²⁹ Um das zu veranschaulichen, müssen wir uns Beispiele ansehen, die das verwirklichten. Das sei an der früheren kirchlichen Jugendarbeit, an manchen skandinavischen Kindergärten und Schulen, den freiwilligen Feuerwehren, dem Schweizer Milizsystem und den Wehrpflichtarmeen gezeigt.

Die Bürger werden dabei nicht als Dienstleistungsempfänger des Staates, sondern als dessen verantwortliche Eigentümer verstanden. Bildlich gesprochen heißt das: Sie stehen im Geschäft nicht als Kunden vor der Theke, sondern als Eigentümer hinter ihr. Die Bürger werden von Anspruchstellern zu Verantwortungsträgern. Das ändert bei fast jedem Menschen seine Einstellung und sein Verhalten grundlegend. Man vergleiche nur den freien Bauern mit dem Kolchosenarbeiter.

Bei diesen Einrichtungen ist für den Erfolg und das Durchhaltevermögen entscheidend, dass ein hauptamtlicher, oft öffentlich-rechtlicher Kern mit

¹²⁶ G. Pfreundschuh, Der Bürgerstaat, „4 Vom Heerhaufen zum Bürgerstaat“

¹²⁷ Roman Herzog, Allgemeine Staatslehre, Frankfurt/M. 1971, S. 52 f

¹²⁸ G. Pfreundschuh, Der Bürgerstaat, „2 Der Parteienstaat in der Sackgasse“

¹²⁹ Dazu: Paul Kirchhof, Das Gesetz der Hydra, Gebt den Bürgern ihren Staat zurück! München 2006

den ehrenamtlich tätigen Bürgern zusammenwirkt. In meiner Jugend wurden junge Menschen durch die kirchliche Jugendarbeit in diese Organisationsform früh hineingeführt. Die Kirchen sind bekanntlich Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Steuereinnahmen (Kirchensteuer). Pfarrer und Kapläne (Jungpfarrer) waren und sind Beamte im Kirchendienst. Seinerzeit konnten wir feststellen, dass die Jugendgruppen, die Ausbildung und die Erfolge von jugendlichen Gruppenführern mit dem Einsatz und der Tatkraft vor allem der Kapläne standen und fielen. Bei den Jugendgruppen kam es durch deren geschickte Hintergrundarbeit und hauptamtliche Unterstützung zu einer sich selbst tragenden Organisation. Je besser die Jungpfarrer waren, umso weniger fielen sie auf, aber umso zielgerichteter und erfolgreicher war die Jugendarbeit.¹³⁰

Oft ist es ihnen sogar gelungen, den Großteil eines Jahrgangs in die Jugend- und Messdienergruppen einzugliedern. Wer da noch auf einen Gruppenführer-Lehrgang geschickt wurde, erlebte die ersten Schritte zur Erfolgslust. Die dort gelehrt Grundsätze hatten für mich lebenslange Bedeutung. Die Schulung wurde dann durch die praktische Tätigkeit als Gruppenführer vom Gelernten zum Gekonnten gesteigert.¹³¹

Aus der Praxis kennen wir ähnlich organisierte Kindertagesstätten (Kitas). Bei uns sind sie große Ausnahmen, in Schweden sollen sie Standard sein. Die Eltern, das sind auch dort vor allem die Mütter, können am Kindergartengeschehen aktiv teilnehmen. Die hauptamtlichen Führungs- und Fachkräfte fördern und steuern das Ganze. Eine Deutsche, die nach Schweden heiratete, berichtete darüber. Sie sei sehr schnell samt ihren Kindern in die Kita-Gemeinschaft aufgenommen worden. Sie lernte bei ihrer Mitarbeit die Landessprache. Durch all dies sei ihre Eingliederung, Integration schnell und gut gelungen.

In einer südbadischen Gemeinde gelang es einem SPD-Gemeinderat, den Bürgermeister und alle Betroffenen von einem ähnlichen Modell zu überzeugen. Geeignete Mütter oder nicht berufstätige Frauen durften im Ganztagskindergarten mitwirken. Viele Angebote und Ausflüge, die vorher nicht möglich waren, konnten nun durchgeführt werden. Die

¹³⁰ Mir persönlich ist der Kaplan Weber der Heidelberger Pfarrgemeinde St. Vitus in bester Erinnerung.

¹³¹ Wir bekamen das erwähnte Schweizer Büchlein von Pater Anton Loetscher, *Der Jugendführer*, Luzern, 1953 (76 Seiten). Es ist während meiner ganzen Schulzeit auf meinem Nachttisch gelegen.

ehrenamtlichen Frauen bekamen eine Aufwandsentschädigung auf 400-Euro-Basis. Über die Eignung entschied die Elternschaft durch Abstimmung nach Anhörung der Fachkräfte.

Hier sind wir nun bei einem Konfliktpunkt. Die Hauptamtlichen und vor allem ihre Berufsvertretungen (Gewerkschaften) befürchten dadurch Konkurrenz und Stelleneinsparungen. Doch es geht noch weiter. Durch Gesetze und Vorschriften wird sogar die Berufsausbildung verwissenschaftlicht, akademisiert. Dadurch sollen die Fachkräfte besser eingruppiert und bezahlt werden. Das zeigt ein Beispiel aus Baden-Württemberg. Dort hat vor Jahren die Landesregierung (CDU/FDP) ein Kindergartengesetz verabschiedet. Danach mussten Kindergärtnerinnen eine qualifizierte Ausbildung oder entsprechende Erfahrungen mitbringen.

Gewerkschaften, SPD und Grüne forderten aus dem „oder“ ein „und“ zu machen. Damit sollte verhindert werden, dass ehrenamtliche oder „nicht qualifizierte“(!) den Zugang zum Beruf bekamen. Nur examinierte und damit teure Erzieherinnen sollten nach dem Willen der Opposition und (!) der Berufslobby in die Kindergärten gelassen werden. Inzwischen gibt es sogar von der EU Bestrebungen, dass Kindergärtnerinnen Abitur und Studium brauchen. Ob sie sich damit den Vorstellungen und Bedürfnissen der Kinder und Eltern nähern oder entfernen, darüber lässt sich streiten.

In einer bürgerschaftlichen, genossenschaftlichen Ordnung entscheiden die Betroffenen und Beteiligten selbst, wen sie wofür einstellen und wie sie ihn bezahlen. Statt langer Gesetze und Richtlinien darf es höchstens unverbindliche Empfehlungen und vor allem beste Praxis-Vergleiche geben.¹³² Denn jede Vorschrift von oben ist eine Freiheitsberaubung unten. Sie verhindert die Eigenverantwortung, lähmt die Eigeninitiative.

Ein weiteres Beispiel sind unsere freiwilligen Feuerwehren. Sie sind ein wichtiger Baustein in der örtlichen Gefahrenabwehr und Sicherheit. Und bei ihnen können wir die Frage des Geldes behandeln. Denn über freiwillige Dienste und gemeindliche Zuschüsse allein können die Löschfahrzeuge und Gerätehallen, die Aus- und Weiterbildung nicht finanziert werden. Die Bundesländer leisten Zuschüsse. Dabei erstreitet die Feuerwehrlobby oft nicht nötige Heime und Geräte. Böswillige sagen

¹³² Vgl. G. Pfreundschuh, Bausteine des Bürgerstaats, „3. Vom Schulhaus zum ‚Haus für Familien‘“

sogar: „Unsere Feuerwehr löscht lieber den Durst als das Feuer.“ Es menschelt eben immer, wo Menschen sind. Doch gute Organisationsformen können Missstände weithin verhindern oder beseitigen.

Die beste Kontrolle ist sogar ein enger, gut durchschaubarer Zusammenhang zwischen Aufwand und Erfolg. In der Schweiz werden alle gemeindlichen Aufgaben durch Gemeindesteuern finanziert. In der Gemeinde meiner Verwandten werden die Bürger sogar einmal jährlich zur Steuerbewilligung eingeladen. Die Gemeindeverwaltung trägt vor, wieviel Geld sie wofür braucht. Die Bürger bewilligen dann die Höhe der Steuersätze und damit ihre eigene Steuer.¹³³

Einzelzuschüsse von außerhalb (Land, Bund) verleiten immer zur Verschwendung. Denn derjenige Bürgermeister oder Abgeordnete ist dann ein guter Vertreter seiner Bürger, der die meisten Zuschüsse beim Land oder Bund erstreitet. Allerdings kann das wegen des stets verlangten Eigenanteils gefährlich werden. So machte der Spruch eines hessischen Bürgermeisters die Runde: „Noch ein Zuschuss und die Gemeinde ist bankrott.“

Dazu ein Beispiel. Ein Bekannter von mir war in Griechenland, als dort große Waldbrände tobten. Er erklärte in einem Dorf den Bewohnern unser System der freiwilligen Feuerwehr. Denn die überörtlichen Berufsfeuerwehren waren erkennbar überfordert. Die Griechen meinten, solche Dienste wollten sie nicht auf sich nehmen. Der Staat müsse mehr Berufsfeuerwehrleute anstellen. Mein Bekannter antwortete, die säßen doch die meiste Zeit im Jahr herum und kosteten Geld. Da lachten die Griechen. Da sei doch bestens, so einen Job wolle doch jeder. Mein Bekannter schloss daraus, das sei eben die südländische, typisch griechische Mentalität.

Ich sehe das anders. Es müsste wie in der Schweiz eine Gemeindesteuer geben. Aus der müssten dann die unterbeschäftigten hauptamtlichen Wehrmänner bezahlt werden. Bei der jährlichen Festlegung des Steuersatzes könnten die Bürger dann entscheiden, ob sie mit ihren Steuern eine günstige freiwillige Feuerwehr oder gelangweilte Berufsbrandlöscher bezahlen wollen. Das sind dann

¹³³ In der Ständeordnung nannte man das „Selbsttaxation“. So bewilligten und verwalteten die Vertreter der Städte und Ämter im Württembergischen Landtag endgültig ab 1514 die Steuern.

mündige Bürger. Zum Bürgerstaat gehören die Verantwortung und die Haftung für die Folgen.

Unser strategisches Ziel lautet „Mittelstand für alle“; und das sind verantwortungsbewusste, mündige Menschen. Sie tragen gemeinsam die Last des Gemeinwesens.

Das muss besonders für die äußere Sicherheit, die Landesverteidigung gelten. Rund 70 % der Schweizer und 60 % der Österreicher entschieden sich bei Volksabstimmungen für die Beibehaltung der Wehrpflicht, auch wegen der damit verbundenen allgemeinen und gemeinnützigen Dienstpflicht im zivilen Bereich. Wichtig ist dabei, dass beide Seiten durch diesen Dienst Nutzen ziehen: die dienstpflichtigen Bürger und das Gemeinwesen.¹³⁴

Damit sind wir wieder bei einem tragenden Grundsatz der Genossenschaft. Der Bürger oder Genosse stiftet für das Gemeinwesen Nutzen und empfängt wieder ganz persönlich und unmittelbar vom Gemeinwesen Nutzen.

Wir kommen so ganz folgerichtig zum **Drei-Säulen-Modell** der Eidgenossen. Das ist (1.) die Basisdemokratie mit Volksabstimmungen, die das System von unten nach oben steuert. Dann (2.) das Milizsystem, das hier beschrieben wurde. Es verbindet Ehrenamt, auch Dienstpflicht mit staatlicher Organisation. Schweizer verstehen unter Miliz nicht nur etwas Militärisches, sondern jede ehren- und nebenamtliche Besetzung öffentlicher Ämter durch Laien. Schließlich ist es (3.) der Föderalismus. Alle öffentlichen Aufgaben werden möglichst weit unten bei den Bürgern in den Gemeinden, dann in den Kantonen entschieden und erledigt. Will der Bund, die Eidgenossenschaft, etwas an sich ziehen, dann entscheidet darüber nicht der Bund, sondern das Volk stimmt ab.

Wolfgang Koydl bemerkt dazu: „Das Schweizer System läuft diametral dem europäischen System zuwider, wie es sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Dort wird immer mehr Macht in immer weniger rechenschaftspflichtigen Händen konzentriert. Dort hat sich eine Kaste von Berufspolitikern fest etabliert, die vom Alltag ihrer Wähler Lichtjahre entfernt ist.“¹³⁵

¹³⁴ Wie das geschieht, wird unten unter 8.3 Friedensheer und Friedensdienst besprochen.

¹³⁵ Wolfgang Koydl, Die Besserkönner, Was die Schweiz so besonders macht, Zürich, 2014, S. 150

Der Staat, wozu auch die Gemeinden gehören, hat viele Aufgaben, die bekannt sind und hier nicht beschreiben werden können. Hier geht es darum, die völlig andere „Rolle des Staates“ im Bürgerstaat und der Sozialen Volkswirtschaft zu beschreiben. Sie steht im Gegensatz zum machtsüchtigen Obrigkeitsstaat und zum liberalen Laissez-faire-Staat.

3.6 Realwirtschaft vor Finanzwirtschaft

Die neoliberale Theorie erkennt nicht die Gefahren und Folgen der „Geldschöpfung ohne Wertschöpfung“ (siehe: 1.5 Stückwerk beim Geldmarkt). Dagegen kritisierten die Linken und Marxisten das Geld und den Kapitalismus von Anfang an (1848) grundsätzlich und schonungslos.

Die frühere deutsche VWL nahm eine Zwischenstellung ein. Sie betonte die Arbeit, das tätigkeitsbezogene Wirtschaften. Sie trennte klar zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Die Banken und die Finanzwelt haben danach der Güter- und Warenwirtschaft zu dienen. Reine Geldkapital-Besitzer wurden von den Sozialen Marktwirtschaftlern als gefährlich und kontrollbedürftig angesehen (Wilhelm Röpke u.a.).

Heute beklagen einige, dass im Westen die besten Studenten nicht in die Realwirtschaft, sondern in den Finanzsektor drängen; dort lockt das große und schnelle Geld. Doch ewig lässt sich die Realwirtschaft durch die Finanzwirtschaft nicht ausschachten. Auf Dauer sind reale Werte wichtiger als Papiergeld.

Der norwegische Wirtschaftswissenschaftler Erik Reinert hebt als Besonderheit der deutschen VWL hervor:

„In der deutschsprachigen Theorie ist nationaler Wohlstand „tätigkeitsspezifisch“, er bedarf gewisser wirtschaftlicher Strukturen. Zugleich stützt sich die deutschsprachige Tradition – von Marx im linken Lager bis hin zu Schumpeter im rechten – auf eine klares Verstehen der nötigen Trennung zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft.“¹³⁶

Die Angelsachsen von Adam Smith, Ricardo u.a. nehmen diese klare Trennung nicht vor; sie räumen sogar der Finanzwelt den Vorrang ein. Das reicht bis in die jüngste Zeit. Großbritannien und insbesondere die „City of London“ betrachteten sich – im Wettstreit mit New York – als das Finanzzentrum der Welt. Vorwiegend damit wollten sie zu Wohlstand kommen und reicher werden als alle, die sich mit der Güterherstellung abarbeiten. Die Vernachlässigung der Produktion war gewollt, die Ent-Industrialisierung wurde als Fortschritt und Gewinn bringend betrachtet.

¹³⁶ Erik Reinert, a.a.O., S. 62

Die Finanzkrise ab 2007 zeigte, dass das ein Irrweg ist. Wenn nämlich z.B. die Blase des Immobilienmarktes platzt, dann sind alle darauf fußenden Derivate, Verbriefungen und „Wert“-Papiere wertlos. Denn am Anfang der Geldblasen stehen immer echte Gewinne aus dem Verkauf von Gütern oder Wissen. Das sind für China Erlöse aus Exportüberschüssen, bei russischen Oligarchen aus Rohstoffen, bei Ölscheichs aus Ölverkäufen. Für die USA war es der Verkauf von Derivaten, hinter denen erst gute, dann nur Schrottimmobilien steckten. Solche überschüssigen Gelder suchen nach gewinnbringenden Anlagen, die die Realwirtschaft in diesem Umfang einfach nicht liefern kann.

Man überbietet sich gegenseitig, geht Betrügern auf den Leim, macht aus Krediten für die Realwirtschaft über Verbriefungen neue Berge von ungedeckten Wertpapieren. Die Blasen platzen, wenn der Schwindel, d.h. das Missverhältnis zwischen Nennwert und Realwert, erkannt wird (z.B. Spätjahr 2007). Dann müsste durch Pleiten die Wertberichtigung kommen. Das ist echte Marktwirtschaft, besser Volkswirtschaft: denn der unrealistische Marktwert wird dem Realwert angepasst. In der Wirtschaftswirklichkeit bricht dann oft Panik aus. Die Preise fallen weit unter die Realwerte, echte Werte werden mitvernichtet.

Doch 2007 f. geschah nach dem Schock der Pleite von Lehman Brothers etwas anderes. Der Zahlungsverkehr zwischen den Banken wurde eingestellt. Die Banken, Versicherungen u.a. mit mehr Giftpapieren als Realvermögen wurden deshalb vom Staat, also den Steuerzahlern, und durch Geld aus der Druckerpresse der Zentralbanken gerettet. Sie konnten so ihre fälligen Schulden zahlen, in dem sie dafür neue Kredite bekamen. Griechenland macht das nun schon seit Jahren, wie alle Welt weiß. Wenn wir an unserem geistigen Auge die Heilmittel der Klassiker (billiges Geld, niedere Zinsen) und der Keynesianer (Staatschulden) vorbeiziehen lassen, dann dürfte jeder die Untauglichkeit dieser Mittel erkennen.

Vor allem besteht noch eine große Gefahr, die wir schon angesprochen haben und auf die Erik Reinert in diesem Zusammenhang ausdrücklich hinweist. Solange Papiergeld noch etwas gilt, können die Großgeldbesitzer den Rest der Welt aufkaufen und alle anderen arm machen:

„Der Westen läuft Gefahr, zur ‚Kolonie‘ für Asien zu werden, während wir uns auf direktem Weg auf das zubewegen, was ich ‚post-industriellen Neofeudalismus‘ bezeichne. Der Feudalismus war ein System, bei dem 1 Prozent das Land besaß und 99 Prozent darauf arbeitete. Der Neofeudalismus kann ein System schaffen, bei dem 1 Prozent das Kapital besitzt und 99 Prozent für dieses Kapital arbeitet, und zwar unter schlechteren Lohnbedingungen im Vergleich zu dem, was Europa heute gewohnt ist.“

Daraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: (1) Jedes Land braucht eine Realwirtschaft, eine eigene industrielle Basis. (2) „Der Finanzsektor muss kontrolliert werden, damit das raffende Kapital das schaffende Kapital nicht verdrängt“, so Reinert.¹³⁷

An dieser Stelle ist etwas klarzustellen. Die Nationalsozialisten deuteten diese deutsche VWL um und machten daraus eine Antisemitismus-Keule. „Raffend“ wurde mit jüdisch, „schaffend“ mit arisch gleichgesetzt. Das war damals schon völlig falsch, wie jede vertiefte geschichtliche Untersuchung zeigt, und es ist auch heute ganz abwegig. Selbst in den USA sind die meisten Großgeldbesitzer keine Juden. Der deutschstämmige Donald Trump gehört z. B. dazu. Und weltweit sind die großen Spieler Asiaten, wie Reinert richtig sagt, vor allem Chinesen, dann Ölscheichs, russische Oligarchen und einige mehr. Hier geht es auch nicht um Moral, um gut oder böse. Hier geht es schlicht um eine Ideologie und ein Wirtschaftssystem mit ganz bestimmten Regeln und Folgewirkungen. Jeder Mitspieler muss und wird sich an die Regeln halten, solange sie gelten. Wir können nicht von erfolgreichen Glücksspielern erwarten, dass sie das Glücksspiel abschaffen.

Gegen diese Regeln hat die deutsche VWL z.B. mit den Vorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft, des Ordoliberalismus und der Freiburger Schule angekämpft. Einer ihrer Väter war Wilhelm Röpke (1899 – 1966). Er floh schon 1933 nach der NS-Machtergreifung nach Istanbul, wo er mit Alexander Rüstow (1885 – 1963), einem weiteren Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, eng zusammenarbeitete. Verbindungen und Gedankenaustausch bestanden auch mit Walter Eucken, Alfred Müller-Armack (1901 – 1978) und der Freiburger Schule. Das waren dann die Grundlagen für Ludwig Erhards erfolgreiche Wirtschaftspolitik ab 1948.

¹³⁷ Erik Reinert, a.a.O., S. 62 f.- Reinert ist kein Historiker, seine Vorstellung vom Feudalismus ist etwas eigenartig.

Seit 1937 lehrte Röpke dann an der Genfer Universität. Dort hat er 1943 das Buch „Civitas Humana – Grundlagen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform“ veröffentlicht. Er verurteilt darin und in anderen Werken sowohl den Kapitalismus als auch den linken und rechten Kollektivismus. Er fordert und beschreibt einen Wirtschaftshumanismus. Im Ansatz, nicht in ausgestalteten, umsetzbaren Vorschlägen wendet er sich gegen zwei kapitalistische Grundübel: (1) ist das die „rücksichtslose Menschenverfrachtung“, die geforderte gnadenlose Mobilität. (2) Verurteilt er den Glauben, die Wirtschaftsschwächen gemäß Keynes mit abstrakten Totalgrößen der Makroökonomie (Gesamtheit von Kaufkraft, Produktion, Sparen usw.) zu lösen.¹³⁸ Damit bezweifelt er sowohl die Wirksamkeit der klassischen Angebotstheorie wie der Nachfrage Theorie von Keynes.

Denn er betont den Vorrang der Realwirtschaft. Sie muss bei Wirtschaftskrisen reformiert werden. „Das Problem der Anpassung ist in aller Regel qualitativer Natur“, so Röpke. Es wird das Falsche produziert, am falschen Ort, einzelne Berufe sind überbesetzt, andere unterbesetzt. Diese Verwerfungen oder Mängel der Realwirtschaft löst nach Adam Smith die „unsichtbare Hand“. Dagegen meint Röpke: „Mit dem Aufmarschierenlassen von Gleichungen, vor allem monetärer Art, lösen wir die Probleme nicht.“ Denn die „entscheidenden konkreten Dinge, am wenigsten die eigenwilligen Menschen“ haben darin keinen Platz.¹³⁹

Auf die Produktion des Richtigen und Wichtigen kommt es an: „Wir orientieren uns nämlich nur dann richtig, wenn wir uns jeden Arbeitslosen als einen Mann vorstellen, der sich auf dem Wege von einer wirtschaftlich unhaltbar gewordenen Beschäftigung zu einer wirtschaftlich haltbaren befindet.“¹⁴⁰

Genau damit werden wir uns in den Abschnitten „5. Gegen Arbeitslosigkeit durch Techniklücke“ und „6. Soziale Realwirtschaft“ beschäftigen. Wir müssen die „Soziale Marktwirtschaft“ zur „Sozialen Volkswirtschaft“ weiterentwickeln.

¹³⁸ Wilhelm Röpke, Civitas Humana, Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsform, Erlenbach-Zürich 1946, S. 346

¹³⁹ Wilhelm Röpke, a.a.O., S. 348

¹⁴⁰ Wilhelm Röpke, a.a.O., S. 349

3.7 Schutz und Zölle zum Aufbau

Friedrich List (1789 - 1846) gilt als der Vater des deutschen Zollvereins, des Freihandels und einer der bedeutendsten deutschen Ökonomen des 19. Jahrhunderts. Doch er war der Überzeugung, dass Freihandel beiden Seiten nur bei gleich entwickelten Volkswirtschaften nützt. Bismarcks Schutzzollpolitik ermöglichte Deutschland zwischen 1871 und 1914, den technischen und wirtschaftlichen Vorsprung Englands aufzuholen. Die USA verhielten sich damals genauso und waren damit erfolgreich. England hatte ihnen und allen Kolonien die Industrialisierung verboten; nur Rohstoffe für Englands Veredelungsindustrie durften sie liefern.

Erst seit die USA an der Spitze der technischen Entwicklung stehen, versuchen sie, über die Welthandelsorganisation (WTO = World Trade Organisation) u.a. den weltweiten Freihandel durchzusetzen.

Massiver Widerstand kommt von der Dritten Welt und den Globalisierungsgegnern.

Neoliberale wie Hans-Werner Sinn behaupten leidenschaftlich, der Freihandel nütze weniger entwickelten Ländern am meisten. Andere wie Erik Reinert behaupten das Gegenteil. Wie kommt es zu diesen unversöhnlichen Gegensätzen? – Wer hat Recht?

Wir sollten vielleicht einmal ganz vorbehaltlos die wirtschaftspolitische Wirklichkeit betrachten, bevor wir über Theorien nachdenken. Entgegen allen Beteuerungen haben alle heute wirtschaftsstarken Länder in erster Linie auf ihren Nutzen geschaut. Sie haben zunächst mit einer Schutz- und Zollpolitik ihre Industrie heranwachsen lassen und danach Freihandel betrieben. Das gilt für Deutschland, Japan, China, die USA usw. Doch allen voran gilt das für die Mutter der Freihandels-Ideologie, für Großbritannien. Den Kolonien war es verboten, eigene industrielle Wirtschaftskreisläufe aufzubauen. Sie sollten nur die Rohstoffe liefern, das Mutterland England veredelte sie mit seiner Industrie und verkaufte sie gewinnbringend in alle Welt.

Vor allem deshalb haben die USA ihre Unabhängigkeit erklärt. Die „Neu-England-Staaten“ hatten zwar eigene Parlamente, die Gesetze erlassen

konnten. Das galt aber nicht für wirtschaftliche Dinge. Hier war das Parlament in London zuständig. Es bestimmte Amerika zum Rohstofflieferanten und Absatzmarkt für britische Fertigwaren. Das verhinderte den Aufbau eigener Industrien in den Kolonien. Der Kampf dagegen führte zum Bruch und zur Unabhängigkeitserklärung (1776).

Mahatma Gandhi (1869 – 1948) hat die Inder auch deswegen aufgefordert, Spinnräder und Webstühle anzuschaffen, um die britischen Textileinfuhren zu boykottieren. Das war Teil seines Freiheitskampfes.

Auf dem Kriegsschiff Augusta verhandelten 1941 Winston Churchill und der US-Präsident Roosevelt über den Eintritt der USA in den Krieg gegen Deutschland. Roosevelt forderte, dass England die „Handelsabsprachen des britischen Imperiums“, also das Verbot der Industrialisierung in den Kolonien, aufgeben solle. Nur so könne es dort zu Wohlstand und damit letztlich zum Weltfrieden kommen. Roosevelts Sohn Elliot war dabei und berichtet über das Gespräch:

„Churchills Nacken lief rot an und er lehnte sich vor. „Herr Präsident. England hat keineswegs vor, seine privilegierte Stellung innerhalb des Commonwealth aufzugeben. Die Handelsvereinbarungen, denen England seine Großmacht verdankt, sollen fortgeführt werden, und zwar zu Bedingungen, die von Englands Ministern vorgeschrieben werden.“

Roosevelt antwortete: „Jedweder Ihrer Minister, der eine Politik empfiehlt, wonach einem kolonialisierten Land Reichtum an Rohstoffen genommen, aber dem betroffenen Volk nichts zurückgegeben wird, [ist für die Methoden des 18. Jahrhunderts]. Methoden des 20. Jahrhunderts bedeuten, dass man Industrie in diese Kolonien bringt. Methoden des 20. Jahrhunderts bedeuten, dass man den Reichtum dieser Völker erhöht, indem man ihren Lebensstandard anhebt, die Bildung verbessert und die hygienischen Verhältnisse verbessert – indem man dafür sorgt, dass sie für den exportierten Reichtum ihrer Gesellschaft etwas zurückbekommen.“¹⁴¹

Die USA haben von ihrer Unabhängigkeit (1776) bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die deutsche, durchdachte Freihandelspolitik vertreten, wonach ein industrieller Kern unverzichtbar ist und erst dann Zölle und Schutzmaßnahmen abgebaut werden können. Außerdem war die Lehre an den Universitäten der USA vor dem Weltkrieg II. sehr stark von deutschen Ansichten und Ökonomen geprägt.¹⁴² Als dann die USA

¹⁴¹ Erik Reinert, a.a.O., S. 109

¹⁴² Erik Reinert, a.a.O., S. IX f., 58,

technologischer Weltmeister waren, haben bei ihnen wie zuvor in England die eigennützigen neoliberalen Ideen Schritt für Schritt gesiegt. Dabei wurde oft wider besseres Wissen behauptet, es sei gleichgültig, was ein Land erzeuge, von allem könne man reich werden. Wohlstand für alle bringe nur ein bedingungsloser, völlig deregulierter Freihandel mit Waren, Kapital und (!) Menschen. Die nach ihrer Ansicht „besten Köpfe der Welt“ locken sie in die USA. Was bleibt den anderen?

Ob das alles richtig ist, darüber denken sogar die USA nach. Dazu lesen wir nichts in der neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspresse. Doch die „VDI nachrichten“ (VDI = Verein Deutscher Ingenieure) meldeten: „Das Dogma, internationaler Handel nutze allen, gerät ins Wanken.“¹⁴³

Vertreter von drei angesehenen Universitäten kommen zum Ergebnis: Durch Billigimporte aus China sind in den USA 2,4 Mio. Arbeitsplätze in der Fertigungsindustrie verschwunden. Dabei ist nicht, wie Neoliberale stets prophezeien, an anderer Stelle annähernd gleichwertiger Ersatz entstanden. Auch nachdem in China die Löhne so gestiegen waren, dass sich die Herstellung in den USA wieder lohnte, blieb es beim „wirtschaftlichen Niedergang ganzer Regionen“. Denn der Aufbau industrieller Strukturen und die Heranbildung von Fachkräften „dauert sehr lange und kann sich über eine Generation hinziehen.“

Die Untersuchung trägt den Titel „Der China Schock“. Verfasser sind David Autor (Massachusetts Institute of Technology, MIT), David Dorn (Universität Zürich) und Gordon Hanson (University of California, San Diego). Alle sind Forschungs-Einrichtungen erster Güte, auch nach neoliberalen Ranking.

Von noch einer Seite kommt Gegenwind. Auf Betreiben Chinas haben die BRICS-Staaten eine eigene „Neue Entwicklungsbank“ (NDB = New Development Bank) gegründet. BRICS steht für die Länder Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika. Der Sitz der Bank ist Schanghai; Chef ist K. V. Kamath, der angesehenste indische Banker. Er spricht im Interview mit dem Handelsblatt von einer „Bank für das 21. Jahrhundert“.¹⁴⁴ Erklärtes Ziel ist, eine Alternative zu den „Washingtoner Institutionen“ (Weltbank, IWF, WTO) und ihrer neoliberalen Ideologie zu

¹⁴³ VDI nachrichten (VDI = Verein Deutscher Ingenieure), 17.06.2016

¹⁴⁴ Handelsblatt, 07.07.2016

sein. Das gilt für die Inhalte sowie die Verhandlungen über Klima, Handelsverträge und weltweite Zusammenarbeit.

Die Wirtschaftskraft der BRICS-Länder ist mit 16 Bill. \$ knapp so groß wie die der USA, hat z. T. aber deutlich höhere Wachstumsraten. Entsprechend selbstbewusst und ehrgeizig ist das Auftreten. Man will nicht nur schneller sein als die Washingtoner Institutionen, sondern betont auch die andere Weltsicht und Denkweise. „Wir wollen nicht nur ein Beispiel setzen für die besseren Standards in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern die kommenden Standards setzen ... wir sind eine Institution des neuen Jahrhunderts“, verkündet stolz Kamath.

Er betont die andere Weltsicht und Denkweise: „Wir haben eine andere Geisteshaltung.“ Dann zielt er auf den Kern der neoliberalen Strategie: „Historisch gesehen haben entwickelte Länder anderen Ländern gesagt, was sie für richtig und falsch halten.“ Doch der Aufstieg einiger Schwellen- und Entwicklungsländer habe gezeigt, „dass wir auch selbst verstehen, wie die Dinge laufen“. „Wir haben uns entschieden, nicht im politischen Raum zu agieren, sondern einen Dialog mit unseren Partnern zu führen“, sagt Kamath.

Auf die Frage, ob China, die USA oder Europa den richtigen Ansatz hätten, kommt eine ganz unaufgeregte Antwort: „Ich glaube nicht, dass es da das eine Modell gibt. ... Wir lernen davon. Gleichzeitig lernen wir von Ländern wie China, die durch eine Entwicklungsphase gegangen sind. Russland und Brasilien haben ihre eigenen Modelle. Das berücksichtigen wir alles.“

Doch es kommt noch besser. Zum Schluss des Interviews kommt die Gretchen-Frage aller Neoliberalen, nämlich nach Schutzmaßnahmen für die heimische Wirtschaft oder Freihandel: „Für einige Länder liegt die Antwort in einem wachsenden Protektionismus. Beunruhigt Sie das?“

Die Antwort ist wieder ganz undogmatisch: „Das ist alles Teil der Landschaft, in der wir arbeiten müssen, denn letztlich wird jedes Land seine eigenen Interessen verfolgen. ... Für die Zukunft werden die entwickelte Welt und die sich entwickelnde Welt weitere komplementäre Lösungen finden. Aber zuerst werden die Länder nach ihren eigenen

Bedürfnissen schauen.“ Das heißt, Schutzzölle und andere Maßnahmen sind nicht ausgeschlossen.

Auf all das müssen wir uns in der Welt des 21. Jahrhunderts einstellen. Wir werden dann erfolgreich sein, wenn wir das verstehen und zu einer pragmatischen, praxisnahen Wirtschaftspolitik und –wissenschaft zurückkehren.

4. Genossenschaften für Markt und Mittelstand

Die strategischen Ziele der Sozialen Volkswirtschaft erreichen wir nur, wenn wir die dazu notwendigen Institutionen schaffen. Sie sollten möglichst genossenschaftlich, nicht kapitalistisch verfasst sein.

(4.1) Nur ein harmonischer Dreiklang von Kunde, Arbeitnehmer, Unternehmer führt zum Erfolg. Schauen wir zuerst in die Unternehmen.

(4.2) Wir erkennen im wirtschaftlichen Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft.

(4.3) Märkte – Mächte – Bürgerstaat: Vermachtete Märkte mit ihrer Herrschaft von oben und außen sind die Gefahr. Wie können die Kunden und der Mittelstand gestärkt werden? Wie können wir dem Mittelstand gleiche Marktchancen wie den Großen geben? Die Märkte müssen machtfrei und für die Marktteilnehmer durchschaubar sein. Die Kunden, die Bürger müssen starke Partner, besser die Bedarfslenker werden.

(4.4) Die Hanse – eine Genossenschaft im Bürgerstaat – ist das Gegenmittel. Alle Betroffenen und Beteiligten müssen zusammenwirken. Der Bürgerstaat hat beim Genossenschaftswesen wichtige strategische, organisatorische und ausgleichende Aufgaben. Denn zu den globalen Großkonzernen und Großgeldbesitzern kommen im 21. Jahrhundert wirtschaftliche Großmächte und Machtblöcke (z.B. China, USA). Wie können Hansen die europäischen Volkswirtschaften vereinen?

4.1 Dreiklang: Kunden – Arbeitnehmer – Unternehmer

Beim Amtsantritt als Chef von General Electric (GE) 1981 hatte Jack Welch den einseitigen Aktionärs-Nutzen, den „Shareholder Value“,¹⁴⁵ zum alleinigen Unternehmensziel für GE erklärt. Bei einer Rede in New York stellte er das 1981 vor. Doch 2009 im Ruhestand sagte er: „Shareholder Value ist die blödeste Idee der Welt.“

Da Welch GE zur wertvollsten Aktiengesellschaft der Welt machte, wurde Shareholder Value weltweit zum obersten Unternehmensziel.

Doch im Rückblick erkannte er: Nicht nur die Aktionäre und Kapitalbesitzer, nein auch die Arbeitnehmer und Kunden entscheiden über das Überleben eines Unternehmens. Nur wer sie alle in seine Überlegungen einbezieht, denkt wirklich strategisch; und nur strategisches Denken sichert das langfristige Überleben.

Eine ganze Managergeneration hat sich geirrt, ist einer lupenreinen Kapitalismusidee aufgesessen. Und der Erfinder von Shareholder Value, Jack Welch, zeigte Reue und stellte richtig: „Shareholder Value ist die blödeste Idee der Welt.“¹⁴⁶ Er hatte inzwischen erkannt, worauf es ankommt: Kunden, auch als Lieferanten, Arbeitnehmer und Unternehmer sind alle unverzichtbar für den Erfolg der Gesamtwirtschaft und damit auch für das langfristige Überleben der Unternehmen. Offen, ehrlich und zuverlässig müssen sie zusammenwirken, um im weltweiten Wettbewerb erfolgreich zu sein.

In der Sozialen Volkswirtschaft, der Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, müssen Kunden, Arbeitnehmer und Unternehmer einen Dreiklang bilden. Alle drei Beteiligten müssen sich gegenseitig Nutzen stiften. Es geht um ein Miteinander und Füreinander, nicht um ein Gegeneinander. Das ist das Genossenschaftsprinzip, das alle Genossen als gleich wichtig und gleichwertig ansieht. Dagegen denken der Kapitalismus und der Sozialismus in Gegensätzen: Kapital gegen Arbeit. Sie sprechen z.B. von Arbeitsteilung, wir betonen die Arbeitszusammenführung.

¹⁴⁵ shareholder = Aktienbesitzer, shareholder = Anteilbesitzer; value = Wert

¹⁴⁶ Financial Times Deutschland, 13.03.2009

Kapitalgeber und das Geld sind dabei nur Mittel zum Zweck, nicht Ziel der Sozialen Volkswirtschaft. Sie haben eine dienende Aufgabe, damit die Kunden und Bürger das bekommen, was sie brauchen und wünschen.

Der Kunde ist heute im vermachteten, neoliberalen Markt der schwächste Teilnehmer; so wie im Parteienstaat der Wahlbürger den Lobbyisten hoffnungslos unterlegen ist. Im Neoliberalismus bestimmten die Mächtigen und Großen das Spiel.

In den Wertschöpfungsketten vom Hersteller über Groß- und Einzelhändler bis zum Kunden gibt es schwache und starke Glieder. Die Starken treiben die Schwachen in die Selbstausbeutung, oft in die Pleite. Zulieferer von Konzernen oder Handelsketten erleben das. Bankkunden ebenso, wenn sie die allgemeinen Geschäftsbedingungen und die besonderen eines Kreditvertrags unterschreiben oder auf den Kredit verzichten müssen.

Letztlich führte „Shareholder Value“ nicht einmal zu dem versprochenen Aktionärsnutzen, sondern zu einem ungeahnten Wohlstand der Top-Manager. Diese obersten Führungskräfte erkannten, dass sich das Modell umgestalten und so viel Geld in die eigene Tasche steuern ließ.

Jahresabschlüsse, also Bilanzen, mit hohen Gewinnen führen an der Börse zu kräftigen Kursgewinnen. Denn noch wichtiger und lukrativer als die ausgeschütteten Gewinnbeteiligungen (Dividenden) sind für spekulierende Aktionäre hohe Kurssprünge. Mit ihnen machen die Spekulanten durch Kauf und Verkauf von Aktien ihr Vermögen. Sie denken nicht langfristig, sind keine echten, verantwortungsbewussten Eigentümer, sondern profitorientierte „Absahner“. Das ist ihr „Shareholder Value“.

Nun hatten die Top-Manager einige schlaue Ideen, wie sie sich in diesem System bereichern konnten. Sie frisierten oder „gestalteten“ (1.) die Bilanzen.¹⁴⁷ Und sie ließen sich dann (2.) Aktienpakete und andere „Bonis“ als „Erfolgsbeteiligung“ zuteilen. „Wer als Manager gut wirtschaftet, möchte ja auch „etwas“ am Gewinn beteiligt werden“, sagten sie. Es kam bei Managern zu Jahresgehältern in Millionen-Höhe,

¹⁴⁷ Wirtschaftswoche, 08.07.2016, Titelthema: Übertünchte Wahrheit, Der große Dax-Bluff, Wie Unternehmen ihre Aktionäre täuschen

und bei Finanzunternehmen in Milliarden-Höhe. Mit dem Wachstum der Realwirtschaft hatte das nichts mehr zu tun.

Hans-Ulrich Wehler, auf Wirtschaftsgeschichte ausgerichteter Historiker, beklagte 2012, dass die Topmanager inzwischen das 300-Fache eines Facharbeiters verdienen. Vor einem Vierteljahrhundert sei es noch das 25-Fache gewesen. „In der neueren Geschichte gibt es keine Klasse, die ihre Habgier so ungebremst ausgelebt hat.“¹⁴⁸ Winterkorn von VW erhielt 2012 rund 16 Mio. € Jahresgehalt.¹⁴⁹ Im Jahr darauf wurde es auf 20 Mio. € erhöht. Inzwischen musste dieser „kluge Kopf“ seinen Hut nehmen. VW steckt wegen des Dieselskandals u.a. in der Krise.

„Gewinne“ lassen sich „gestalten“, wenn die langfristigen Kosten gekürzt oder gestrichen werden. So kosten z.B. F & E (Forschung und Entwicklung) oder die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitern Geld. Beides zahlt sich erst langfristig aus. Kürzungen oder gar Streichungen fallen zunächst kaum auf. Hier führen kurzfristige Einsparungen zu kurzfristigen Gewinnsprüngen in der Bilanz – und bei den Aktienkursen. Wer zuvor billig Aktien bekommen hat, kann Spekulationsgewinne einstreichen. (Im Schnitt beträgt die Verweildauer eines Top-Managers auf einer Stelle acht Jahre; das ist auch kurzfristig.)

Dabei sind die Anteile der Festgehälter gering (10 – 25 %), das Meiste sind sogenannte „erfolgsabhängige Entgelte“. Diese stiegen sogar bei Misserfolgen, d.h. bei nicht erreichten Zielen.¹⁵⁰ Vergleiche zeigen nun, dass über die Jahre die Managergehälter viel schneller gewachsen sind als die Umsätze und die „gestalteten“ Bilanzgewinne. Im Handelsblatt wurde gezeigt, dass die Vorstandsgehälter bei vielen Dax-Unternehmen zwischen 2005 und 2015 sich schneller erhöhten als der „Gewinn je Aktie“, und dies sogar, wenn die Aktiengewinne sanken. So brach bei Thyssen-Krupp der Gewinn je Aktie in dieser Zeit um 74% ein. Die Vergütungen der Führungsriege stiegen um 59 %. Aus „Shareholder Value“ wurde „Manager Value“.¹⁵¹

Wie versuchen nun die Großkonzerne, die Mängel bei „Forschung & Entwicklung“ sowie bei der Mitarbeiter-Fortbildung auszugleichen? Wer leitende Mitarbeiter in diesen Unternehmen kennt, der kann es sich

¹⁴⁸ Hans-Ulrich Wehler, in: Lisa Nienhaus (Hg.), Die Weltverbesserer, a.a.O., S. 197 f.

¹⁴⁹ Handelsblatt, 18.05.2012

¹⁵⁰ Handelsblatt, 18.01.2013

¹⁵¹ Handelsblatt 30.03.2016, dort „Titelthema“ mit weiteren Beispielen

erzählen lassen. Siemens hat z. B. eine ganzen Truppe, die weltweit auf der Suche nach Unternehmensgründern und KMU [= Kleine und mittlere Unternehmen] ist, die erfolgreich Erfindungen (Inventionen) und Neurungen (Innovationen) auf den Weg gebracht haben. Sie werden aufgekauft. Das ist kurzfristig billiger als eigene F & E (Forschung & Entwicklung). Denn von zehn Ideen oder Erfindungen sind nur ein oder zwei am Markt erfolgreich; der Rest geht daneben. Die Spezial- und Großforschung etwa von Siemens (z.B. Magnetbahn, EDV-Hardware nach Kauf Nixdorfs) wird nun vernachlässigt. Die KMU, das Rückgrat eines offenen und vitalen Marktes, kommen auch nicht voll zum Zug. Die Kleinen werden gefressen, oft bevor sie richtig erwachsen sind.

Bei den Mitarbeitern hat Shareholder Value dazu geführt, dass weithin Hochschulabgänger oder Azubis nicht mehr eingestellt werden. Nein, auf dem Stellenmarkt und weltweit werden Leute gesucht mit mindestens fünfjähriger Berufserfahrung in genau dem Fachbereich, in dem eine Stelle zu besetzen ist. Dem Mittelstand werden so eingearbeitete Fachkräfte abgeworben. Selbst Ingenieure suchen lang nach einer Erstanstellung. Ich kenne eine Reihe, die dazu z.B. in die Schweiz mussten – und z. T. dort blieben. Ein ARD-Report trug den Titel: „Die Legende von heiß begehrten Ingenieuren und Akademikern“¹⁵² Andere nannten das „die Mär vom Fachkräftemangel“.¹⁵³ Von Führungskräften ist es nur inoffiziell zu hören.

Zum Shareholder Value sagt Klaus Schwab, Gründer und Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums: „Lediglich eine gewissermaßen freiwillig wahrgenommene und unter Wirtschaftswissenschaftler bestrittene soziale Verantwortung federt diese einseitige Ausrichtung [auf den Aktionärsnutzen] ab. Wir müssen uns wieder daran erinnern, dass ein Unternehmen eine Gemeinschaft ist ...“¹⁵⁴ Freiwillig? Da kann man nur herzhaft lachen.

Über Lösungen ist in den folgenden Abschnitten nachzudenken. Dazu gehören z.B. gleiche Marktchancen für KMU, genossenschaftliche Mitbestimmung in Großunternehmen, die den Kundennutzen einbeziehen, genossenschaftliche Unterstützung für Gründer, KMU-

¹⁵² <https://www.youtube.com/watch?v=IRZkYjtCOMk&feature=youtu.be> Abruf 2017

¹⁵³ z.B. Handelsblatt, 17.08.2015 „Genial daneben: Bisher prognostizierte Lücken meist ausgeblieben“

¹⁵⁴ Handelsblatt, 05.04.2016

Verbände für F & E usw. Es gibt viel zu tun, das Warten auf die „unsichtbare Hand“ ist tödlich.

4.2 Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft

Der Mittelstand und die Familienunternehmen sind das starke Rückgrat unserer Wirtschaft. Das gilt für die Firmen und für die Arbeitnehmer, unsere Fachkräfte.

Finanziert hat sich der Mittelstand seit dem 19. Jahrhundert weithin durch Genossenschaftsbanken und kommunalen Sparkassen. Die Auswertung von 300.000 Bilanzen mittelständischer Sparkassenkunden zeigte 2015: „Renditekönig ist der Mittelstand“ verglichen mit den börsennotierten Kapitalgesellschaften.

Langfristig stark und stabil, auch in den Finanz- und Wirtschaftskrisen (2007/8) ist die Ertragslage der Mittelständler. Familiengeführte Unternehmen beschäftigen 56% aller Arbeitnehmer. Das deutsche Steuerrecht benachteiligt sie auf vielfältige Art. Hier und überall ist die Lobby der Großen stärker und wirksamer.

Mittelständler sind die „heimlichen Weltmeister“ beim Export. Ihnen verdanken wir den erfindungsreichen, weltweit nützlichen Maschinenbau. Sie sind die industrielle Grundlage unserer Volkswirtschaft. Alle Irrungen von Modewellen hat der Mittelstand überstanden. Das waren z.B. die Blaupausen-Idee, der alleinige Glaube an Großkonzerne (Frankreich), an Finanz- und andere reine Dienstleistungen (England).

Nur Deutschland, Österreich und die Schweiz besitzen einen so starken industriellen Mittelstand. Das haben die Großkapitalisten von Peking über New York bis Dubai gemerkt und versuchen „diese Gene der deutschen Wirtschaft“ (Warren Buffett) aufzukaufen.

Unser wirtschaftlicher Mittelstand ist industriell und technisch geprägt. Dabei ist Technik die Umsetzung vor allem naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in nützliche Gebrauchsgegenstände, Maschinen oder Fabrikanlagen. Kurz gesagt: Technik ist die Anwendung vor allem von Naturwissenschaft in der Wirtschaft.¹⁵⁵

Wer aus Erfindungen (Inventionen) schnell brauchbare Neuerungen (Innovationen) macht, gewinnt Kunden und Märkte. Viele deutsche

¹⁵⁵ Technologie ist genau übersetzt: die Lehre (Logie) von der Technik. Der Ausdruck wird heute aber für hochentwickelte Technik verwandt.

Erfindungen sind nach dem 2. Weltkrieg in die USA geholt und dort zur Anwendungsreife weiterentwickelt worden. Das begann in der Raumfahrt und Raketentechnik (z.B. Wernher von Braun) und gilt auch für die Mikroelektronik (Konrad Zuse). Teils durch Zwang (Beschlagnahme aller Patente und Verbote), teils durch eigene Nachlässigkeit ist Deutschland in einigen Teilbereichen zurückgefallen.

Im Maschinenbau und anderen Techniken ist das nicht so. Hier sind deutsche, österreichische und Schweizer Mittelständler noch heute die „heimlichen Weltmeister“.¹⁵⁶ Das ist zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Zu Recht warnen der Geschäftsführer des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ und viele andere vor den „Folgen einer schleichenden Deindustrialisierung“. Denn die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen sind das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs.“¹⁵⁷

Nur dadurch wurden die Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2007 überstanden. Die im europäischen Vergleich geringere Arbeitslosigkeit kommt auch daher.

Doch weithin bevorzugt die Politik die Großindustrie, vor allem wegen deren erfolgreicher Lobbyarbeit. Wenn Kanzler, Ministerpräsidenten oder Minister ins Ausland reisen, dann sind stets die Großkopfen von Siemens, Daimler-Benz, Bosch usw. dabei. Großaufträge gilt es über die politische Schiene an Land zu ziehen. Tatsächlich gilt aber: „Um nichts beneidet das Ausland die deutsche Wirtschaft so sehr wie um den starken Mittelstand.“¹⁵⁸

Das Handelsblatt hat im ersten Halbjahr 2016 einige Male mehrseitige Titelgeschichten dem Mittelstand gewidmet. So wurden rund 300.000 Bilanzen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) anonym in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) ausgewertet. Die Sparkassen sind traditionell neben den Genossenschaftsbanken unsere Mittelstandsfinanzierer. Das Ergebnis war: „Die kleinen und mittleren Firmen wirtschaften besser als die

¹⁵⁶ Dazu: Herrmann Simon, Die heimlichen Gewinner (Hidden Champions): Die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer, Frankfurt/M. 1966; ders., Hidden Champions des 21. Jahrhunderts: Die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer, Frankfurt/M. 2007; Matthias Pittrof, Die Bedeutung der Unternehmenskultur als Erfolgsfaktor für Hidden Champions; Wiesbaden 2011

¹⁵⁷ Handelsblatt, 18.02.2016

¹⁵⁸ Handelsblatt, 17.05.2016

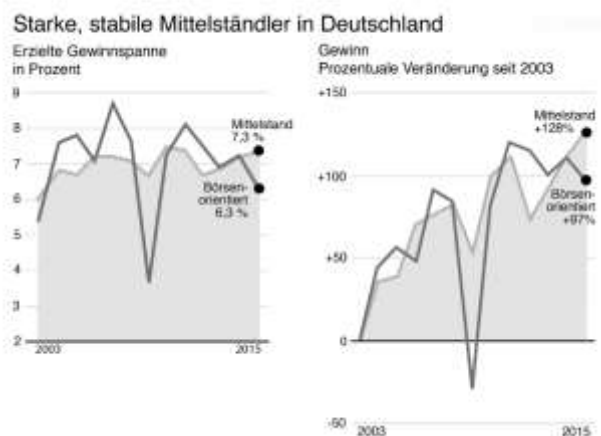
Aktiengesellschaften – kurz- und auch langfristig.“ Eine Titelgeschichte hatte die Überschrift: „Renditekönig Mittelstand“. ¹⁵⁹ Den kurzfristigen Vergleich (2015) zeigt das folgende Schaubild 3.



Quellen: DSGV, Bloomberg, HRI, Handelsblatt

Schaubild 3

Die langfristigen Gewinnmargen von 2003 bis 2015 sind im nächsten Schaubild 4 zu sehen.



Quellen wie Schaubild 3

Schaubild 4

Vor allem ist der Mittelstand stabiler und achtet „mehr auf Klasse als auf Masse“.

Die Familienunternehmen, zu denen neben KMU auch große familiengeführte Firmen (z.B. BMW) gehören, haben wie das folgende Schaubild 5 zeigt, mehr Beschäftigte als die sonstigen Unternehmen und (!) eine höhere Steuerquote.

¹⁵⁹ Handelsblatt, 17.05.2016

Anteil der Gesamtbeschäftigten in Prozent

Familienkontrolliert
56%
(53% vom Eigentümer geführt)

Sonstige Unternehmen
44%

Durchschnitt über Beobachtungszeitraum 2009 bis 2013

Steuerquote* (Anteil der Steuern am Gewinn)

der Top-500 Familienunternehmen
28%

Zum Vergleich:
27 nicht-familienkontrollierte Dax-Konzerne

25%

*Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Kapitalertragsteuer

Quellen: Stiftung Familienunternehmen, Handelsblatt

Schaubild 5

Dabei sagt die Steuerquote noch nichts über die tatsächliche Steuerlast. Denn Weltkonzerne verschieben in der Regel ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer (z. B. Luxemburg, Liechtenstein) oder Steueroasen. Das geschieht über Zinsen für teure Schein-Kredite, Patentgebühren an den Mutterkonzern u.ä. „Steuer zahlen? Nein, danke! Wie der Google-Konzern seinen Steuersatz unter drei Prozent drückt.“¹⁶⁰

Seit 2014 arbeitet nun die OECD (Organisation der Industrieländer) der G 20-Staaten¹⁶¹ an neuen internationalen Regeln. Sie klagten über eigene frühere Fehler: Wir wollten Doppelbesteuerung vermeiden und stehen heute vor Null-Besteuerungen. Von einem Erfolg neuer Regeln wurde bisher nichts bekannt. 2014 ging durch die Wirtschaftspresse, dass Konzerne wie Starbucks, Google, Amazon oder Apple in Europa auf ihre Milliardengewinne fast keine Steuern zahlen.¹⁶² Derzeit fordert die EU von Google hohe Nachzahlungen; der US-Finanzminister wettert dagegen.¹⁶³

Besonders erfolgreich bei der Hilfe für Steuervermeidungen oder – minimierungen war der spätere EU-Präsident Jean-Claude Juncker. 24 Jahre hat er die Politik ‚seines‘ Luxemburgs geprägt, zunächst war er Finanzminister (1989 bis 2009), dann zusätzlich Ministerpräsident (1995 bis 2013). Das waren 24 Jahre, in denen das Bruttoinlandsprodukt

¹⁶⁰ Handelsblatt, 16.05.2014 – genau waren es 2,77 % Steuern; fällig gem. offiziellem US-Recht: 35%

¹⁶¹ Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.

¹⁶² Handelsblatt, 14.08.2014

¹⁶³ Handelsblatt, 29.08.2016

Luxemburgs von 9,5 Milliarden auf 45,3 Milliarden wuchs. Das ist ein sagenhaftes Wachstum von 376 Prozent. Neben Steuervermeidungen, die Großunternehmen anzogen, waren es vor allem die Finanzinstitute, die eines nach dem anderen im kleinen Luxemburg Einzug hielten.¹⁶⁴

Doch ganz allgemein gilt nach dem Handelsblatt: „Die EU betreibt Steuerpolitik mehr denn je nach dem Grundsatz: Die Kleinen fängt man, die Großen lässt man laufen.“¹⁶⁵ Eine wesentliche Ursache ist dabei, dass die großen Aktien- und Kapitalbesitzer im Ausland, am liebsten in Steueroasen leben. Die deutschen Familienunternehmer leben und arbeiten im Inland bei ihren Firmen und zahlen dort ihre Steuern.

Die Schweizer haben daher in einer Volksabstimmung mit 70 % eine eidgenössische Erbschaftssteuer abgelehnt. „Mit dem Nein zu einer nationalen Regelung haben weiterhin die Kantone das Sagen über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen. Dort gibt es zwar solche Steuern. Doch gelten die Regeln als großzügig: Direkte Nachkommen z. B. sind fast überall steuerbefreit.“¹⁶⁶ Wer damals durch die Schweiz fuhr, sah viele Plakate, auf denen das Wort KMU [Kleine und Mittlere Unternehmen] stand. Sie sind den Schweizern lieb und teuer. Sie sollen stark bleiben in ihrem Kampf gegen die Großunternehmen. Die Gegner einer Erbschaftssteuer auf Bundesebene sahen die Initiative „voller Risiken für Familien, KMU und Kantone“. Wann immer es möglich ist, wollen die Schweizer die Zuständigkeiten tief unten im Staatsaufbau ansiedeln.

Gegen die zweite Steuer auf die Substanz von KMU-Vermögen, die Vermögenssteuer hat jüngst sogar der grüne baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann gewettert. Er stellte sich klar gegen die Parteilinken bei den Grünen: „Die Vermögenssteuer bekommt man nicht hin, ohne dass es auf Kosten unserer Familienbetriebe geht ... Solchen Plänen wird die Landesregierung von Baden-Württemberg nicht folgen. ... Ich mache den gleichen Fehler nicht zweimal.“¹⁶⁷

Der Mittelstand und die Familienunternehmen stellen nicht nur die meisten Arbeitsplätze in Deutschland zur Verfügung, sie bieten auch die meisten Ausbildungsplätze an. So haben von 2007 bis 2010 die DAX-

¹⁶⁴ Handelsblatt, 14.11.2014

¹⁶⁵ Handelsblatt, 07.05.2014

¹⁶⁶ Die Zeit, 14.06.2015

¹⁶⁷ RNZ (Rhein-Neckar-Zeitung), 04.08.2016

Konzerne netto 106.413 Stellen abgebaut. Erst seit 2011 hat sich das Blatt gewendet. Von 2011 bis 2015 schufen die Konzerne 123.991 neue Stellen (netto).¹⁶⁸ In den Jahrzehnten zuvor wurden die meisten neuen Arbeitsplätze durch den Mittelstand geschaffen. Lange Zeit bauten die DAX-Konzerne in Deutschland mehr Stellen ab, als sie schufen. Und noch heute gilt: „Treiber für das deutsche Jobwunder ist und bleibt indes eine andere Kraft: der Mittelstand. Dessen Unternehmen rechnen für das laufende Jahr mit 450.000 neuen Stellen und dem größten Job-Zuwachs seit 2012.“

Doch eines bleibt: Es gibt immer noch 2,7 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Sie sind eine stille, oft vergessene Reserve. Damit müssen wir uns im Weiteren noch oft befassen.

¹⁶⁸ Handelsblatt, 16.06.2016

4.3 Märkte – Mächte – Bürgerstaat

Wir gehen von den strategischen Zielen der Sozialen Volkswirtschaft aus (langfristiges Überleben, Mittelstand für alle, soziale Sicherheit, Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder). Der Markt ist dabei eines der Mittel zur Zielerreichung. Er kann nützliche Dienste leisten, ist aber kein Selbstzweck.

Die Märkte sind nicht so, wie sie theoretisch sein sollten. Sie sind heute nicht offen, durchschaubar und machtfrei. Außerdem sind die Kunden meist die schwächsten Marktteilnehmer. Der Neoliberalismus ist in der Sackgasse. Die Folgen wurden gezeigt.

Hinzu kommt noch etwas viel Gefährlicheres. Im Osten steigt u.a. mit China eine neue Macht auf. Sie hat ihr eigenes, nicht-liberales Modell, ihre eigene langfristige Strategie und ihre listige Taktik. Auch das wird im Westen, besonders von den Neoliberalen nicht erkannt.

Wir werden uns jetzt vor allem mit China, seiner Strategie und Taktik beschäftigen. Denn China ist die einzige Wirtschaftsmacht, bei der heute ein Alternativ-Modell zum Neoliberalismus klar zu erkennen ist. Andere suchen noch. Schon ist es China gelungen, weitere Mächte zu gewinnen, zu einem lockeren Bündnis zu bewegen. Es sind die erwähnten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Nicht ohne Grund ist Schanghai der Sitz ihrer „Neuen Entwicklungsbank“ (NDB = New Development Bank).

Wenn nicht alles täuscht, werden wir im 21. Jahrhundert weder das friedlich-niedliche Eine-Welt-Dorf noch einen deregulierten, liberalen oder machtfreien Weltmarkt bekommen.

Wir müssen nachdenken, wie wir angesichts dieser Lage trotzdem die strategischen Ziele der Sozialen Volkswirtschaft und des Bürgerstaates verwirklichen können. Eine Einrichtung bzw. Institution dazu wird uns dann im Abschnitt „4.4 Die Hanse – eine Genossenschaft“ beschäftigen.

Lassen wir nun unseren Blick über die Welt schweifen. Lösen wir uns von dem Teil, der westliche Welt genannt wird. Dann sehen wir einige

Länder, die nach Alternativen zum Neoliberalismus suchen. Wir werden sie bei „8.1 Die Weltlage am Beginn des 21. Jahrhunderts“ kurz betrachten.

Doch vor allem sticht China ins Auge. Wohin steuert China? Die Chinesen glauben nicht an die „unsichtbare Hand“ der Neoliberalen. Sie denken strategisch und langfristig. Sie kämpfen mit taktischer List.

Der Westen meint, für China könne es nur eine Entwicklung geben: „Hin zu einer westlichen Gesellschaft mit Marktwirtschaft und liberalem Rechtsstaat. Dabei wird übersehen, dass das Land bewusst einen anderen Weg einschlägt.“¹⁶⁹ Das ist das Urteil des Juristen und Chinakenners Harro von Senger. Der Schweizer war von 1998 bis 2009 Professor für Sinologie an der Uni Freiburg im Breisgau. Er hat sich ein Leben lang mit China und chinesischem Denken beschäftigt.

Auch wer nur genauer die Wirtschaftspresse verfolgt, muss erkennen, dass die Chinesen die Marktwirtschaft nur als taktisches Mittel, nicht als strategisches Ziel im Auge haben. Dabei sind altes chinesisches Denken und Handeln mit dem sogenannten Sinomarxismus verschmolzen.

Altkanzler Helmut Schmidt berichtete im „Tagesspiegel“ über ein Gespräch mit dem greisen Deng, dem tatsächlichen Herrscher Chinas von 1979 – 1997. Helmut Schmidt sagte: „Eigentlich habt ihr euch doch einen ganz falschen Namen gegeben. Ihr nennt euch Kommunistische Partei, dabei müsstet ihr Konfuzianische Partei heißen.“ Einen Augenblick stutzt Deng, dann sagt er: „So what!“ Auf Deutsch „Was hast du dagegen!“ Schmidt meinte, Deng sei weit weniger Kommunist als Konfuzianer.¹⁷⁰ Doch auch Schmidt sah nicht das ganze Denkgebäude.

Es gibt wenige, die wie von Senger das chinesische Denken und Recht, die Unterlagen der kommunistischen Partei und die amtlichen Planungen Chinas sorgfältig studiert haben. Danach bilden drei Denkräume die Grundlage für die heutige chinesische Politik und Volkswirtschaft:

¹⁶⁹ VDI nachrichten, 28.10.2016

¹⁷⁰ <http://www.tagesspiegel.de/kultur/interview-china-ist-ein-gigantisches-experiment/1204526.html> - letzter Abruf 2023

1. **Die Supraplanung** (Moulüe). Es ist eine dem Westen völlig fremde Langzeit-Strategie.¹⁷¹ Sie führte zu zwei 100-Jahres-Zielen der Kommunistischen Partei. Senger betont, wie erfolgreich seit Maos Tod (1976) die jeweiligen Ziele durch das offensichtlich durchsetzungsstarke Regime erreicht wurden. Künftig soll bis zum 100. Gründungstag der KPCh, also 2021, eine Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand aufgebaut sein. Bis 2049, dem 100. Gründungstag der Volksrepublik, soll das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt das Niveau eines Schwellenlandes erreichen.

Das Ziel „Made in China 2025“ heißt, bis dahin sollen alle noch in westlicher Hand befindlichen Schlüsseltechnologien erworben sein. Das Land will also in zehn Jahren zu den starken Fertigungsländern aufschließen und 2049 eine weltweit führende Technologie und Industrie aufgebaut haben. „Die Übernahme des deutschen Roboterherstellers Kuka und der geplante Einstieg bei Osram sind Teil dieser Supraplanung“, so von Senger.¹⁷²

2. **Der Sinomarxismus** ist die offizielle Doktrin der Volksrepublik China. Für jeden Chinesen und erst recht Funktionär ist er Pflichtlehrstoff. Von der Mittelschule an aufwärts wird er gelehrt und mehrfach geprüft. Die Bedeutung des Sinomarxismus wird im Westen verdrängt. Selbst Samuel Huntington hat ihn nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen. „Die Partei legt die Entwicklung von Politik und Wirtschaft in den Grundlinien fest“, so von Senger. Oft werden auch Einzelheiten vorgeschrieben und von oben geregelt.

3. **Die Strategemkunde** (Zhimou): Wir können sie auch Kriegskunst oder genauer Kriegslist nennen. Im Grunde sind alle Strategeme Kriegslisten.¹⁷³ Sie unterscheiden sich von der „Strategie“ im Sinne von Clausewitz, bei dem die „Kriegslist“ nur eines von vielen taktischen Mitteln ist, schon gar nicht eine Strategie. „Strategem“ geht zurück auf den General und Philosophen Tan Daoji († 436), und ist heute in China ein Bestandteil des Allgemeinwissens. Darüber hat Harro von Senger schon vier Bücher veröffentlicht, darunter „36 Strategeme für

¹⁷¹ Harro von Senger, Moulüe – Supraplanung – Unerkannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte, München 2008

¹⁷² Harro von Senger in: VDI nachrichten (VDI =Verein Deutscher Ingenieure), 28.10.2016

¹⁷³ Harro von Senger, Die Kunst der List. Strategeme durchschauen und anwenden, München 2001

Manager“, das bereits in chinesischer, englischer, spanischer, holländischer und in japanischer Sprache erschienen ist. – Überhaupt stehen derzeit chinesische Strategiebücher hoch im Kurs.¹⁷⁴

Für das langfristige kulturelle, politische und wirtschaftliche Überleben Europas sollten wir den Ausspruch von General Sun Tsu beherzigen: „Wenn du den Feind und dich selbst kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.“

Harro von Senger betont laufend, dass Chinesen keinen Unterschied zwischen Wettbewerb, Wirtschaftskrieg und militärischer Strategie sowie Taktik kennen. So lautet passend die mehrseitige Titelgeschichte anlässlich von Wirtschaftsminister Gabriels Chinareise im Handelsblatt: „Vom Partner zum Rivalen, Deutsche Firmen fühlen sich in China unfair behandelt.“ Auf Seite 4 lautet die Überschrift sogar: „Die rote Gefahr, Chinesische Firmen sind auf Shoppingtour in der Bundesrepublik. Die deutschen Unternehmen fühlen sich bedroht – und suchen den Schulterchluss mit der Politik.“¹⁷⁵

Dabei sollten wir uns klarmachen, dass die Chinesen einen Vorteil haben. Sie entwickeln ihre Strategien in einem starken, von außen nicht durchschaubaren Staatsapparat. Sie beobachten, denken und handeln zielgerichtet – und getarnt. Auf die „unsichtbare Hand“ warten sie nicht. Dabei haben sie große Staatsunternehmen und Staatsbanken sowie durch ihre Ausfuhrüberschüsse große Fremdwährungsreserven, vor allem in US-Dollar. Damit lässt sich arbeiten, vor allem im Ausland.

Inzwischen wird vom „chinesischen Modell“ manches erkennbar. Sie haben begonnen, die vielen US-Staatsanleihen und US-Dollars aus ihren Exportüberschüssen in der Realwirtschaft anzulegen. Denn beim Platzen der Blase sind auch amerikanische Staatsanleihen wertlos. Dazu haben sie sich die Infrastruktur, derzeit vor allem in Afrika ausgesucht. „Ein Kontinent wird schanghait: Warum man in Afrika so viele Chinesen trifft“, heißt es schon. In Dschibuti haben sie eine Militärbasis, in vielen Ländern bauen sie Häfen, Straßen, Brücken, Hochhäuser.

¹⁷⁴ z.B. Sun Tsu, Die Kunst des Krieges, Hamburg, 16. Auflage 2016, General Sun Tsu lebte um 500 v. Chr. Er gilt als ältester Strategiedenker.

¹⁷⁵ Handelsblatt, 07.11.2016, S. 1, 4 – 6

In der Republik Kongo gibt es einen Schläger: „Chinesen bauen immer nachts, und wenn man morgens aufwacht, gibt es schon wieder ein Stockwerk mehr.“ Schwerpunkt sind die Infrastruktur mit Bahn- und Straßenbau, Luftfahrt, Stromversorgung und auch Telekommunikation. Ziel sind einmal die Rohstoffe Afrikas. Und sie wollen langfristig eine gute Grundlage für den Absatz ihrer Waren. Schon jetzt überschwemmen chinesische Billigwaren die Märkte in vielen afrikanischen Ländern.¹⁷⁶

Der Ausfuhrüberschuss Chinas nach Afrika betrug 2015 rund 40 Mrd. US-Dollar. Und Chinas Präsident Xi Jinping hat 2015 den Ländern Afrikas Investitionen von 60 Mrd. Dollar in den nächsten 3 Jahren zugesagt, vor allem für die Infrastruktur.

Nicht nur in Afrika zeigt sich das strategische Denken der Chinesen, auch in Eurasien. Als der chinesische Ministerpräsident die Kanzlerin Merkel besuchte, bat er um einen Besuch in Duisburg. Dort traf gerade ein Güterzug aus China ein. Den wollte er mit Merkel am 28.03.2014 begrüßen. China will bessere Eisenbahnverbindungen nach Europa. Sie wissen, in der Luft wird es eng und abgehoben befördert sich am teuersten. Bereits jetzt trifft dreimal in der Woche ein Güterzug aus der 8.000 Kilometer entfernten Millionenstadt Chongqing ein und fährt wieder zurück. Der Seeweg ist lang und langsam. Eine Bahn quer durch Eurasien ist für Chinas Absatz strategisch am günstigsten.

Doch bereits 2011 sah es das Handelsblatt dramatischer: „Dampfwalze China rollt nach Europa“ hieß die Überschrift. Eine Landkarte mit Fähnlein zeigte, wo die chinesischen Staatskonzerne bereits eingestiegen sind. Doch was nützt es, wenn es in der Wirtschaftspresse steht. In der Politik und EU nimmt es niemand kritisch auf und entwickelt Gegenstrategien. So heißt es zu Recht in den VDI nachrichten: „Der Bundesrepublik fehlt der industriepolitische Kompass“¹⁷⁷

Mit China wird es aller Voraussicht noch Schwierigkeiten geben. Denn das Land will wirtschaftliche mit politischer und militärischer Macht verbinden. Sehr imperialistische Ziele scheinen durch, obwohl das Land des Lächelns weithin undurchschaubar ist. Nach den USA rüstet China

¹⁷⁶ dazu: Alex Perrys, In Afrika: Reise in die Zukunft, Frankfurt 2016

¹⁷⁷ VDI nachrichten, 24.06.2016

am meisten militärisch auf. Im südchinesischen Meer stellt es weitreichende Ansprüche auf Seegebiete und mögliche dortige Bodenschätze. Taiwan will es militärisch erobern. China nutzt nicht nur seine Macht auf dem Weltmarkt, sondern auch seine Streitkräfte. Schon Napoleon sagte: „Weckt mir den schlafenden Riesen China nicht.“ Er ist wach, wir müssen wachsam sein.

Wenn uns dazu keine Gegenstrategie einfällt, dann ereignet sich, was Erik Reinert befürchte: „Der Westen läuft Gefahr, zur ‚Kolonie‘ für Asien zu werden.“ Doch das läuft all unseren strategischen Zielen zuwider. Ein Staat oder eine Wirtschaftsmacht ohne „industriepolitischen Kompass“ wird überrannt werden, wird scheitern.

Wir brauchen bürgerstaatliche und genossenschaftliche Einrichtungen, die uns wirtschaftlich und politisch stark und erfolgreich machen. Wir müssen im 21. Jahrhundert mit allen Mächten und Wirtschaftsblöcken auf Augenhöhe verhandeln und handeln können.

Für Wohlstand und Frieden nach innen und außen brauchen wir den Bürgerstaat mit einer Hanse und einem hanseatischen Generalstab.

4.4 Die Hanse – eine Genossenschaft

Genossenschaften und genossenschaftliches Handeln sind uralte. Doch sie sind im Neoliberalismus unbekannt oder verschmäht. Im Sozialismus sind sie zur Herrschaft von oben, oft auch von außen missbraucht worden. Der real existierende Sozialismus war das Gegenteil einer alten und freien Genossenschaft nach deutscher Tradition, die 2016 sogar von der UNESCO zum immateriellen Weltkulturerbe erklärt wurde.

Von unten nach oben wollen wir den möglichen Aufbau und die möglichen Aufgaben einer Hanse aufzeigen.

Der Ausdruck „Hanse“ ist ein schlichtes, altes deutsches Wort für Genossenschaft. Die geschichtlichen Beispiele können als Anregung, aber nicht als Blaupausen dienen. Nichts ist ewig, nur der Wandel.

Um diesen Wandel zu bewältigen, brauchen wir Strategen und Strategien, kluge Führungskräfte, gute Taktiker, einfallsreiche Erfinder, fleißige und zuverlässige Fachkräfte – alles ehrbare Bürger.

Und wir müssen sie in einer genossenschaftlichen Organisation zu gemeinsamen Handeln zusammenführen. Darin müssen aus Gegnern (z.B. Kapital gegen Arbeit, Händler gegen Kunde) offene, ehrliche und zuverlässige Partner, eben Genossen werden. Diese Einrichtung nennen wir Hanse.¹⁷⁸

Wir erleben wieder einmal einen Zwei-Fronten-Krieg. Einerseits bedroht der Neoliberalismus unsere Freiheit und unseren Wohlstand; er führt uns in die Sackgasse. Andererseits müssen wir gegenüber neuen politischen und wirtschaftlichen Mächten wie China u.a. bestehen, ihnen ebenbürtig gegenüberzutreten können.

Hören wir kurz die überzeugende und zusammengefasste Kritik eines angesehenen US-Amerikaners am Neoliberalismus. Danach müssen wir sofort fragen, mit welchen Einrichtungen wir an beiden Fronten erfolgreich sein können.

¹⁷⁸ Vorschläge zur „Hansewirtschaft“ bereits in: G. Pfreundschuh, Die kulturelle Umweltzerstörung, a.a.O., 1993, S. 232 ff.

John Kenneth Galbraith (1908 bis 2006), einer der einflussreichsten US-Ökonomen des 21. Jahrhunderts, war nicht nur Keynesianer, sondern Linksliberaler und Berater demokratischer US-Präsidenten von Kennedy bis Clinton. Er setzte sich kritisch mit dem Kapitalismus auseinander. Er forderte eine Stärkung staatlicher Institutionen und vor allem der Nachfrage gegenüber dem Angebot.

Der Volkswirt Hanno Beck fasst Galbraiths Ansichten so zusammen: „Der Aufstieg des modernen Großunternehmens höhlt die Marktwirtschaft und den Wettbewerb aus, untergräbt die Konsumentensouveränität und die Souveränität des Staates, führt außerdem zur Produktion überflüssiger Produkte und verschärft nicht zuletzt auch die Ungleichheit in der Einkommensverteilung. Einkommen werden nunmehr durch Macht, nicht durch Leistung bestimmt.“¹⁷⁹ Galbraith empfiehlt so etwas wie einen genossenschaftlichen Zusammenschluss kleinerer Firmen als Gegenmacht zu Großunternehmen. Da müssen wir ansetzen.

Uns stehen Weltkonzerne und Großgeldbesitzer – und neue staatliche Wirtschaftsmächte gegenüber. Das ist die Ausgangslage auf dem Weltmarkt. Für unsere Gegenstrategie benötigen wir, die Bürger, den Bürgerstaat mit genossenschaftlichen Einrichtungen.

Ziel ist ein mittelständisch geprägtes genossenschaftliches Wirtschaften, wie wir es von „ehrbaren Kaufleuten“, sagen wir von einem Hanseaten gewohnt sind und erwarten. Der Ausdruck „Hanse“ ist ein altes Wort für Genossenschaft oder Schar. Der „Hans“ ist ein Mitglied solch einer Gemeinschaft. Nennen wir diese Genossenschaft einfach **Hanse**. Auch das historische Vorbild passt gut dazu.

Die Hansen, die es auch in Süddeutschland gab,¹⁸⁰ verbanden die Genossenschaft ihrer Bürger mit der städtischen Körperschaft.¹⁸¹ Die passende heutige Rechtsform wäre eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltungsgarantie. Dabei sind die bestehenden

¹⁷⁹ Hanno Beck, John Kenneth Galbraith, in: Lisa Nienhaus (Hg.) Die Weltverbesserer, a.a.O., S. 193 – Beck ist VWL-Professor an der Hochschule Pforzheim.

¹⁸⁰ z.B. in Regensburg, sehr gut dazu: Karl Bosl, Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg - Die Entwicklung ihres Bürgertums vom 9. - 14. Jahrhundert, München 1966

¹⁸¹ Eine Körperschaft in diesem Sinne ist eine juristische Person, die durch ihre Organe (z.B. Bürgermeister) Rechtsgeschäfte vornehmen kann. Dies war in Regensburg etwa seit dem Jahr 1000 der Fall. Vgl. auch: Philippe Dollinger, Die Hanse, Erster Teil Von der Kaufmannshanse zur Städtehanse, Stuttgart 1989, S. 17 ff

Körperschaften des öffentlichen Rechts (z.B. IHK, Wirtschaftsprüfer- und Handwerkskammern) weiter wichtig. Sie treten u.a. als Partner in den Hansen auf und wirken als Vertreter ihrer Mitglieder mit. Doch dabei sind sie Teil des Dreiklangs, wenn Kundennutzen und Unternehmensnutzen (z.B. von KMU) sich gegenüberstehen und in Einklang zu bringen sind.

Wir wollen bei der Hanse mit zwei kleinen Schritten beginnen, um uns dann weiter vorzuarbeiten.

(1) Wie kann der Markt für die Kunden durchschaubar gemacht werden? Die Kunden müssen Qualität und Preis vergleichen können, nicht Opfer täuschender Werbung sein. Diesen Wunsch haben sie. Immer beliebter werden regionale Erzeugnisse, bei denen sie die Hersteller und die Herstellungsverfahren kennen. Sie wollen Vertrauen.

(2) Wie können die Marktchancen für KMU, für Handwerker und Freiberufler gegenüber Großanbietern, Markenfirmen, internationalen Großkonzernen usw. gleichwertig, zumindest aussichtsreich werden?

Es müsste (a.) ein „Gütesiegel“ geschaffen werden, das unbestechlich die Qualität, aber auch die Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit von Waren und Diensten prüft und anzeigt. Es müsste freiwillig beantragt werden.

Dazu gehört (b.) im zweiten Schritt eine Gewährleistungsgarantie. „Genossenschaftliche Gewährleistungsverbände“ z.B. von Handwerkern, Dienstleistern, KMU müssten Mängelrügen schnell, unbürokratisch, vor allem unbestechlich beheben. In ihnen müssten gemäß unserem Dreiklang Vertreter der Anbieter, der Kunden und der Hanse als Anwälte des Gemeinwohls sitzen. Gegebenenfalls ist mit der Mängelbeseitigung z.B. ein anderer Handwerker der Genossenschaft zu beauftragen.

Da solch ein Gewährleistungsverbund eine genossenschaftliche Einrichtung wäre, müsste das „Freiwilligkeitsprinzip“ gelten. Ob ein Unternehmer, Freiberufler oder Handwerker sich und seine Angebote der Qualitätsprüfung unterstellt, kann er dann selbst entscheiden. Wer es tut, würde seinen Marktwert verbessern; er würde mit dem Gütesiegel „Markenqualität“ erreichen.

Heute gibt es zum Beispiel die Auszeichnungen der DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft), der CMA (Centrale Marketing-

Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft), Qualitätszeichen Baden-Württemberg usw. Sie alle haben einen großen Nachteil. Weithin sind sie nur einseitige Absatzinstrumente der Anbieter. Oft wollen die Länder oder der Bund ihrer einheimischen Wirtschaft etwas Gutes tun und helfen mit Geld oder dem Landeswappen etwas nach. Der Anschein von Qualität soll erweckt werden. Der Kunde merkt es und ist verstimmt.

In den historischen Genossenschaften herrschte weithin ein hohes Ethos, die alte Ehrbarkeit der ehrbaren Handwerker und Kaufleute. Es galten die Grundsätze offen, ehrlich und zuverlässig. Wie überall, wo Menschen sind, menschet es selbstverständlich auch hier zeitweise. Es gab Glanzzeiten mit hoher Qualität und Kunstfertigkeit zum Beispiel zwischen 1500 und 1618.¹⁸²

Eine neue, moderne Genossenschaft muss beide Seiten in die Prüfungs- und Gewährleistungsverfahren einbeziehen: die Vertreter der Kunden (z.B. Verbraucherverbände) und der Anbieter (z.B. Handwerksinnungen, IHK). Sie müssen gemeinsam begutachten und entscheiden. Dann müssen unbedingt die „bürgerstaatlichen Belange“, die Vertretung des Gemeinwohls, also der Hanse, als Garant der Werte (Nachhaltigkeit usw.) hinzukommen. Dazu brauchen wir in Begutachtungs- und Entscheidungsausschüssen eine Drittelparität. Die Erfahrung zeigt, dass dann bei offener, ehrlicher und sachkundiger Erörterung fast immer einheitliche, gemeinsame Urteile gefällt werden. Das gilt besonders dann, wenn die Urteile samt Begründungen veröffentlicht werden.

Denn bei all diesen Verfahren gehört wie schon im Rechtsstaat der Grundsatz der Öffentlichkeit dazu. Diese Schiedsstellen müssen schnell, unparteiisch und ganz sachbezogen entscheiden. Die heutigen Gerichte sind Einrichtungen des 19. Jahrhunderts und des damaligen Rechtsstaats. Seinerzeit waren sie echte Errungenschaften. Heute sind sie in der Sache oft überfordert, zu umständlich und viel zu langsam.

Ein nur juristisch ausgebildeter Richter soll alles beurteilen: Baumängel und Arztfehler, Autoreparaturen und verdorbene Lebensmittel. Doch gelernt hat er nur „Recht“. Dieses Recht hat sich heute sogar in rund 20 „Fachanwalts-Rechtsgebiete“ aufgespaltet. Am liebsten bügeln die Gerichte ihre Fälle mit formalen Fehlern einer Partei ab. Oder sie

¹⁸² Nach Rudolf Stadelmann war die „Blüte des deutschen Handwerks“ zwischen 1500 und 1600. Stadelmann und Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers, a.a.O., S. 41 f.

zwingen zu Vergleichen, die einfach schon durch Liegenlassen erpresst werden. „Ohne Vergleiche könnte ich nicht überleben. So viele Urteile könnte ich nicht schreiben, wie ich Fallzahlen auf den Richtertisch bekomme“, sagt heute fast jeder Richter. Die Folgen kennen altgediente, gerichtlich erfahrene Bausachverständige: „In 80 % der Fälle haben die Bauherren mit ihren Mängelrügen Recht. Doch sie bekommen nur in 20 % Recht, weil die Gutachter der Architektenkammern parteiisch und die Richter überfordert sind.“ Das Nachsehen hat der Kunde.

Es wäre also für die Kunden sehr vorteilhaft, wenn sie in Verträgen Schiedsverfahren vereinbaren könnten. Dann muss selbstverständlich der umständliche, langwierige Rechtsweg ausgeschlossen sein. Es geht gleich zur Sache, Sachverständige entscheiden praxisnah und schnell. Lange Gerichtsverfahren mit nicht vorhersehbarem Ausgang kosten alle Beteiligten Geld, Zeit und Kraft. Denn heute gilt wieder: „Vor Gericht und auf hoher See ist man allein in Gottes Hand.“

Gütesiegel, Gewährleistungsverbände und Schiedsstellen wären die ersten Aufgaben einer genossenschaftlichen Hanse.

Der Parteienstaat mit seinen Klientel-Parteien und Lobbyisten müsste als „Befangener“ fern gehalten werden.

Das gilt vor allem für die Besetzung des hauptamtlichen Kerns, der Vertreter des Gemeinwohls, der öffentlichen Interessen, der Werte und der Wirtschaftsethik. Dazu ein Beispiel, das in meiner Studentenzeit (1964) der Professor für öffentliches Recht, Hans Julius Wolff, in der Vorlesung schilderte. In Schleswig-Holstein gab es einen unabhängigen Ausschuss für die Gewährung von Zuschüssen an Unternehmen aus dem Landeshaushalt. In einem Fall war über eine Hilfe für ein bekanntes Unternehmen des Landes zu entscheiden. Der Vorsitzende des Ausschusses sagte, er sei vom Ministerpräsidenten auf diesen Fall angesprochen worden. Dieser wolle sich ausdrücklich nicht einmischen, sähe aber offensichtlich und unausgesprochen eine positive Entscheidung gern. Nun lobte unser Professor das Urteil: „Allein die Tatsache, dass der Ministerpräsident auf diesen Fall hingewiesen hatte, führte dazu, dass der Ausschuss den Zuschuss einstimmig ablehnte. Es fühlte seine Unabhängigkeit angetastet.“ Wer die heutige Verfahrenspraxis kennt, der weiß, dass die Dinge genau umgekehrt laufen. Die Politiker mischen sich überall und stets parteiisch ein.

Wenn solch eine Hanse bundesweit, für diese und weitere Aufgaben einen „hauptamtlichen Kern“ braucht, dann erhebt sich die Frage, woher das Personal genommen werden soll. Hier gibt es für jeden Kenner der öffentlichen Verwaltung eine große Personalreserve. In den Ministerien sitzen viel zu viele Leute. Vor allem wenn man die dortige Tätigkeit auf strategische, grundsätzliche Aufgaben beschränkt und alle verwaltenden, ausführenden Tätigkeiten nach unten delegiert. Viele Stellen können wegfallen, den sogenannten „kw-Vermerk“¹⁸³ erhalten.

Auch an den akademischen Mittelbau im Hochschulbereich ist zu denken. Viele gute Leute werden dort nie Professor, werden aber so lange hingehalten, bis es für eine richtige Karriere in anderen Bereichen zu spät ist. Einige dort sind mehr praktisch und praxisbezogen begabt. In anderen Berufen, z.B. Freiberuflern, liegen große Begabungsreserven brach oder sind unterbeschäftigt. Überhaupt wird in vielen Bereich zu viel theoretisiert, zu wenig praxisnah angepackt und umgesetzt.

Kommen wir zur Personalauswahl. Wer soll als hauptamtlicher Hanseat berufen werden? Zunächst sind dafür wenige, aber besser dotierte Stellen vorteilhaft. Dann zeigte die Erfahrung, dass die Personalauswahl, z. B. in der Landesverwaltung, dann gut, ja oft hervorragend war, wenn keine politische oder gar parteipolitische Einmischung erfolgte. Wenn die Hanse eigenverantwortlich und selbstständig ihre Hanseaten auswählt, dann wird sie auch keine „parteipolitischen Versorgungsposten“ schaffen. Heute reicht diese Ämterpatronage bis weit in die Verwaltung und die Bundeswehr. Der Parteienstaat hat dadurch weithin die Qualität korrumpiert, d. h. zerstört.¹⁸⁴

Hervorragendes Personal ist erfolgsentscheidend. Denn eine leistungsstarke, genossenschaftliche Hanse hat in einer Sozialen Volkswirtschaft weitere wichtige Aufgaben. Der ganz normale Kunde steht heute allein, verlassen den großen, juristisch hoch aufgerüsteten Firmen gegenüber. Das beginnt bei den Versicherungen (z. B. Allianz), geht weiter bei den Stadtwerken bis zu den Banken. Da wird dann alles versprochen und durch die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ (AGB) oder die „Besonderen Bedingungen“ des Kreditvertrages bzw. der Versicherungspolice wieder klammheimlich zurückgenommen.

¹⁸³ kw = künftig wegfallend

¹⁸⁴ vgl. Der Bürgerstaat, „6.2.2 Ämterpatronage“ – Dort die Erfahrungsberichte von Kurt Rossa, ehem. Regierungspräsident von Köln oder Ute u. Erwin Scheuch, -Cliquen, Klüngel, Karrieren, Hamburg 1992

„Versicherungen und Banken teilen Regenschirme aus, die sie wieder einsammeln, wenn es anfängt zu regnen.“

Die Hanse muss gerade mit den Mittelstandsbanken, den Sparkassen und Volksbanken, unter Beteiligung der Verbraucherverbände faire Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) aushandeln. Sie sollten kurz und verständlich, ehrlich und zuverlässig sein. Heute sind sie meist kundenfeindlich und ganz im Interesse der Anbieter und Aufsteller (z. B. der Bank oder Versicherung) ausformuliert. Daher kommt es oft zu langen Gerichtsverfahren, die allerdings nur streitlustige Kunden führen. Die Masse beugt sich. Gerichte heben dann gern die ganzen AGB auf, wenn nach ihrer Ansicht nur eine Vertragsbedingung nichtig ist. Das bringt für beide Seiten Rechtsunsicherheit. Doch nur Rechtssicherheit schafft Vertrauen in das Recht und den Rechtsstaat.

Beim Internetkrieg, der auch Cyberwar genannt wird, ist der herkömmliche Rechtsstaat mit seiner Verwaltungsorganisation und Struktur aus dem 19. Jahrhundert völlig überfordert. Unser Parteienstaat versagt erst recht, weil er von den Lobbyisten abhängig ist. Dabei greifen inzwischen große Staaten mit mächtigen Organisationen auf das Wissen und die Herstellungsverfahren unserer KMU zu. Sie spähen über das Internet alles aus, was wirtschaftlich verwertbar ist. Und welche Gegenmaßnahmen bietet unser Staat an? Warme Worte und kühle Ermahnungen: „Die Firmen müssen sich mehr schützen.“

Hier geht es aber um eine echte, uralte Schutzaufgabe jeder Herrschaft, Genossenschaft und erst recht des Staates. Denn wenn die Kraft des Einzelnen, hier eines durchschnittlichen KMU oder „heimlichen Weltmeisters“ zur Abwehr nicht mehr ausreicht, müssen die höheren Ebenen die Schutzmaßnahmen organisieren. Aufgabe einer Hanse wäre es, solche Gefahren früh zu erkennen und sofort Gegenmaßnahmen, am besten zusammen mit Gerichten und Militär einzuleiten. Die heutigen Politiker, Parteien und ihr Parteienstaat reagieren erst, wenn der Krieg samt Kriegsgeschrei ausgebrochen ist. Hier müsste Deutschland wie die USA, China und andere auch mit dem Militär die Abwehr aufbauen. Das Internet wurde ja vom US-Militär erfunden.

Wer sich etwas eingehender mit den Grundsätzen und Bedürfnissen der Sozialen Volkswirtschaft und der heutigen Weltwirtschaft beschäftigt, findet schnell weitere brennende Fragen, die am besten

genossenschaftlich, also mit einer Hanse, zu lösen sind. Denn dabei tragen alle beteiligten Genossen gemeinsam die Verantwortung und die Last der Lösungen.¹⁸⁵ Vieles ist zu tun, um die KMU im Binnen- und Außenhandel den real- und finanzwirtschaftlichen Großmächten ebenbürtig zu machen. Wir müssen es anpacken.

Eine solche Hanse ist eine wichtige, wirtschaftspolitische Einrichtung im Bürgerstaat. So ist zu fragen, wo sie am besten verfassungsrechtlich angebunden und ins gesamtstaatliche Gefüge einzugliedern wäre. Ein Vorschlag wäre, sie einem volksgewählten, parteipolitisch unabhängigen Bundespräsidenten zu unterstellen.

Das hätte weitere Vorteile. Alle Bundeskanzler seit Adenauer haben nach kurzer Zeit die Außenpolitik zu ihrem Schwerpunkt gemacht. Die Innenpolitik wurde zum Stiefkind, nur bei Wahlen wurden Wahlversprechen gemacht und danach oft wieder eingesammelt. Ein volksgewählter Bundespräsident mit einer Hanse sollte vor allem für die Bürger, den Zusammenhalt sowie die strategischen Ziele von Bürgerstaat und Sozialer Volkswirtschaft (außer Außenpolitik) verantwortlich sein. Er sollte auch Gesetzesinitiativen im Bundestag einbringen können. Doch auf deren Verabschiedung darf er keinen Einfluss haben. Wir brauchen eine glasklare Gewaltenteilung.

Wenn wir damit Erfolg haben, dann sollten wir die anderen europäischen Staaten einladen, ebenfalls solche Genossenschaften einzurichten. Eine europäische Einheits-Hanse empfiehlt sich nicht. Es gibt erhebliche kulturelle Unterschiede beim Staatsaufbau und der Organisation, z.B. Föderalismus in Nordeuropa, Zentralstaatlichkeit in Südeuropa oder Auftragstaktik bei uns, Befehlstaktik bei anderen. Jeder soll seine Aufbau- und Ablauforganisation entwickeln, wobei sich kleinere Staaten zusammenschließen können, wenn sie wollen.

Doch wie bei der Nato brauchen wir auf der höchsten strategischen Ebene einen gemeinsamen Europa-Stab zur Abstimmung der gesamteuropäischen Strategie. Die Stabschefs der EU-Staaten erarbeiten hier die Entscheidungsvorlagen.¹⁸⁶

¹⁸⁵ Vorbild können vom Grundsatz her und in Teilbereichen die historischen Hansen sein. Vgl.-dazu die gute Darstellung: Philippe Dollinger, Die Hanse, Stuttgart 1989

¹⁸⁶ Mehr dazu: G. Pfreundschuh, Bausteine des Bürgerstaats, „6. Der volksgewählte Bundespräsident“

5. Gegen Arbeitslosigkeit durch Techniclücke

Einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Wilhelm Röpke (1899 – 1966), sagt es so: „Wir orientieren uns nämlich nur dann richtig, wenn wir uns jeden Arbeitslosen als einen Mann vorstellen, der sich auf dem Wege von einer wirtschaftlich unhaltbar gewordenen Beschäftigung zu einer wirtschaftlich haltbaren befindet.“¹⁸⁷ Das heißt: „Arbeit für alle.“ Gemeinsam, also genossenschaftlich müssen wir alle ständig auf der Suche nach benötigter und sinnvoller Arbeit sein. Dabei wird oft die Frage gestellt: Geht uns die Arbeit aus? Wer wach in die Welt schaut, der sieht überall viele ungelöste Aufgaben. Wer dazu Lösungen findet, hat wirtschaftlichen Erfolg.

Erst 1769 erfand James Watt (1736 – 1819) die Dampfmaschine; das technische Zeitalter begann. Im geschichtlichen Maßstab war das erst gestern. Unsere Technik ist steinzeitlich und umweltgefährlich. Um zu überleben, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr und vor allem bessere Technik, d.h. Wachstum in die Qualität statt in die Quantität.

Das führt zur zweiten Aufgabe. Wir brauchen Klasse statt Masse. Davon entfernt sich die neoliberale Wirtschaft je länger umso mehr. Die Fertignahrung ist ungesund; Fettsucht macht die Menschen hässlich und krank. Die Wegwerfkleidung verbraucht Rohstoffe – und ist alsbald schlampig. Mit Verschleiß, Billigware und Überkonsum soll die Wirtschaft rund laufen und Arbeit schaffen. Das führt zur doppelten Umweltzerstörung.

Wer sich mit Denkmalpflege beschäftigt, weiß es: In den alten Gebäuden steckt so viel Arbeit, dass unsere Zeit allein die Erhaltung kaum bezahlen kann. Von der Trostlosigkeit vieler Industriegebiete, wo die Menschen den ganzen Tag arbeiten, schweigt des Sängers Höflichkeit.

Wenn Kultur auch ein kultiviertes, kunstvolles Leben bedeutet, dann stehen wir auch hier vor einem Berg von Arbeit und Aufgaben. Schauen wir uns doch die Stiche von Matthäus Merian (1593 - 1650) an. Den Menschen ist die Arbeit nicht ausgegangen, weil sie die alten Städte – vor allem vor dem 30-jährigen Krieg – zu Kunstwerken machten.

¹⁸⁷ Wilhelm Röpke, *Civitas Humana*, a.a.O., S. 349 – Keine 2/3-Gesellschaft, kein Prekariat usw.

5.1 Wurzeln des Wohlstands

Erfindungen und ihre Umsetzung in Neuerungen sind die Wurzeln unseres Wohlstands. Doch viele Erfindungen sind Verbesserungen, die zu Rationalisierungen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Rationalisierungsinvestitionen müssen durch Erweiterungsinvestitionen ausgeglichen werden (Rüstow-Modell). Wo das nicht geschieht, klafft eine Technicklücke, die zur Arbeitslosigkeit führt.

Das bedeutet, neben ständigen kleinen technischen Verbesserungen (Rationalisierungen) brauchen wir breit wirkende Erfindungsschübe (Basisinnovationen, Kondratjew-Zyklen). Das waren die Eisenbahnen, das Auto, die Elektrotechnik usw. Sie zogen ganz Industriezweige nach. Wer sie schneller und besser nutzt, füllt die Technicklücke, schafft Arbeit. Und dabei kommen wieder viele Mittelständler zum Zug.

Hier ist auch die Brücke zur Schul- und Hochschulbildung, zu technisch ausgerichteten Mittelschulen und dualen Hochschulen.

Es gibt Länder mit einem geistes- und sozialwissenschaftlichen Wasserkopf im Bildungssystem (Argentinien). Sie machen von Zeit zu Zeit Pleite. Ihnen fehlen die Naturwissenschaftler und die Erfinder.

Seit unsere Wirtschaft endgültig den Übergang von der vorindustriellen, handwerklichen Fertigung zur Industrieproduktion vollzogen hat, stecken in der Technik die Wurzeln unseres Wohlstands. Das gilt heute u.a. für die zukunftssträchtige Kleinst-Technik mit Micro, Bio, Nano und KI.

Für den deutschen Südwesten haben die Industrie- u. Handelskammern (IHK) Baden-Württembergs ein nettes, reich bebildertes Büchlein herausgegeben: „Wurzeln des Wohlstands“¹⁸⁸ Sie werden am Beispiel Baden-Württembergs gezeigt: „Denn einst war der deutsche Südwesten besonders arm, heute ist er besonders wohlhabend: Er zahlt, zum eigenen Kummer, mehr als zwei Drittel des Länderfinanzausgleichs.“¹⁸⁹ Bayern ist den gleichen Weg gegangen.

¹⁸⁸ Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg (Hg.), Wurzeln des Wohlstands, Bilder und Dokumente südwestdeutscher Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1984, zitiert als: „Wurzeln des Wohlstands, a.a.O.“

¹⁸⁹ Wurzeln des Wohlstands, a.a.O., S. 6

Und was sehen wir in dem Büchlein? Erfinder und Unternehmer wie Benz und Daimler, Bosch, Zeppelin und Johann Friedrich Cotta, aber auch andere, heute vergessenen Wegbereiter. Ihre Geräte und Maschinen, ihre Fabriken und Waren, sogar ihre Überzeugungen werden gezeigt.

So schrieb der Ulmer Unternehmer Dr. Karl Höhn in den 1930-er Jahren

„An die Herren Vertreter, die uns besuchen“:

„Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen, daß Sie uns besuchen, wenn Sie glauben, daß Sie für uns etwas Vorteilhaftes haben.

Unsere Zeit und Ihre Zeit sind wertvoll. Halten Sie darum ein klares Angebot bereit, und unterbreiten Sie es uns kurz und sachlich. Nennen Sie bitte Ihren Namen und den Ihrer Firma, auch wenn Sie schon einmal hier waren.

Nennen Sie Ihren äußersten Preis gleich das erste Mal. Sollte er für uns nicht annehmbar sein, so erklären Sie uns bitte nicht, weshalb Ihr Angebot nach Ihrer Ansicht doch preiswert ist. Wir können nicht alles kaufen, was uns angeboten wird.

Verlieren Sie keine Zeit mit Händeschütteln, Meinungsäußerungen über das Wetter, Mitteilungen über Ihre Konkurrenz oder Unterhaltungen über die allgemeine Wirtschaftslage.

Wenn Sie diese Wünsche beachten, dienen Sie sich selbst und Ihr Besuch wird uns auch dann willkommen sein, wenn wir keinen Auftrag zu erteilen haben.“¹⁹⁰

Erstaunlich, dass der bis heute bekannte Franzose Michel de Montaigne bei seiner Reise durch Oberdeutschland schon 1583 Ähnliches erfahren hat. Sein Sekretär notierte im Tagebuch:

„Die Deutschen haben die gute Eigenschaft, vom ersten Wort an zu sagen, welchen Preis sie verlangen: Handeln hat da wenig Zweck. Sie sind zwar Prahlhänse, Choleriker und Trunkenbolde, aber, sagt der Herr de Montaigne, weder Betrüger noch Spitzbuben.“¹⁹¹ Von den Schweizern heißt es: „Der Schweizer Volksstamm ist sehr umgänglich, vor allem wenn man sich den ortsüblichen Gebräuchen anpasst.“¹⁹²

Die Menschen mit ihrer Art zu denken, zu entscheiden und zu handeln, sind die erste Wohlstandsquelle. Sind sie dann noch Tüftler und Erfinder,

¹⁹⁰ Wurzeln des Wohlstands, a.a.O., S. 111

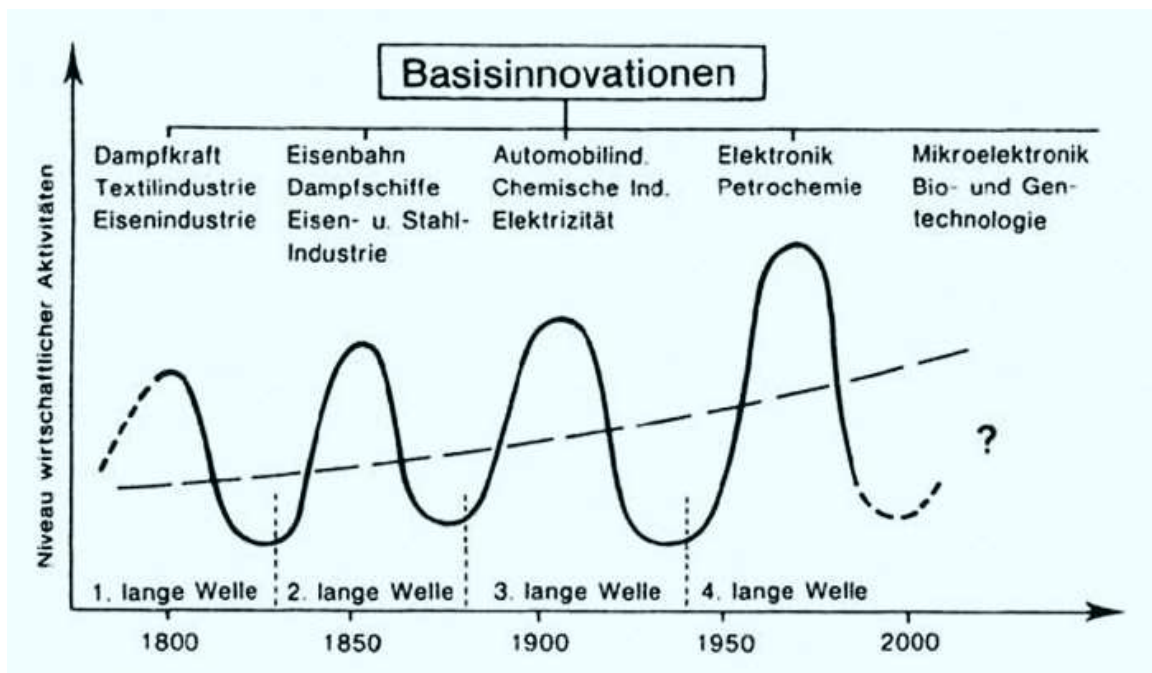
¹⁹¹ Michel de Montaigne, Tagebuch der Reise nach Italien über die Schweiz und Deutschland von 1580 bis 1581, übersetzt, herausgegeben und mit einem Essay versehen von Hans Stilett, Darmstadt 2004 (WBG), S. 63 f

¹⁹² Montaigne, a.a.O., S. 50

zupackende Arbeiter und Unternehmer, so ist das Tor zu Erfolg und Wohlstand aufgestoßen.

Für das langfristige Überleben in angemessenem Wohlstand ist aber erforderlich, dass diese Begabungen und Tugenden nicht erlahmen. Denn hier stehen wir vor einer Falle: es ist die Technicklücke. Schon während meines VWL-Studiums fand ich den Aufsatz des gar nicht so bekannten Wirtschaftswissenschaftlers Hanns-Joachim Rüstow.¹⁹³

Die Kernaussage leuchtete mir sofort ein. Vereinfacht ausgedrückt sagt Rüstow: „Es gibt zwei Arten von Erfindungen und daraus folgende Investitionen. Es werden (1.) ständig neue Maschinen erfunden, die Arbeitskräfte einsparen. Diese Rationalisierungen können nur ausgeglichen werden, wenn (2.) im gleichen Umfang neue Arbeitsplätze durch Erweiterungsinvestitionen geschaffen werden.“ Gesättigte Märkte rationalisieren und bauen Arbeitsplätze ab. Nur neue Techniken schaffen neue Arbeitsplätze für neue Märkte. Basisinvestitionen führen zu den größten Erweiterungsinvestitionen.



Die Kurve (Schlangenlinie) zeigt die langfristigen Auf- und Abschwünge. Das sind keine konjunkturellen, sondern sog. strukturelle Zyklen.

Schaubild 6

¹⁹³ Nicht zu verwechseln mit Alexander Rüstow, dem bekannten Ordoliberalen.

Hanns-Joachim Rüstow, Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmergewins, Eine Differentialgewinn-Theorie, in: Der Mensch im sozioökonomischen Prozess, Festschrift für Wilfried Schreiber, hg. v. Greiß, Franz u.a., Berlin 1969, S. 165 ff

Schaubild 6 zeigt die Kondratjew-Zyklen. Nikolai Kondratjew (auch: Kondratieff, 1892 -1938) war ein russischer Volkswirt.

In gesättigten Märkten haben die Leute alles. Und wenn sie alles haben, dann kaufen sie nicht; und dann erweitern die Fabrikanten ihre Betriebe nicht. Die Tricks mit der Werbung, der Verschwendung und einer Verschleißwirtschaft lassen sich nicht endlos ausspielen. Allein mit Geld über die Angebots- oder die Nachfragetheorie lässt sich da nichts machen. Neue, bedarfsgerechte Waren und Dienste brauchen das Land und die Welt! Ziel der Wirtschaftspolitik muss sein, keine tiefen Täler entstehen zu lassen. Europa hat eine Techniklücke und genau daraus folgt eine Schwäche der Erweiterungsinvestitionen.

Nun sagen grüne Technikfeinde: „Was sollen wir noch erfinden? Wir haben doch genug und brauchen nichts mehr.“ Das erinnert mich an Max Planck (1858 – 1947), den Entdecker der Quantenphysik. Als er 1874 sagte, er wolle Physik studieren, rieten ihm die „Experten“ und gestandene Physiker dringend ab. In der Physik sei alles Wesentliche erforscht. Hier seien keine Lorbeerkränze mehr zu holen. Planck ließ sich nicht entmutigen und entdeckte die kleine, unendlich weite Welt der Quantenphysik. Und je weiter wir vordringen, umso mehr neue Fragen tauchen auf.

Heute ist z.B. die Kleinsttechnik mit Nano-, Bio- und Mikrotechnologien eine Welt mit unendlichen Weiten für Forschung, Entwicklung und Anwendung. Hinzu kommen die ungelösten Aufgaben der weltweiten Energie- und Trinkwasserversorgung (Meerwasserentsalzung). Und während die Nachrichtenübermittlung durch das Internet einen Quantensprung gemacht hat, verharrt die Beförderung von Menschen und Gütern immer noch auf der Technik des 19. Jahrhunderts (Eisenbahn und Auto). Es kommt zu endlosen Staus und Verspätungen.

An die Magnetbahn wagen sich die Zauderer und Hasenfüße nicht heran. Dabei wäre das eine Alternative zum umweltschädlichen, begrenzten Luftverkehr. Arbeitsplätze, mindestens im Umfang der alten Autoindustrie, werden nicht geschaffen. Wie wär's mit einer ersten Strecke von Berlin nach Warschau? (Japans Magnetschwebbahn Maglev fuhr am 21.04.2015 im Probelauf 603 km/h – und wird gebaut!)

Magnetbahnen wie der Transrapid schweben reibungslos dahin. Der Verschleiß und die Bremswirkung durch Reibung fallen weg; das führt zu Geschwindigkeiten über 600 km/h, großen Steigfähigkeiten und einem echten Wettbewerbsvorteil gegenüber dem umweltschädlichen Luftverkehr. Für große Entfernungen über Erdteile z. B. Berlin – Moskau – Peking würde sich diese Technik hervorragend eignen. In den eurasischen Weiten dürfte auch die Trassenführung auf keine großen Widerstände stoßen. Dabei ist Bodenhaftung immer leistungsfähiger und belastbarer als Luftverkehr. Auch den Hochseeschiffen mit ihrer Langsamkeit und den großen Umwegen ist die Magnetbahn überlegen.

So beklagte Hans-Werner Sinn 2009:

„Insgesamt wurden etwa 580 Milliarden € als Hilfen und Bürgschaften für die Banken sowie 100 Milliarden € als Bürgschaften für die Privatunternehmen und 81 Milliarden € für zwei Konjunkturprogramme zur Verfügung gestellt. Die Politik wirft mit den Milliarden nur so um sich, um einer Krise des Finanzsystems Herr zu werden, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Schwindel entsteht, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt, und Schrecken, wenn man an die Belastungen künftiger Generationen denkt.“ – Inzwischen sind wir bei Billionen angelangt!

Zugleich wies Sinn daraufhin, wo die Fehlsteuerung liegt:

„Der Transrapid war Deutschland keine dreieinhalb Milliarden Euro wert. Für die Kernfusion verwendet es im Jahr etwa 180 Millionen € auf, und alle 132 fünfjährigen Exzellenzinitiativen zu Gunsten der Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland kosten zusammen 1,9 Milliarden €.“¹⁹⁴

Schon öfter wurden bei uns Basiserfindungen gemacht, wirtschaftlich aber nicht an gemessen verwertet. Der Schweizer Harro von Senger stellt das den chinesischen Strategien gegenüber: „Auch Japaner und Amerikaner, die die von den Deutschen erfundenen, aber geschäftlich nicht ausgewerteten Computer- und Faxgeräte kommerzialisierten, wandten dieses Strategem an.“ Den Deutschen lief das „goldene Kalb“ über dem Weg, doch die anderen haben es eingefangen.¹⁹⁵

Das Gleichgewicht zwischen Rationalisierung und Erweiterung ist heute in Europa gestört. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr und bessere Technik. Nur so können wir die Umwelt retten und die Menschheit ernähren.

¹⁹⁴ Hans-Werner Sinn, Kasinokapitalismus, a.a.O., S. 11

¹⁹⁵ Harro von Senger, Die Kunst der List, a.a.O., S. 77

Schauen wir noch, wie es nicht geht. Es gibt Länder, die machen von Zeit zu Zeit Pleite. Dazu gehört Argentinien, an sich kein rückständiges Land. Doch dort studierten im Jahr 2009 20 % Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften, 12 % Recht, insgesamt also 32 % „Bürokratie“. Ihnen stehen nur 6 % Ingenieurwissenschaftler und 3 % Naturwissenschaftler sowie Mathematiker gegenüber. Das ist ein Ungleichgewicht zwischen der Produktion und ihrer „Verwaltung“. Hinzu kommen nur noch 8 % Architekten und Designer, 5 % Psychologen und 4 % Mediziner. Zu diesen Zahlen heißt es im „Länderprofil“ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) beschwichtigend: „Der geringe Anteil an Studierenden in den Ingenieurwissenschaften und der mit 3 % ebenfalls niedrige Anteil in Naturwissenschaften (Biologie, Physik, Chemie, Mathematik) sowie das geringe Wachstum der Absolventenzahlen in diesen Fächern wurde als Problem erkannt. Ministerien sowie Forschungseinrichtungen steuern dieser Entwicklung unter anderem mit Stipendienprogrammen entgegen.“¹⁹⁶ Viel Erfolg!

„Im Jahre 1996 wurden [in China] 39 Wissenschaftler für ihre herausragenden Leistungen ausgezeichnet, und zwar 36 Natur- und drei Geisteswissenschaftler.“¹⁹⁷ In Indien und China werden jedes Jahr rund 700.000 Ingenieure ausgebildet, das sind mehr als doppelt so viele wie in der ganzen EU.¹⁹⁸ Wir sehen, wo die Wurzeln des Wohlstands gehegt und gegossen werden, wo sie verdorren.

Hier müssen wir zwei Brücken schlagen. Die erste führt zu einer weitreichenden Bildungs- und Ausbildungsreform, bei der nicht nur die theoretisch Begabten, sondern auch die praktisch Begabten voll zum Zuge kommen. Zum Zweiten müssen wir die Arbeitslosen auf ihrem Weg von einer wirtschaftlich unhaltbar gewordenen Beschäftigung zu einer wirtschaftlich haltbaren Arbeit genossenschaftlich begleiten.¹⁹⁹

¹⁹⁶ Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Länderprofil Argentinien, 4 /2012, S. 17

¹⁹⁷ Harro von Senger, Moulüe – Supraplanung, .a.a.O., S. 13

¹⁹⁸ Handelsblatt, 22.08.2012

¹⁹⁹ Siehe unten 6.2 und 6.3 Duale Umschulung für Fach- und Führungskräfte

5.2 Forschung und Entwicklung für KMU und AG

Erfindungen und deren Umsetzung in Technik (Maschinen und Waren) sind die Wurzeln unseres Wohlstands. Wer also einen angemessenen Wohlstand langfristig sichern und erhalten will, muss diese Wurzeln pflegen und hegen.

Zwei Arten von Forschung und Entwicklung (F&E) sollten wir unterscheiden:

(1) Großforschung und -entwicklung, d.h. Grundlagenforschung und Basisinnovationen,

(2) Alltagsforschung und -entwicklung, d.h. technische Problemlösungen und Verbesserungsinnovationen.

Meist sind es zunächst klein erscheinende Erfindungen, die zu großen Entwicklungen führen (z.B. James Watts verbesserte Dampfmaschine; Konrad Zuses Rechner R-3). Nur wenige erkennen oft die Chancen.

Zu (1): Großforschung oder große Entwicklungsvorhaben sind i.d.R. Gemeinschaftsleistungen. Viele Unternehmen, staatliche Forschung und Finanzhilfen erzielen die Erfolge. Dazu sind passende Institutionen nötig.

Zu (2): Die Alltagsforschung und -entwicklung ist das Tagesgeschäft von KMU. Auch sie brauchen genossenschaftliche Hilfe, um Berater, Partner- und Abnehmer-Firmen, Fachhochschulforschung usw. zu nutzen.

Nur wenn gute Organisationen und Institutionen die vielen Möglichkeiten erkennen und für schnelle Umsetzung sorgen, bleiben unsere KMU und AG (= Aktiengesellschaften u.a. Großunternehmen) Weltspitze.

Ziel ist es, die vielfältigen und zerstreuten Quellen und Mittel für Forschung und Entwicklung (F&E) aufzuspüren und für den wirtschaftlichen Erfolg unserer KMU und AG²⁰⁰ einzusetzen. Es geht also um die „Wurzeln des Wohlstands“ in unserer technisch-industriellen Realwirtschaft.

²⁰⁰ AG = Aktiengesellschaften, steht hier stellvertretend für alle Großunternehmen

Die Aufgabe wurde inzwischen erkannt, nachdem die Blaupausen-Fantasie²⁰¹ und die Dienstleistungseuphorie verfliegen sind. Ein „großes Aufgebot für die Industrie“ traf sich beim Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel zum Bündnis „Zukunft der Industrie“.²⁰² Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung soll in der EU bis 2020 auf 20 % gesteigert werden. In Deutschland lag der Anteil 2014 bei 23 %, in Frankreich und Großbritannien bei 11 %, in der gesamten EU bei 15 %. In China betrug er 36 %, in den USA 12 %.²⁰³

Mit 23 % Industrieanteil nimmt Deutschland in Europa eine Spitzenstellung ein. „Der hohe Industrieanteil mit seinen geschlossenen Wertschöpfungsketten und hoher Innovationskraft gilt als einer der wesentlichen Faktoren für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands.“ Für die Zukunft sieht es nach einer Patentanalyse von Prognos²⁰⁴ auch nicht schlecht aus. Die Zukunftsfelder der deutschen Industrie liegen im Maschinenbau, in der organischen Feinchemie, in Pharma-, Medizin- und Biotechnologiebereich. Auf der Verliererseite sind wir derzeit in der Computertechnik und der Grundstoffchemie.

„Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa nur mit einem starken industriellen Kern auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben kann,“ sagte Siegmund Gabriel. Recht hat er! Doch was schlägt er nun vor? Es reiche nicht aus, auf europäischer und nationaler Ebene für gute Rahmenbedingungen der Industrie zu kämpfen. Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ müsse für mehr Akzeptanz von Großprojekten in der Bevölkerung werben. Und damit haben sie dann gleich begonnen. Es wurde ein bundesweiter Werbefeldzug gestartet: „Entdecke das DU in der Industrie“ Das ist auch nicht sehr innovativ.

Da ist dem sonst nicht sehr einfallsreichen alten Kaiser Wilhelm II. (reg. von 1888 bis 1918) schon mehr eingefallen. Er gründete 1911 eine sehr wichtige Institution, die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“. Unter dem Namen „Max-Planck-Gesellschaft“ besteht sie bis heute und ist die erfolgreichste deutsche Forschungsorganisation. 2006 wurde sie zur weltweit besten

²⁰¹ In Deutschland u.a. sog. „fortgeschrittenen“ Ländern sollten „Studierende in weißen Kitteln“ Baupläne und technische Blaupausen für Fabriken in ärmeren Ländern entwickeln. Dort sollten dann „Arbeiter in grauen Kitteln“ aus den Blaupausen Waren und Maschinen machen. Doch inzwischen wissen wir: „Das Wissen liegt in den Werkhallen“, Leitartikel in: Handelsblatt vom 25.04.2016

²⁰² Handelsblatt, 18.02.2016

²⁰³ Handelsblatt, 18.02.2016

²⁰⁴ Prognos ist seit 1959 eines der führenden und ältesten Institute für Wirtschaftsforschung, Unternehmensberatung und Trendforschung. Stammsitz ist Basel.

nicht-universitären Forschungseinrichtung gekürt. In 83 Max-Planck-Instituten und Einrichtungen wird derzeit „Grundlagenforschung in den Natur-, Bio-, Geistes- und Sozialwissenschaften im Dienste der Allgemeinheit“ betrieben.²⁰⁵ Im Jahr 2011 waren 5.200 hauptamtliche Wissenschaftler, 10.000 Doktoranden und andere Wissenschaftler sowie 8.000 Mitarbeiter tätig. Der Jahreshaushalt betrug 2,1 Milliarden Euro (2014). Davon stammen 82 % aus Bundes- und Landesmitteln. Gerade für die o. g. Basisinnovationen ist das eine wichtige Einrichtung.

Neben der Max-Planck-Gesellschaft für Grundlagenforschung gibt es noch die „Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V.“. Sie wurde 1949 gegründet; Namensgeber war Joseph von Fraunhofer (1787 bis 1826). „Seine hervorragende Leistung bestand in der Verbindung von exakter wissenschaftlicher Arbeit und deren praktischer Anwendung für neue, innovative Produkte.“ Sie ist eine gute Ergänzung zur Max-Planck-Gesellschaft und mit 24.000 Mitarbeitern sowie einem jährlichen Forschungsvolumen von mehr als 2,1 Milliarden Euro die größte Organisation für angewandte Forschung in Europa.²⁰⁶

Dann gibt es noch die „Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V.“ als große Einrichtung. Sie hat 24.000 Mitarbeiter (2014) und inzwischen einen Haushaltsetat von 3,1 Milliarden Euro (2016). Sie sieht sich als die zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Ihre Aufgabe ist die finanzielle Unterstützung von Forschungsvorhaben, die sich auf den Hochschulbereich konzentrieren. Außerdem fördert sie die Zusammenarbeit zwischen Forschern, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die Beratung von Parlament und Behörden in wissenschaftlichen Fragen. Sie pflegt die Verbindung der deutschen Forschung zur ausländischen Wissenschaft. Sie wurde 1920 als „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ gegründet. Allerdings ist sie in den letzten Jahren auch in Kritik geraten. Ihr wurde vorgeworfen, nicht offen, ehrlich und zuverlässig zu arbeiten. Das gilt einmal für ihre Methoden in der Forschung, dann für sonstigen parteipolitischen Klüngel und für Seilschaften.²⁰⁷

Die „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.“ (Leibniz-Gesellschaft) wurde wie die Fraunhofer-Gesellschaft 1949

²⁰⁵ Web-Seite der Max-Planck-Gesellschaft: www.mpg.de

²⁰⁶ Siehe: www.fraunhofer.de; die Zahlen entstammen dem Bericht von 2015

²⁰⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Forschungsgemeinschaft

gegründet. Wir sehen, verlorene Kriege können den Überlebenswillen anstacheln. Sie ist eine große Einrichtung mit 88 außeruniversitären Forschungsinstituten und Dienstleistungseinrichtungen für die Forschung. Von den Leibniz-Instituten ist die Gemeinschaft nicht Träger, sondern ein von ihnen gegründeter freiwilliger Verein, um gemeinsam die Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Gebündelt werden hier 18.000 Mitarbeiter und ein Haushaltsvolumen von 1,64 Milliarden Euro. Leibniz-Institute werden in der Regel zu 50 % vom Bund und zu 50 % durch Landesmittel finanziert. Die Gesellschaft sieht sich vor allem als interdisziplinäre Einrichtung und verbindet Natur-, Ingenieur- mit Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften. Man betreibt „Grundlagenforschung mit Anwendungsnähe“. Die Überwindung der Fachbereichsgrenzen ist eine wichtige Aufgabe. Vieles erkennen wir nur, wenn wir das Wissen unterschiedlicher Fakultäten nutzen können.

Jüngste Einrichtung ist die für den ersten Kernreaktorbetrieb in Karlsruhe gegründete „Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.“ (1958). Sie hat inzwischen ihren Sitz in Bonn. Sie ist ein Mitgliedsverbund von 18 unabhängigen naturwissenschaftlich-technischen und biologisch-medizinischen Forschungszentren mit rund 37.000 Beschäftigten. Der Haushalt betrug 3,99 Milliarden Euro (2015). Die Gemeinschaft will große und drängende Fragen von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft beantworten. Es handelt sich um Großforschung.

Was fehlt noch? Wo ist die Lücke? Die genannten großen und wichtigen Einrichtungen nutzen vor allem den Großunternehmen und beschäftigen sich mit großen Aufgaben. Zu Recht ist in den VDI-nachrichten (VDI = Verein Deutscher Ingenieure) zu lesen: „Aufschrei in der Forschungslandschaft“.²⁰⁸ „Viele kleine und mittlere Unternehmen brauchen für Forschungsvorhaben externe Partner. Doch der Wettbewerb unter den außeruniversitären Einrichtungen ist verzerrt. Die Politik bevorzuge die Großen, so [sagen] die Kleinen.“ Der Aufschrei kommt von der erst 2015 gegründeten „Zuse-Gemeinschaft“ (Deutsche Industrieforschungsgemeinschaft Konrad Zuse).²⁰⁹ Hier haben sich gemeinnützige, mittelständisch geprägte Forschungsinstitute zusammengeschlossen. Es sind bereits knapp 70 Institute mit rund

²⁰⁸ VDI nachrichten vom 29.01.2016

²⁰⁹ Konrad Zuse, Computerpionier und Erfinder des ersten brauchbaren elektronischen Rechners

5.000 Wissenschaftlern. Und sie legen den Finger in die Wunde: „In der deutschen Forschungslandschaft zeichnet sich ein Kampf David gegen Goliath ab. Die gemeinnützigen mittelständig geprägten Institute begehren gegen die außeruniversitären Großforschungseinrichtungen wie Helmholtz und Leibniz auf.“

Es geht um die industrienahen F&E für KMU. Diese sei finanziell und strukturell benachteiligt. Zu wichtigen Forschungsprogrammen habe man keinerlei Zugang. Die Zuse-Institute bekommen nur fallweise bescheidene Landeszuschüsse. Da viele KMU in strukturschwachen Gebieten liegen, wird der ländliche Raum, die Fläche benachteiligt.²¹⁰

Im Vergleich zu den Haushaltsmitteln von Fraunhofer über Helmholtz bis Leibniz sind die Forderungen der Zuse-Gemeinschaft bescheiden: Nur 50 Millionen Euro jährlich möchten sie als verlässliche Infrastrukturförderung. Darüber hinaus beklagen sie, dass die Zuse-Institute von den meisten staatlichen Förderprogrammen ausgeschlossen sind. Denn zuwendungsberechtigt sind (a) staatliche Hochschulen, (b) außeruniversitäre, öffentlich grundfinanzierte Forschungseinrichtungen im Verbund mit mindestens einer Hochschule. Die überwiegend privatwirtschaftlich finanzierten F&E-Dienstleister und die Zuse-Institute sind so elegant ausgeschlossen. Der Staat fördert eigene staatliche Einrichtungen, die dann für die Wirtschaft forschen.

Doch KMU können sich keine eigene F&E-Abteilung leisten. Sie sind auf private Dienstleister wie die Zuse-Institute angewiesen, die sie projektbezogen einsetzen.

Gegen welche Mächte und Vorurteile unser wirtschaftlicher Mittelstand zu kämpfen hat, zeigt ein anderes Beispiel aus dem Bereich F&E. Die SPD-geführte Niedersächsische Landesregierung hat die Bedeutung von F&E für KMU erkannt. Sie möchte dafür einen Steuerbonus bei kleinen Firmen einführen. Ein Zehntel der Personalkosten soll mit der Einkommens- und Körperschaftssteuer verrechenbar sein. Das kritisierte Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall. Es sei „Forschungsförderung nach dem Gießkannenprinzip“, jeder Einzelfall müsse geprüft werden. Außerdem sollten nur tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen in den Genuss solcher Förderungen kommen.²¹¹ Das ist Sozialismus pur!

²¹⁰ Ein bürgerstaatlicher Grundsatz heißt: „Entflechten statt verdichten.“ – Wohlstand überall im Land!

²¹¹ VDI nachrichten, 08.04.2016

Er ist genauso falsch wie der Neoliberalismus. Als erstes fallen nach dem IG-Metall-Vorschlag alle KMU weg. Sie sind jedenfalls sicher nicht mitbestimmte Unternehmen. Die Gewerkschaften lieben die Großunternehmen, wo sie viel Macht und viele Mitglieder haben. Und wer soll über die Forschungsvorhaben im Einzelfall entscheiden? Ministerialbeamte, Gewerkschaftler, Spezialisten von der Konkurrenz? Dabei ist dieser Förderung bescheiden, nur für 10% der Personalkosten gibt es den Bonus. Außerdem wird die „Freiheit der Forschung und Entwicklung“ den verantwortlichen Unternehmern entzogen; das Risiko übernehmen die fremden Entscheider aber nicht.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat vor der Landtagswahl 2016 einen Vorschlag in die ähnliche Richtung gemacht. Er forderte die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung zu beenden und eine Steuergutschrift in Höhe von 10 % für nachgewiesene F&E-Aufwendungen einzuführen, gedeckelt auf maximal 5 Millionen Euro pro Jahr und Unternehmen. Seine Begründung lautete: „Wir können es uns nicht leisten, weiterhin als fast einziges OECD-Land auf eine steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen zu verzichten.“²¹²

In Baden-Württemberg hat 1971 der damalige Ministerpräsident Lothar Späth die Steinbeis-Stiftung ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe war und ist technisches Wissen zu den KMU zu übermitteln. Inzwischen geschieht dies in einem großen Steinbeis-Verbund mit über tausend unselbstständigen Steinbeis-Transferzentren sowie weiteren Instituten und einer Steinbeis-Hochschule in Berlin. Doch der Ansatz ist ein ganz anderer als bei den üblichen Einrichtungen zur Übermittlung von wissenschaftlich-technischem Wissen in die mittelständische Wirtschaft.

Der FH-Professor Johann Löhn wurde von Späth mit der Umsetzung beauftragt. Löhn wollte nun nicht vom Wohlwollen der Landespolitik und den unsicheren jährlichen Zuschüssen aus dem Landeshaushalt abhängig sein. So schuf er mit den Steinbeis-Transferzentren (STZ) Einrichtungen, in denen vor allem FH-Professoren aus dem Technikbereich ihr Wissen gegen Entgelt an KMU weitergeben können. Man kann sagen, er legalisierte und organisierte die Nebentätigkeiten der Professoren in der Welt der mittelständischen Wirtschaft. Die Idee

²¹² Handelsblatt, 01.02.2016

wurde zu einer Erfolgsgeschichte. Ende 2015 arbeiteten im Verbund über tausend, meist unselbstständige Unternehmen, 1.759 Angestellte, 3.612 freie Mitarbeiter und insgesamt 730 Professoren. Der Gesamtumsatz betrug 146 Millionen Euro.²¹³ – Angesichts der Budgets von Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft usw. sind 146 Mio. Euro ein bescheidener Betrag. Und er wird ja von den KMU selbst aufgebracht, denn sie nehmen die Steinbeis-Leistungen gegen Entgelt in Anspruch.

Wir haben also eine beachtliche Forschungslandschaft vor uns, die langsam sogar die mittelständische Wirtschaft einschließt. Doch dem Ganzen fehlen noch ein strategischer Kopf und die taktische Zusammenführung der vielfältigen Einrichtungen zum durchschlagenden Erfolg. Denn fast 3 Millionen Arbeitslose mit einem erheblichen Anteil an Langzeitarbeitslosen sind auch bei uns noch weit entfernt von dem Ziel: „Arbeit und Mittelstand für alle“.

²¹³ zu weiteren Einzelheiten: www.steinbeis.de

5.3 Die Rolle des Bürgerstaats

Die große Arbeitslosigkeit in Europa, vor allem der Jugend, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die Völkerwanderungen aus dem Orient und Afrika haben die Neoliberalen und die Sozialisten ratlos gemacht. Die „unsichtbare Hand“ streikt. Das Gleiche gilt für die Unternehmer: wir haben einen „Investitionsstreik in Europa“.²¹⁴

So haben uns die Geldsteuerung der EZB und die Globalsteuerungen der EU-Regierungen in den letzten zehn Jahren immer tiefer in die Krise getrieben.

Binnenmarkt und Euro, EU-Erweiterung und EZB-Billionen haben nicht mehr, sondern weniger Investitionen und Arbeit gebracht.

Doch noch mehr läuft planlos oder endlos. Der Verkehr steht im Dauerstau, die Bahn hat Dauerverspätung, die Energiewende ist kopflos, die Entwicklungshilfe erfolglos, die digitale Verkabelung dauert endlos.

Für die Politiker im Parteienstaat gilt: „Sie schaffen es nicht!“

Wir wollen hier über eine andere und bessere Steuerung nachdenken.

Schon Ende der 1960-er Jahre gab es die richtigen Ansätze für die Zukunftsaufgaben, für Basisinnovationen und Großforschung. Doch es fehlte dann die wirkungsvolle Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft, Forschung und Anwendung in wichtigen Bereichen (außer bei der Kernkraft). Andere Länder arbeiteten schneller und erfolgreicher.

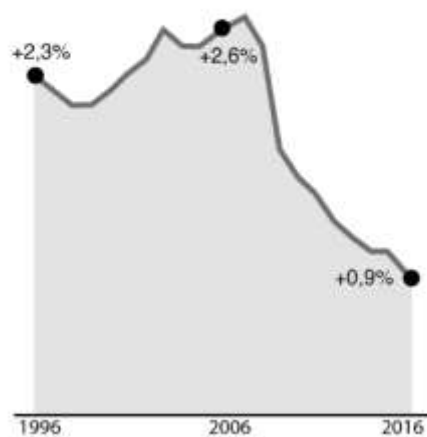
Wir haben seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 ff. eine verkehrte Welt. Die Geldsteuerung der EZB und alle Globalsteuerungen der EU-Staaten (Staatsverschuldungen) führten zum Gegenteil von dem, was die klassische Angebotstheorie und die keynesianische Nachfragetheorie versprechen und vorhersagen.

Die Geldschwemme und die Billig-Zinsen haben die Investitionen nicht angekurbelt. Die Unternehmer bauen zu wenig neuen Anlagen, investieren nicht zur Herstellung neuer Produkte und Arbeitsplätze. Das Gegenteil erleben wir, wie das folgende Schaubild 7 zeigt:

²¹⁴ So die „Grafik des Tages“ im Handelsblatt vom 15.08.2016

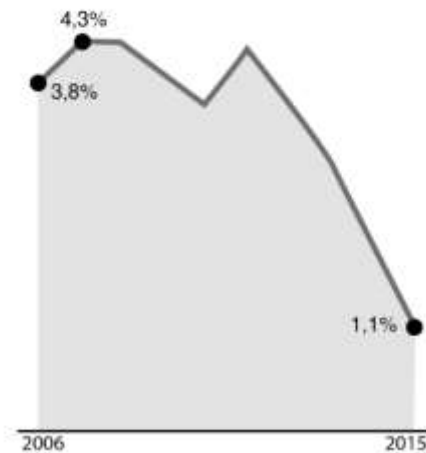
Fallendes Wachstum seit 2006

Durchschnittliches jährliches Wachstum in der EU im jeweils zurückliegenden Jahrzehnt, in Prozent



Fallende Zinsen seit 2006

Langfristzins in der Euro-Zone



Quelle: Handelsblatt 15.08.2016

Schaubild 7

„Obwohl Kredite so billig sind wie nie, wird in der Euro-Zone weniger investiert als vor 10 Jahren. Dabei braucht die Wirtschaft im Währungsraum dringend neue Projekte für mehr Wachstum. Doch anscheinend ist das Vertrauen in die Zukunft einfach nicht groß genug.“²¹⁵ Die langfristigen Zinsen sanken von 4,3 % (2007) auf das historische Tief von 1,1 % (2015), jetzt liegen sie bei 0%.

Klar ist auch, was in diesem Zusammenhang nicht erwähnt wird. Für neue Arbeitsplätze müssen wir zuerst neue Produkte erfinden, die die Leute brauchen und daher kaufen. Wer nur Ladenhüter im Angebot hat, geht Pleite, wenn er neue Maschinen kauft (investiert), mehr Fachkräfte einstellt und die Produktion erhöht: Lager voll, Kasse leer.

Dabei ist in den letzten 10 Jahren der Konsum um 4,2 % gestiegen, die Investitionen sind um 4,6 % gefallen. Teilweise lagen zwischen Konsumzuwachs und Investitionsschrumpfung über 10 % Unterschied, wie das folgende Schaubild 8 zeigt. Die Unternehmen lasteten nur ihre Maschinen besser aus, um die Nachfrage zu befriedigen; neue brauchten sie dazu nicht.²¹⁶ Außerdem verkürzen sie die Lebensdauer der Produkte.

²¹⁵ Grafik des Tages, Handelsblatt vom 15.08.2016

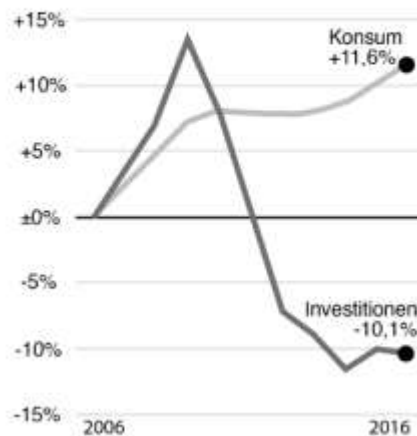
²¹⁶ Ähnliches erleben wir nach der Wende ab 1989. Die DDR konnte gut mit herkömmlichen West-Waren von der BRD aus versorgt werden. Die Kapazitäten wurden hochgefahren, besser ausgelastet.

Mehr Konsum – Weniger Investitionen

Prozentuale Veränderung seit 2006
Privatbereich



Staat



Quelle: Handelsblatt 15.08.2016

Schaubild 8

Inflationsbereinigt stieg von 2006 bis 2016 der Konsum um + 6,1 %, die Investitionen sanken um - 5,5 %.

Wenn sich schon die Privatwirtschaft nicht nach der (klassischen) Theorie richtete, dann sollten es wenigstens die EU-Staaten. Den ersten Schritt machten sie mit: Die Staatsschulden stiegen kräftig von 60 % (2001) auf über 80 % (2010) des Bruttoinlandsprodukts.²¹⁷

Doch wofür gaben die EU-Staaten das Geld aus? Die Schere zwischen Konsum und Investitionen ist hier doppelt so stark aufgegangen wie bei der Privatwirtschaft. Von 2006 bis 2016 stieg der Staatskonsum²¹⁸ um 11,6 %, die Investitionen²¹⁹ sanken in dieser Zeit um 10,1 %.

Das Ergebnis kennen wir schon. Wer nur über Geld, Zinsen und Schulden steuern will, der steuert vergeblich. Die Realwirtschaft braucht eine andere, eine **realwirtschaftliche Steuerung**. Wir müssen die **Techniklücke schließen**. Die Aufgabenfelder liegen offen vor uns.

Der Staat hätte aktiv machen müssen, was die Parteien vor jeder Wahl versprechen. Künftig muss der Bürgerstaat mit strategischem Denken,

²¹⁷ Zu den absoluten Zahlen in Billionen-Höhe siehe: <http://de.statista.com> Abruf dazu 2015

²¹⁸ Verbrauchsausgaben z.B. für Soziales und soziale Hilfen, Staatsgehälter, staatl. Verbrauchsgüter

²¹⁹ Investitionen z.B. in Straßen, Gebäude, Schienen (öffentliche Infrastruktur)

mit einer Hanse, mit seinen Forschungseinrichtungen und Finanzmitteln für Erfolge sorgen. (Erfolge = erreichte Ziele, Gegenteil = Misserfolge)

Dabei gab es schon Ende der 1960-er Jahre die richtigen Ansätze. Es waren auch noch die Zeiten, als bei uns die Soziale Marktwirtschaft und nicht der Neoliberalismus die herrschende Theorie in der VWL war.

Auf der Hannover-Messe wurde 1969 das „Industrie-Institut zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien“ gegründet. Die damals führende Fachzeitschrift „Der Volkswirt – Wirtschaft und Politik der Woche“ [heute „Wirtschaftswoche“] veröffentlichte im Oktober 1969 dazu die Beilage „Gespräch mit der Zukunft“. Dort hieß es:

„In der Bundesrepublik ist die Zukunftsforschung eine noch junge Wissenschaft. Die Zahl der Skeptiker ihr gegenüber verringert sich jedoch zusehends. VW-Chef Kurt Lotz formuliert die jetzt herrschende Lehre auf der Gründungsversammlung des „Industrie-Instituts zur Erforschung technologischer Entwicklungslinien“ während der diesjährigen Hannover Messe so:

„Wir können es uns heute nicht mehr leisten, irgendetwas dem Zufall zu überlassen, am wenigsten die Zukunft. Wir leben in einer Zeit, in der diese Zukunft auch zum ersten Mal weitgehend durch den Menschen bestimmbar und damit prognostizierbar geworden ist. Damit wird die frühzeitige Kenntnis der technologischen Entwicklungslinien für eine Industrienation zur Frage der Existenz.“²²⁰

Bei diesem „Gespräch mit der Zukunft“ wurden die fünf Aufgabenfelder ausgewählt, die uns heute so viel zu schaffen machen und ganz eindeutig von der Politik nicht mit der nötigen Tatkraft angepackt wurden. Die „Politik“ wurde, je länger desto mehr ein „Kampf um die Macht“²²¹ und nicht die „Durchführung des notwendigen, zeitgemäßen Wandels“.

An diesem „Gespräch mit der Zukunft“ beteiligten sich Wissenschaftler von Rang und namhafte Praktiker, Politiker fehlten. *„Fünf Sachgebiete, wovon jedes für sich gewissermaßen eine Schlüsselposition einnimmt, wurden unabhängig von Firmen-Interessen dargestellt.“* Es waren dies:

- Transport und Verkehr
- Kunststoffe

²²⁰ Der Volkswirt, S. 1 der Beilage zur Ausgabe vom 03.10.1969

²²¹ so leider auch Max Weber, vgl. Artikel „Politik“ in: Otto Brunner u.a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, S. 789 ff., dort auch: „Polizei“, i.S.v. Verwaltung, Bd. 4, S. 875 ff. (sehr gute Darstellungen der Entwicklung geschichtlicher Grundbegriffe)

- Datenverarbeitung
- Werkzeugmaschinen
- Energieversorgung

Das war vor fast 50 Jahren. In den Feldern „Verkehr und Transport“, „Datenverarbeitung“ und „Energieversorgung“ wurden die damals uns zu Füßen liegenden Chancen nicht oder nur unvollständig ergriffen.

Beim „Transport und Verkehr“ stehen wir heute im Stau. Die Führung in der Datenverarbeitung ging an die USA, bei der Energiewende erleben wir Planlosigkeit in Reinkultur mit hohen Kosten. Diese werden am Staatshaushalt vorbei über die Stromrechnungen auf alle, auch die kleinsten Haushalte abgewälzt.

Schauen wir zuerst genauer, wie 1969 der Verkehr bewältigt werden sollte. Der **Transrapid** stand ganz im Mittelpunkt. Er ist eine von deutschen Unternehmen entwickelte, reibungsfreie Magnetschwebbahn für den Hochgeschwindigkeitsverkehr. Die Entwurfsphase war beendet, die Testphase konnte beginnen. *„In 10 Jahren kann sie Hauptträger des Fernverkehrs sein.“* Ein Schaubild zeigt einen Transrapid vor einer Karte Mitteleuropas, auf der von Hamburg über das Ruhrgebiet, Frankfurt, Stuttgart bis nach München die Schnellstrecke eingezeichnet ist. *„Hochleistungsbahnen mit dichter Zugfolge sollen das Verkehrsproblem der Zukunft lösen.“* Ludwig Bölkow, leitender Ingenieur von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, aus Ottobrunn bei München sagte unter dem Titel *„Hochleistungsbahnen gegen den Verkehrsnotstand“*: *„Fahrzeuge, Güter und Personen fahren mit einem spurgebundenen Verkehrsmittel in drei Stunden von Hamburg nach München. Kreuzungsfreie Verkehrslinien über oder unter der Erde verbinden die Wirtschaftszentren. Die konventionellen Verkehrsträger besorgen das Sammeln und Verteilen an den Endpunkten und Stationen der Linien.“*²²²

Eine **Arbeitsgemeinschaft** aus Bölkow, Strabag und Bundesbahn hatte den Entwurf erarbeitet. Das Verkehrsministerium war interessiert und der Bund wollte weitere Studien finanzieren. Tatsächlich wurde im Emsland eine Teststrecke gebaut. Das Ganze zog sich dann über Jahrzehnte hin. Nach der Wiedervereinigung wurde ernsthaft die Planung einer Strecke

²²² Der Volkswirt, Oktober 1969, Beilage anlässlich der Hannover Messe „Gespräch mit der Zukunft“ über die Themen Transport und Verkehr, Kunststoffe, Datenverarbeitung, Werkzeugmaschinen, Energieversorgung. S. 8 ff

von Berlin nach Hamburg angegangen. Doch dieser Versuch und eine Kurzstrecke von München zum dortigen Flughafen Franz-Josef-Strauß scheiterten. In Shanghai wurde eine Kurzstrecke (Stadtmitte – Flughafen) geschaffen. – In Japan fuhr am 21.04.2015 die Magnetschwebebahn Maglev im Probelauf 603 km/h – und wird gebaut.

Hier lässt Konrad Zuse grüßen. Sein R3 war der erste **Computer**, heute boomt die Technik in den USA. Damals waren die Unternehmer und Techniker in Hochstimmung. Sie sagten für die nahe Zukunft das voraus, was die Politiker uns heute als nächste Schritte versprechen.

Es hieß 1969: *„Der Computer wird in den nächsten Jahren vor allem für die Prozesssteuerung ganz erheblich an Bedeutung gewinnen. Für Kleinbetriebe entwickelt die Industrie vereinfachte Rechenautomaten. Die Wirtschaftlichkeit von Klein- und Mittelserien wird durch den Einsatz numerisch gesteuerter Maschinen erheblich gesteigert. Die Maschinenhersteller helfen bei der erforderlichen Umstellung der Arbeitsvorbereitung.“* Nixdorf und Siemens hatten gute Ansätze, doch sie fielen zurück. Das lag auch am amerikanischen Staat, der hier tätig wurde. Die US-Armee entwickelte das Internet. Damit können heute Nachrichten blitzschnell und weltweit übermittelt werden. Das war der Quantensprung, der bei der Beförderung von Personen und Waren fehlt.

Anfangs brachte die EDV gerade im Dienstleistungsbereich den Sprung von der elektrischen Schreibmaschine zur Textverarbeitung. Im Volkswirt 1969 ist das Bild der *„Befehlszentrale einer Sekretärin“*. Und die frohe Botschaft: *„Mithilfe des Büro-Computers schafft sie in einer knappen Stunde das Pensum eines üblichen Arbeitstages.“*

Die EDV ließ sich einer Schreibkraft so erklären: „Sie bekommen

1. eine ganz komfortable *Schreibmaschine* (Textverarbeitung ohne Tipp-Ex),
2. einen *Karteikasten* mit Schnellzugriff (Suchprogramme) und
3. eine *Rechenmaschine* (z.B. Excel).
4. Sie können die *Möglichkeiten 1. bis 3 verknüpfen*: in Ihren Brief über das Suchprogramm die Anschrift einfügen und mit Excel noch schnell den Rechnungsbetrag mit brutto und netto ermittelt.
5. Durch das Internet ist Ihr Computer heute dazu noch eine weltweit vernetzte *Fernmelde-Zentrale* mit Email-Verkehr nach überall.“

Im Interview erklärt Professor Karl Steinbuch **1969**: „*Computer werden auch das Denken lernen. Informationsaustausch zwischen Mensch und Automat wird noch verbessert. Bislang versteht der Computer bestenfalls die „Stimme seines Herrn“. Automaten werden unmittelbar mit der Außenwelt kommunizieren. Sie erwerben eigene Lernfähigkeit und können sich dann selbst programmieren. Der Computer wird intelligenter als der Mensch. Informationen aus der Steckdose.*“ Das heißt heute **KI**.

Wir müssen hier wieder den Anschluss gewinnen. Schon weil wir sonst über das Internet in allen Bereichen ausspioniert werden und im Internet-Krieg, im sogenannten Cyberwar, besiegt werden. Die flächendeckende schnelle Glasfaser-Verkabelung ist überfällig.

Spannend noch, was wir schon damals zur **Energieversorgung** hörten: „*Im Jahr 2000 wird fast 50 % der benötigten Energiemenge elektrischer Strom sein. Die Stromverteilung ist verbesserungsbedürftig. Höhere Netzspannung kann Transportkosten senken. Zur Supraleitung bleibt noch ein langer Weg.*“ Doch die Politik ging den umgekehrten Weg. Erst Solardächer und Windräder bis in die Nordsee, dann die Abschaltung der Kernkraftwerke – und jetzt das große Jammern, dass der Strom dort im Überfluss ist, wo er nicht gebraucht wird. Die Leitungen fehlen. Die Energiewende, bei der sich die Kanzlerin von einer Ethik-Kommission (!) beraten ließ, ist ein einziges Trauer- und Laienspiel. Chinesen werden lächeln und sich freuen.

Dann hatten wir die schon damals **unsinnige Kohlesubvention ohne Ausstiegsprogramm** wie z.B. Japan. Dazu hieß es im gleichen Heft zur „Ruhrkohle AG“: „*Die Skepsis wächst. Aber an einen Abbau der jährlichen Subventionen von 3,5 Milliarden DM für die Steinkohle ist vorerst nicht zu denken.*“²²³ Die Parteien betrieben Lobbyisten- statt Zukunft-Politik.

Jährlich wurden dann über Jahrzehnte bis zu 10 Milliarden D-Mark in den sterbenden Ruhrkohlebergbau gesteckt. Das Geld hätte man nehmen sollen, um nicht nach unten, sondern seitwärts zu graben. Unter der Erde wären gerade im Ruhrgebiet Schnellbahnen, am besten mit Magnettechnik, eine gute Anschlusstechnik an das Auto gewesen. Doch wer dachte bei uns danach noch strategisch?

²²³ Der Volkswirt, 03.10.1969

Anfang der 1970-er Jahre war in Heidelberg eine innerstädtische, unterirdische Nahverkehrs-Magnetbahn unter der Hauptstraße geplant. Das wäre keine Schnellstrecke für den Fernverkehr, sondern eine innerstädtische U-Bahn gewesen. Die Vorarbeiten waren recht fortgeschritten, Keller bereits ausgemessen. Doch dann wurde das Vorhaben plötzlich gestrichen, das Geld fehlte. Der damalige Oberbürgermeister Zundel sagte mir, man habe allerlei Ausreden gefunden. Ein Wärmeproblem wurde genannt, Keller könnten gefährdet werden. Doch ein einspuriger Ringverkehr zurück über eine parallele Straße (z.B. Ebert-Anlage) wäre leicht möglich gewesen. – Alles verpasste Chancen!

Ziel der **Wirtschaftspolitik** ist die **Steuerung der Basisinvestitionen**. Es darf eben bei den Wellen (Kondratjew-Zyklen) keine tiefen Täler geben, also keine Arbeitslosigkeit entstehen. Auch dafür sind eine Strategie und harte Arbeit bei der Umsetzung nötig. Wir brauchen wie gesagt einen gut ausgewählten, unabhängig denkenden Generalstab. *Wir alle sollten die oben zur Hanse begonnenen Gedanken weiterentwickeln.*

6. Soziale Realwirtschaft

Die Wirtschaft ist für die Menschen da. Alles Wirtschaften ist stets auch Dienstleistung für die Mitmenschen. Neoliberale stellen dagegen vor allem den Eigennutzen und die reine Gewinnerzielung in den Mittelpunkt.

„Sozial“ heißt im genossenschaftlichen Denken: niemand wird allein gelassen, wir alle gehören und arbeiten zusammen. Es ist der Grundsatz der „Brüderlichkeit“, zu dem im Bürgerstaat noch Freiheit und Gleichheit gehören.

Die Soziale Realwirtschaft soll vor allem zwei strategische Ziele der Sozialen Volkswirtschaft verwirklichen (1) Mittelstand für alle und (2) Soziale Sicherheit durch Genossenschaft.

Dabei heißt „sozial“: Arbeit und damit Teilhabe für alle (6.1). Dadurch bekommt der Sozialstaat eine neue Qualität: Teilhabe statt Abschiebung ins bezahlte Nichtstun. Denn Arbeitslosigkeit bringt Vereinzelung und Vereinsamung, oft Verwahrlosung und seelische Behinderung.

„Ein Arbeitsloser ist ein Mensch auf dem Wege von einer wirtschaftlich unhaltbar gewordenen Beschäftigung zu einer wirtschaftlich nützlichen Arbeit.“ (gemäß W. Röpke) Das verlangt die duale Umschulung mit Vermittlung für alle arbeitslosen Fach- und Führungskräfte (6.2 und 6.3).

Dann muss noch die Leistungsfähigkeit unserer Sozialversicherungen für Alter, Krankheit und Behinderung gesichert werden. Das gelingt nur, wenn wir das erste und oberste Ziel der Sozialen Volkswirtschaft und des Bürgerstaats erreichen: Sicherung des langfristigen Überlebens und der Generationenfolge. Arbeit und Familie müssen vereinbar sein (6.4).

6.1 Arbeit für alle

Es gibt genug Arbeit für alle. Wir müssen nur die Techniclücke schließen. Unsere Bürger sind nicht zu dumm für die heutige Arbeit. Wir brauchen Schulen, die sowohl die praktisch wie die theoretisch Begabten zur Ausbildungsreife führen. Wir brauchen Ausbildungen, die alle zu Fach- oder zu Führungskräften, zu Mittelstandsbürgern machen.

Billigarbeit ist kein Ziel und kein Weg zur Vollbeschäftigung. Sie verhindert die technische Modernisierung. Sie bringt Arbeitsplätze, bei denen auch Zuwanderer die Sozialhilfe und Hartz IV vorziehen.

Wir müssen die Arbeitslosigkeit ersetzen durch eine duale Umschulung und Vermittlung für alle. Berufslose müssen zu einem Ausbildungsdienst verpflichtet werden.

Der Fachkräftemangel ist hausgemacht. Er kann behoben werden. Die fast drei Millionen Arbeitslose sind weder dumm noch unfähig; sie sind allein gelassen, werden unterschätzt, zu wenig gefordert und gefördert.

Wir brauchen Einrichtungen, die unsere Arbeitslosen auf einen erfolgreichen Weg in moderne und nützliche Beschäftigungen führen.

Im Stabilitätsgesetz von 1967 war wie oben erwähnt das Ziel eine Arbeitslosenquote von 0,8 %. Im Jahr 1962 lag sie bei 0,5 % mit weniger als 100.000 Arbeitslosen in der BRD. Im Juli 2016 betrug die Arbeitslosenquote 6 %, die Unterbeschäftigungsquote 8 %. Als Arbeitslose galten 2,6 Millionen Personen. Werden diejenigen dazu gerechnet, die in Fördermaßnahmen u.ä. sind, dann liegt die sogenannte Unterbeschäftigung bei insgesamt 3,5 Millionen Menschen.²²⁴

Betrachten wir die Arbeitslosen selbst, dann erkennen wir einen entscheidenden Unterschied. In den 1960-er Jahren hatten fast alle Arbeitssuchenden eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nach dem „Zensus 2011 bis 2013“²²⁵ herrschte Aufregung. Die Bild-Zeitung verkündete: „Die Wahrheit über Deutschland – 26,6 Prozent haben keinen Berufsabschluss.“ Zum gleichen Thema schrieb das Handelsblatt:

²²⁴ <https://statistik.arbeitsagentur.de/> – Abruf 2017

²²⁵ registergestützte Volkszählung: www.zensus2011.de

„Fast 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben in Deutschland keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht mehr in Qualifizierungsmaßnahmen. 46 % davon haben einen Migrationshintergrund. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion hervor. Unter den 1,484 Millionen ungelerten jungen Menschen sind 729.000 Frauen.“²²⁶

Hier haben wir eine Erscheinung, auf die Hans-Werner Sinn 2005 schon hingewiesen hat. Immer mehr Arbeitnehmer verlassen sich auf den Sozialstaat (Kündigungsschutz, Abfindungen, Frührente, Hartz IV u. a.). Immer mehr Unternehmer verlassen sich auf Niedriglöhne und Billigarbeiter aus aller Welt. Sie vernachlässigen Personalentwicklung.²²⁷ Der Parteienstaat schaut tatenlos zu, die Neoliberalen warten auf die „unsichtbare Hand“.

Die Entwicklung begann schon Anfang der 1960-er Jahre. In Deutschland gab es mehr Arbeit als Arbeitskräfte. In schneller Folge kam es zu Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963) und sogar Südkorea (1963). Der erste Wirtschaftsabschwung 1966/67 ließ die Anwerbung zurückgehen. Mit dem Ölchock kam es 1973 zum Anwerbestopp. Willi Brandt sagte als Bundeskanzler damals: „Das ist keine feindselige Haltung gegen ausländische Arbeitnehmer. Aber wir müssen in einer solchen Situation natürlich zuerst an unsere Landsleute denken.“

Nun handelte es sich immer um „Gastarbeiter“. Sie sollten in Deutschland eine Zeit lang gut verdienen. „Für ein Häusle daheim sparen“, hieß es. Doch dann sollten sie zurück in ihre Heimat. „Der Aufenthalt von Ausländern ist ein vorübergehender“, hieß es im gesamten Ausländerrecht.²²⁸ Doch die Ausländer blieben.

Helmut Schmidt, unser Altbundeskanzler, hat öfter betont, dass die Gastarbeiteranwerbung einer der großen politischen Fehler war. Er wies dabei unter anderem auf die großen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Folgen hin (z.B. Parallelgesellschaften).²²⁹ Einige sagten schon damals: „Die Maschinen müssen zu den Menschen wandern, nicht umgekehrt.“ Die Ford-Werke Köln hätten in der Türkei gebaut

²²⁶ Handelsblatt, 26.04.2011

²²⁷ Hans-Werner Sinn, Die Barsa-Ökonomie, Deutschland – Exportweltmeister oder Schlusslicht? Berlin 2005, S. 18

²²⁸ z.B. Einbürgerungsrichtlinien 1971

²²⁹ Vgl. Schmidt bei Maischberger: <https://www.youtube.com/watch?v=5TEWQGD6wB0> – Abruf 2017

werden müssen. Dann hätten dort auch Handwerker und KMU als Zulieferer sich entwickeln können. Das wäre eine echte Hilfe für die Türken und die Türkei gewesen. Das zeigen z.B. die Skoda-Werke in Tschechien, um die sich ein reges Wirtschaftswachstum entfaltet hat.

Die Entwicklung war früh abzusehen und verschärfte sich ständig. Bei einem Besuch der baden-württembergischen Sozialministerin Annemarie Griesinger Anfang der 1980-er Jahre sagte ich zu ihr: „Frau Minister, gerade ist unsere Arbeiterschaft einigermaßen wohlhabend und Mittelstand. Doch nun importieren wir mit den Gastarbeitern eine neue Unterschicht.“ Sie schaute mich erstaunt an und sagte: „So habe ich das noch gar nicht gesehen!“

Damals schickte das baden-württembergische Wirtschaftsministerium unserem Landkreis eine Besuchergruppe von über 50 japanischen Mittelstandsunternehmern. Ich hatte unseren Landkreis, insbesondere die mittelständisch geprägte Wirtschaft vorzustellen. Bei der Einführung kam ich auf die Zahl von damals 2 Millionen Arbeitslosen und dann auf die ebenfalls 2 Millionen Gastarbeitern zu sprechen. Da meldete sich ein Japaner und meinte erstaunt: „Wie kommt das? Sie haben 2 Millionen Arbeitslose und trotzdem 2 Millionen Gastarbeiter?“ Eine Antwort, die den Mann überzeugte, konnte ich nicht geben.

Heute würde ich mit Hans-Werner Sinn sagen: „Die Unternehmer importieren Billigarbeiter. Die deutschen Arbeitnehmer verlassen sich auf den Sozialstaat. Und niemanden interessiert das.“ Denn das „sozio-kulturelle Existenzminimum“, das jedem Sozialhilfeempfänger zusteht, lag so hoch, dass Arbeitnehmer mit dem gleichen Einkommen bereits Lohnsteuer zahlen mussten.²³⁰ Auch hier hat Hans Werner Sinn Recht: *„Wir können nicht Millionen Menschen bezahlen, wie wenn sie arbeiten würden, obwohl sie nicht arbeiten.“*²³¹ Und es geht schon gar nicht, dieses Angebot Millionen den Armen aus aller Welt zu machen.

Hans Werner Sinn empfiehlt in seiner „Barsa-Ökonomie“ in Deutschland Lohnsenkungen bis auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau. Das widerspricht völlig unserem strategischen Ziel „Mittelstand für alle“. Es ist aus dieser Sicht auch völlig falsch; es ist Neoliberalismus pur.

²³⁰ Das Bundesverfassungsgericht hat dies dann für verfassungswidrig erklärt. Die Bundesregierung hat sich für diese Erkenntnis und diesen Hinweis beim Gericht ausdrücklich bedankt. So kann man auch eigene Fehler kaschieren.

²³¹ Hans-Werner Sinn, Barsa-Ökonomie, a.a.O., S. 16

Billigarbeit ist keine Lösung. Wo das hinführt, zeigt wie oben dargestellt der Musterstaat Singapur.²³²

Dazu passt die Aussicht auf eine 2/3-Gesellschaft. Danach ist 1/3 unserer Bürger angeblich zu dumm für einen modernen Arbeitsplatz.

Peter Glotz, Vordenker der SPD, sagte es so: *„Aber die Politiker müssen trotzdem den Mut haben, einem Viertel oder einem Drittel der Bevölkerung zu sagen, dass sie für hochproduktive Arbeitsplätze nicht – d.h.: nie – mehr zur Verfügung stehen. Lakonisch gesagt: Ich verstehe, dass die meisten Manager keine Lust haben, in die Politik zu wechseln.“* Glotz meinte, es sei die traurige Pflicht eines Politikers, dem Volk erklären zu müssen, wie unfähig doch ein Drittel der Bevölkerung sei; nur zwei Drittel würden gebraucht. Das führte zum politischen Schlagwort von der 2/3-Gesellschaft.²³³

Diese irrigen Vorstellungen bestimmten schon damals und bis heute in einigen Bundesländern die Schulpolitik. Gerade in linken Kreisen hatte man sich darauf eingeschossen. Von einem neuen **„Prekariat“** wurde und wird gesprochen. Das sind Leute, die in wirtschaftlich ganz unsicheren, eben prekären Verhältnissen leben müssen. Die Schulbildung soll danach ausgerichtet werden. So kam 1995, also ein Jahr nach der Rede von Peter Glotz, eine große SPD-„Denkschrift“ für die Schulbildung in NRW auf den Büchermarkt.²³⁴

Zur Bildungspolitik der Zukunft heißt es dort wörtlich: *„In den Ländern der Europäischen Union öffnet sich die Schere zwischen der Zahl jugendlicher Schulversager, die ihre schulische Bildung ohne ausreichende Grundlagen für eine Eingliederung in das Erwerbsleben verlassen – 20 bis 30 % eines Altersjahrgangs – und der zunehmenden Zahl von Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen. In Deutschland haben 10 bis 14 % der Beschäftigten unter 25 Jahren keine Berufsausbildung, häufig auch nicht den Hauptschulabschluss.“*²³⁵

Noch erstaunlicher und ärgerlicher sind die Schlüsse dieser Bildungskommission und dann der Politik: Die Schule habe die Aufgabe, den jungen Menschen beizubringen, wie sie auch als Arbeitslose

²³² siehe oben bei: „1.6 Folgen für die Weltwirtschaft“

²³³ Peter Glotz, Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994, S. 16

²³⁴ „Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen“, Neuwied 1995, 350 Seiten – MP in NRW war Johannes Rau (SPD)

²³⁵ „Denkschrift“, a.a.O., S. 48 ff

glücklich leben können.²³⁶ Denn es wird *„bis weit über die Jahrtausendwende hinaus mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit gerechnet“*. Gleichzeitig erwartet die Kommission eine anhaltend hohe Zuwanderung, weil *„ohne die Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern im heute oder demnächst arbeitsfähigen Alter weder der Arbeitskräftebedarf langfristig gedeckt noch das System der sozialen Sicherung vor einer ernsten Krise bewahrt werden kann.“* Wie passt das alles zusammen? Ganz einfach: Arbeit, auf die das Prekariat keine Lust hat, sollen Zuwanderer machen. Billigarbeit ja, aber für die Anderen.

Das Ganze ist Neoliberalismus kombiniert mit Sozialismus und ein Menschenbild, das menschenverachtend ist. Gerade deswegen wollen wir jetzt einen Gewerkschaftler zu Wort kommen lassen. Berthold Huber²³⁷ fordert einen „Kurswechsel für ein gutes Leben“ und sucht „Wege zu einer solidarischen Gesellschaft“.²³⁸ Es schreibt: *„Insofern müsste es heute um grundsätzliche Alternativen zum Neoliberalismus, eine demokratische Neuordnung der Globalisierung, eine wirksame Regulierung der internationalen Finanzmärkte, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und einen sozial-ökologisch nachhaltigen Entwicklungspfad gehen.“*²³⁹

Mit unseren Vorstellungen und Zielen, wie sie bisher und bei „3. Wirtschaft als Genossenschaft“ abgehandelt wurden, stimmt er in den Grundzügen überein. Die „gesellschaftlichen Verhältnisse müssen so beschaffen sein, dass die Menschen ihre Potenziale frei entwickeln können.“ (S. 19) „Ein gutes Leben ist ohne gute Arbeit in all seinen Facetten nicht möglich.“ (S. 21) Und er zieht gegen die „Billigstrategie“ und den „säkularen Trend zur Prekarisierung“ zu Felde. (S. 24) Ihm ist voll zuzustimmen.

Es gilt, aus solchen Grundsätzen und strategischen Zielen praktische Ziele und umsetzbare Vorschläge zu entwickeln. Das beginnt mit dem

²³⁶ Wörtlich in der Denkschrift: „Gleichwohl kann sie [= Schule] sich nicht der Verantwortung entziehen, Fähigkeiten zu vermitteln, die es den Menschen ermöglichen, auch Zeiten der Nichtbeschäftigung – im Sinne von Erwerbsarbeit – produktiv zu nutzen. Dabei wird sich schulische Bildung auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, welche spezifischen Qualifikationen und Kompetenzen für ein Leben benötigt werden, das – zumindest zeitweise mehr oder weniger gewollt – nicht auf Erwerbsarbeit zentriert ist.“ S. 48 ff. (50)

²³⁷ Vorsitzender der IG Metall, mit über 2,2 Millionen Mitgliedern die weltweit größte Gewerkschaft. Er genießt über die Gewerkschaften hinaus hohes Ansehen.

²³⁸ Berthold Huber, Kurswechsel für ein gutes Leben, Wege zu einer solidarischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 2013

²³⁹ Berthold Huber, a.a.O., S. 11

Menschenbild, es folgen die Schule, die Ausbildung, die lebenslange Beschäftigung aller Arbeitskräfte auf dem Stand von Fach- oder Führungskräften. Weiter brauchen wir, um den wirtschaftlichen Wandel zu bewältigen, neben der persönlichen und betrieblichen Weiterbildung die öffentlich-genossenschaftlichen dualen Umschulungseinrichtungen.

Zunächst unterscheidet sich unser Menschenbild grundlegend von dem der Vertreter einer 2/3-Gesellschaft. Wir wollen und brauchen kein Prekariat, kein Proletariat, keine Armut. Finnland, die Schweiz, auch Taiwan u.a. zeigen, dass fast alle jungen Menschen (dort 95 bis 97 %) zu einem mittleren Schul- und zeitgemäßen Berufsabschluss fähig sind.

Wie kommt es, dass unser Schulsystem fast 1/3 am Erfolg hindert? Den Kern des Übels hat immer wieder George Turner²⁴⁰ herausgearbeitet: *„Die praktisch begabten Jugendlichen fallen durch den Rost.“*²⁴¹ Wir haben nämlich zwei sehr unterschiedliche Gruppen von Jugendlichen und Menschen: Praktiker und Theoretiker.²⁴²

Ziel der Schule ist nicht die Abarbeitung irgendwelcher Lehr- und Bildungspläne. Diese sind nur ein Mittel zum Zweck. Ziel ist die Ausbildungsreife für alle. Dabei kann die Ausbildung, die der Schule folgt, (1) ab der mittleren Reife im dualen System erfolgen (Lehre).²⁴³ Und hier brauchen wir einen dualen Weg bis zum Hochschulabschluss, z. B. an einer Dualen Hochschule. Dann gibt es (2) wie bisher nach dem Abitur die Berufsausbildung an Fachhochschulen und Universitäten.

Für diesen Weg zum Ziel brauchen wir technische und kaufmännische Mittelschulen als Unterbau für die technischen und kaufmännischen Gymnasien oder Oberschulen. Das ist das Schulangebot für die praktisch Begabten. Theoretiker können nach wie vor den Weg über sprachliche oder naturwissenschaftliche Mittelschulen und sprachliche oder naturwissenschaftliche Gymnasien bzw. Oberschulen wählen.²⁴⁴

Der Schulbildung folgt die Berufsausbildung. Hier ist das Ziel die Ausbildung aller zu Fach- oder zu Führungskräften. Hilfs- und Billigarbeit

²⁴⁰ George Turner, Rechtswissenschaftler, ehem. Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz sowie Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin.

²⁴¹ z. B. Handelsblatt, 15.02.2012

²⁴² Daneben können manche beides, andere wechseln im Lauf des Lebens ihre Vorlieben, z.T. durch Gewöhnung oder aus Wissensdurst.

²⁴³ Dual heißt Ausbildung im Betrieb, ergänzt durch Ausbildung in der Berufsschule bzw. Hochschule.

²⁴⁴ siehe dazu G. Pfreundschuh, Bausteine des Bürgerstaats, „3.8 Erste Reformschritte“

wird entweder nebenbei mitgemacht oder durch Maschinen erledigt. Das ist eine weitere Voraussetzung zur Erreichung des strategischen Zieles „Mittelstand für alle“.

Hier gilt es zwei herkömmliche Missstände oder Missverständnisse zu beheben. Das ist (1) die Unterbewertung der körperlichen und praktischen Arbeit gegenüber der geistigen und theoretischen. Hinzu kommt (2) die Abwertung der Fachkräfte gegenüber den Führungskräften.

Heute gibt es kaum noch körperliche und praktische Arbeit, bei der keine Technik eingesetzt wird. Daher kann die Arbeit leicht in diesem Bereich herausfordernd und anspruchsvoll nach den Regeln der „Erfolgslust“ ausgestaltet werden. Zur Arbeit mit Maschinen (z.B. bei der Straßenreinigung) muss es gehören, dass sie von den Bedienern auch verstanden und in gewissem Umfang gewartet und repariert werden kann. Die Leute müssen ihr Gerät so lieben, wie unsere Bauern ihre Schlepper lieben und pflegen.

Darüber hinaus zeigen Bergsteiger und Sportler, dass auch körperliche Anstrengungen zu höchster Erfolgslust führen können. Auf die gesellschaftliche und die persönliche Wertschätzung kommt es an. Diese muss jedem gelten, der seine Arbeit mit Leidenschaft und Qualität ausführt. In einem Weltbestseller mit buddhistischem Hintergrund heißt es richtig: „Es gibt keine unbedeutende Tätigkeit auf der Welt. Jede Arbeit bietet uns die Chance, unsere persönlichen Begabungen zum Ausdruck zu bringen, unser Kunstwerk zu schaffen und das Genie zu verwirklichen, das wir sind.“²⁴⁵ Als Beispiele werden Taxifahrer mit der Arbeitsfreude von Fremden- bzw. Stadtführern, Fachkräfte in der Küche mit dem Ehrgeiz von Meisterköchen genannt. Im Grunde ist unsere Gesellschaft bereits auf dem Weg zur Wertschätzung jeder guten Arbeit.

Nehmen wir als Beispiel für Handarbeit Chirurgen (vgl. Erfolgslust). Sie müssen mit höchstem Geschick, großer Konzentration und handwerklich arbeiten. Sie genießen großes gesellschaftliches Ansehen. Auch viele Handwerker vollführen heute anspruchsvollere Arbeiten als viele Akademiker. Jeder Akademikerdünkel ist heute vollkommen überholt.

²⁴⁵ Robin Sharma, Die geheimen Briefe des Mönchs, der seinen Ferrari verkaufte, München 2012, S. 168 – dort dazu mehrere und gute Beispiele.

Das führt zugleich zur heutigen Unterbewertung der Fach- gegenüber den Führungskräften. Wer in einer großen Organisation arbeitet, der stellt schnell etwas fest: „Alle wollen Häuptlinge werden, niemand will Indianer sein.“ So sind die Sachbearbeiter am liebsten Sachgebietsleiter, auch wenn in ihrer Kleingruppe gar kein Führungsbedarf besteht. Die Ausführungsebene wird heute unterschätzt. Sie entscheidet aber weithin über die Qualität der Arbeitsergebnisse. Die Sachbearbeiter, die die Akten führen, entscheiden in Sozialverwaltungen über die Ausgabe von hohen Geldbeträgen (z.B. in Jugendhilfe oder Eingliederungshilfe für Behinderte). „Die Sachbearbeiter sind das Rückgrat der Verwaltung“, war mein Leitspruch. Auch Richter und Ärzte, Forscher und Erfinder arbeiten auf der Ausführungsebene und sind demnach keine Führungskräfte, sondern Fachkräfte.

Großorganisationen haben oft viel zu viele Führungsebenen und Führungskräfte. Auch werden Manager gerade in den hohen Rängen viel zu gut bezahlt. (Winterkorn von VW erhielt 20 Millionen jährlich und führte den Konzern in seine größte Krise, u.a. (!) den Dieselskandal.)

Der Bürgerstaat und die Soziale Volkswirtschaft verfolgen mit dem Ziel „Mittelstand für alle“ zugleich das gesellschaftliche Ziel „Gleichheit für alle Mittelständler“. Die Schweizer empfinden weithin so. Darum sind sie auch keine Neidgesellschaft.

Mit dem Ende der Berufsausbildung und der Eingliederung in die Erwerbswelt als Fach- oder Führungskraft beginnt heute die lebenslange Fort- und Weiterbildung. Unter „Weiterbildung“ ist die weitere Bildung im bisherigen Berufsbild zu verstehen; wir bleiben dadurch auf dem neuesten Stand der jeweiligen Technik und des Wissens. „Fortbildung“ bringt dagegen den Fortschritt in der Laufbahn oder Karriere.²⁴⁶ Wer sich klug und weitsichtig weiter- oder fortbildet, hat große Chancen, Kündigungen zu entgehen. Doch sicher ist das heute nicht mehr.²⁴⁷

Nicht nur KMU, auch AG werden heute oft aufgekauft und ganze Führungsriege entlassen. Forschungsabteilungen können da wegfallen usw. Dagegen sind Kündigungsschutz, Frührente, Hartz IV usw. unvollkommene Gegenmittel. Wirksamer und besser ist es, Einrichtungen für duale Umschulungen von Fach- und Führungskräften

²⁴⁶ Vgl. auch unser Steuerrecht

²⁴⁷ vgl. oben das Rüstow-Modell in „5.1 Wurzeln des Wohlstands“

zu schaffen. Dann darf es im Endausbau dieser Einrichtungen keine Arbeitslosen mehr geben. Denn die dualen Umschulungen sind echte Beschäftigungsverhältnisse. Dort werden Löhne, verkürzt um ein Ausbildungsentgelt gezahlt. Die sonstigen Einkommens- und Vermögensverhältnisse müssen dann unangetastet bleiben.

Heute müssen Hartz IV-Empfänger nachweisen, dass sie kein Einkommen, Vermögen und keine Hilfen von Angehörigen haben. Als nun Syrienflüchtlinge genauso behandelt werden sollten, gab es einen Aufschrei der Pro-Asyl-Leute. Die Schweiz und Dänemark, wo das sofort umgesetzt wurde, sind als unmenschlich im Internet beschimpft worden. Die armen Menschen hatten daheim alles verkauft, ihre Ersparnisse für einen Neuanfang zusammengekratzt. Und nun sollten sie in Europa das alles abgeben, wenn sie zu den Sozialämtern oder Job-Centern gehen.

Die Begründung ist einfach und eigentlich auf der ganzen Welt so. Wer ohne Gegenleistung vom Staat und damit von den Steuerzahlern Geld will, muss erst nachweisen, dass er keines hat, also vermögenslos ist.

Wenn wir aber in Not geratenen Bürgern das Wenige wegnehmen, das sie noch haben, dann wird ihr Aufstieg in den Mittelstand fast unmöglich. Daher muss an die Stelle von Sozialhilfe oder Hartz IV die Beschäftigung in einer dualen Umschulungseinrichtung treten.

6.2 Duale Umschulung für Fachkräfte

Es gilt, Hartz IV zu einer echten und wirksamen Umschulungseinrichtung weiterzuentwickeln. Die Bundesagentur (BA) hat einen Haushalt von 36,4 Mrd. € (2016). Das ist mehr als der Verteidigungshaushalt (34,3 Mrd. €, 2016). Die Mitarbeiterzahl beträgt rund 100.000 Personen. So viele hatte das 100.000-Mann-Heer der Reichswehr. Die BA soll keine Soldaten oder Krieger ausbilden, aber Fach- und Führungskräfte umschulen und vermitteln; das müsste doch mit so viel Geld und Leuten gelingen!

Ziel ist: Arbeit für alle als Fach- oder Führungskraft. Der Weg zum Ziel erfordert eine andere Art des Lernens, der Organisation und Bezahlung. Wer arbeitslos wird, muss sofort in ein Arbeitsverhältnis zur Umschulung kommen. Arbeitslose wie heute darf es nicht mehr geben, höchstens Kranke und Behinderte. Für sie sind die Sozialversicherungen zuständig.

„Wir können nicht Millionen bezahlen, wie wenn sie arbeiten würden, obwohl sie nicht arbeiten.“ Bezahlen wir sie fürs Arbeiten! Dann fallen alle Einkommens- und Vermögensprüfungen weg, die den Armen das Letzte nehmen – ihren Aufstieg in den Mittelstand vollends verhindern.

Die Ausgangslage ist gar nicht so schlecht. Wir haben eine Bundesagentur für Arbeit (BA) mit einem Haushalt von 36,4 Milliarden Euro. Das ist mehr als der ganze Verteidigungshaushalt; für unsere äußere Sicherheit gaben wir 2016 rund 34,3 Milliarden Euro aus.²⁴⁸

Doch das ist noch nicht alles. Das Gesamtvolumen an Ausgaben der BA beträgt 100,2 Mrd. €; darin sind z.B. Sozialleistungen für Grundsicherung (33.366 Mio. €), die Auszahlung von Kindergeld für den Bund (33.715 Mio.). Zumindest ein Teil der Grundsicherung und die hohen Leistungen der Kommunen für Arbeitslose (z.B. Kosten der Unterkunft) müssten als Finanzmittel für die duale Umschulung einsetzbar sein.²⁴⁹

²⁴⁸ <http://www.haushalt.arbeitsagentur.de/> – Abruf 2017

²⁴⁹ <http://www.haushalt.arbeitsagentur.de/> S. 4 „A. Gesamtfinanzvolumen“: „Auf Basis des zuletzt abgerechneten Haushaltsjahres 2014 ergibt sich folgendes finanzielles Gesamtvolumen“: Ausgaben durch die BA 100,2 Mrd. €, - Abruf 2017

Dann beschäftigt die BA rund 100.000 Mitarbeiter. So viel Personal hatte die Reichswehr, das 100.000-Mann-Heer von 1919 bis 1935.

Die BA soll keine Soldaten oder Krieger ausbilden, aber Fach- oder Führungskräfte umschulen und vermitteln. Sie hat dafür genug Geld und Personal. Doch klare Ziele und Erfolgskontrollen, wirksame Lehr- und Lernmethoden sowie eine erfolgreiche Organisation fehlen. Es wird ganz viel gemacht und gewerkelt, doch um den einzelnen Arbeitslosen kümmern sich die Wenigsten in dem „Koloss für Arbeit“ (FAZ)²⁵⁰.

Stellen wir uns doch einmal vor, in einem großen Krankenhaus würden sich alle Ärzte und Krankenschwestern nicht um die Kranken, sondern nur um die Verwaltung, Statistiken und Theorien kümmern.²⁵¹

Uns sollten weder die Zahl der Mitarbeiter noch das Budget stören, sondern die Ergebnisse. *„Statt den Arbeitsmarkt politisch im Ist-Zustand zu verwalten, sollte die BA den Arbeitsmarkt nachhaltig entwickeln“*, meinen zu Recht Kritiker. Doch wer an die „unsichtbare Hand“ glaubt, der darf die Hände in den Schoß legen oder mit ihnen entspannt die Raute machen. „Nur ein kleiner Teil der erfolgreichen Jobsuche kommt durch die Vermittlung der Arbeitsagenturen zustande“, urteilt Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Und er kritisiert zu Recht: „Mittlerweile wirbt sie (= BA) in aller Welt Fachkräfte für Deutschland an und führt Pilotprojekte bis nach Asien durch.“²⁵² Weltweit auf Reisen zu gehen, ist für BA-Leute schöner, als daheim hart zu arbeiten und Zielvorgaben zu erfüllen.

Die **Ziele** der Sozialen Volkswirtschaft und des Bürgerstaates sind klar und ehrgeizig. Alle sollen als Fach- oder Führungskräfte arbeiten. Hartz IV war ein kleiner Schritt. Das Modell muss dringend weiterentwickelt werden. Es hatte von Anfang an einige Fehler.²⁵³

Da ist zuerst die **Trennung von Geldleistungen und Vermittlung**. Die Arbeitslosen wollen zuerst Geld sehen und bekommen es auch. Dann werden sie zu den Job-Vermittlern geschickt, wo sie oft zögerlich, manche gar nicht auftauchen. Und nun beginnt der mühsame

²⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.03.2015

²⁵¹ Von trägen Verkäuferinnen meinen Spötter: „Was stört, ist vor allem der Kunde“. – Erstaunlich mit welchen Theorien sich die BA vertieft beschäftigt, z.B. mit „Diversity“, Theorie der Vielfalt.

²⁵² FAZ, 14.03.2015

²⁵³ Wir haben dies bei Organisationsuntersuchungen in einigen Optionslandkreisen festgestellt. Sie haben die ganze Arbeitsvermittlung samt Jobcenter, von der BA in eigene Zuständigkeit übernommen.

Verwaltungsweg der „Sanktionen“ bis vor die Sozialgerichte. Die Vermittler beschränken sich oft darauf, dass in der Woche eine bestimmte Anzahl von Bewerbungen nachgewiesen wird. Die Fallzahlen der Vermittler/innen sind zumeist viel zu hoch. Es geht auch gar nicht um diese Art von „Vermittlung“, sondern um „Umschulung“. Außerdem ist „Vermittlung“ bei den Sachbearbeiter/innen unbeliebt. Wer kann, bewirbt sich weg. Geld auszuzahlen ist schöner und einfacher.²⁵⁴

Im Neckar-Odenwald-Kreis hatten wir schon vor der Hartz IV-Reform ein anderes System eingeführt. Wer Sozialhilfe wollte, weil er arbeitslos war, dem wurde gesagt: „Wir haben für Sie Arbeit. Gehen Sie zur Digeno²⁵⁵ dort hat man etwas für Sie.“ Rund 1/3, eingefleischte Schwarzarbeiter, tauchten dann weder bei der Digeno noch beim Sozialamt wieder auf. Wie die Digeno berichtete, konnten alle Arbeitssuchenden mit einem Berufsabschluss und ohne Vermittlungshemmnisse (seelische Störungen, Alkohol, Langzeitarbeitslosigkeit u. ä.) kurzfristig in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden. Andere bekamen eine Probe- und Einarbeitungszeit in Kreiseinrichtungen oder Praktika in Unternehmen.

Wir ziehen daraus Schlüsse: Wer sich in einem Job-Center arbeitslos meldet, sollte sofort **bei der BA fest angestellt** werden.

Damit sind wir beim nächsten Ärgernis von Hartz IV. Viele, die in einem **1-Euro-Job** geschickt wurden, streikten. „Für einen Euro arbeite ich nicht. Ich bin nicht so dumm, dass ich nur einen Euro verdient hätte.“ Tatsächlich sieht die Welt ganz anders aus. Wenn nämlich alle Leistungen von Hartz IV zusammengerechnet werden, dann kommen oft ganz normale Löhne heraus. Es beginnt mit dem gewöhnlichen Geldbetrag zum Leben. Das ist der sogenannte Warenkorb gemäß dem sozio-kulturellen Existenzminimum. Darin ist alles, was zu einem sozialverträglichen und unserer Kultur entsprechenden Leben gehört (z.B. auch Zeitungen, Kinobesuch). Dann werden die Mietkosten und besondere Bedürfnisse, Kindergeld usw. eigens berechnet und vergütet. Der Kampf gegen zu teure und zu luxuriöse Wohnungen ist für die Sachbearbeiterinnen in Jobcentern ein ständiger Nervenkrieg.

Als Landrat aß ich mittags auch ab und zu in unserer Kantine. Da klagte mir ein Beamter im mittleren Dienst sein Leid: „Ich ärgere mich oft, wenn

²⁵⁴ Das sind meine Erkenntnisse bei Untersuchungen der Arbeitsvermittlung in Options-Landkreisen.

²⁵⁵ Digeno = Dienstleistungsgesellschaft Neckar-Odenwald = kreiseigene Beschäftigungs-GmbH

ich an Asylbewerber gleichen Alters und gleichen Familienstands mehr auszahlen muss, als ich hier Netto verdiene.“ Ich konnte es nicht glauben und bat um eine schriftliche Gegenüberstellung der Geldleistungen. Nach einigen Tagen kam tatsächlich ein DIN-A4-Blatt mit der Vergleichsrechnung. Der Mann hatte Recht.

Damals war ich im Sozialausschuss des baden-württembergischen Landkreistages. Da traf es sich gut, dass sich unser Sozialminister Vetter sich für eine der nächsten Sitzungen zum Gespräch mit den Landräten angemeldet hatte. Ich meldete mich und wollte ihm die schriftliche Vergleichsrechnung übergeben. Doch er winkte ab und sagte: „Wir von der CDU dürfen da gar nichts sagen. Sonst sind wir die Partei der sozialen Kälte. Bitte, so nicht!“ Das war ein Grund für sein Abwinken, ein zweiter kam hinzu. Die Minister zeigen heute einen großen Ressort-Egoismus. Für ihren Aufgabenbereich wollen sie möglichst viel Geld und viel Personal. Das bringt Ansehen und Gewichtigkeit.

Ich sah die Sache immer ganz anders. Nach meiner Vorstellung ist jede Führungskraft dafür verantwortlich, dass in ihrem Zuständigkeitsbereich ständig Reformen, Verbesserungen stattfinden und Missstände beseitigt werden. Das bringt natürlich oft Ärger und kann Wählerstimmen kosten.

Mich stört es nicht, wenn Arbeitslose die o. g. Geldbeträge bekommen. Doch sie müssen eine dazu passende **Gegenleistung** erbringen, d.h. wie alle anderen arbeiten und Steuern zahlen. Das ist die **Umschulung**.

Wir kommen zum Ergebnis: Von den Kosten betrachtet, können wir alle Arbeitslosen beschäftigen und dafür bezahlen. Wer aus höher bezahlter Arbeit kommt, könnte auch ruhig einen angemessenen höheren Umschulungslohn bekommen. Allerdings müsste ein „Ausbildungsanteil“ als Gegenleistung für die Fortbildung abgezogen werden. Dies ist schon deshalb nötig, damit sich niemand im Netz der „Dauerumschulung“ ausruht. Es muss ein deutlicher finanzieller Anreiz bestehen, in den 1. Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Ein weiterer Konstruktionsfehler im heutigen Hartz IV-System ist die **mangelhafte Eingangsprüfung**. Bei unseren Untersuchungen in Optionskreisen zeigte sich, dass die Vermittler/innen gar nicht genau wissen, was die Leute können, manchmal auch nicht, was sie wollen.

Und das Papier (Zeugnisse usw.) ist geduldig. Daraus ist das Leben meist nur sehr lückenhaft zu erkennen.

Die Digeno ließ die Arbeitssuchenden Probe arbeiten. Da wurden schnell Vermittlungshindernisse wie Alkohol, Unpünktlichkeit usw. festgestellt. Aber die verborgenen Befähigungen und Neigungen, die wirklichen Potenziale wurden dabei nur z.T. erkannt. Gerade bei einer anspruchsvollen Umschulungsbeschäftigung ist eine gründliche Eingangserhebung die Voraussetzung für den Erfolg.

Mir ist das einmal widerfahren, als ich mich als Zeitsoldat verpflichtete. Ich war beeindruckt und erinnere mich noch gut. Für zwei Tage musste ich in die Olga-Kaserne nach Stuttgart. Dort traf ich dann auf Freiwilligen-Bewerber für alle Dienstgrade und mit allen Vorbildungen vom Hilfsarbeiter bis zum Abiturient. Alle wurden gleich gründlich untersucht und getestet. Beteiligt waren nach meiner Erinnerung 5 bis 6 Herren vom Arzt, Offizier, Psychologen bis zum Beamten der Wehrbereichsverwaltung. Es gab mit dieser ganzen Runde dann am Ende des zweiten Tages eine freundliche und aufschlussreiche Abschlussbesprechung, in der die Entscheidung mitgeteilt wurde.

Später war ich als Fähnrich ein Vierteljahr Ordonanzoffizier beim Bataillonskommandeur und stellvertretender S1 (= Personaloffizier).²⁵⁶ Dabei hatte ich Zugriff auf meine Personalakte. Beim genauen Studium war ich nochmals überrascht, wie – aus meiner Sicht – genau und richtig ich beurteilt worden war. In meinem Leben bekam ich noch einige dienstliche Beurteilungen. Doch aus meiner Sicht war keine so treffend wie die damals bei der Bundeswehr. Es waren nicht nur die körperliche Musterung, sondern auch sportliche Übungen an Reck und Barren, allerlei kleinere schriftliche und rechnerische Testaufgaben, persönliche Einzelgespräche zu erledigen; und es war aus Einzelteilen ein kleines Maschinlein zusammenzusetzen. Die Uhr klingelte gerade, als ich fertig war. Ich fand diese Aufgabe besonders anspruchsvoll. Im Abschluss-Gespräch wurden mir eine gute Werkzeugkunde und für einen Gymnasiasten ein etwas über dem Durchschnitt liegendes technisches Geschick bescheinigt.

Trotzdem habe ich etwas zu bemängeln. Wegen des Arztgeheimnisses war das Ergebnis der ärztlichen Musterung nicht bei den Personalakten

²⁵⁶ Ein Ordonanzoffizier ist so viel wie ein Persönlicher Referent eines Kommandeurs.

des S1. Das lag beim Stabsarzt und ich hatte nie Einblick. In der Olga-Kaserne erfuhr ich nur, dass ich „tauglich 2“ war. Auf dem Arztbogen war eine ganze Reihe von Zahlen eingetragen worden. Ich fragte, was das zu bedeuten habe. Und ich erfuhr: „Das sind Ihre Fehler. Drum reicht's nicht zu tauglich 1.“ Doch nie erklärte mir ein Arzt, was hinter diesen Ziffern steckte.

Das war erst möglich bei der ärztlichen Eingangsprüfung für eine Wehrübung. Ein junger, wehrpflichtiger Stabsarzt saß mir gegenüber. Ich meinte: „Sagen Sie mir doch einmal, was mir alles fehlt.“²⁵⁷ Dieser freundliche junge Mann erklärte mir alle Ziffern und ich konnte über meinen Gesundheitszustand beruhigt sein. Doch ich erfuhr gleichzeitig, wo ich vielleicht gleich oder in späteren Jahren aufpassen musste. Ich dachte mir, das wäre für alle Soldaten wichtig. Denn nur wer weiß, auf was er gesundheitlich achten muss, kann rechtzeitig das Richtige für seine Gesundheit tun.

Kehren wir zur Eingangsprüfung bei Hartz IV zurück. Dort gibt es zu grobe Kategorien, die zeigen sollen, wie nah oder wie fern ein Arbeitsuchender dem Arbeitsmarkt steht. Wie wichtig das ist, zeigte mir eine andere Erfahrung. In unserem Kreis lagen mir die Arbeitslosen stets am Herzen. So stellte ich einen Sozialarbeiter ein. Er sollte sich ausschließlich darum kümmern, Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Frohgemut ging er an die Arbeit. Doch nach einigen Monaten kündigte er. Es sei hoffnungslos mit diesem Langzeitarbeitslosen, klagte er.

Doch wir gaben nicht auf. Mein Vorschlag nachzudenken, wie wir durch Probe-Beschäftigung beim Landkreis Arbeitslose in Arbeit bringen könnten, griffen drei Beamte auf. Es waren der Kämmerer, der Sozialdezernent und der Leiter unserer Abfallwirtschafts-GmbH. Sie kamen mit dem fertigen Konzept der Digeno zu mir. Der Geschäftsführer Abfallwirtschafts-GmbH wurde als Diplomkaufmann der Leiter der Digeno. Er ging auch frohgemut ans Werk, doch er wählte den umgekehrten Ansatz wie der Sozialarbeiter. Letzterer hatte sich berufsbedingt zuerst die schwierigsten Fälle, die Langzeitarbeitslosen vorgenommen. Der Betriebswirt dachte wirtschaftlich: „Ich brauche Erfolge, also Arbeitslose, die in Arbeit kommen.“ Er kümmerte sich

²⁵⁷ Damals wahrten die Ärzte das Arztgeheimnis sogar gegenüber den Patienten. Arztbriefe bekam man fest verschlossen zur Überbringung an den Facharzt in die Hand gedrückt. Erst die Rechtsprechung öffnete den Ärzten den Mund gegenüber ihren Patienten und den Brief.

zuerst um die am leichtesten vermittelbaren Leute. Das waren kürzlich arbeitslos gewordene Fachkräfte. Sie gehören zur Kategorie A, weil sie dem Arbeitsmarkt am nächsten stehen. In die Kategorie D fallen die am schwersten zu Vermittelnden. Jeden der Kategorie A kannte er genau.

Und nun machte er genau das Richtige, er ging auf Reisen, aber zu den mittelständischen Unternehmern im Landkreis. Er ließ sich überall erklären, für welche Aufgaben Arbeitskräfte gesucht wurden. Dann bot er Probearbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Zuschüssen vom Arbeitsamt usw. an. Auch danach blieb er mit den Unternehmern und den vermittelten Fachkräften in Kontakt. Schließlich konnte er sagen: „Ich haben keinen arbeitslosen Facharbeiter der Kategorie A und B mehr.“ Er hatte seinen Auftrag ausgeführt und das Ziel erreicht. Für Langzeitarbeitslose müsste es mit einer festen Anstellung in einer dualen Umschulungseinrichtung beginnen. Das konnte die Digeno nicht leisten.

Wir kommen zu einem Ergebnis. Bei einer den o.g. Zielen verpflichteten BA sind sehr genaue Eingangsprüfungen, hochmotivierte und qualifizierte Vermittler sowie mit den Unternehmen abgestimmte Umschulungsmaßnahmen nötig. – Vertiefen wir das.

Eine umfangreiche und aufschlussreiche Eingangsprüfung muss die Neigungen und Begabungen der Arbeitslosen herausarbeiten. Nur so kann eine zielgenaue Umschulung einsetzen. Vor der Vermittlung steht die Befähigung. Statt reine „Vermittler“ brauchen wir „**Begleiter**“. Sie haben dann nicht nur die Umschulung, sondern auch die Vermittlung und die Einarbeitung zu begleiten. Zu dem Arbeitssuchenden muss ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Bei Konflikten am neuen Arbeitsplatz müssen sich die Betroffenen an ihre Begleiter wenden können – auch nach Jahren. Vielleicht werden sie zu Karrierebegleitern.

Das hat Folgen. Die Stellen der „Begleiter“ sind entsprechend hoch zu bewerten und zu entlohnen.²⁵⁸ Die Auswahl für diese Aufgabe muss äußerst sorgfältig sein. Hier geht es wirklich um Berufs-, Menschen- und Familienschicksale. Ob dafür viele tauglich sind im 100.000-Personen-Heer der BA? Viele sicher nicht, wie ich feststellen musste.

²⁵⁸ Höherer Dienst, aber mindestens wie Personaloffiziere bei der Bundeswehr

Jetzt sollten wir uns noch drei **Gruppen von Arbeitssuchenden** genauer ansehen: (1) die Berufseinsteiger, (2) ältere Arbeitnehmer, (3) die Langzeitarbeitslosen.

Selbst **Berufseinsteiger** mit Hochschulabschluss haben es heute schwer. Denn die Unternehmen suchen wegen des Shareholder Values fast nur berufserfahrene Arbeitnehmer. Schauen wir uns die Stellenanzeigen an, z.B. in den VDI-nachrichten. Für eng umschriebene Aufgaben werden Ingenieure mit fünfjähriger Erfahrung in genau diesem Bereich gesucht. Inzwischen raten Berufsberater den Berufseinsteigern, sich trotzdem zu bewerben. Vielleicht fehlen altgediente Bewerber.

So traf ich in der Schweiz einen Lüftungsingenieur aus Thüringen: „Ich habe nach dem Studium mir die Finger blutig geschrieben und vielleicht hundert Absagen bekommen. Dann habe ich mich in der Schweiz beworben und sofort eine Anstellung zu guten Bedingungen bekommen. Ich bin jetzt 5 Jahre hier. Mir gefällt es gut. Ich bleibe.“ Mir sind einige solche Fälle persönlich bekannt.

Ein guter Freund, ebenfalls Ingenieur, der kurz vor dem Ruhestand steht, arbeitet in einem großen Schweizer Konzern. Hier gilt inzwischen leider auch reiner Aktionärsnutzen (Shareholder Value). „Früher haben wir unseren Nachwuchs selbst nachgezogen. Es wurden eigentlich immer Hochschulabsolventen eingestellt und weitergebildet. Inzwischen ist das anders. Alle müssen mindestens mehrere Jahre Berufserfahrung mitbringen.“ So werden dem Mittelstand eingearbeitete Fachkräfte abgeworben. Doch auch der Mittelstand nimmt lieber eingearbeitete Fachkräfte aus aller Welt, als junge Leute einzuarbeiten.

Hier sind gute „Begleiter“ nötig. Gegebenenfalls müssen sie mit den Firmen absprechen, welche außerbetrieblichen Vorbereitungskurse und Weiterbildungen für eine Anstellung erforderlich sind. Es muss genossenschaftlich gehandelt werden; Bundesagentur, Unternehmen und Arbeitnehmer müssen eng zusammenwirken. Zu überlegen ist auch, ob Unternehmen, die gar nicht aus- und weiterbilden, eine Ausbildungsabgabe zahlen müssen. Damit könnten die Trittbrettfahrer wenigstens teilweise zu den Kosten der Vorbereitungskurse herangezogen werden.

Letztlich müssen alle Beteiligten gemeinsam und genossenschaftlich den Fachkräftemangel beheben.²⁵⁹ Oft wissen die Beteiligten auch nicht genau Bescheid. In unserem Partnerkreis Zittau hieß es nach der Wende, alle Arbeit sei weggebrochen. Das wollte ich genau wissen und ging zum Arbeitsamt. Ich fragte, ob es überhaupt keine Arbeit gäbe. „Doch“, sagte der Vermittler, „CNC-Kräfte könnte ich so viele einstellen, wie ich bekomme.“ „Warum machen Sie keine Kurse? Hier gab es doch bis vor kurzem eine blühende Textil- und Frottee-Industrie. Die hatte doch Facharbeiter.“ Der Beamte des Arbeitsamtes meinte, die älteren Arbeitnehmer würden die Eingangstests nicht bestehen. Die Kurse dauern eine festgelegte Zeit, da müssen die Leute schon Vorkenntnisse mitbringen. Ich meinte, dann müssen Sie eben Vorkurse machen, die auf die Eingangsprüfung vorbereiten. In Frankreich machten dies die Abiturienten auch, die auf die „Großen Schulen“ wollen. Er meinte knapp: „Dafür gibt es kein Geld“. „Beantragen Sie es.“ „Aussichtslos!“

Dann hörte ich in einem westsächsischen Landkreis von der Sozialamtsleiterin: „Bei uns gibt’s überhaupt keine Arbeit. Manchmal frage ich mich, warum wir überhaupt „Hilfen zur Arbeit“ anbieten.“ Daraufhin bat ich die Arbeitsvermittlerin von Adecco²⁶⁰ aus Chemnitz zu einem Gespräch ins Sozialamt. Sie sagte das glatte Gegenteil: „Wir haben auf unsere Kosten Gabelstaplerführer ausgebildet und alle vermittelt: Wir könnten noch mehr vermitteln, wenn mehr die Kurse besuchten.“ Außerdem würden alle Fachkräfte für Metallverarbeitung gebraucht. Und schließlich meinte sie: „Wir sind an jedem interessiert, der arbeiten will. Wir können die meisten davon vermitteln.“ Das war vielleicht schon etwas zu optimistisch. Wie sagte ein Sachse so schön auf sächsisch: „Nanu, so lange unsere Leute fürs Nichtarbeiten so viel bekommen wie für die Arbeit, werden sie eben nisch [nicht] arbeiten.“ An vielen Ecken klemmt es heute.

Kommen wir zu der zweiten Gruppe, den **älteren Arbeitnehmern**. Für sie müssen oft altersgerechte Arbeiten und Aufgaben gefunden werden. Diese erledigen sie dann häufig sogar genauer und zuverlässiger als die Jungen. Beeindruckt hat mich ein Interview im SRF 1 [Schweizer Rundfunk und Fernsehen] mit einer hohen Vertreterin der

²⁵⁹ Teilweise wird ein echter Fachkräftemangel sogar bezweifelt, Handelsblatt, 17.08.2015: „Genial daneben, Prognosen zum Fachkräftemangel sind ebenso beliebt wie ungenau – aus gutem Grund“

²⁶⁰ Adecco ist eine private Schweizer Arbeitsvermittlung und die Größte weltweit. Sie gehört zu den 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt.

Arbeitgeberorganisation nach der erfolgreichen Volksabstimmung gegen die Masseneinwanderung (2015). Sie bedauerte pflichtgemäß das Ende der weltweiten Anwerbung von Fachkräften. Doch dann kam sie zur Sache: *„Wir müssen uns wieder mehr um unsere älteren Arbeitnehmer kümmern. Sie dürfen nicht vorzeitig ihr Wissen mit in den Ruhestand nehmen.“* Weitere zielführende Überlegungen folgten. Auch bei uns sind Frührente oder Vorruhestand keine Lösungen, wenn wir im Gesamtzusammenhang denken. Denn das nutzt in der Regel weder dem Arbeitsmarkt noch der Sozialversicherung, noch den Betroffenen. Eine Arbeitsagentur, die alle Beteiligten gut kennt, wird auch Lösungen für ältere Arbeitnehmer finden. Es heißt ja derzeit oft: „Es gibt mehr fachlich qualifizierte Arbeit als Fachkräfte.“

Kommen wir zur dritten Gruppen, den **Langzeitarbeitslosen**. Nach dem bisher Gesagten dürfte es sie im Modell einer genossenschaftlichen Bundesagentur gar nicht geben. Doch nun haben wir eben 1 Million Bürger mit diesen Schwierigkeiten. Tatsächlich ist die Zahl zu niedrig. Denn die sogenannten „Drehtürarbeitslosen“ kommen dazu. Das sind Arbeitnehmer, die von einer Eingliederungsmaßnahme und Kurzbeschäftigung in die andere weitergereicht werden. Sie fassen nicht wirklich Fuß im 1. Arbeitsmarkt.

Nun hat unsere Arbeitsministerin Frau Nahles ein Programm für Langzeitarbeitslose mit 885 Millionen Euro bis 2020 aus EU- und Bundesmitteln aufgelegt. Es wird vor allem mit Lohnzuschüssen gearbeitet. Es droht zum Flop zu werden.²⁶¹ Der Geschäftsführer des Jobcenters Gelsenkirchen lobt ausdrücklich, dass nach langer Zeit wieder einmal ein Programm für Langzeitarbeitslose aufgelegt wurde. Er kritisiert aber, dass die Arbeitgeber, wie bei EU-Mitteln üblich, mit 20- bis 50-seitigen Anträgen und Zuwendungsbescheiden gequält werden. Vor allem konnte er die bescheidenen 128 Plätze nicht besetzen, obwohl die Arbeitslosenquote in Gelsenkirchen bei 14,5 % liegt. Nur für 50 Plätze fand er Interessenten; und trotz „Coaching“ sind schon wieder 11 abgesprungen. Der Fehler war, sie sollen mit Lohnkostenzuschüssen sofort in den 1. Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Soweit waren sie noch nicht – und warum sollen sie arbeiten, wenn sie für Nicht-Arbeit das Gleiche bekommen.

²⁶¹ Handelsblatt, 24.06.2016: „Gefangen in der Hartz IV-Falle“

Dazu passt ein anderer Bericht. Vor Jahren war in der Stuttgarter Zeitung zu lesen, dass im Arbeitsamtsbezirk Heilbronn für die Gurken- und Traubenernte Arbeitslose eingesetzt wurden, aber sich alle nach kurzer Zeit krank meldeten. Saisonarbeiter aus Osteuropa mussten wieder ran. Das ist verständlich.

Hier fehlt die geschickte und begleitende Heranführung der Arbeitslosen an den 1. Arbeitsmarkt. Sie sollten nicht mit Lohnzuschüssen gleich mitten hinein ins volle Arbeitsleben geschickt werden. Das ist so, wie wenn Rekruten ohne Ausbildung ins Manöver ziehen müssten.

Langzeitarbeitslose müssen zu allererst in drei Bereichen aufgebaut werden. Das Erste ist die **körperliche Belastbarkeit** und Gesundheit einschließlich einem genügendem Selbstbewusstsein. So sonderbar es klingen mag, die Leute brauchen Sportstunden und Fitness-Studios. Diese körperliche Ertüchtigung wird am besten in kleinen Gruppen und mit guter Betreuung und Belohnungen erreicht. Dann erst kann man mit körperlicher und fachlicher Arbeit beginnen. Dazu müssen die **Arbeitstugenden** eingeübt werden, die manche fälschlich als Sekundärtugenden bezeichnen, obwohl sie Grundvoraussetzung sind: pünktlich, ordentlich, dann offen, ehrlich und zuverlässig. Die Menschen sind unterschiedlich und freuen sich über **Wahlmöglichkeiten**. Daher sollten angeboten werden (1) Arbeit mit Menschen (z. B. Alten- oder Krankenpflege), (2) Arbeit für die Kultur (z. B. Hilfsdienste beim Denkmalschutz, Technik) und (3) Arbeit für Natur- und Umweltschutz.

Ich besuchte einmal archäologische Grabungen aus der Römerzeit in Osterburken. Mit großem Eifer arbeiteten hier eine ganze Reihe von Jugendlichen mit langen Haaren und zerrissenen Hosen. Ich fragte den leitenden Archäologen, wer das sei. Er meinte: „*Das sind lauter arbeitslose Jugendliche. Die machen das hervorragend!*“

Wer so weit fortgeschritten ist, der kann nun als Umschüler z. B. zum Handwerker im Denkmalschutz, zum Forstwirt, früher Waldarbeiter weiter ausgebildet werden. Gelingt es hier kollegiale Arbeitsgruppen zu formen, dann kann auf „Erfolgslust“ gehofft werden. Der von den Grünen geforderte „Soziale Arbeitsmarkt“ ist dann richtig, wenn er eine Vorstufe zum 1. Arbeitsmarkt ist. Besonders reizvoll könnte es sein, wenn solche Arbeitskräfte im eigenen Wohnumfeld zur Verschönerung und Verbesserung der dortigen Verhältnisse eingesetzt werden können.

Dann erkennen sie einen unmittelbaren Nutzen für ihre Angehörigen, Nachbarn und sich selbst. Außerdem können sie bei Erfolg mit sozialer Anerkennung rechnen. Etwas einfallen lassen muss sich unsere 100.000-Mann-BA.

Da die Leute in einem solchen Sozial-Arbeitsverhältnis unkündbar sind, ist wie bei Beamten über Sanktionen bzw. ein Disziplinarrecht nachzudenken. Heute wird von den Jobcentern geklagt, dass die Sanktionen viel zu bürokratisch, klaganfällig und oft wirkungslos seien.

6.3 Duale Umschulung für Führungskräfte

Wir leben im Zeitalter der Fusionen und Aufkäufe von Unternehmen. Das soll die Größe und Schlagkraft der Großen noch größer machen. Dabei sollen die Kosten gesenkt, die Gewinne erhöht werden. Das geht am schnellsten durch Personalabbau auf allen Ebenen, und eben auch bei den Führungskräften. Wenn ein Großer einen Kleineren schluckt, dann fallen oft ganze Abteilungen weg. In der Zentrale werden bisherige Führungs-, Finanz-, Forschungsaufgaben u.ä. künftig miterledigt.

Nicht nur dort beschäftigte Fachkräfte, auch viele mittlere bis hohe Führungskräfte wandern in die Arbeitslosigkeit. Da sie meist keine finanzielle Not im Sinne von Hartz IV leiden, sind sie politisch unwichtig. Doch sie und ihre Familien leiden still. Und ihre wertvollen Fähigkeiten liegen brach.

Arbeitslose Führungskräfte müssen Anspruch auf Duale Umschulung und Vermittlung in neue, passende Führungsaufgaben haben. Niemand wird allein gelassen. Wer es sich leisten kann, auf eigene Kosten nicht zu arbeiten, der kann es tun. Das ist die Privatautonomie freier Bürger.

Es gibt 100 Tsd. arbeitslose Akademiker. Dabei ist arbeitslos nur, wer Arbeit sucht, also dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und Arbeitslosenhilfe beansprucht. Statt Hartz IV müssen auch Akademiker als Fach- oder Führungskräfte umgeschult und vermittelt werden.

Bei der Umschulung von Führungskräften muss das Schwergewicht auf dem Thema Führung liegen. Denn das liegt heute im Argen – sowohl in der Wirtschaft wie in der Politik.

Mein Freund Walter studierte nach der Bundeswehr Volkswirtschaft und bekam eine schöne Stelle bei den Heidelberger Kraftanlagen GmbH (gegr. 1926), einem angesehenen einheimischen Kraftwerkbauer. Jährlich trafen wir uns mindestens einmal, und ich bekam mit, wie bei dem Unternehmen eigentlich ständig ein Eigentümerwechsel anstand oder stattfand. Der Walter war dabei immer in Sorge, überflüssig zu werden. Der Finanzbereich, in dem er arbeitete, hätte dann schnell wie andere Abteilungen aufgelöst, die Geschäfte von einer neuen Zentrale

übernommen werden können. Über ihm schlugen die Kündigungen öfter ein. So war er froh, nicht zu hoch aufgestiegen zu sein. Heute gehört die Gesellschaft dem Schweizer Großunternehmen Alpiqu mit weltweit 80.000 Mitarbeitern und Sitz in Lausanne. Das ist weit weg von Heidelberg, aber immer noch besser als das Opfer eines Finanzunternehmens, einer weltweit zuschlagenden Heuschrecke wie Blackstone zu sein.²⁶²

Für leitende Mitarbeiter gibt es tatsächlich keinen Kündigungsschutz. Ich kenne einige, die sogenannte „Netzwerke“ mit Kollegen aufgebaut haben, um im Ernstfall entsprechende Informationen über freie Stellen zu erhalten. Doch auch in den Netzwerken herrscht weniger Kameradschaft als knallhartes Karrieredenken. Leitende Mitarbeiter rechnen heute immer damit, nicht mehr gebraucht, weggemobbt, auf ein Abstellgleis geschoben oder gekündigt zu werden.

Da ist es kaum möglich ein Häusle zu bauen, die Kinder gut zu beschulen, einen etwas größeren Haushalt zu haben. Einige Umzugskisten im Keller oder Speicher werden gar nicht mehr ausgepackt. Wer sich einen guten Ruf aufgebaut hat, vertraut noch auf die Headhunter, die Personalvermittler von Führungskräften über Länder und Kontinente. Heimatlos, ohne zuverlässigen Arbeitgeber, aber ständig unter Zeit- und Reisedruck, unter der Peitsche von Quartalzahlen und Konjunkturdaten fristen sie oft ein ungesundes Leben. Dabei haben sie nicht einmal die Freizeit, ihren hohen Gehalt zu genießen. Spätestens ab 50 Jahren sinkt ihr Stern auf dem Arbeitsmarkt.

Glück und Zufall, Seilschaften und Bekanntschaften, großartiges Auftreten und blendende Vorstellungsgespräche sind oft wichtiger als Charakter und Menschlichkeit. Das Gift der Karriere und des Geldes nagt im Herzen, steht oft über Kollegialität und guter Mitarbeiterführung. Für viele gilt im Kampf um Geld und Geltung: *Tarnen, Täuschen, Triumphieren*. Dabei sind die wirklichen Tugenden in einer guten, erfolgreichen Organisation und Truppe: *offen, ehrlich, zuverlässig*.

Selbst bei einer groß angelegten Untersuchung der „Inneren Führung“ in der Bundeswehr war die erste und wichtigste Forderung der befragten Soldaten: „Vertrauen“. Wenn das so eindeutig herauskommt, dann muss

²⁶² Ein Beispiel zu Blackstone unten bei „7.1 Aufgaben und Wirkungen des Geldes“

es fehlen. Denn was gut läuft, wird als selbstverständlich empfunden, nur Mängel und Missstände tun weh.

Wir kommen zu einem ersten Ergebnis. Alle, auch die mittleren und höheren Führungskräfte brauchen **soziale Sicherheit** und **Kollegialität** mit gleichgestellten, mit unterstellten und mit vorgesetzten Mitarbeitern.

Damit sind wir wieder bei den Grundtugenden und Grundsätzen der Genossenschaftlichkeit. Wie verschworene Eidgenossen muss eine Gemeinschaft zusammenhalten und arbeiten, wenn sie im heutigen weltweit harten Wettbewerb wirklich Erfolg haben will. Das bedeutet, dass die Ausbildung, aber auch die Umschulung der Führungskräfte diese Führungseigenschaften überzeugend vermitteln muss. Das war die Stärke früherer deutscher Organisationen und zeichnet noch kleine Länder wie Finnland, Dänemark, die Niederlande und die Schweiz aus. Hier können wir nur einige Grundgedanken zur Führung ansprechen. Auf etwas mehr werden wir später, beim Friedensheer eingehen.

Manche sind erstaunt, warum heute so viel militärische Literatur den Führungskräften angeboten wird.²⁶³ Die Antwort gibt u.a. die neuste Ausschreibung der „Master- und Diplomlehrgänge“ des „Management Instituts St. Gallen“: *„Seit je sind die Managementlehre und die Management-Ausbildung durch eine verwirrende Vielzahl von wissenschaftlichen Ansätzen, Techniken und Methoden gekennzeichnet. Die große Mehrzahl dieser Hilfsmittel hebt einen besonderen Aspekt des Managements hervor. Naturgemäß sind sie nicht aufeinander abgestimmt. Deshalb ist schon von einem Dschungel der Management-Theorien gesprochen worden.“*²⁶⁴ Die St. Gallener Professoren versprechen mit ihrem Studiengang, Abhilfe zu schaffen. Doch die Aufgabe ist nicht in erster Linie wissenschaftlich zu bewältigen; die Praxis und Erfahrung sind viel wichtiger.

Eine solche **Zusammenführung von Praxis und Theorie** bieten unsere militärischen Grundsätze. In ihnen steckt sicher die bitterste, aber auch gründlichste Erfahrung. Die militärischen Führungsgrundsätze bauen nicht nur auf dieser praktischen Erfahrung auf, sind auch in sich

²⁶³ Neben Clausewitz gilt das auch für die chinesische Lehre der Kriegskunst, List und Strategie.

²⁶⁴ Master-Diplomstudiengänge SGMI Management Institut St. Gallen, St. Gallen 2016. Ein gutes Beispiel dafür ist das sogenannte Standardwerk von Wolfgang H. Staehle, Management, eine verhaltenswissenschaftliche Perspektive, München 1999 (8. Aufl.): ein großes Sammelsurium von wissenschaftlichen Einzelerkenntnissen.

schlüssig. **Führung** ist ein ganz entscheidender Erfolgsfaktor, eine Schlüsselqualifikation.

Die umfangreichen Forschungen von Harro von Senger u.a. zeigen, wie gerade die Chinesen heute auf ihre uralten militärischen Führungsgrundsätze zurückgreifen. Und von Senger betont immer wieder, dass für sie wirtschaftlicher Wettbewerb gleichbedeutend ist mit strategischer sowie taktischer, kurz kriegerischer Auseinandersetzung. Dabei betonen die alten Meister, dass der beste Sieg derjenige ist, der ohne Waffengewalt errungen wird. Man muss durch „politische Supraplanung den Krieg unsichtbar machen“.²⁶⁵

Hinzu kommt noch etwas. Die Wirtschaftswissenschaft hat mit **Adam Smith** und seinem „Wohlstand der Nationen“ eine Grundlage bekommen. Bei aller Kritik im Einzelnen war sein Werk ein großer, in sich schlüssiger Wurf mit großer Wirkung und Fortentwicklung. Das Recht hat der Franzosenkaiser **Napoleon** mit seinem Code Civil grundlegend reformiert, in ein schlüssiges Gesamtwerk gebracht, folgerichtig im Aufbau und klar in der Sprache. Unser BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) von 1900 wäre ohne diese Vorarbeit nicht möglich gewesen. Es gilt allgemein als ein gelungenes Gesetzeswerk.

Das Grundlagenwerk für das deutsche Militär, seine Strategie, Taktik und Führung hat Carl von **Clausewitz** geschrieben (1832).²⁶⁶ In jüngster Zeit war es Vorlage für das Buch der Boston Consulting Group „Clausewitz – Strategiedenken“.²⁶⁷ Das Werk von Clausewitz ist weltweit anerkannt, wurde in allen Armeen der Erde studiert, auch von Lenin und Mao. In Deutschland wurde es in Theorie und Praxis durch die Heeresdienstvorschriften (HDv) zur Truppenführung überzeugend und beharrlich bis heute fortentwickelt. Wir sollten die chinesische Strategie kennen, uns aber an Clausewitz halten. Er ist umfassender.²⁶⁸

Die Boston Consulting Group begründet auch, warum sie Clausewitz so zeitgemäß für die Wirtschaft hält:

²⁶⁵ Harro von Senger, Moulüe - Supraplanung, a.a.O., S. 34 – Clausewitz ähnlich: Krieg als letztes Mittel; Todschiessen des feindlichen Mutes, nicht der Krieger; Stadt und Land nicht zerstören usw.

²⁶⁶ Carl von Clausewitz, Vom Kriege; davon gibt es bis heute viele Ausgaben verschiedener Verlage.

²⁶⁷ Die BCG (Boston Consulting Group) ist eine der größten Unternehmensberatungen weltweit. Ihr Vizepräsident in München, Bolko v. Oetinger hat mit seinem Strategieinstitut 2001 das Buch herausgebracht.

²⁶⁸ Harro von Senger kennt ihn offensichtlich nicht. Sonst wären ihm einige Parallelen aufgefallen, die er als ur-chinesisch bezeichnet.

„In Zeiten des Umbruchs und der Ungewissheit versagen traditionelle Werkzeuge der Strategie. Keiner hat dies deutlicher erkannt als Carl von Clausewitz...Der eigentliche Wert seines großen Werkes „Vom Kriege“ liegt nicht in direkten militärischen Handlungsanweisungen, sondern in der grundsätzlichen Durchdringung der Natur des Krieges, der Strategien und der Führung komplexer Organisationen unter Bedingungen hoher Unsicherheit. „Vom Kriege“ bietet eine Entscheidungsphilosophie für jene obersten Führungskräfte, die in Situationen unter höchster Ungewissheit handeln müssen. Ungewissheit, die Normalsituation des Krieges, ist der Albtraum der Wirtschaft. Gerade heute erleben wir dies tagtäglich und hautnah.“²⁶⁹

Der derzeit anerkannteste Militärhistoriker und –theoretiker ist der Israeli Martin van Creveld²⁷⁰ Er bemerkt, dass die US-Army mit „allen möglichen Arten von Theorien aus der Sozial- und Betriebswirtschaft“ in den 1980er Jahren gearbeitet hat. „Mit diesen Theorien ausgerüstet, gingen die Streitkräfte in den Zweiten Golfkrieg, mit den desaströsen Resultaten, die schon bald deutlich wurden.“²⁷¹ Doch zuvor waren von der US-Army sowie „anderen Armeen in der ganzen Welt, große Teile ihrer Organisation und insbesondere das Generalstabssystem von dem deutschen Modell übernommen“ worden.²⁷²

Von den US-Heeresvorschriften sagt van Creveld: „Obwohl auch hier wieder ganze Sätze direkt aus deutschen Vorschriften stammen, bleibt der allgemeine Eindruck doch etwas anders.“²⁷³ Einer der Unterschiede besteht darin, dass seit dem älteren Molke im deutschen Heer selbstständiges Handeln und eigenverantwortliches Entscheiden bis in die untersten Ebenen galt und betont wurde. Die amerikanischen militärischen Führer haben keine Parallele zur deutschen Auftragstaktik entwickelt, die viele von ihnen laut General Patton schwer verständlich fanden.²⁷⁴

Das Werk von van Creveld entstand aufgrund eines Auftrags des US-Verteidigungsministeriums von 1979 bis 1980. Die Welt befand sich auf einem der Höhepunkte des Kalten Krieges, und das amerikanische Heer nach dem Vietnamkrieg in einer Krise. Jetzt sollte ein kleines Team von einem Oberst und früheren Kampfpiloten, einem Harvard-Ökonom und Oberstleutnant der Reserve, einem Politologen und Buchautor, einem

²⁶⁹ Oetinger, Bolko von, Management by War, Financial Times Deutschland, 20.11.2001, S. 37

²⁷⁰ Martin van Creveld (geb. 1946), em. Prof. für Geschichte, Hebräische Universität Jerusalem

²⁷¹ Van Creveld, a.a.O., S. 10

²⁷² Van Creveld, a.a.O., S. 20

²⁷³ Van Creveld, a.a.O., S. 154

²⁷⁴ Van Creveld, a.a.O., S. 56

Flugzeugingenieur und als einzigem Nicht-Amerikaner dem israelischen Historiker van Creveld untersuchen, was zu der einmaligen Kampfkraft des deutschen Heeres geführt hatte. Der Nationalcharakter war es nicht, wie van Creveld gleich im zweiten Kapitel feststellt.

Eine gewisse Ähnlichkeit der deutschen Führungsgrundsätze mit den von den Bürgern geforderten Eigenschaften der Politiker ist festzustellen. Danach verlangen sie an erster Stelle und mit größter Gewichtung *Vertrauen*, dann *Voraussicht*, es folgen *Sachverstand* und *Durchsetzungsvermögen* und an fünfter Stelle jeweils in der Wertung abgestuft *Bürgernähe*. Dazu passt, was in der HDv 300/TF 1936 [Truppenführung] steht: „Heer- wie Truppenführung erfordern urteilsfähige, klar blickende und vorausdenkende Führungspersönlichkeiten von Selbstständigkeit und Festigkeit im Entschluss, Beharrlichkeit und Tapferkeit bei seiner Durchführung, Unempfindlichkeit gegen die Schwankungen des Kriegsglücks und einem ausgeprägten Gefühl für die auf ihnen ruhende hohe Verantwortung. ... Der Offizier, der vor dem Feinde Kaltblütigkeit, Entschlossenheit und Wagemut zeigt, reißt die Truppe mit sich fort. Er muss aber auch den Weg zum Herzen seiner Untergebenen finden und ihr Vertrauen durch Verständnis für ihr Fühlen und Denken sowie durch nie rastende Fürsorge erwerben.“²⁷⁵

„*Im Krieg hat nur das Einfache Erfolg*“, diesen Satz kennt jeder deutsche Offizier, und van Creveld zeigt, wie er sich durch die ganze deutsche Strategie und Führungsgrundsätze zieht. Wert gelegt wird bis heute auf einfaches und folgerichtiges Handeln. Gleichwohl soll das freie und schöpferische Handeln auf den wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, die Clausewitz gelegt hat: „So ist dann in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch leicht.“ Erforderlich sind „große Stärke des Charakters, eine große Klarheit und Sicherheit des Geistes“.²⁷⁶

Wir Deutschen haben nach zwei verlorenen Weltkriegen mit unsäglichen Leiden und Strapazen keine Lust mehr auf Krieg. Doch für den inneren und äußeren Frieden, für den Bürgerstaat und die Soziale Volkswirtschaft sollten wir die bewährten Tugenden wieder aufleben lassen und einsetzen. Dann lassen sich vielleicht kalte und heiße Kriege am ehesten vermeiden.

²⁷⁵ zitiert nach van Creveld, a.a.O., S. 149 f.

²⁷⁶ Clausewitz, a.a.O., S. 150

Wir stellen fest: der größte Schulungsbedarf für Führungskräfte besteht nicht bei der Fachlichkeit, sondern bei der Führungsfähigkeit. Sie wird in unserem Bildungswesen nicht gelehrt. Hier herrscht großer Mangel. Alle Hochschulstudien sind Ausbildungen zu Fachkräften, Sachbearbeitern: Jura für Richter und Rechtsanwälte, Historie für wissenschaftliche Forscher (weniger für Lehrer), Technische Hochschulen für Ingenieure und Techniker für Einzellösungen, Medizin für Ärzte zur Behandlung von Patienten.²⁷⁷

Wer in die Praxis schaut und sie erlebt, der ist oft tief erschüttert, wie schlecht heute geführt wird, wie die Karrieresucht die Kameradschaft untereinander, nach oben und unten zerstört. Es gibt Schüler und Studenten, die ihre Kameraden nicht einmal mehr abschreiben lassen, weil sie die besseren Noten und Punkte im Abitur oder Examen wollen.

Noch ausgeprägter als in der Wirtschaft sind diese Untugenden beim Kampf um die Macht in der Politik. Daher kommt der Spruch: Die Steigerung von Feind ist Todfeind und dann Parteifreund.

Van Creveld, der die Sache äußerst genau untersucht hat, schreibt zur „Auswahl der Offiziere“: „Die Deutschen verlangten Charakter, die Amerikaner Intelligenz.“ Der „Army Classification Test“, ein Intelligenztest, war das Hauptinstrument der Auswahl von Offizieren.²⁷⁸ Das deutsche Verfahren, das van Creveld ebenfalls beschreibt, habe ich noch erlebt und oben beschrieben; ein IQ-Test war nicht dabei. Ganz einseitig intellektuell ist das französische Schul- und Hochschulwesen. Das gilt insbesondere für die Auswahl und Ausbildung bei den „Grand Écoles“, den Kaderschmieden für den Staat und die Wirtschaft. Die schlechten Abiturienten gehen an die Universitäten; die guten besuchen einen Zwei-Jahres-Kurs für die Aufnahmeprüfung an einer „Grand École“, die sie nur bestehen, wenn sie Glück haben. Manche Franzosen kritisieren das System. Präsident Hollande hat zwei solche Abschlüsse und macht weder eine einfallsreiche noch eine erfolgreiche Politik.

Wir kommen noch öfter, besonders beim Friedensheer auf unsere strategischen und taktischen Führungsgrundsätze zu sprechen, und stellen sie auch den chinesischen gegenüber. .

²⁷⁷ Das ist gut. Doch Chefärzte und Ärztliche Direktoren von Kliniken versagen oft als Führungskräfte. Darum wird ihnen als gleichberechtigt eine Krankenhausverwaltung zur Seite gestellt.

²⁷⁸ Van Creveld, a.a.O., S. 160

6.4 Generationenfolge und Sozialversicherungen

Ein wichtiger Baustein des Sozialstaats sind die auf Bismarck zurückgehenden Sozialversicherungen für Krankheit, Alter, Unfälle und inzwischen auch für den Pflegefall. Diese neben anderem in den zwölf Büchern des Sozialgesetzbuchs geregelten sozialen Absicherungen gilt es, leistungs- und zukunftsfähig zu erhalten.

Hier handelt es sich um die Verknüpfung von Wirtschaft und Staat. Der Sozialstaat und dann der Bürgerstaat sind mit ihrer Gesetzgebung und politischen Tätigkeit für die Funktionsfähigkeit dieser Absicherungen verantwortlich. Die Arbeitnehmer und Unternehmen werden mit den Sozialabgaben belastet und müssen sie auf die Preise aufschlagen. Das kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit senken oder steigern.

Das Regelwerk der Sozialversicherungen und der anderen staatlichen sozialen Absicherungen ist beim Bürgerstaat zu behandeln. Hier sollen nur einige Grundgedanken dargestellt werden, die auch die Überlebensfähigkeit unserer Volkswirtschaft betreffen.

Unsere Sozialversicherungen setzen eine geordnete und tragfähige Generationenfolge voraus. Wie früher auf jedem Bauernhof ernährt die arbeitende Generation ihre Kinder und ihre Alten. „Ökonomie“ heißt wörtlich übersetzt „Hauswirtschaft“. Und wie in der alten Hauswirtschaft ist es auch in der modernen Volkswirtschaft: niemand anders als die arbeitende Generation ernährt alle Nicht-Arbeitenden. So einfach ist das.

Heute sind wir auf dem Weg in eine doppelte Ausweglosigkeit. Die Alt-1968-er, die sich gerade in den Ruhestand verabschieden, hinterlassen den Jungen eine Geburtenlücke und einen Schuldenberg. Sie haben auf doppelte Art und Weise über ihre Verhältnisse gelebt: statt Kinder groß zu ziehen, haben sie sich selbstverwirklicht und die Welt bereist; und statt nur so viel auszugeben, wie der Staat einnimmt, haben der fehlgesteuerte Sozialstaat und die falsche Wirtschaftspolitik eine riesige Staatsverschuldung aufgebaut. Ich erinnere mich an Zeiten, da haben Ruheständler oft mehr Rente bekommen als ihr letzter Gehalt ausmachte. Heute soll wenigstens die 40-%-Grenze bezogen auf den letzten Verdienst nicht unterschritten werden. Nicht für die heutigen, aber für künftige Rentnergenerationen wird es eng. Im Gesundheitswesen ist

die Kürzungswelle bereits angekommen. Bei Hartz IV, einer Art Sozialhilfe, sorgt die Rechtsprechung dafür, dass das sogenannte sozio-kulturelle Existenzminimum für alle ausgezahlt wird. Wie lange das ohne Reformen des Sozialstaats und der Wirtschaftsordnung möglich ist, fragen die Richter nicht.

Grundsätzlich können die Sozialversicherungen auf zwei Arten finanziert werden: durch das Ansparprinzip (z.B. durch Lebensversicherungen, Pensionskassen) oder das Umlageverfahren, d.h. die Einzahlungen in die Rentenkassen werden sofort an die Rentner ausgezahlt. Das wurde bei uns in der Nachkriegszeit eingeführt. Die Löhne stiegen schneller als die Erträge aus den Ersparnissen. Die Rentner sollten aber am Wirtschaftswunder beteiligt werden. Statt zu sparen, hieß es nun umverteilen. Heute ist beides, auch das Sparen angesichts der Null-Zinsen, der Geldschwemme und der damit verbundenen Gefahr der Geldentwertung, des sog. Crashes zum Risikogeschäft geworden.

Angesichts der Geburtenlücke und dem daraus folgenden Fachkräftemangel heißen die strategischen Ziele: (1.) Arbeit für alle, die nicht alt oder krank sind. (2.) Politik für Familien und Kinder bis die Generationenfolge gesichert ist.

(1.) Die Arbeit wird in diesem Buch als Wirtschaftsthema abgehandelt.
(2.) Die Familienpolitik gehört zu den Aufgaben des Bürgerstaats und wird im Buch *„Bausteine des Bürgerstaat“* eingehend erörtert unter 3. *Vom Schulhaus zum „Haus für Familien“*

7. Geld im Dienst der Sozialen Volkswirtschaft

Wir haben im Abschnitt „1.5 Stückwerk bei Geldmarkt“ vor allem gezeigt, dass wir seit 1990 eine massive Geldschöpfung ohne Wertschöpfung erleben. Die Folgen sind eine Umverteilung von unten nach oben, die ständige und weitere Öffnung der Schere zwischen arm und reich, das Abschmelzen des Mittelstands und letztlich die völlige Geldentwertung, wo viele im Crash bzw. einer Währungsreform als Lösung sehen.

Wir fordern: Die Geldschöpfung muss der realen Wertschöpfung dienen. Geld zu haben, ist kein strategisches Ziel. Geld kann man nicht essen. Geld ist nur ein Mittel, damit die Versorgung der Bürger mit Gütern und Diensten, also der Kreislauf der Realwirtschaft reibungslos läuft, nicht zusammenbricht, dass es keinen Kreislaufkollaps gibt.

Das Ziel ist die bedarfsgerechte Versorgung der Kunden bzw. Bürger mit Gütern und Diensten. Geld ist für sie ein Abstimmungsmittel. Es bedeutet Selbstbestimmung, Freiheit von Armut und soziale Sicherheit.

7.1 Wir fragen nach den Aufgaben und Wirkungen des Geldes. Wie sollen sie sein? Was läuft falsch, dass Kapitalisten immer mehr die Realwirtschaft von oben und außen steuern und dabei immer reicher werden? Was muss anders gemacht werden?

7.2 Warum führt mehr Geld als Güter ins Verderben, in Finanz- und Euro-Krisen, in private und staatliche Überschuldung und Pleiten? Wie bringen wir die Geld- und die Gütermenge ins Gleichgewicht?

7.3 Wie kann Geld als Mittel für das Ziel „Mittelstand für alle“ wirken, eingesetzt werden? Wie können wir die Entwicklung zur Verarmung unserer Bürger und zum Ausverkauf unseres gewerblichen Mittelstands umkehren?

7.1 Aufgaben und Wirkungen des Geldes

Wir müssen darüber nachdenken: (1) welche Aufgaben und Wirkungen soll das Geld in machtfreien und durchschaubaren, also „vollkommenen Märkten“ haben? Welche hat es (2) in „vermachteten Märkten“ und welche (3) in „verselbständigten Geldmärkten“?

(1) Die herkömmlichen VWL geht von „**vollkommenen Märkten**“ aus. Dabei sind die klassischen „Geldfunktionen“: (a.) Geld ist ein Zahlungsmittel (Kauf), (b.) Geld dient der Wertaufbewahrung (Sparen), (c.) Geld ist eine Recheneinheit (Preise, Buchhaltung). Wir fügen hinzu: In vollkommenen, d.h. machtfreien und durchschaubaren Märkten ist (d.) Geld ein Abstimmungsmittel der Kunden und Bürger. Sie steuern von unten mit ihrer Nachfrage gemäß ihrem Bedarf die Realwirtschaft.

Dann muss Geld noch von denen, die mehr haben, als sie z.Z. brauchen (z.B. Sparer), zu jenen kommen, die mehr brauchen, als sie gerade haben (z.B. Investoren). Das ist die klassische Aufgabe der Geschäftsbanken. (bedarfsgerechte Vermittlung oder Allokation des Geldes). Auch die Finanzmärkte sind heute nicht vollkommen und durchschaubar, sondern vermachtet. Das hat Folgen.

(2) In **vermachteten Märkten** fressen die Großen die Kleinen. Diese Zusammenballung zu immer größeren Unternehmen nennen wir **Kapitalismus I**. Schon Marx, aber auch die Soziale Marktwirtschaft und die Kartellbehörden kämpften dagegen – offensichtlich vergeblich. Das führt zur Steuerung der Realwirtschaft von oben und außen (das wollen auch TTIP, TiSA). Langsam und stetig wird umverteilt. Hier helfen und verdienen die Investmentbanken.

(3) In den **verselbständigten Geldmärkten** geht es nicht mehr um die Realwirtschaft. Die bedarfsgerechte Versorgung der Menschen mit Gütern und Diensten ist nicht mehr im Blick. Es geht allein um Geldgewinne durch Spekulation und reine Geldgeschäfte (Derivate, Verbriefungen u.a.). Das ist der Kasinokapitalismus (Hans-Werner Sinn), das große Spiel mit dem großen Geld. Wir nenne es **Kapitalismus II**. Er bringt die schnellste Umverteilung von unten nach oben, macht die ganz Reichen ohne realwirtschaftliche Leistung immer reicher. Hier sind die Heuschrecken (Hedgefonds, Blackrock, Blackstone u.a.) am Werk.

Geld in vollkommenen Märkten

Schauen wir uns zuerst den idealen Soll-Zustand an, von dem die Theoretiker behaupten, er sei die Wirklichkeit. Er herrscht auf vollkommenen Märkten, wenn die einzelnen Marktteilnehmer nicht die Preise, das Angebot und die Nachfrage beeinflussen können.

Danach werden dem Geld drei Aufgaben zugeschrieben. Es ist ein Zahlungsmittel und erleichtert die Geschäfte, aus dem Tausch konnte ein Kauf werden. Geld war Gold; dieses ist gut handhabbar und haltbar. Es rostet nicht. So ist Geld oder Gold seit uralten Zeiten auch ein Wertaufbewahrungsmittel. Dann ist es eine Recheneinheit. Allem kann ein Preis zugeordnet werden, der alles miteinander vergleichbar macht. In einer Buchhaltung wird jeder Sache und sogar Personen mit ihrem Lohn ein Wert zugeschrieben. Es wird sogar leicht sichtbar, ob die Geschäfte sich aufwärts oder abwärts bewegen.

Nach dem Modell der ‚Sozialen Volkswirtschaft‘ fehlt bei diesen drei klassischen Geldfunktionen noch eine weitere und wichtige. Geld ist für die Kunden und Bürger ein Abstimmungsmittel. Das wurde oben beim vollkommenen Markt schon vorgestellt. Mit jedem Kauf entscheidet der Kunde an der Ladenkasse, was er braucht und will. Im Zeitalter der EDV ist vorstellbar, dass dieser Abverkauf über ein Netzwerk zum Großhändler und von dort unmittelbar bis in die Fabrik durchgemeldet wird. Stellen wir uns vor, dass dies eine Nachbestellung bewirkt und damit zugleich einen Auftrag zur Herstellung dieses Artikels.

Ist Geld ein Abstimmungsmittel, dann ist der Kunde König. Wie in einem Bürgerstaat die Politik von unten, basisdemokratisch gesteuert werden soll, so kann in einer ‚Sozialen Volkswirtschaft‘ auch die Wirtschaft von unten nach oben gesteuert werden, nicht umgekehrt wie z. B. in einer kommunistischen Planwirtschaft.

Geld, d.h. die Preise zeigen den Unternehmen auch an, wo etwas fehlt (steigende, hohe Preise) oder zu viel da ist (sinkende, niedere Preise), ob es sich lohnt mehr oder weniger zu produzieren. Geldpreise sind Knappheitsanzeiger.

Wir werden sehen, dass ab einer gewissen Machtzusammenballung in einer neoliberalen Wirtschaft die Steuerung von oben und außen erfolgt.

Zunächst ist aber noch eine weitere Aufgabe zu lösen. Es gibt Leute, die haben gerade mehr Geld, als sie jetzt brauchen. Statt es in den Sparstrumpf zu stecken, können sie es bei einer **Geschäftsbank** aufbewahren lassen. Diese gibt es gegen Zins an Investoren weiter.

Verhältnismäßig spät sind bei uns dafür flächendeckend Einrichtungen geschaffen worden. Die erste **Sparkasse** in Deutschland gründete 1749 der Abt Anselm II. Schwab (1713 – 1778) des Klosters Salem am Bodensee. Er schuf zunächst eine Waisenkasse.²⁷⁹ Hier wurden die Ersparnisse sicher aufbewahrt. Anselm war ein Allgäuer Bauernsohn und hatte nun eine gute, eine wohlfahrtsstaatliche Idee. Das aufbewahrte Geld lieh er Kaufleuten für deren Anschaffungen gegen Zinsen. Wenn diese tüchtig und zuverlässig waren, dann steckten sie das Geld in gewinnbringende Vorhaben und konnten Zins und Tilgung zahlen. Die erste Sparkasse war erfunden. Die erste kommunale Spar- und Leih-Kasse wurde 1801 in Göttingen gegründet. Es folgten viele.

Derzeit ist dieses Geschäftsmodell der Sparkassen ausgehebelt. Die Null-Zins-Politik, teilweise Negativzinsen der EZB schädigen nicht nur die Sparer. Die Geschäftsbanken können die Spareinlagen nirgends mit Gewinn anlegen oder als Darlehen ausleihen (Geldschwemme, Investitionsstreik). Jährlich treffen sich die Ruhestandlandräte Baden-Württembergs in Stuttgart. Jährlich berichtet der Sparkassenpräsident Peter Schneider, früher Landrat in Biberach, über die Lage der Sparkassen. In den letzten drei Jahren hat sich die Lage rasant und dramatisch verschlechtert, 2016 ist sie aussichtslos. Alle drei Säulen der Sparkassen, das Darlehensgeschäft, die Sparkassenversicherungen und die Landesbausparkassen brauchen für ihre Arbeit positive Zinsen und Anlagemöglichkeiten. Wenn das lang fehlt, kommt die Krise. Derzeit werden Zweigstellen geschlossen, Personal abgebaut, Gebühren für Girokonten erhöht, Fusionen vorangetrieben. Vor allem enteignen die Geldentwertung und die Null-Zinsen die Sparer. Und ohne Einnahmen droht dem Bankensystem der Tod. Lösungen sind nicht in Sicht.

Mitte des 19. Jahrhunderts regten Schulze-Delitzsch (1808 bis 1883) und Raiffeisen (1818 bis 1888) an, dass Bauern, Handwerker und Kleinunternehmer **Genossenschaftsbanken**, in Städten Volksbanken

²⁷⁹ Auch die berühmte Wallfahrtskirche Birnau ließ er errichten. Über ihn gibt es einen früher öfters gelesenen historischen Roman von Hans Jensen, Schach dem Abt, Freiburg i. Br. 1962. Er gibt bei allen romanhaften Ausschmückungen die historischen Tatsachen richtig wieder.

gründeten. Dort konnten sie ihre Ersparnisse anlegen oder Darlehen und Kredite bekommen. Sie sind wie die Sparkassen gebietsmäßig organisiert. Das Geld kommt aus der Region und bleibt in der Region. Alle Beteiligten kennen sich und können einander vertrauen. Das ist lupenreine *Genossenschaftlichkeit*.

Die dritte Säule der deutschen Bankenwelt sind bis heute die **Privatbanken**. Die ersten waren kleinere, oft adlige oder jüdische Institute (Castell, Oppenheimer) im 18. Jahrhundert. Später, ab der Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zu privaten Großbanken. Sie finanzierten u. a. den *Rheinischen Kapitalismus* (z. B. Krupp und Mannesmann).²⁸⁰

Vor der Finanzkrise wollte die EU-Kommission die Sparkassen und Genossenschaftsbanken für Privatkapitalisten als neue Eigentümer oder Miteigentümer öffnen. Genossenschaftliche oder wohlfahrtsstaatliche Ideen sowie die regionale Verwurzelung passten nicht zum neoliberalen Globalkapitalismus der Eurokraten. Als genau diese beiden Säulen unseres Bankensystems (Genossenschaftsbanken, Sparkassen) die große Finanzkrise von 2007 ff. am besten überstanden, verschwand der Spuk in den Brüsseler Aktenschränken – hoffentlich auf Dauer.

All diese Banken bündeln viele, oft kleine Spareinlagen zu größeren Darlehen, die sie an Unternehmer, auch an Häuslebauer ausreichen. Heute heißt diese Banktätigkeit „Größentransformation“. Dann gibt es noch die Fristentransformation. Spareinlagen können in der Regel mit Drei-Monats-Frist oder kürzer gekündigt werden. Größere Darlehen laufen in der Regel länger (3, 5 bis 15 Jahre). Darin steckt ein Risiko. Wenn z.B. in einer Wirtschaftskrise alle Sparer ihr Geld abheben, bekommen die Banken ein Problem. Sie haben mit den Darlehensnehmern feste und längere Laufzeiten vereinbart. Diese Fristentransformation widerspricht übrigens der „goldenen Bankregel“. Danach müssen die angelegten Spar- oder Festgelder (z. B. Sparkassenbriefe) genauso lang laufen wie die Darlehen, die ihnen gegenüberstehen.

Das erzählen die Banker zwar den Kunden, wenn sie vorzeitig ein teures Darlehen zurückzahlen wollen. Tatsächlich hält sich heute keine Bank an die goldene Bankregel. Im Gegenteil, wenn ein solider Kunde ein Darlehen will, bekommt er es. Der Betrag wird elektronisch seinem

²⁸⁰ Vgl. Michel Albert, *Kapitalismus kontra Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1992

Konto gutgeschrieben. So schaffen die Banken Buchgeld, für das sie oft auf der Einnahmeseite gar keine Spar- oder sonstigen Einlagen haben. Sie leihen sich notfalls bei der Zentralbank billiger das Geld. Das ist ein Schwachpunkt, den wir hier nicht weiter vertiefen können.

Eine Gegenstrategie ist das sogenannte „Vollgeld“. Danach müssten die Geschäftsbanken alle Spareinlagen an die Zentralbank weitergeben, dort hinterlegen. Für die Ausgabe von Darlehen müssten sie sich bei der Zentralbank erst Geld beschaffen. Die jeweils unterschiedlichen Zinssätze für Spargeld, Geschäfts- oder Zentralbankgeld würden das Ganze lohnend machen.²⁸¹

Eine weitere Aufgabe der Geschäftsbanken ist die Risikostreuung. Einzelne Darlehensnehmer können Pleite gehen, aber die meisten eben nicht. So sind die Spareinlagen verhältnismäßig sicher. Zur Abdeckung des Restrisikos müssen die Banken genügend Eigenkapital vorhalten, das ihnen gehört und auf das sie notfalls zurückgreifen können. Heute haben sie wenig Eigenkapital, 8 % sollten es sein. Darum geht es bei den Verhandlungen von „*Basel 1 bis 3*“. Viel Eigenkapital, das nicht ausgeliehen werden darf, senkt die Risiken und (!) die Renditen.

Darüber hinaus haben die Sparkassen und Genossenschaftsbanken gemeinsame Sicherungseinrichtungen. Sie sind wie Versicherungen, in welche die einzelnen selbstständigen Banken Beiträge für Notfälle einzahlen. Die Großbanken haben solche Einrichtungen nicht. Jede fühlt sich allein stark genug. Doch genau sie brachten in der Finanzkrise das ganze Bankensystem ins Wanken. Die Weltwirtschaft drohte zu kippen. Solche Banken werden systemrelevant genannt, weil das ganze System einstürzt, wenn der Konkurs einer Bank eine Kettenreaktion auslöst. Dann sind auch alle Spareinlagen wertlos. Als dies während der Finanzkrise befürchtet wurde, versprach Kanzlerin Merkel aus der hohlen Hand: „*Alle Sparguthaben sind sicher. Dafür stehe ich.*“ Die Leute waren beruhigt, der befürchtete Sturm auf die Banken blieb aus.

²⁸¹ In der Schweiz läuft eine Volksinitiative zur Einführung des Vollgeldes. Es wird auch bei uns außerhalb der liberalen Wirtschaftspresse immer wieder diskutiert.

Geld in vermachteten Märkten

In vermachteten Märkten stehen große und mächtige Marktteilnehmer (Weltkonzerne, Großbanken, große Hedgefonds) schwächeren, aber in der Regel gesunden Mitspielern gegenüber. Die Großen wollen wachsen und noch größer werden. Die heutigen neoliberalen Märkte nennen sich „freie Märkte“; vollkommen sind sie nicht, weil sie nicht machtfrei und durchschaubar sind. Das bedeutet nur, dass die Freiheit der Großen und Mächtigen nicht eingeschränkt ist. Doch die Freiheit und das Überleben der Kleinen und Mittleren sind bedroht. Wie in der freien Natur gilt „Fressen und Gefressen werden“, und dabei ist der Stärkere immer im Vorteil. Das Besondere ist hier, dass die Starken mit ihrem Geld nicht volkswirtschaftlichen Nutzen stiften, sondern vor allem ihre „Kriegskasse“ füllen, um andere aufzukaufen, wie es oft wörtlich heißt.

Die Finanzinstitute, die da den Großen beim Fressen helfen und an ihnen gut verdienen, nennen sich **Investmentbanken**. Aber auch viele andere Finanzinstitute (Schattenbanken, anwaltliche Großkanzleien, Unternehmensberatungen usw.) mischen mit und verdienen gut. Es geht um Unternehmenskäufe und Zusammenschlüsse (Fusionen), feindliche Übernahmen und den Handel mit großen Aktienpaketen. „Mergers and Acquisitions“ (M & A) nennt sich der Geschäftszweig, auf Deutsch bedeutet „Mergers“ verschmelzen, vermischen, fusionieren und „Acquisitions“ ist Erwerb, Aneignung. Wir nennen das Kapitalismus I.

Seit Anfang der 1990er Jahre sind wir vollends ins Zeitalter der Globalisierung eingetreten. Und seither sind politische oder strategische Gesichtspunkte und Rücksichtnahmen weitgehend einem globalen Neoliberalismus gewichen. Doch nicht alle glauben und folgen den neoliberalen Regeln und Grundsätzen. Die Chinesen z. B. haben ihre eigene Strategie. Sie überlassen das Denken nicht nur den einzelnen Unternehmern und deren Eigennutzen, sondern wollen vor allem China als Ganzes voranbringen, zur kommenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Weltmacht machen. So kaufen sie westliche, vor allem deutsche Firmen, um an deren Technik und Patente, Wissen und Können zu gelangen.

Der heftig umstrittene Kauf des Roboterbauers Kuka war der jüngste Fall. Ein früherer Investmentbanker hatte als Manager des Augsburger

Unternehmens dessen Aktienkurs von 2009 bis 2016 um 961 % nach oben geschoben.²⁸² Und nun sollte mit den Chinesen Kasse gemacht werden. Gegen Bedenken von Großaktionären und vor allem der Bundesregierung setzte der Manager den Verkauf für 4,5 Milliarden Euro durch. Das ist nur ein Beispiel. Der Verkauf deutscher Hochtechnologie an Chinesen wird zu Recht von vielen gefürchtet. Sogar auf Merkels Chinareise wurde hinter den Kulissen um Kuka gerungen.²⁸³ Schließlich wurde verkauft.

Auch der Großgeldbesitzer und Großeinkäufer Warren Buffett aus den USA hat das „deutsche Gen“, wie er unsere mittelständischen Unternehmen und ihre Technologie nennt, entdeckt. Hier will er künftig kaufen. „Deutschland ist ein großer Markt“ verkündet er und erklärte, dass deutsche Unternehmen besonders attraktiv sind.²⁸⁴ Den Worten folgten die Taten: „Buffetts Mann auf Einkaufstour – Portfolio-Manager Ted Weschler sucht in Deutschland nach Übernahmezielen – vor allem im Mittelstand“, war in der Wirtschaftspresse zu lesen.²⁸⁵

Die Chinesen wollen mit solchen Käufen uns nicht die Unternehmen, sondern unseren technischen Vorsprung abkaufen. Und es wird von vielen Seiten über das Internet Werkspionage betrieben. Der Wirtschaftsjournalist Till Hoppe mahnt: *„Wissen ist Deutschlands Kapital. ... Mächte wie Russland und China haben den Technologietransfer zugunsten der heimischen Unternehmen längst zur Strategie erhoben und setzen diese mit großem Aufwand um.“*²⁸⁶

Andere Großgeldbesitzer wie die Ölscheichs oder manche Oligarchen wollen ihr Geld gewinnbringend, zumindest mittelfristig anlegen. Das Emirat Katar hat sich umfangreich in die deutsche Automobilindustrie eingekauft. Es kann die Geschäftsstrategie mitsteuern; was sicher nur zum Nutzen des eignen Kapitals, nicht der Arbeitnehmer und Kunden geschieht. Bei den meisten DAX-Unternehmen überwiegt heute das ausländische Kapital. Damit kommt es dort zur Steuerung nicht nur von oben, sondern auch von außen.

²⁸² Handelsblatt, 30.06.2016, 04.07.2016 u. a.

²⁸³ Handelsblatt, 15.06.2016

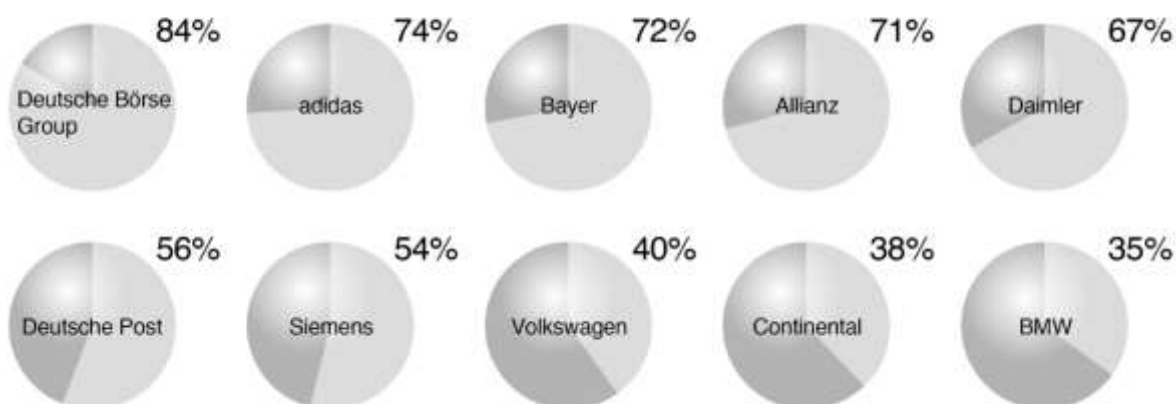
²⁸⁴ Handelsblatt, 25.02.2015

²⁸⁵ Handelsblatt, 14.06.2016

²⁸⁶ Handelsblatt, 27.04.2016

Wie beliebt Dax-Konzerne im Ausland sind

Anteil der identifizierten ausländischen Aktionäre am Grundkapital



Quelle: Handelsblatt 26.09.2014

Schaubild 9

In der Nachkriegszeit war das noch anders. Die deutschen Großbanken und Versicherungen (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Allianz) hielten die großen Aktienpakete deutscher Großunternehmen. Das wurde auch Rheinischer Kapitalismus genannt. Der Ausdruck wurde von dem französischen Wirtschaftswissenschaftler Michel Albert geprägt.²⁸⁷ Er stellte diesen *Rheinischen Kapitalismus* wegen seiner Prägung durch die Soziale Marktwirtschaft und den deutschen Sozialstaat als Vorbild dem amerikanischen, neoliberalen Kapitalismus gegenüber. Deutsche Neoliberale nannten dies aber „*Klüngel- oder Kuschelkapitalismus*“ (Graf Lambsdorff, FDP).

Das stieß bei der EU auf offene Ohren. Die Globalisierungseuphorie führte zur Zerschlagung der „Deutschland AG“ zum Beginn des „Shareholder-Zeitalters“. Im Internet gibt es die PDF-Datei „*Die Deutschland AG im Prozess der Globalisierung / Internationalisierung von der Technischen Universität Braunschweig (TU)*“.²⁸⁸ Dort wird die Auflösung der Deutschland AG beschrieben. In den 1990er Jahren wandelten sich die deutschen Großbanken zu globalen Investmentbanken, woran sie tatsächlich in der Finanzkrise von 2007

²⁸⁷ Michel Albert, *Kapitalismus kontra Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1992

²⁸⁸ <https://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/isw/wandlung-des-modells-deutschland.pdf> - nicht mehr abrufbar

fast zugrunde gingen. Nur mit Staats- oder Steuergeldern wurden sie gerettet.

Der Artikel der Braunschweiger TU zeigt, wie seit 2005 die neuen Bilanzrichtlinien der EU unsere Aktiengesellschaften dem Aufkauf durch internationales Kapital öffneten.

„Die Rechnungslegungsvorschriften“ („International Financial Reporting Standards“) machen die finanzielle Lage der Unternehmen nach außen vor allem für internationale Investmentfonds sehr durchsichtig: vollständige Offenlegung, vierteljährliche Berichterstattung, Bekanntgabe von Gewinnzielen und eventuellen Gewinnerwartungen usw. Eine versteckte, langfristig und auf Sicherheit orientierte sowie vergleichsweise moderate Dividendenpolitik, wie es das deutsche Handelsrecht und der deutsche Aktienmarkt vorher erlaubten, war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich oder zu rechtfertigen. Die neuen Bilanzregeln sind heute Teil einer „Internationalisierung“ des Rechts. Sie weisen den Weg in einen neuen „Aktionärskapitalismus“, in dem die Investmentgesellschaften als „neue Eigentümer“ auftreten.“ (Kapitalismus I)

Den großen Marktteilnehmern und Investmentbanken geht es im vermachteten Markt immer noch um die Realwirtschaft, letztlich also die Versorgung der Kunden und Bürger mit nützlichen Gütern und Diensten. Doch über Angebotsstrategien, Werbemacht und Geschäftsbedingungen sind die Kunden zu den schwächsten Marktteilnehmern geworden. Das erklärt die Notwendigkeit und den Ruf nach Verbraucherschutz, der allerdings bei uns nur ein zahnloser Tiger ist.

Für die Großbanken und die Weltkonzerne gilt: *Ihre Freiheit wurde grenzenlos und schrankenlos. Wenn diese systemrelevanten Marktteilnehmer straucheln, dann stürzt die Weltwirtschaft ins Chaos.*

Geld in verselbstständigten Geldmärkten

Hier müssen wir uns das Schaubild 1 „Die Finanzmärkte – 1990 bis heute“ im Abschnitt „1.5 Stückwerk beim Geldmarkt“ anschauen. Dort sehen wir, dass die Geldmärkte sich von 1990 bis 2011 von der Realwirtschaft abgekoppelt haben. Wir sehen die Vergrößerung der Finanzmärkte um das 10-fache, teilweise das 300-fache (Derivate). Dem steht die Entwicklung der Realwirtschaft gegenüber, die sich nicht einmal

verdreifacht hat. Es wurden realwirtschaftliche Kredite (z.B. Darlehen für einen Hausbau) weiterverkauft. Dabei wurden sie mit anderen mehr oder weniger riskanten Krediten in ein Paket gepackt, was Verbriefungen genannt wurde. Hans-Werner Sinn hat das in seinem Buch „*Kasino-Kapitalismus*“²⁸⁹ gut und genau beschrieben. Wer das Buch liest und nachvollziehen kann, der durchschaut das große Spiel. Genauso haben Nouriel Roubini und Stephen Nihm in ihrem Buch „*Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft*“²⁹⁰ die Welt der Finanzmärkte gut dargestellt.

Viele Großgeldbesitzer geben ihr Geld an Heuschrecken (Hedgefonds) und **Vermögensverwalter** aller Art mit dem Auftrag, es anzulegen und möglichst große Gewinnausschüttungen zu erzielen. Die Liste und die Geschäftsmodelle der Verwalter sind lang. Blackrock ist das größte unter den Investmenthäusern der USA und der Welt. Doch „keiner kennt Blackrock, den schwarzen Riesen“, bemerkt die FAZ-Sonntagszeitung in einem groß angelegten Bericht.²⁹¹ Danach verwaltet Blackrock 3.800 Mrd. US-Dollar und besitzt Anteile an allen DAX-Unternehmen.²⁹² Deka, die deutsche Fondsgesellschaft der Sparkassen, kommt dagegen nur auf 150 Mrd. Euro. DWS, die größte deutsche Fondsgesellschaft, dreht mit 203 Mrd. Euro auch kein großes Rad. Der zweitgrößte US-Vermögensverwalter verwaltet immerhin ein Anlagevermögen von 769 Mrd. US-Dollar.²⁹³

Die Spieler auf diesen Märkten haben nicht mehr das Ziel und die Absicht, in der Realwirtschaft nützliche Güter und Dienste anzubieten. Sie wollen nur Geld sehen, Geldgewinne machen. Das sind Geldgeschäfte ohne realwirtschaftliche Wertschöpfung. Wir nennen das nun Kapitalismus II.

Selbstverständlich behaupten die Hedgefonds-Manager das Gegenteil. Roubini zitiert dazu Blankfein Präsident der amerikanischen Großbank Goldman Sachs:

„Wir sind sehr wichtig. Wir tragen zum Wachstum von Unternehmen bei, indem wir ihnen helfen, sich Kapital zu beschaffen. Unternehmen, die

²⁸⁹ Hans-Werner Sinn, *Kasinokapitalismus – wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Berlin 2009

²⁹⁰ Nouriel Roubini / Stephen Nihm, *Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft*, a.a.O.

²⁹¹ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10.02.2013, S. 37

²⁹² DAX = Deutscher Aktienindex. Da sind die 30 größten und umsatzstärksten deutschen AG gelistet.

²⁹³ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10.02.2013, S. 37

wachsen, sorgen für Wohlstand. Das wiederum gibt Menschen Arbeit, die mehr Wachstum und mehr Wohlstand erwirtschaften. Wir erfüllen eine soziale Aufgabe.“ Und Roubini fügt an: „Als wäre das noch nicht genug der Bescheidenheit, behauptet er gar, Goldman vollbringe „Gottes Werk“. Ach, bitte nicht.“²⁹⁴

Selbstverständlich wird viel Geld auch in der Realwirtschaft angelegt, aber nicht mit dem Ziel, dort Nutzen zu stiften, sondern mit der Absicht Geld und Gewinne herauszuziehen. Das Handelsblatt beschreibt es so:

„Sie heißen Carl Ichan, Daniel Loeb und Paul Singer. Der breiten Öffentlichkeit sagen die Namen wenig, aber die Vorstände in Deutschland wissen, mit wem sie es zu tun haben. Denn bei dem Trio handelt es sich um die wohl bekanntesten aktiven Investoren, die Firmen unter Druck setzen, um hohe Renditen zu erzielen. Sie sitzen in den USA, verwalten Milliarden und wissen nicht wohin mit dem Geld. Deshalb feilen sie an einer Strategie jenseits des Atlantiks.“²⁹⁵

Sobald die scheinbaren Gewinne die Aktienkurse hochgetrieben haben, ist es Zeit, die Unternehmen in Einzelteil zu zerlegen und diese zu Höchstpreisen zu verkaufen. Blackrock besitzt am DAX-Unternehmen Allianz 10,5 %, das sind 4,9 Mrd. Euro. Insgesamt gehört die Allianz zu 71 % ausländischen Aktionären (vgl. Schaubild 9). Das sind vor allem professionelle Anleger und ihre Auftraggeber. Diese sind unzuverlässige und unberechenbare Kantonisten. *„Ihnen geht es um hohe Gewinne in wachstumsstarken Zeiten wie 1999, 2007 oder 2012. Sobald die Stimmung aber zu kippen droht ... wenden sich Investoren vom deutschen Markt ab – immer nur vorübergehend.“*²⁹⁶

Wie weit der Einkauf in die großen DAX-Unternehmen bereits fortgeschritten ist, zeigte oben das Schaubild 9. – Dort sehen wir auch, dass DAX-Unternehmen mit Familien im Hintergrund wie BMW, Continental, auch noch VW weit weniger aufgekauft sind. Familien sind bessere Eigentümer als namenlose Finanzunternehmen, „institutionelle Anleger“ und Spekulanten.

Nicht alle ausländischen Geldanlagen in den DAX-Unternehmen dienen der Spekulation, aber große Teile. Da die Täter über ihre Motive

²⁹⁴ Roubini / Mihm, a.a.O., S. 304

²⁹⁵ Handelsblatt, 19.12.2014, S. 32 f. – vgl. auch Handelsblatt, 5.4.2018: „Paul Singer – Aktivist steigt bei Hyundai ein“, „Namen des Tages“, S. 46: „Doch es gibt Zweifel, ob Singers harter Kurs auch in Südkorea funktioniert.“

²⁹⁶ Handelsblatt, 26.09.2014, S. 61 ff.

schweigen, ist die Abgrenzung der Kapitalisten I von den Kapitalisten II schwierig.²⁹⁷ Unser Dreiklang Kunde, Arbeitnehmer, Unternehmer spielt bei diesem Spiel nicht nur keine Rolle, diese drei Teile leiden alle zusammen: die Kunden, die Arbeitnehmer und die Führungskräfte. Das ist eben Shareholder Value in Vollendung.

Auch an den Aktienmärkten kann dieses Spiel betrieben werden. So verkaufte der Hedgefonds „Muddy Waters Capital“ Aktien des Unternehmens Ströer, die er gar nicht hatte. Das heißt „**Leerverkauf**“, weil jemand eine Sache, die er gar nicht besitzt, aus der „leeren Tasche“ verkauft. Die Ströer-Aktien hatten zu diesem Zeitpunkt des *Verkaufs* einen hohen Kurs und waren so für die Käufer teuer. Die *Übergabe* der Aktien an die Käufer wurde für einen späteren Zeitpunkt vereinbart. Nach diesem *Verkauf* wurde das Unternehmen Ströer von dem Hedgefonds in einer langen Analyse einer grob falschen Bilanz bezichtigt. Der Kurs brach ein. Zum Zeitpunkt der *Übergabe* konnte dann der Hedgefonds die Aktien, die er gar nicht hatte, billig einkaufen und übergeben. Der „Leerverkauf“ brachte satte Gewinne.²⁹⁸ Das Betrugsmodell ist seit langem bekannt, ohne dass die Politik etwas dagegen tut.

Dann gibt es noch unter den Kapitalisten II die **Blitzkrieger**, englisch „Flash Boys“.²⁹⁹ Das ist die gemütlichste Form leistungslos Aktiengewinne einzustreichen. Blitzkrieger lassen Computer Kursunterschiede von Aktien an verschiedenen Börsenplätzen ermitteln. Ohne irgendeinen menschlichen Eingriff kaufen die Rechner an billigen Orten ein und verkaufen blitzschnell das Aktienpaket mit Gewinn am Ort mit höheren Kursen. Beispiele für leistungslose Gewinnmitnahmen, gezielte Manipulationen oder Betrug an Aktien-, Devisen- und Zinsmärkten (z.B. Libor-Skandal³⁰⁰) gibt es reichlich. Hier muss die Politik einschreiten. Denn in jeder Demokratie ist die erste Staatspflicht der Schutz der Bürger und ihrer Lebensgrundlagen.

Betrachten wir die Kapitalisten I und II insgesamt: Dann dringen hier fremde Großgeldbesitzer ohne irgendein gemeinwohlorientiertes oder

²⁹⁷ Wir werden unten an dem Beispiel der Firma Scherer aus dem nahe bei Heidelberg gelegenen Eberbach zeigen, wie Kapitalismus II abläuft.

²⁹⁸ Handelsblatt, 25.04.2016

²⁹⁹ Michael Lewis, Flash Boys, Revolte an der Wallstreet, Frankfurt/M. 2014 - „Wirtschaftsbuch des Jahres“ des Handelsblatts

³⁰⁰ Großbanken hatten den Referenzzins Libor falsch an die Zentralbank gemeldet, um zu Gewinnen zu kommen.

überhaupt nutzbringendes Ziel in die Realwirtschaft einer Volkswirtschaft ein und saugen Geld heraus. Der Blutkreislauf der Wirtschaft wird angezapft. Die weltweite Kapitalfreiheit wird zur kapitalistischen Weltherrschaft von wenigen. Hinzu kommt ein Weiteres. Diese riesig aufgeblähten Finanzmärkte bedrohen nicht nur einzelne Unternehmen, sondern die Weltwirtschaft insgesamt. Das ist im folgenden Abschnitt zu zeigen.

7.2 Mehr Geld als Güter führt ins Verderben

In vollkommenen Märkten sollten Geldmenge und Gütermenge (wozu auch die realwirtschaftlichen Dienstleistungen gehören) im Gleichgewicht sein. Mehr Geld führt zu Inflation (Geldentwertung), weniger Geld bringt Deflation (Güterentwertung),³⁰¹ beides führt zu Krisen, oft zu Zusammenbrüchen. Dazu wurde bereits viel gesagt.

Wir fragen nun, welche Gegenstrategien und Gegenmittel es gibt:

- 1. Zentralbanken (z.B. EZB) dürfen nicht mehr Geld schöpfen, als die Realwirtschaft braucht – u.a. keine Finanzierung von Staatsschulden.*
- 2. Zentralbanken und Politik müssen Abschied nehmen von der Geldschwemme gemäß der neoliberalen Angebots- und der keynesianischen Nachfragetheorie. Beide versagen, bringen Inflation.*
- 3. Nötig sind kleinere, überschaubare Geldmärkte und Geldkreisläufe mit den drei Säulen: Sparkassen, Volksbanken, mittlere Privatbanken. Einige Groß- oder Landesbanken finanzieren dann große Exportgeschäfte. Das heißt Abschied vom leistungslosen Kapitalismus I und Kapitalismus II.*
- 4. Aktienmärkte dürfen keine Einfallstore für Kapitalismus I und Kapitalismus II sein: Rückkehr zur Deutschland AG.*
- 5. Überwachung und Zugangssperren für den Kasino-Kapitalismus (d.h. Schattenbanken, Geldersatz, Geldsubstitute, Derivate u. a.).*

Über allen Sonderinteressen, Wirren und Verirrungen sollte eine solide, strategisch ausgerichtete Politik stehen. Sie hat das Gemeinwohl, das „gemeine Beste“, den bestmöglichen Nutzensausgleich als Ziel. Im ‚Bürgerstaat‘ und in der ‚Sozialen Volkswirtschaft‘ sind die strategischen Ziele noch genauer und prüfbar gefasst (2. Strategische Ziele der Sozialen Volkswirtschaft, siehe oben). Die Einrichtung zur Zielerreichung ist für die Politik der Staat. Dabei ist der Bürgerstaat die höchste Form der Selbstorganisation der Bürger. Die Politiker haben das Gleichgewicht von Geld und Gütern durch die Maßnahmen 1 – 5. sicherzustellen.

³⁰¹ Preise für Güter sinken.

1. Die Zentralbanken (EZB, Deutsche Bundesbank) dürfen nicht mehr Geld schöpfen, als die Realwirtschaft braucht.

Die erste Aufgabe ist verhältnismäßig leicht zu lösen. Auch wenn es beim Euro bleibt, muss die EZB eine strenge Geldmengensteuerung einführen. Vorbild ist der frühere Stabilitätsanker unserer Wirtschaft, die *Deutsche Bundesbank*. Ein aktuelles Beispiel ist Indien:

„Die konservative Zentralbank des Landes hatte in den vorhergehenden Jahren einen anderen Weg eingeschlagen als der Rest der Welt. Indische Politiker hatten sich einer Deregulierung des Finanzsystems widersetzt und die Banken gezwungen, erhebliche Rücklagen zu bilden. Während andere Nationen das Mantra der Marktwirtschaft beteten, deckelte Indien sein Finanzsystem. Daher war es weitgehend immun gegen die Krankheit.“³⁰²

2. Die Zentralbanken müssen Abschied nehmen von der Geldschwemme (neoliberale Angebotstheorie) und der Staatsverschuldung (keynesianische Nachfragetheorie).

Die falschen Theorien der Neoliberalen müssen über Bord geworfen werden. Sie bringen zuerst Inflation und Deflation und schließlich den Crash, also den Zusammenbruch von Geld- und Realwirtschaft. Die Soziale Volkswirtschaft als Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und des Sozialstaats müssen diesen Neoliberalismus ersetzen. Das ist das Thema dieses Buches.

3. Nötig sind wieder kleine, überschaubare Geldmärkte und Geldkreisläufe. Das Drei-Säulen-Modell (Sparkassen, Volksbanken, nichtsystemrelevante Privatbanken) muss das Geldsystem unserer Realwirtschaft sein. Das bedeutet den Abschied vom leistungslosen Kapitalismus I und Kapitalismus II.

Eine enge Verknüpfung von Real- und Geldwirtschaft verlangt eine Rückkehr zu kundennahen, überschaubaren Geldkreisläufen. Die Sparkassen und Volksbanken haben die große Finanzkrise am besten überstanden. Die Großbanken mussten mit Billionen Euro und US-

³⁰² Roubini/Mihm, a.a.O., S. 178

Dollars gerettet werden. Dabei sind die Finanzkrise und die Eurokrise noch lange nicht gemeistert. Die Weltwirtschaft schwächelt vor sich hin. Wie der riesige Geldüberhang zurückgeholt werden kann, darüber schweigen Banker und Politiker; sie sind rat- und einfallslos – und lassen alles laufen.

Für die Zukunft brauchen wir Brandmauern, Schutzmaßnahmen um solche überschaubaren Geldkreisläufe und Geldmärkte, wie Roubini sagt. Die EZB und die EU haben die Banken und Versicherungen teils an das Weltkapital ausgeliefert (z.B. Zwang zur Privatisierung der staatlichen Brandversicherungen), teils standen sie davor (Zwang zur Öffnung der Sparkassen, Genossenschaftsbanken für Privatkapital).

Dagegen müssen Großbanken und Versicherungen, die im Konkursfall die ganze Wirtschaft eines Landes, eines Erdteils oder der Welt ins Wanken bringen, zerschlagen werden.³⁰³ Das bedeutet nichts anderes, als Regionalisierung mit kleinen Geldkreisläufen und regionalen Banken einschließlich der Geldsammelstellen (Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds, Anleihemärkte u. a.).

Die Landesbanken müssen sich wieder um die heimischen Großkunden kümmern. Welt-Kasino-Kapitalismus wie sie ihn vor 2007 betrieben haben, muss ihnen verboten werden. Das führte zum Zusammenbruch der Landesbanken von Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und der nördlichen Bundesländer (Nord LB). Die baden-württembergische und die hessische Landesbank waren noch die solidesten und überlebten. Sogar die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), die zum Wiederaufbau der Bundesrepublik mit den Marshallplangeldern gegründet worden war, spielte außer Landes im Welt-Kasino mit.

Roubini erklärt humorvoll das Ziel: *„Das Finanzsystem, das wir hier beschreiben [und fordern], ist sauber parzelliert, keimfrei – und langweilig.“*³⁰⁴ Diesen Eindruck machten früher auf uns auch die Banker unserer örtlichen Banken mit ihren Krawatten und dunklen Anzügen. Doch dann merkten wir 2007: Die stillen Wasser gründen tief. Denn die Landesbanken gehören zum Sparkassensystem und auch sie mussten danach zum großen Teil vom Sparkassenverbund gerettet werden. Auf Tagungen von Landräten wurde hart gerungen, wie viel Geld die

³⁰³ So auch Roubini/Mihm, a.a.O., S. 282, 306

³⁰⁴ Roubini/Mihm, a.a.O., S. 310

Kreissparkassen und ihre Landesverbände zur Rettung der Landesbanken beizusteuern hatten.

Es wurde bekannt, dass auch Sparkassen Hypotheken weiterverkaufen und so zum Derivat machen durften. Dazu sagten die Berater der Sparkassen: *„Nach den mit uns geschlossenen Verträgen dürfen wir es. Doch wir Sparkassen tun es nicht.“* Für die meisten Sparkassenkunden waren das unerwartete, überraschend Vertragsklauseln.

4. Die Aktienmärkte sind heute Einfallstore für Investmentbanken (Kapitalismus I) und Heuschrecken (Kapitalismus II). Wir brauchen die Rückkehr zur Deutschland AG mit Ausrichtung am Gemeinwohl.

Das Einfallstor „Aktienmarkt“ sollte für die Großgeldbesitzer Zug um Zug durch eine Rückkehr zur Deutschland AG geschlossen werden. Nun ist bei dem großen Spiel unseren Großbanken die Luft oder das Geld ausgegangen. Die Dresdner Bank gibt es nicht mehr, die Commerzbank fast nicht mehr und Deutsche Bank muss an vielen Fronten ums Überleben kämpfen.

Für eine „Deutschland AG“ brauchen wir mindestens eine private deutsche Großbank. Denn diese müsste wie früher die großen Aktienpakete der deutschen Großkonzerne halten und die Kleinaktionäre ggf. in den Aktionärsversammlungen vertreten. Die verbliebenen Landesbanken und die Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ-Bank) sollten sie dabei unterstützen und daran beteiligen.

Sie alle könnten dann zusammen größere Vorhaben und Kredite finanzieren, die den Rahmen der örtlichen Sparkassen und Volksbanken sprengen. Ziel sollte sein, wieder mehr Kleinaktionäre zu gewinnen, was auch zu einer breiten Vermögensbildung und Vermögensstreuung in Deutschland führen würde. Die Deutschland AG sollte wieder danach streben, möglichst große Mehrheiten an den DAX-Konzernen zu bekommen.

Das setzt eine Rückkehr zu den alten, gediegenen deutschen Bilanzrichtlinien und unserem Handelsrecht voraus. Wir brauchen nicht die Hektik von Quartalsberichten, die Offenlegung und Verschwendung

aller stillen Reserven, kurz wir brauchen keinen Shareholder Value und keine offenen Einladungen an die Weltkapitalisten I und II.

Es ist auch peinlich, wie z. B. Volkswagen vor Toyota zum weltgrößten Autokonzern werden wollte. Sie sollten sich um die Kunden, um gute und langlebige Autos kümmern, nicht um die Olympiade oder den Ringkampf der Giganten. So ist u.a. auch der Dieselskandal zu erklären.

Die großen Verflechtungen der Aktienmärkte mit ihrem oft dämmlichen Herdentrieb, ihren Hurra-Schreien, ihren Panik- und Leerverkäufen sind eine der Ursachen für Finanz- und Wirtschaftskrisen. Die Aktienmärkte sind aufgebläht, denn sie sind von 1992 - 2011 um das fünfeinhalbfache gewachsen, während die Realwirtschaft sich nicht einmal verdreifachte (2,8-fach). Wir brauchen es wieder ruhiger und solider auf den Geldmärkten.

Für KMU sind Alternativen zum Aktienmarkt und zu Börsengängen zu schaffen. Das ist eine Denk- und Organisationsaufgabe der ganzen genossenschaftlichen Volkswirtschaft – für uns alle.

Ein weiteres Mittel gegen Missbrauch und reinen Shareholder Value ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Leider hat sie auch nicht verhindert, dass VW größtenwahnsinnig wurde (Managergehälter von 20 Mrd. für Winterkorn, Dieselskandal, Lustreisen für Betriebsräte, Ursula Piëch im Aufsichtsrat usw.). Nicht schlecht war im Grundsatz die Beteiligung des Landes Niedersachsen. Denn VW ist als Staatsunternehmen entstanden. Und wieder hat die EU hier deutsches Recht zu Lasten von Niedersachsen verboten. Die Sonderrechte des Landes wurden gestrichen. Die Eurokraten machen alles, was neoliberal ist und dem internationalen Kapital nützt.

Doch hier könnten wir mit unseren Traditionen ansetzen und sie fortentwickeln. Es könnte die Mitbestimmung im Sinne des Dreiklangs Kunden, Arbeitnehmer, Unternehmer erweitert werden. Vertreter einer Hanse könnten im Sinne des Gemeinwohls, des Bürgerstaates in die Aufsichtsräte von mitbestimmten Unternehmen entsandt werden. Das wäre echte Genossenschaftlichkeit.³⁰⁵

³⁰⁵ Heute sitzt eine kleine „Elite“, wozu auch Politiker wie Per Steinbrück (SPD) gehören, wechselseitig in den Aufsichtsräten, manche ohne viel Ahnung.

(Hinweis: 2019 überraschten 200 führende US-Manager (u.a. von Apple, Amazon, JP Morgan Chase, Coca-Cola usw.) mit einem Aufruf. Sie forderten statt Shareholder Value nun *Stakeholder Value*, also „Abkehr vom Profit-Credo“ und Wohlstand für alle Beteiligten (auch Arbeitnehmer, Kunden, Lieferanten und der Gesellschaft.)³⁰⁶

5. Unverzichtbar sind Überwachung und Zugangssperren für den Kasino-Kapitalismus (Schattenbanken, Geldersatz, Geldsubstitute u. a.).

Über Maßnahmen zur Beendigung des Kasino-Kapitalismus ist ernsthaft nachzudenken. Das Verbot für Verbriefen, Verpacken oder Verstecken von unterschiedlich riskanten Wertpapieren in einem neuen Paket steht an erster Stelle. Dann müssen die Schattenbanken vom europäischen Geldmarkt schlicht ausgeschlossen werden. Wir brauchen nur noch Banken, die ordentlich beaufsichtigt sind und solide wirtschaften. Wer mit Geld, Wertpapieren und Währungen handelt, der muss kontrolliert werden

Unabhängige Risikobewertungen – vergleichbar etwa einem Hansesiegel – wären ein brauchbares Mittel. Das wäre für die Kunden besser als die heute vorgeschriebenen stundenlangen Belehrungen durch die Banker bei Geldanlagen und Kreditgeschäften. Oft wissen diese auch nicht Bescheid.

Bewertungen können aber niemals einer privaten Einrichtung übertragen werden. Dafür sind die Ratingagenturen ein warnendes Beispiel.³⁰⁷ Die drei großen, allseits anerkannten Institute heißen *Fitch*, *Standard & Poor's (S&P)* und *Moody's*. Sie haben ihren Sitz in den USA. Sie bewerten Aktien, Verbriefungen, Wertpapiere aller Art und sogar die Staaten dieser Erde. Doch kurz vor dem großen Knall von 2007 haben diese drei Großmeister solchen Papieren die Bestnote AAA gegeben, die kurz darauf wertlos waren. Dass sich die ahnungslosen Käufer und auch unsere Landesbanken auf diese Benotung verlassen haben, erleichterte das Geschäft mit Giftpapieren. Auch viele Privatleute hatten plötzlich wertloses Papier in den Händen.

³⁰⁶ Handelsblatt, 21.08.2019: https://archiv.handelsblatt.com/document?id=HB_FA7C57E1-7F01-41FA-A8D5-D4F85319B3EA%7CHBPM_FA7C57E1-7F01-41FA-A8D5-D4F85319B3EA&src=hitlist - letzter Abruf 2023

³⁰⁷ Rating (engl.) = Schätzung, Bewertung, Rangordnung

Wir müssen eigene deutsche Bewertungseinrichtung den US-Ratingagenturen entgegensetzen. Auf ein EU-Institut sollten wir nicht warten und nicht vertrauen. Alles, was die EU macht, ist schwer zu überwachen, zu durchschauen und fern vom eigentlichen Geschehen. Dort nisten sich am meisten und leichtesten die Lobbyisten ein. Schon jeder Europaabgeordnete weiß das, wenn er ehrlich ist.

Bei den US-Agenturen gibt es einen weiteren Missstand. Sie werden von denen bezahlt, die sie bewerten. Die Agentur, die schlecht bewertet, verärgert ihre Kundschaft und muss damit rechnen, dass die Kunden zur Konkurrenz gehen. Da es sich um große Entgelte handelt, bewerten die Agenturen die Produkte von Großgeldbesitzern auch gut.

Und dann kommt etwas ganz Unerträgliches hinzu. In allen Richtlinien, von den Bestimmungen der Börsenaufsicht bis zu den Eigenkapitalvorschriften von Basel II, werden die Agenturen offiziell als einzige Ratinginstanz anerkannt. Damit wird ihnen unverhältnismäßig viel Macht zugebilligt. Die Beschneidung dieser Macht wäre ein weiterer Weg zur Öffnung des Wettbewerbs. Seit 2007 denkt die EU über eigene Ratingagenturen nach. Doch dem Nachdenken sind keine Taten gefolgt.

Eigentlich dürfte es den Kasino-Kapitalismus gar nicht mehr geben. Hätten wir nämlich eine Marktwirtschaft, dann wären 2007/08 all diese Kapitalisten Pleite gegangen. Denn die ganzen Verbriefungen, auch Wertpapiere genannt, waren wertlos. Das begann bei den Verbriefungen von US-Hauskrediten, setzte sich fort über Automobil- und Kreditkartenverbriefungen. Die Häuslebauer, Kreditkartennutzer, Autokäufer waren massenhaft pleite. Erträge waren aus diesen wertlosen Papieren wirklich nicht mehr herauszupressen. „Schrottimmobilien waren Giftpapiere“ geworden.³⁰⁸ Billionen US-Dollar stellten die USA, besser die US-Steuerzahler, in Geld oder Bürgschaften zur Verfügung, um die Kasino-Kapitalisten zu retten. Auch durch den Einstieg des Staates als Miteigentümer von Banken und Unternehmen überlebte das Kasino. In der EU war es nicht anders, wie wir wissen (vgl. Hypo Real Estate u. a.). In der Europa kamen zu den konkursreifen Banken, die südeuropäischen Staaten, die vor einer Pleite standen.

Alles wurde jenseits und diesseits des Atlantiks mit frischem Geld aus der Druckerpresse gerettet. So überlebte der Kasino-Kapitalismus. Die

³⁰⁸ Siehe Roubini / Mihm, .a.a.O., S. 288

erste „Geldschöpfung ohne Wertschöpfung“ schafften die Finanzmärkte und die Kapitalisten I, II alleine (Buchgeld, Verbriefungen). Als dieses Spiel jedoch aus und das Kasino bankrott war, kam die zweite „Geldschöpfung ohne Wertschöpfung“ durch die Fed und die EZB. So spielen sie munter weiter: die Banken und Kapitalisten, die Pleitestaaten und die Parteipolitiker. Das Ende vom großen Spiel wurde verschoben, aber nicht abgesagt.

7.3 Geld als Mittel zum Ziel ‚Mittelstand für alle‘

„Mittelstand für alle“ ist ein strategisches Ziel, das über dem Wirtschaften steht. Denn die Wirtschaft dient den Menschen. Daher ist im Rahmen der Geldwirtschaft dafür zu sorgen, dass an der Einkommens- und Vermögensverteilung alle Bürger möglichst leistungsgerecht teilhaben. Die Umverteilung von unten nach oben, das Abschmelzen des Mittelstands sind Missstände.

Die Gegensteuerung auf allen Ebenen und in allen Bereichen ist eine politische und genossenschaftliche Aufgabe.

Wir haben festgestellt, dass der gewerbliche Mittelstand das Rückgrat unserer Volkswirtschaft ist. Neben den persönlichen „Mittelstand der Bürger“ tritt der „Mittelstand der Wirtschaft“. Die Gefahren, die ihm drohen, wurden beschrieben.

Das führt zur Frage: Wie können wir die Entwicklung zum Verarmen unserer Bürger und zum Ausverkauf unseres gewerblichen Mittelstands umkehren?

Wir brauchen (1) eine genossenschaftlich-staatliche Politik gegen die Umverteilung von unten nach oben, gegen den Ausverkauf des Mittelstandes, (2) eine aktive Geldpolitik für die Realwirtschaft und die KMU, um Techniklücken und Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Mittelstand für alle Bürger

Neben der Forderung „Arbeit und Einkommen für alle“ tritt das Ziel „Vermögen für alle“. Denn solides Vermögen schafft soziale Sicherheit, Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Freiheit von Armut.

Vermögen wird durch gutes Wirtschaften und Sparen gebildet. Spekulationen in großem Umfang in der Geldwirtschaft sind eine neue Art der Vermögensbildung und -umverteilung.

Eine sozial-politische Aufgabe z.B. der Sozial- und Jugendämter und viele anderer Einrichtungen (z.B. Banken) ist die Verhinderung von Überschuldung. Hier brauchen wir bessere Rahmenbedingungen. Die

Schuldnerberatung und die seit einiger Zeit möglichen Privatkonkurse sind nur erste Schritte, die meist zu spät kommen und andere Bürger bzw. die Gläubiger schädigen. Wichtig sind auch Darlehensverbote für Schattenbanken (z.B. Kreditkarteninstitute). Sie sollten bei Übertretung der Verbote oder Richtlinien auch auf den Schulden ihrer Kreditnehmer sitzenbleiben. Dann passen sie besser auf. Ähnliches gilt für Lieferverbote bei vorangegangenen Zahlungsausfällen des Bestellers (z.B. Internetkäufe). Die ersten zwei Zahlungsausfälle dürften sie eintreiben, d.h. vollstrecken. Auf den folgenden sollten sie sitzen bleiben.

Die meisten Bürger sind bei uns sparsam. Ausländische Neoliberale kritisieren sogar die „deutsche Sparwut“. Geldverschwendung und Konsum sind nach deren Ansicht für die Wirtschaft besser. Immer weniger glauben ihnen das. Wichtig ist, dass der Sparneigung der Haushalte nützliche Investitionen der Unternehmen gegenüber stehen. Beides ist – neben anderen Voraussetzungen – für das Schließen der Techniklücke und damit für genügend Arbeitsplätze nötig.

Derzeit werden die Sparer durch die EZB-Politik bestraft. „Die DZ Bank, das Zentralinstitut aller Volks- und Raiffeisenbanken, glaubt demnach, dass die Deutschen insgesamt 343 Milliarden Euro verloren haben: entgangene Zinsen, die sie auf ihr Vermögen bekommen hätten – wenn Europa nicht in den Krisenmodus gerutscht wäre.“³⁰⁹ Ähnliches gilt für andere Euroländer. Es wird von einer Umverteilung von Nord nach Süd durch Draghi gesprochen. Denn die Schuldnerländer erhalten durch die Niedrig- oder Nullzinsen unverdiente Vorteile, praktisch zinslose Darlehen. Eine Politik mit dem Ziel „Mittelstand und Vermögen für alle“ muss genau dies beenden und künftig verhindern.

Auch unser Steuerrecht und damit unsere Finanzminister bestrafen die Sparer. Die kleinen Sparer haben herkömmlicherweise ihre Spargroschen auf ihre Sparkasse oder Volksbank getragen und dort ein Sparbüchle angelegt. Die Zinsen waren niedrig, dafür konnten jederzeit oder kurzfristig Beträge abgehoben werden. Die Beratung der Banken für bessere Anlagen war schlecht. Denn die niedrigen Sparzinsen waren bei der Größen- und Fristentransformation sehr gewinnbringend. Aus den vielen kleinen Spareinlagen konnten die Banken z.B. größere und teure Hypothekendarlehen machen und ausreichen. Nicht einmal kleine

³⁰⁹ Die Welt, 13.04.2016: <https://www.welt.de/finanzen/article154297020/Die-schleichende-Enteignung-der-deutschen-Sparer.html> - Abruf 2016 und 2023

Unternehmensgründer haben sie auf günstige KfW-Kredite (Kreditanstalt für Wiederaufbau) hingewiesen, sondern ihnen ihre viel teureren Hypotheken-Darlehen verkauft.³¹⁰

Richtig wäre, dass Zinsen auf niedrig verzinsten Sparbüchern gar nicht besteuert werden. In der Regel bringen diese Zinsen nicht einmal den Inflationsausgleich. Die Geldentwertung durch die Geldpolitik war meist höher als der Zinsgewinn.³¹¹ Damit findet die erste schleichende Enteignung der Sparer statt.

Hinzu kommt die „kalte Progression“, das sind schleichende Steuererhöhungen durch die Inflation. Nominell steigen die Einkommen, real nicht (sinkende Kaufkraft). Das wird oft kritisiert, selten behoben. Der Parteienstaat schröpft den Mittelstand an vielen Stellen.

Genau die gegenteilige Politik wäre richtig. Wir bräuchten **Vermögensaufbau-Programme**, um dem Ziel „Mittelstand für alle“ näher zu kommen. Teilweise wurde das in der Nachkriegszeit praktiziert. Kleinsparer müssten für ihren Spareifer, für ihren Willen zum wirtschaftlichen Aufstieg belohnt werden. Kleinsparer brauchen staatliche oder steuerliche „Sparzuschüsse“ statt Zinsabschlagsteuer. Das gleiche gilt für das Bausparen, wo sich noch Reste der Bezuschussung aus alter, besserer Zeit erhalten haben. Was ist aus unseren Parteien geworden?

Sogar die DDR war hier und in anderem familienfreundlicher. Familiendarlehen konnten „abgekindert“ werden. Das bedeutete, dass mit jedem Kind ein Teil der Darlehensschuld getilgt wurde. Das müsste für Familien, die ein Häusle gebaut haben, eingeführt werden. Überhaupt sind auch wegen der DDR-Vergangenheit 40 % der Deutschen ganz ohne Vermögen. Hier muss angesetzt werden, nicht nur in oft unnötigen Infrastrukturmaßnahmen. Was nützen die schönsten Rathäuser, wenn nur arme Bürger vorbeigehen?

Hier stoßen wir auf eine typisch deutsche Fehlentwicklung. In kaum einem europäischen Land haben die Leute so wenig Hauseigentum wie in Deutschland. Selbst in Italien und sonst in Südeuropa sind die Leute

³¹⁰ Erfahrungen der Existenzgründerberatung im Neckar-Odenwald-Kreis.

³¹¹ Bundesbank-Präsident Weidmann rechnet nun die derzeitige Null-Inflation der Null-Verzinsung gegen. Doch das sind Scheinrechnungen. Tatsache ist: die Lebensversicherungen können die Altersversicherungen wegen der Nullzinsen nicht mehr bedienen. Schauen wir doch in die Wirklichkeit!

im Durchschnitt reicher als in Deutschland. Sogar im dicht besiedelten England ist der Anteil der Eigenheimbesitzer höher.

Die Wohneigentumsquote bezeichnet den Anteil der von Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen an der Gesamtzahl aller Wohnungen. Deutschland belegte 2016 mit rund 50% einen unteren Platz, weit nach Spanien (79%), Griechenland (74%), Italien (73%) und sogar hinter Großbritannien und Frankreich (je 65%).³¹²

Das gilt auch für das Geldvermögen, wie die folgende Tabelle zeigt.

Die reichsten Bürger der Welt

| | Private Netto-Geldvermögen pro Kopf im Jahr 2013 in Euro | Veränderung zu 2012 in Prozent |
|----------------|-------------------------------------------------------------|-----------------------------------|
| Schweiz | 145.540 | +6,2 |
| USA | 119.570 | +14,2 |
| Belgien | 78.300 | +4,6 |
| Niederlande | 71.430 | +3,8 |
| Japan | 71.190 | +7,6 |
| Schweden | 70.080 | +12,8 |
| Taiwan | 66.010 | +10,6 |
| Kanada | 65.900 | +10,4 |
| Singapur | 64.520 | +5,4 |
| Großbritannien | 63.490 | +11,7 |
| Israel | 55.840 | +8,8 |
| Australien | 53.960 | +12,1 |
| Dänemark | 53.380 | +6,6 |
| Italien | 48.800 | +2,9 |
| Frankreich | 46.020 | +6,0 |
| Deutschland | 44.280 | +5,3 |
| Österreich | 43.740 | +1,8 |
| Irland | 34.300 | +10,8 |
| Portugal | 22.480 | +8,6 |
| Spanien | 21.990 | +22,6 |

Allianz Global Wealth Report

Schaubild 10

³¹² Statista 2016 – Wohnungseigentumsquote für 2021
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155734/umfrage/wohneigentumsquoten-in-europa/> - Abruf
 2016

Es gibt viel zu tun. Andere Europäer jammern eben besser und verstecken ihr Geld erfolgreicher vor ihrem Finanzamt (Italiener, Griechen).

In Deutschland wurde nach dem Krieg vor allem der Mietwohnungsbau, viel weniger der Eigenheimbau gefördert. Das war nach den vielen ausgebombten Städten richtig. Doch dann hätte die Umsteuerung kommen müssen. Doch auch die SPD-Genossen mit ihrer großen „Neuen Heimat“ waren vor allem am Mietwohnungsbau interessiert.³¹³

Zum Ziel „Eigenheim für alle Familien“ gehört auch der Grundsatz *„Entflechten statt Verdichten“*. Es schadet der körperlichen und seelischen Gesundheit, wenn wir eingepfercht in Hochhäusern der verstädterten Metropolregionen leben. Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz spricht in diesem Zusammenhang von der *„Verhausschweinung der Menschen“*. Gesunde Kinder brauchen den Auslauf und die Natur.³¹⁴

Ziel muss also sein, ein eigenes Haus oder Wohneigentum für jede deutsche Familie.³¹⁵ Auch das Friedensheer kann und soll dabei tatkräftig mithelfen.³¹⁶

Eine weitere Aufgabe des Bürgerstaats und der Sozialen Volkswirtschaft sind Maßnahmen gegen das „Landgrabschen“, englisch Land grabbing. „Land ist begehrt wie nie: Staaten wie China, multinationale Firmen und reiche Privatanleger investieren neuerdings massiv in Grund und Boden – Anbauflächen von der Größe ganzer Länder wechseln den Besitzer.“³¹⁷

In Deutschland sind vor allem Immobilien begehrt. Der Hedgefonds Blackstone (nicht zu verwechseln mit seinem Kollegen Blackrock) kaufte Ende 2004 von der Beteiligungsgesellschaft WCM 31.000 Wohnungen, weitere 31.000 Wohnungen für 1,4 Milliarden Euro in den Regionen Kiel, Wuppertal Mönchengladbach u.a.³¹⁸ Im Frühjahr 2005 löste der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering die „Heuschreckendebatte“ aus. Er bezeichnete Blackstone als Heuschrecke. Der Inhaber Stephen

³¹³ Die Misswirtschaft des Chefmanagers Viotor u.a. führte schließlich dazu, dass die schöne große „Neue Heimat“ für 1 DM an einen Bäcker verkauft wurde.

³¹⁴ Beides erlebte ich in meiner Kindheit in Tauberbischofsheim und Heidelberg-Handschuhsheim.

³¹⁵ Ein französischer König hatte einmal das Ziel: Jedem Franzose jeden Sonntag ein gebratenes Hähnchen! Das ist in die Geschichte eingegangen.

³¹⁶ Vgl. unten: 8.3 Friedensheer und Friedensdienst *und* „Bausteine des Bürgerstaats“, 5.6 Dienst im Friedensheer“

³¹⁷ z.B. Fred Pearce, Land Grabbing, Der globale Kampf um Grund und Boden, München, 2012

³¹⁸ WCM [= ursprüngl. Württembergische Cattunmanufaktur], heute Beteiligungs- und Grundbesitz-Aktiengesellschaft

Schwarzman beschwerte sich daraufhin bei der Bundeskanzlerin, weil er mit einem Insekt verglichen wurde. Müntefering hatte aber nicht ihn als Person, sondern sein Unternehmen und die Art von dessen Wirtschaften mit Heuschrecken verglichen. Der Vergleich ist zutreffend. Heuschreckenschwärme fallen massenhaft in eine blühende Landschaft ein, fressen sie kahl und verschwinden dann wieder.

Bisher waren die guten Geschäftslagen (A-Lagen) großer Innenstädte das Ziel der Investoren, inzwischen gehen sie weiter. Das führt langfristig zur Enteignung der einheimischen Bürgerschaft. Das wird ganz deutlich, wenn wir lesen, was der Spiegel Online schon 2015 berichtete. Sogar chinesische Großgeldbesitzer sind dabei:

„Ausländische Investoren kaufen deutsche Billigimmobilien. Die Preise sind niedrig, die Bestände solide: Deutschlands Immobilien sind für Investoren so attraktiv, dass jetzt selbst B- und C-Lagen gekauft werden. 2015 dürfte die Nachfrage weiter steigen, auch wegen Interessenten aus China. ... ‚Zu viel Kapital, zu wenige Investitionsmöglichkeiten‘, zitiert der Trendbarometer einen Investor. ‚Deutschland ist enorm attraktiv‘, sagt EY-Immobilienexperte [EY = Ernst & Young] Christian Schulz-Wulkow, ‚im internationalen Vergleich haben wir in Deutschland noch sehr niedrige Mieten‘. Die Aussichten für Anleger sind also gut. Für 2015 rechnen die Investoren mit Verkäufen von mehr als 50 Milliarden € – so viel wie zuletzt vor der Finanzkrise. ‚Die Bereitschaft, höhere Risiken einzugehen, hat zugenommen‘, stellt Schulz-Wulkow fest. So nehmen Käufer Leerstände in Kauf, und sie kaufen Immobilien auch in so genannten B- und C-Lagen, also in Städten wie Leipzig, Dresden, Erfurt, Itzehoe oder Flensburg. ... um die überreichlich vorhandene Liquidität halbwegs sicher zu parken.‘ Vor allem sind es ausländische Käufer, die sich jetzt laut Schulz-Wulkow in Deutschland breitmachen: ‚Jetzt stehen auch chinesische Investoren vor der Tür. Die werden 2015 deutlich am Markt präsent sein‘.³¹⁹

Die Bürger wollen das nicht. Die städtische GGH [Gesellschaft für Grund- & Hausbesitz mbH] wollte in Heidelberg einen großen Wohnungsbestand verkaufen; doch ein Bürgerbegehren verhinderte das.

Die Schweizer haben immer wieder mit Volksabstimmungen den „Ausverkauf des Heimatbodens“ eingeschränkt. Bei uns ist so etwas durch die neoliberale EU mit ihren sogenannten „Grundfreiheiten“ unmöglich. Wegen der erfolgreichen Volksabstimmung gegen die Masseneinwanderung (09.02.2015) droht ja die EU der Schweiz mit allen

³¹⁹ Spiegel Online 13.01.2015

möglichen Strafmaßnahmen. Jetzt droht auch der EU-Finanzkommissar Valdis Dombrovskis den Britten mit einem Angriff auf die Londoner City und ernsthaften Folgen für den Finanzplatz, sollte London nach dem Austritt aus der EU die Einwanderung beschränken.³²⁰

Ergebnis: Bürgerstaat und Soziale Volkswirtschaft brauchen mehr Schweiz als EU, z.B. Volksabstimmungen, um zu überleben.

Seit einiger Zeit hat der sonst neoliberale Wirtschaftswissenschaftler, Hans-Werner Sinn, eine überzeugende Begründung gegen gewaltsame Masseneinwanderungen gefunden. Er verurteilte in der Presse und auch bei einem Vortrag am 22.06.2016 in München, bei dem ich anwesend war, das gewaltsame Eindringen von Migrant*innen. Dazu führte er sinngemäß aus: *„Das Eigentum ist ein wesentlicher, unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Wirtschaft. Und das Staatsgebiet ist das gemeinsame Eigentum der Staatsbürger. Es darf ihnen nicht gewaltsam weggenommen werden.“* In der Tat, wem außer den Staatsbürgern sollte das Staatsgebiet gehören? Manche sagten früher, es sei Eigentum des Landesherrn oder gemeinsames Eigentum von ihm und den Ständen. Der Landesherr ist weggefallen, damit gehört es dem Volk allein. Weder die Kanzlerin noch die Parteien dürfen es gegen den Volkswillen verschenken. Das ist Demokratie und erst recht Bürgerstaat.

Stärkung statt Ausverkauf des gewerblichen Mittelstandes

Hier können wir bei unserer Betrachtung mit Blackstone fortfahren. Denn der Blitz schlägt oft ganz nah ein. Das 15.000-Einwohner-Städtchen Eberbach liegt 30 km neckaraufwärts von Heidelberg im Odenwald. Dort gab es einen „heimlichen Weltmeister“, das Unternehmen „Scherer“. Der Firmengründer hatte eine Maschine zur Herstellung von Gelatine kapseln für Heilpillen erfunden und in den 1930-er Jahren patentieren lassen. Daneben liegt die Deutsche Gelatinefabrik DGF Stoess mit einer verschlungenen, 125-jährigen Geschichte.³²¹ Sie liefert den Rohstoff und heißt heute „Gelita“ (Sitz Eberbach). „Gelita“ ist bis heute ein heimlicher

³²⁰ Handelsblatt, 08.09.2016, Titelthema „Angriff auf die Londoner City“

³²¹ Sven Tode, Die Gelita Story – 125-Jahre DGF Stoess AG, Hamburg 2003

Weltmeister, und alle, die Mitarbeiter und die Unternehmensführung, die Kunden und die Stadt sind stolz auf ihr Werk.

Ganz anders verlief die Geschichte von Scherer. Es gab wohl Familienstreitigkeiten und im April 2007 verkaufte der bisherige Hauptgesellschafter seinen gesamten Geschäftsanteil an den Firmeninvestor Blackstone. Scherer mit weltweit 10.000 Mitarbeitern wurde in eine neue Firma „Catalent Pharma Solutions“, mit Hauptsitz in Somerset, New Jersey, USA eingegliedert. Blackstone hielt nun 51 % der Geschäftsanteile von Scherer, die Eberbacher Gelita AG war weiterhin mit 49 % an Scherer beteiligt.

Einige Mitarbeiter der Firma Scherer sind mir persönlich bekannt; und so konnte ich hören, was nicht in den Zeitungen stand. Mit dem Besen der „*Rationalisierung*“ wurden im Unternehmen alle Bereiche „gereinigt“. Vor allem klagten die Arbeiter über die Einsparungen bei der Qualität. Wo an einer hochtechnischen Maschine das Vier-Augen-Prinzip galt, genügte nun ein Mann. Musste einer schnell verschwinden, dann musste ein Arbeiter zwei Maschinen bedienen. So ist es bald vorgekommen, dass ein Fehler mit Millionenschaden entstand. Der Arbeiter in Vertretung verwechselte das Nachfüllpulver. Bei der neuen Unternehmenskultur ärgerte die Mitarbeiter am meisten der Qualitätsverzicht. Viele Junge und Befähigte kündigten, die Alten blieben notgedrungen.

Neben dem Personal wurden die Lager abgebaut. „*Zeitgenaue Lieferung*“, „*Just in time*“ heißt die neue Lagerhaltung, die auf Straßen und Autobahnen verlegt wurde. Das Unternehmen wurde ausgequetscht, die „Gewinne“ und der Aktienkurs stiegen.

Im Jahr 2012 verkaufte dann Philipp Köpf, Hauptanteilseigner der Gelita, die restlichen 49 % Aktien von Scherer für 40 Millionen an Blackstone, das nun zu 100 % Anteilseigner ist. Die übrige Familie Köpf streitet nun vor Gericht, ob der Verkaufspreis zu niedrig war. Denn mit dem Erlös aus dem Verkauf baute Philipp Köpf seine Anteile an „Gelita“ aus.

Nun könnte bald der nächste Schritt folgen, die große amerikanische Finanzberatung Bloomberg (15.500 Mitarbeiter, Umsatz 8,3 Mrd. US-Dollar in 2014) vermutet und empfiehlt daher Blackstone den

gewinnbringenden Verkauf.³²² So schließt sich der Kreis: „Scherer“ ist vom „heimlichen Weltmeister“ zu einem „Anlageobjekt“ und zu einer „Firma zum Ausschachten“ für die Kapitalisten II geworden.

Wer diese Strategien und Operationen durchschaut, der kann sie nicht richtig finden. Wem dienen, wem nützen sie? Allein den Kapitalisten II. Shareholder Value! Die Gegenstrategie erfordert genossenschaftliches Denken und Handeln mit genossenschaftlichen Institutionen und Gesetzen, die diesen Kapitalismus II verhindern.

Leider sind willkommene Opfer der Heuschrecken häufig gesunde Familienunternehmen mit vielen Familienzweigen, die vor allem ans Geld wollen. Bevor die Hedgefonds Wind bekommen, müsste eine Hanse, auch mit Hilfe eines gut gefüllten Staatsfonds, Lösungen suchen und finden. Echte und faire Wertermittlungen sind dabei wichtig. Und es ist wirklich zu überlegen, ob eine Hanse nicht ein limitiertes Vorkaufsrecht bekommen soll; limitiert heißt dabei, dass der Kaufpreis der Wertermittlung in etwa entsprechen muss und dadurch für den Vorkäufer begrenzt ist.

Ziel muss im nächsten Schritt der Weiterverkauf an fähige und bewährte Unternehmerpersönlichkeiten oder Familien sein. Am allerbesten ist natürlich, wenn gleich andere mittelständische Unternehmer einsteigen.

Übrigens haben die Städte und Gemeinden schon heute in den Innenstädten ein Vorkaufsrecht. Es ist allerdings nicht limitiert (z.B. auf das 10- bis 16-fache des Jahresmietwerts). Und ein Fonds fehlt in der Regel auch, aus dem der Kaufpreis gezahlt werden könnte. Doch gute Bürgermeister haben hier eine Kriegskasse. Der sehr erfolgreiche Buchener Bürgermeister Josef Frank sagte zu mir: „Jedes Haus in der Altstadt, das zu kaufen ist, kaufen wir für die Stadt. Gute Bodenpolitik ist die Voraussetzung für eine gute Stadtsanierung und Stadtentwicklung.“ Er hatte dazu Rücklagen gebildet. Das lässt sich auf die Wirtschaft, den Handel mit Unternehmen und Unternehmensanteilen übertragen.

³²² Blackstone's Exit Opportunity – Bloomberg Gadfly“ vom 14.04.2016 - <https://www.bloomberg.com/gadfly/articles/2016-04-14/blackstone-backed-catalent-should-seize-sale-opportunity> - Abruf 2016

Das alles ist wirtschaftspolitisches Neuland. Doch wir müssen schneller und schlauer, zupackender und tatkräftiger als die Landgrabscher und die Kapitalisten II werden. Wir müssen die genossenschaftliche Soziale Volkswirtschaft verwirklichen. Dazu ist eine Hanse unverzichtbar.

China und Norwegen, die Ölscheichs und andere Staaten haben übrigens große Staatsfonds für ihre strategische und operative Wirtschaftspolitik. Wir werden den Wirtschaftskrieg des 21. Jahrhunderts verlieren, wenn wir uns auf die „unsichtbare Hand“ verlassen.

Dabei gilt der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen“. Die KMU müssen in der Hanse zusammengeführt werden, sich gegenseitig kennen und helfen. Die Vermittlung von Nachfolgern für Familienunternehmen wäre eine weitere hanseatische Aufgabe. In schwierigen Lagen, die das beste Unternehmen treffen können, brauchen sie Betreuung und Überbrückungshilfen. Ältere, erfolgreiche Unternehmensführer im Ruhestand könnten als Helfer aktiviert werden.

Damit sind wir beim nächsten wunden Punkt. Es sind die Subventionen oder staatlichen Zuschüsse. Sie betragen Milliarden und kommen vor allem der Großindustrie zugute. Derzeit sind es die Werften, früher war es die Ruhrkohle. Über Jahrzehnte wurde der bei uns unrentable Kohlebergbau, mit jährlich 10 Milliarden DM aus wahltaktischen und parteipolitischen Gründen subventioniert. In so einem Fall hilft nur umsteuern, raus aus der Pleitebranche und mit dem Geld Zukunftsbranchen aufbauen! Das gleiche gilt für die nicht haltbare Textilindustrie. Sie könnte sogar mit Hilfe der Hanse im Zuge einer gezielten Entwicklungshilfe in geeignete Entwicklungsländer verlegt werden. Chinesen haben schon ganze Werksanlagen, die bei uns wegen der Löhne unwirtschaftlich waren, gekauft und in China wieder aufgebaut. Und Textilwerke, die in China unrentabel waren, haben sie nach Afrika verlegt. Den Chinesen braucht man nicht zu helfen, aber vielleicht den Syrern und nordafrikanischen Staaten.

Subventionen müssen immer in Zukunftsbranchen, nicht in sterbende, nicht mehr haltbare Arbeit fließen (Wilhelm Röpke, Rüstow-Modell). Eine Ausnahme ist die Landwirtschaft. Die muss jedenfalls auf europäischer Ebene so leistungsfähig sein, dass sie uns in Notzeiten ernähren kann.³²³ Der bäuerliche Familienbetrieb ist auch ein Kulturgut. Hier

³²³ Ich weiß noch aus meiner Kindheit, wie bitter das Leben mit Lebensmittelkarten war.

greifen die Kapitalisten I und II nicht nur mit Landgrabschen, sondern auch mit Patenten für das Saatgut ein. Von angeheirateter Verwandtschaft in der Uckermark weiß ich, dass dort die Landpreise und damit auch die Pachtpreise so gestiegen sind, dass ein mittelständischer Betrieb aufgeben muss, der sogar die DDR-Zeiten überlebt hat.

Eine weiteres Feld sind die freien Berufe, überhaupt die Dienstleistungen. Sie sind inzwischen ein größerer Wirtschaftszweig als die Industrie. Die großen US-Anwaltskanzleien, Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsunternehmen drängen mit Macht auf den europäischen Markt. TiSA (Freihandelsabkommen für Dienstleistungen) soll hier allen die Tore öffnen, die letzten Hürden beseitigen.

Unsere Freiberufler müssen sich genossenschaftlich zur Gegenwehr zusammenschließen. Auch Niederlassungsverbote sind erforderlich. In vielen Bereichen ist es möglich, Dienstleistungen für freie Berufe an genossenschaftliche Einrichtungen auszulagern. So können sie sich ihrem Hauptgeschäft widmen. Ein Beispiel ist Datev, eine eingetragene Genossenschaft. Sie bietet ihren über 40.000 Mitgliedern an, vor allem Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, aber auch vereidigte Buchprüfern und Rechtsanwälten Datenverarbeitung an.

Auch unseren Handwerkern droht große Gefahr von der EU. Mit dem beabsichtigten Fall des Meisterprivilegs wäre die Qualität gefährdet. Durch die EU-Vergaberichtlinien seit Ende der 1990er Jahre werden die großen, EU-weit tätigen Unternehmen bevorzugt. Das erlebten wir bei der Erweiterung unseres Kreiskrankenhauses. Die Leistungen mussten plötzlich europaweit ausgeschrieben werden. Große Anbieter bewarben sich. Wir unterliefen die Vorschrift durch Vergabe kleiner Lose, was später verboten wurde. Die Folge ist, dass ein Großunternehmen sich durch ein billiges Angebot den Auftrag verschafft. Dann schreibt es die Leistungen bei der örtlichen Handwerkerschaft aus. Da gelten keine Vergaberichtlinien mehr, sondern das Großunternehmen drückt den Preis, quetscht die Handwerker bis zum letzten Cent aus. Wem nützt das?

Wir brauchen keinen EU-Dienstleistungsmarkt und auch keinen Welt-Dienstleistungsmarkt. Das alles bringt uns nicht mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze. Im Gegenteil, die Qualität sinkt, das Überleben der Handwerker, Freiberufler und der anderen selbstständigen Dienstleister

ist bedroht. Am Ende leben wir nur in Monopol- oder Oligopolmärkten, in denen sich die Preise nicht frei bilden und wie die Geschäfte von oben bestimmt werden. Die Kunden und die Arbeitnehmer sind die Sklaven.

Eine Reform des öffentlichen Vergaberechts ist dringend erforderlich. Nicht der billigste, sondern der beste Bieter sollte den Zuschlag bekommen. Wir sehen ja die mangelhafte Ausführung an Autobahnen, Brücken und Gebäuden. Hier musste die Qualitätskontrolle einer Hanse schon während der Bauausführung ansetzen.³²⁴

³²⁴ Deshalb haben wir als Landkreis einen Architekten eingestellt und fähige, eigene Bauüberwacher eingesetzt.

8. Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder

8.1 Die Weltlage am Beginn des 21. Jahrhunderts

Strategen stellen die Wirklichkeit über ihre Wünsche. Sie rechnen eher mit dem Schlimmsten statt mit dem Schönsten. Sie planen früh und sorgfältig mögliche Gegenstrategien.

Nach dem Fall der Berliner Mauer glaubten viele an die Erfüllung ihrer Wünsche. Das sollte ein friedlich-fröhliches Eine-Welt-Dorf sein - mit dem Wohlstand und den Segnungen des Neoliberalismus für alle. Die deutsche Politik träumte am schönsten. Die Bundeswehr wurde fast, die Wehrpflicht ganz abgeschafft.

Es kam völlig anders. „Die Welt ist in Unordnung geraten“, merkt nun unser Außenminister. Kriege und Bürgerkriege, Millionen Flüchtlinge, Finanz- und Eurokrisen, Wirtschaftsschwächen und Arbeitslosigkeit sowie Rüstungsausgaben wie eh und je erlebt die Welt.

Trotzdem heißt das strategische Ziel unserer Sozialen Volkswirtschaft: Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder.

Dazu beurteilen wir zuerst die Weltlage am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Wir erkennen neue Wirtschaftsmächte und alte Kulturkreise. Wir sehen sehr arme und sehr reiche Länder. Jeder hat das Recht auf seinen eigenen Weg in die Zukunft. Doch arm und dumm will niemand bleiben. Wir dürfen nicht bevormunden, aber wir können auf Wunsch helfen.

*Dazu müssen wir auf der ganzen Linie umdenken. Wir brauchen weiter eine Streitkraft, die uns vor militärischen Angriffen schützen kann. Doch für den Weltfrieden brauchen wir ein **Friedensheer** als 4. Teilstreitkraft. Viel Entwicklungshilfe an die Großkonzerne und die Herrscher in der dritten Welt floss in die falschen Taschen. Wenn wir helfen, dann direkt den Menschen vor Ort. Die Wirtschaft baut sich wie jede Organisation von unten nach oben auf. Als zartes Pflänzlein braucht sie zuerst Schutz und Pflege, bevor sie den rauen Wind der Weltwirtschaft verträgt.*

In fast jedem Land ist die Lage anders. Die alten Ideen von Adam Smith (1776) und Karl Marx (1848) sind nicht die Lösungen. Diese können nur mit den Menschen in den Dörfern und Städten erarbeitet werden.

„Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers und dem Scheitern der amerikanischen Versuche zur alleinigen Weltherrschaft“ (Roman Herzog) müssen wir darüber nachdenken, welche Rolle die EU und ihre Mitgliedsstaaten weltpolitisch spielen können oder sollen.³²⁵

Die Chinesen wollen mit Macht erste Weltmacht werden und sprechen öfter vom „asiatischen oder gar chinesischen Zeitalter“, wenn sie das 21. Jahrhundert meinen. Doch so einfach dürfte es nicht sein. Es werden einige Mächte das politische und wirtschaftliche Geschehen bestimmen. Die USA, Europa, China und Indien sind von ihrer Bevölkerungszahl und/oder Wirtschaftsleistung dabei. Sie sind politisch verhältnismäßig geschlossene Staaten oder Staatenverbände.

Die EU muss sich noch einmal neu erfinden, wenn sie politisch und wirtschaftlich eine Rolle spielen und ihre Bürger überzeugen will. Vor allem muss sie statt der Brüsseler Ausführungs-Bürokratie einen politisch-strategischen Führungsstab aufbauen. Der Umbau müsste uns gelingen. Denn Indien, China und die USA haben teilweise größere kulturelle und ethnische Gegensätze als Europa. Ostasien mit Japan, Korea, Taiwan, Malaysia usw. steht China kulturell zum Teil nahe, doch sie fürchten dessen kriegerisches, zum Teil herrschsüchtiges Auftreten. Sie haben sich locker in Wirtschaftsgemeinschaften wie Asean (Verband südostasiatischer Staaten) zusammengeschlossen. Überwiegend hat Ostasien politisch und wirtschaftlich gesunde Länder.

Die islamische Welt hat noch einen weiten Weg. Sie muss politisch, wirtschaftlich und religiös eine gemeinsame Friedensordnung finden. Selbst bei jedem Krieg ist der Friede das letzte strategische Ziel. Vielleicht hilft dort am ehesten der Aufbau von unten nach oben. Kleine politische und wirtschaftliche Gebilde mit kultureller und religiöser Zusammengehörigkeit nützen den Menschen in Stadt und Land am meisten. Die Wurzeln jedes Staates sind selbstverwaltete, gut organisierte und wirtschaftlich gesunde Gemeinden.

Für Europa ist weiter entscheidend, dass Afrika einen friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Weg in die Zukunft findet. Dort leben 1,2 Milliarden Menschen, 2050 sollen es 2,5 Milliarden sein. Hier steckt in jeder Hinsicht Sprengstoff, der bei einer Explosion Europa und die islamische Welt erschüttern wird.

³²⁵ Roman Herzog, Europa neu erfinden, Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie, München 2014, S. 15

Lateinamerika liegt für uns weit weg. Hier gilt abgeschwächt, was für Afrika gesagt wurde. Die dortige Unruhe und Unordnung wirken über Mexiko bis nach Nordamerika. Nur Wohlstand und Sicherheit in Mittel- und Südamerika nehmen den Einwanderungsdruck von den USA. Da muss ihnen schon mehr einfallen als eine reine Freihandelszone, wie die Nafta (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen).

Modelle und Strategien

Die Ausgangslage in der Weltwirtschaft und damit auch in der Weltpolitik bestimmen heute unterschiedliche Modelle und Strategien:

1. das neoliberal-kapitalistische Modell (USA und EU)
2. das chinesisch-realwirtschaftliche Modell
3. das japanisch-nationale Modell
4. Länder auf der Suche: Russland, Indien, die islamische Welt u. a.

Das neoliberal-kapitalistische Modell

In den USA und auch in der EU spielt das Kapital, die Geldwirtschaft die führende und steuernde Rolle. Das wurde ausführlich dargestellt, auch das übermäßige Wachstum der Finanzmärkte im Vergleich zur Realwirtschaft. Das zeigt sich auch daran, dass wie gesagt die besten Studienabgänger und MBA-Absolventen in die Finanzwirtschaft gehen. Dort werden die höchsten Löhne bezahlt.

Die USA versuchen heute teilweise eine Re-Industrialisierung, nachdem die Industrie ganzer Landstriche nach China abgewandert ist.³²⁶ Deutsche Unternehmen und das duale Ausbildungsmodell sollen dabei auch helfen. Außerdem liegt auf der Informationstechnologie einseitig zu viel Gewicht. Die Weltunternehmen Google, Apple usw. führen sich zum Teil wie Weltherrscher auf. Sie fotografieren einfach ohne Bedenken die Innenstädte in aller Welt, zahlen praktisch keine Steuern und haben ihre vermachteten Teil-Märkte für Wettbewerber geschlossen. Sie sind für die

³²⁶ VDI nachrichten, 17.06.2016

USA systemrelevante Unternehmen, wie die dortigen großen Finanzunternehmen.

Das ist eine verwundbare Stelle, die die ganze Volkswirtschaft ins Wanken bringen kann. Noch können sie die Muskeln spielen lassen und gegenüber der EU mit Hilfe der US-Politik die Zähne zeigen. „Der Steuerkrieger – der US-Finanzminister legt sich wegen Steuertricksereien mit der EU-Kommission an. Seine Kritik ist nur bedingt glaubwürdig.“³²⁷ Dabei geht es um den Streit, ob Google u.a. in Europa angemessen und nicht nur mit 3% besteuert werden dürfen. Die gleichen Leute sind dann gegenüber Volkswagen gnadenlos: „Justitia schießt übers Ziel hinaus – US-Behörden haben bei der Bestrafung von VW jedes Maß verloren.“³²⁸ Doch je weiter das 21. Jahrhundert fortschreitet, umso mehr werden auch andere Mächte wie China, Indien zu gleichwertigen Gegenspielern.

Inzwischen nimmt das Verhalten der US-Wirtschaftspolitik gegenüber dem Rest der Welt unfaire Züge an, was letztlich auf eine Schwäche hindeutet. So wurde die kleine Schweiz hart wegen ihres Bankgeheimnisses und den damit verbundenen Steuerhinterziehungen durch US-Bürger angegangen. Die Schweiz gab nach, doch die Steuerparadiese in den USA werden nicht ausgetrocknet.

Delaware, ein Bundesstaat an der Ostküste, ist so ein Beispiel. Dort sind die Zentralen großer internationaler Unternehmen. Denn für Holdinggesellschaften gelten besonders günstige Steuern, weshalb hier viele Briefkastenfirmen angesiedelt sind. In einzelnen US-Bundesstaaten gibt es auch große Unterstützungsgelder bei der Ansiedlung ausländischer Unternehmen. „Dies ist deshalb möglich, weil nur die USA, nicht die einzelnen Bundesstaaten, Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) sind.“³²⁹ Dies könnte eine Hintertür beim Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) sein.

Weithin werden die USA von den aufgeklärten europäischen Bürgern als unfairer Partner empfunden. Das erklärt u.a. den heftigen Widerstand gegen die transatlantischen Abkommen für Freihandel (TTIP und TiSA).

³²⁷ Handelsblatt, 29.08.2016

³²⁸ Handelsblatt, 30.06.2016

³²⁹ Erik S. Reinert, Warum manche Länder reich und andere arm sind, a.a.O., S. 126

Wir hätten einen EU-Führungs- und –beratungsstab nötig, der hier die gemeinsame europäische Abwehr organisiert. Stattdessen kümmert sich Brüssel um Gurken und Tomaten, Schlachthöfe und die Handwerksordnung, als ob das die Mitgliedsstaaten nicht viel besser könnten. Und wo die EU größere, schmerzliche Eingriffe vornimmt, sind sie stets im Interesse des Neoliberalismus und meist der ganz Großen.

Großbritannien dürfe nach dem Austritt keine Rosinenpickerei betreiben. Das heißt, es muss auch die bitteren Pillen der EU, die Personenfreizügigkeit und die Einwanderung in die Sozialsysteme hinnehmen. Wer ermächtigt eigentlich Brüssel, bittere Pillen zu verteilen? Wir wollen die Freiheit und das Recht haben, die Einnahme von bitteren Pillen zu verweigern, notfalls durch Volksentscheide.

Vor allem Großbritannien hat nach alter Tradition weitgehend auf die Geldwirtschaft gesetzt. Die City of London ist neben New York ein Weltzentrum des Geldes. Weite Gebiete des Landes wie Mittelengland wurden deindustrialisiert. Arbeitslosigkeit und die völlige Verarmung des Mittelstandes verbunden mit pakistanischen Parallelgesellschaften beuteln diese Teile der Insel. Wer wundert sich da, wenn sie für den Brexit stimmten? Sie wollen nicht noch mehr Einwanderung und keine EU-Sozialunion mit ihrem sozialstaatlichen Umverteilungssystem.³³⁰

Europa muss sich neu ordnen und organisieren, langfristig am besten so, dass auch Großbritannien und die Schweiz beitreten können.

Das chinesisch-realwirtschaftliche Modell

Die Chinesen kommen aus der kommunistischen Denkschule. Nach Moas Tod (1976) hat Deng (genauer: Deng Xiaoping, 1904 – 1997) drei Kunststücke vollbracht. (1) Er wurde 1979 bis zu seinem Tod der wahre Machthaber Chinas. (2) Er überwand die Kulturrevolution und die Traditionsbrüche Maos. Er brachte eine Rückbesinnung auf die Kultur, das Denken und die alten Werte Chinas, ohne offiziell mit dem Maoismus zu brechen. Im Gegenteil, er blieb ein Kommunist chinesischer Prägung. Niemals wollte er ein freiheitliches Staatswesen, mehr Demokratie oder Liberalismus. (3) Doch er hat schnell viele

³³⁰ Dazu Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i. Br. 2016, S. 35 ff (Migration), S. 123 ff (Sozialwanderer)

Vorzüge und Machtmittel des Kapitalismus verstanden und eingesetzt. Er ist der Vater von Chinas kometenhaftem Aufstieg.

Wir haben oben schon die drei Denkräume chinesischer Politik und Wirtschaftssteuerung mit ihrer langfristigen Strategie und ihrer listigen Taktik skizziert (4.3 Märkte – Mächte – Bürgerstaat). Hier soll betont werden, dass die Chinesen vor allem ein realwirtschaftliches Wirtschaftsmodell, kein neoliberal-finanzwirtschaftliches verwirklichen.

Bei genauem Hinschauen fallen einem eine Reihe von Parallelen, aber auch deutliche Unterschiede zur traditionellen deutschen Volkswirtschaft und zum deutschen strategischen Denken auf.³³¹ Anders ist u.a. die zentralistische Steuerung von oben und die Kriegslust auch im täglichen Umgang. Das macht u.a. den Kampf gegen die Korruption so schwer. „Offen, ehrlich und zuverlässig“ dürften sie eher als naiv und dummlich einschätzen. Was bei den chinesischen Volksmassen und ihrer Kultur richtig und erfolgreich ist, wage ich nicht zu beurteilen. (Auch Franzosen neigen eher zur List, was sie „diplomatisch“ nennen. Man muss es halt wissen und sich darauf einstellen.)

Im Sozialismus spielt Geld keine Rolle, es ist vor allem eine Recheneinheit für die Planwirtschaft. Geld kann man nicht essen. Das weiß am besten, wer im Sozialismus für sein Geld nichts bekommen hat. Das weiß aber auch jeder, der eine Währungsreform oder eine andere Geldentwertung erlebt hat (1923, 1948). Es liegt nahe, dass aufgrund ihrer Vergangenheit die Chinesen in erster Linie realwirtschaftlich denken. Gleichwohl wissen sie inzwischen, dass Geld auch zur Macht auf vermachteten Märkten eingesetzt werden kann. Und sie tun es.

Im Sozialismus stehen dann die Arbeit und die Arbeiter hoch im Kurs. Die chinesische Führung will ganz offensichtlich vor allem Arbeit für ihre Volksmassen. Das zeigen die oben genannten 100-Jahresziele und die Beobachtung ihrer Investitionen weltweit. Die Löhne sind teilweise so gestiegen, dass sich für US-Firmen die Fertigung in China nicht mehr lohnt. Daher wollen die Chinesen jetzt an die Technik und die

³³¹ von Senger nennt Beispiele für Einzelmaßnahmen und Vorschriften, die nach der Auftragstaktik und Clausewitz'schen Strategie niemals von der oberen Führung aufgegriffen werden dürften.

Technologie.³³² Deutschland und seine mittelständische Wirtschaft sind wie gesagt eines der bevorzugten Ziele.

Wie Chinesen langfristige Strategie mit gezielten Einkäufen verbinden, zeigen weitere jüngste Beispiele. *„Chinas Bahnriesen auf Europatour – Die Industrie warnt vor unlauterem Wettbewerb“*, lautet ein aufschlussreicher Artikel.³³³ Er zeigt, wie breit angelegt ihre Strategie ist.

Anlass zum Nachdenken war, dass der große chinesische Staatskonzern „China-Railway-Construction Corporation (CRCC) eine kleine Schweizer Spezialfirma kaufte. Es handelt sich um den Ingenieur- und Softwarespezialisten Cideon. Er beherrscht die verschlungenen Zulassungsverfahren in Europa und einiges mehr. Und Volker Schenk, der Präsident des „Verbandes der Bahnindustrie“ (VDB) ist sich sicher, „dass die chinesischen Hersteller schon in 1, 2 Jahren stärker auf den europäischen Markt drängen werden“.

Bei Stadler Rail, einem führenden Hersteller von Eisenbahnfahrzeugen, haben die Chinesen auch schon angeklopft. Er hat 7.000 Mitarbeiter und 2,2 Milliarden Umsatz. „Chinas Anbieter sind inzwischen überall dabei. Sie schauen sich alle Ausschreibungen an und alle Eisenbahnfirmen, die zum Verkauf anstehen.“ Dabei könnte die „China-Railway Rolling Stock Corporation (CRRC) mit 32 Milliarden Euro Umsatz aufgrund ihrer Kapazitäten die Hälfte des Weltmarktes bedienen. Die genannten Staatskonzerne und ein Signalhersteller sind Chinas Kerntruppe. Der Bereich wurde zur Schlüsselindustrie erklärt. Zwischen 2016 und 2020 sollen 540 Milliarden Euro dafür investiert werden. *„Technologisch brauchen wir die Chinesen nicht zu fürchten“*, sagt Volker Schenk. *„Doch als Staatskonzerne können sie auf schier unerschöpfliche Finanzmittel zurückgreifen.“*³³⁴ Und da erwarte er dringend mehr Unterstützung durch die Bundesregierung. Wichtiger als zu warten, wäre eine wirkungsvolle Gegenstrategie.

Das sind Beispiele für die großen Schlachten. Doch wie sehen die kleinen Gefechte aus? In Heidelberg gibt es seit 80 Jahren die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Falk & Co. Mit gut 20 Mio. € Umsatz und 350 Mitarbeitern steht sie auf Platz 17 der Liste deutscher

³³² Technik ist die Anwendung der Technologie, wobei „logie“ immer für Wissenschaft steht (vgl. Geologie).

³³³ Handelsblatt, 26.04.2016

³³⁴ Handelsblatt, 26.04.2016

Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Falk hat vor allem mittelständische Unternehmen als Kunden. Nun hatte man eine neue Geschäftsidee.

Chinesen und China wurden ein weiterer Beratungsschwerpunkt. Dazu wurde vor vier Jahren in Heidelberg und Frankfurt ein „China Desk“ gegründet. Rund zehn Chinesen beraten mit deutschen Kollegen chinesische Firmen, die in Deutschland investieren, d. h. KMU aufkaufen wollen. Klar wurde bei Falk erkannt: *„Dahinter und auch hinter anderen Investitionen chinesischer Firmen steckt die Idee der Regierung, Technologie ins Reich der Mitte zu holen. Die Strategie für 2025 heiße „Made in China“, so Gerhard Meyer [Geschäftsführer von Falk & Co], dafür sei ein Wissens-Transfer nötig.“* Unverblümt offen wird auch gesagt, dass das Ziel kein beidseitiges Zusammenwirken, sondern langfristig eine einseitig chinesische Marktherrschaft ist: *„Die Chinesen wollen den eigenen Markt selbst beackern und kontrollieren. Automobile und Flugzeuge will man in Zukunft selbst bauen. Dafür werden in Europa auch große Firmen gekauft ...“* Sogar das chinesische Zusammenspiel zwischen staatlicher Strategie und Lenkung mit chinesischen Privatunternehmen wird klar ausgesprochen. Die Chinesen seien bereit, hohe Preise für deutsche Unternehmen zu zahlen, die auf der Einkaufsliste der chinesischen Regierung stehen.³³⁵

Irgendwie hat man auch bei Falk ein gemischtes Gefühl und Rechtfertigungsbedarf und behauptet, ein Ausverkauf von deutschem Know-how sei nicht zu befürchten. Kein Chinese könne gegen den Willen der Eigentümer ein Familienunternehmen schlucken. Und falls eine Familie dafür sei zu verkaufen, was spreche dagegen? *„Besser ein guter chinesischer Investor mit starkem Interesse als ein schlechter Nachfolger.“*³³⁶ Vor allem verdient Falk prächtig. Wie sagten die 68er? *„Die Kapitalisten verhökern sogar den Strick, an dem man sie erhängt.“*

Francis Fukuyama, einer der bedeutenden US-Politikwissenschaftler, beschreibt unter dem Titel *„China exportiert sein Modell“* Pekings Plan, über Infrastrukturvorhaben überall, auch in Asien, Afrika und Südamerika Einfluss zu gewinnen. Das soll die Grundlage sein, um die Nachfrage

³³⁵ RNZ (Rhein-Neckar-Zeitung), 02.12.2016: „Besser ein guter Chinese als ein schlechter Nachfolger“

³³⁶ RNZ, 02.12.2016

nach chinesischen Erzeugnissen voranzutreiben und zu sichern.³³⁷ Wir fügen hinzu, um Arbeitsplätze für 1,4 Mrd. Chinesen zu schaffen.

Bei uns denken ab und zu Wirtschaftsjournalisten wenigstens über unseren Verkehr nach, allerdings ohne politischen Widerhall. So meint Dieter Fockenbrock: „Bis 2030 wird die Güterverkehrsleistung in Deutschland um 28 Prozent wachsen. Wie soll das bewältigt werden? Der Staat muss Verkehrssysteme fördern, statt nur Autobahnen und Schienenwege zu bauen.“³³⁸ Magnetbahnen, Roboter-LKW, selbstfahrende Autos und einiges mehr gehörten dazu. – Doch wer denkt und handelt bei uns strategisch?

Das japanisch-nationale Modell

Japan will Japan bleiben. Gastarbeiter oder Einwanderer gibt es praktisch nicht. Koreanern, die im 2. Weltkrieg nach Japan gekommen waren, wurde jahrzehntelang die Staatsangehörigkeit verweigert. Japaner ist man, das kann man nicht werden. Die japanische Gesellschaft hat eine lange, große Tradition, die mehr als andernorts in die Gegenwart hinübergerettet wurde und lebendig ist. Wer sich das mit geschichtlicher Kenntnis anschaut, der merkt die Unterschiede zu uns.

Japan hatte keine Französische Revolution. Die Gesellschaft ist sehr hierarchisch, wobei man die Stellung sofort ablesen kann, je nachdem wer sich zuerst und wie tief vor dem anderen verbeugt. Das erinnert an den Streit der Kurfürsten mit dem Kaiser kurz vor der Französischen Revolution. Sie wollten nicht mehr vor dem Kaiser kniefällig werden und einiges mehr. Die Überlieferungen der Ritterlichkeit der Samurai, der hochachtungsvolle Umgang miteinander, die Sauberkeit und Ordnung sind alt und fest eingeübt. Die europäische Ständeordnung lässt grüßen. In Tokio sah man vor Jahren, als ich dort war, keinen Penner oder Obdachlosen. Trotz der strengen beruflichen Hierarchie zählen sich 90 % der Japaner zum Mittelstand. Eine alte, gut eingegrenzte Mafia (Spielhöhlen usw.) haben sie trotzdem.

³³⁷ Handelsblatt, 18.01.2016

³³⁸ Handelsblatt, 06.04.2016

Mit dieser Mentalität und einem hohen Leistungswillen haben die Japaner einen großen wirtschaftlichen Aufstieg vollzogen. Konrad Seitz, der persönliche Berater von Hans Dietrich-Genscher, veröffentlichte 1990 das Buch *„Die japanisch-amerikanische Herausforderung: Deutschlands High-Tech-Industrien kämpfen ums Überleben“*.³³⁹ Es stellt Deutschen und Europäern Japan als nachahmenswertes Beispiel vor.

Doch dann kam das Platzen der Immobilienblase. Teile Tokios waren so teuer wie ganz Kalifornien. Davon hat sich das Land bis heute nicht erholt. Die Wirtschaft stagniert. Denn es wird bis in die Gegenwart versucht, die Heilung durch eine neoliberale Geld- und Fiskalpolitik herbeizuführen.

Dazu hat das Handelsblatt jüngst eine „Grafik des Tages“ veröffentlicht.³⁴⁰ „Abes³⁴¹ Experiment gescheitert – Rasantes Wachstum bis in die 80er, danach gelähmt.“

Japan ist das am höchsten verschuldete Land der Welt. 249 % der Wirtschaftsleistung beträgt die Verschuldung. Bei Griechenland sind es 183 %, bei den USA 107 % und bei Deutschland 68 %. Das Ergebnis: „Doch die bisherige Bilanz ist desaströs: Kein Ziel wurde erreicht, gleichzeitig wachsen die Risiken.“ Mit immer frischem Geld will der japanische Ministerpräsident die Wirtschaft auf Wachstumskurs zwingen. Er erhöhte noch einmal die Dosis seiner Medizin und kündigte ein weiteres Konjunkturprogramm an. Im Grunde versucht er die gleiche Politik wie die EZB und erntet die gleichen Misserfolge.

Die weltweit höchste Verschuldung ist für Japan jedoch kaum eine Gefahr. Denn Japan ist nur bei Japanern verschuldet. Der Staat hat sich kein Geld im Ausland geliehen und ist nicht von ausländischen Kapitalgebern abhängig. Sie können das Land nicht verwunden, nicht durch den Abzug ihrer Gelder seine Wirtschaft abstürzen lassen.

Wo könnten die Schwächen Japans liegen, die eine Erholung bisher verhindert haben? Wie in der Ständeordnung werden in mancher Hinsicht bei den Japanern der Individualismus und die schöpferischen Ideen unterdrückt.³⁴² Japan hat eine Kreativitätslücke. Mögliche

³³⁹ Konrad Seitz, *Die japanisch-amerikanische Herausforderung: Deutschlands High-Tech-Industrien kämpfen ums Überleben*, Landsberg/Lech 1990

³⁴⁰ Handelsblatt, 08.08.2016

³⁴¹ Shinzō Abe ist Japans derzeitiger Ministerpräsident.

³⁴² Europa hatte die Renaissance und Reformation, die Aufklärung und die Französische Revolution.

Neuerungen werden mit allen Betroffenen abgesprochen. Das kennzeichnet das dortige „Ringi-System“. Das erinnert an unseren früheren ständischen Grundsatz: „Gemeinsame Sachen sind gemeinsam zu verhandeln“. Diese allseitige Abstimmung macht Erfindungen und Neuerungen schnell den Garaus. Denn die Bedenkenträger haben die Oberhand.

Das gilt oft auch für westliche Großunternehmen. Konrad Zuse, der Erfinder des Computers, wurde schließlich mit seinem Unternehmen von Siemens aufgekauft. Er wurde gefragt, wie es ihm nun gehe: „Geld gibt es hier genug, aber meinen Rechner hätte ich hier nicht erfunden.“ Alle Vorschläge werden in größeren Besprechungen mit vielen Bedenkenträgern abgeklopft. Da kommt Mittelmäßigkeit heraus.

In Japan gibt es dazu ein Sprichwort: „Nägel, die ihre Köpfe herausstrecken, müssen eingeschlagen werden.“ Geniale Köpfe sind da nicht erwünscht, Neuerungen auch nicht. Bei uns mussten wie gesagt in der Ständeordnung die Handwerksgesellen bei der Freisprechung geloben: „Nichts Altes abzustiften und nichts Neues aufzubringen.“ Hinzu kommen in Japan bei der politischen und wirtschaftlichen Führung enge, persönliche Verflechtungen. Klüngel sagt man in Köln, und auch dort tut der Eine dem Anderen nicht gern weh.

Ihren Aufstieg verdanken die Japaner ihrer Fähigkeit, Erfolge bei anderen zu erkennen und dann sehr schnell nachzuahmen. „Abkupfern“ ist unser alter Ausdruck aus der Zeit der Kupferstecher. Von Deutschland übernahmen sie das Bürgerliche Gesetzbuch in seiner Urform, das preußische Militär, nachdem Frankreich 1870 geschlagen wurde, und das Schulwesen. Die Schuluniformen, die bis heute getragen werden, sollen preußischen Ursprungs sein. Das setzte sich fort in der Technik von der Rollei-Kamera bis zur Magnetschwebebahn.

Was die Japaner sehr gut können, ist „kaizen“. Das ist die stete und folgerichtige Verbesserung von Waren und Prozessen. Doch eine erste oder echte Revolution wird bei ihnen wohl kaum ausgerufen. Vielleicht gibt es ja irgendwann wieder etwas zum Abkupfern, das sie aus dem Tal ihrer Wirtschaftskrisen herausführt.

Russland

Hinweis: Dieser Abschnitt über Russland wurde vor dem Angriff auf die Ukraine verfasst, der vieles änderte. Trotzdem ist er bedenkenswert. Irgendwann müssen wir mit Russland wieder Frieden machen. Zu Recht hat daher Immanuel Kant (1724-1804) gefordert:

„Es soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen. ... Denn irgendein Vertrauen auf die Denkgungsart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte, und die Feindseligkeit in einen Ausrottungskrieg (*bellum internecinum*) ausschlagen würde.“³⁴³

Schauen wir nach Russland, das unser und zugleich Japans Nachbar ist. Russland hat beim Zusammenbruch des Kommunismus einen großen Fehler gemacht. Es hat Milton Friedman, den reinen Monetaristen und Neoliberalen, als Ratgeber geholt. Dessen Mittel haben, wie wir heute sehen, Russland nicht wirtschaftlich aufsteigen lassen. Die Chinesen wären da wohl bessere und umsichtiger Ratgeber gewesen. In Russland wurde offensichtlich die Realwirtschaft wenig ins Auge gefasst. So konnten unbeobachtet und verhältnismäßig leicht wenige Oligarchen die neuen Kapitalisten werden und sich die großen Staatsunternehmen aneignen. In diesem vermachteten Markt haben es nun KMU und Neuerungen schwer.

Der zweite Fehler war, dass die Rote Armee nicht in Teilen zu einer großen Ausbildungseinrichtung umgestaltet wurde. Fachkräfte hätten aus den Mannschaften, Meister und mittlere Führungskräfte aus dem Unteroffizierskorps und Führungskräfte aus dem Offizierskorps durch eine gute Personalauswahl herausgezogen und umgeschult werden müssen. Jede Armee ist im Frieden nichts anderes als eine große Ausbildungseinrichtung. Und da muss es doch glücken, den Lehrplan von Krieg auf Frieden und Wirtschaft, die militärischen Übungen auf praktische Ausbildung an Werkbänken und in Fabriken umzustellen.

Darüber konnte ich sogar einmal mit dem Russlandkenner und Russlandfreund, dem Leiter des ZDF-Studios in Moskau, Dirk Sager

³⁴³ Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden Ein philosophischer Entwurf, Stuttgart 1984 (Reclam), S. 7; (= Präliminarartikel [~ Vorbedingung] Ziff. 6) – Präliminarartikel Ziff. 5 lautet: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staats gewalttätig einmischen.“ a.a.O., S. 6

(1940 – 2014), sprechen. Er war Gast in unserem Landkreis und wir verstanden uns gut. Er stimmte mir sofort zu und meinte, darüber habe er auch nachgedacht. Egon Bahr habe einmal Ähnliches vorgeschlagen. Dies sei an den russischen Offizieren gescheitert. Sie wollten kein Ausbilder von Handwerkern sein; außerdem kenne man in Russland nicht die Lehre und Handwerker Ausbildung wie bei uns.³⁴⁴

Es hätte ja genügt, der Armee als vierte Teilstreitkraft ein Friedensheer anzugliedern. Es hätten geeignete und befähigte Soldaten und dann Wehrpflichtige nach Tests bedarfsgerecht und gezielt eingesetzt werden müssen. Dann hätte die Operation „Ausbildung“ erfolgreich sein können. Es wäre überhaupt für die Welt und den Frieden gut, wenn mehr in Friedensheere statt in bewaffnete Streitkräfte investiert würde.

Auch gegenüber Russland muss unser großes strategisches Ziel sein: *Friede und Zusammenarbeit statt Kalter Krieg und Wirtschaftskrieg*. Von den USA und ihrer Weltmachtstrategie sollten wir uns da nicht auf eine falsche Fährte locken lassen.³⁴⁵

Putin war sehr europa- und besonders deutschfreundlich.³⁴⁶ Die Russen nahmen sogar die Aufnahme der osteuropäischen EU-Länder und der baltischen Staaten in die Nato hin, nachdem ihnen die Nato-Partnerschaft angeboten worden war. Doch sie wurden nicht als echte Partner behandelt. Sie saßen am Katzentisch und Themenvorschläge von ihnen wurden nur auf die Tagesordnung gesetzt, wenn alle Nato-Partner zustimmten. Das taten die Polen oft nicht, das hat die Russen enttäuscht. Als dann noch die Ukraine Nato- und EU-Land werden sollte, war der Faden gerissen.

Die Ukraine selbst wurde dadurch gespalten. Denn dort ist der westliche Teil mit ehemals österreich-ungarischen Gebieten nach der EU, der Osten nach Russland ausgerichtet. Solche Schritte hätten nur in Absprache und im Einvernehmen mit Russland erfolgen dürfen. Das wäre partnerschaftliches Verhalten gewesen. Von dem, was folgte (Sanktionen usw.), haben altgediente und kluge Politiker wie Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, auch Henry Kissinger laut und

³⁴⁴ Die Vorschläge und das Gespräch mit Dirk Sager bereits in: G. Pfreundschuh, Die kulturelle Umweltzerstörung, a.a.O., S. 196 ff.

³⁴⁵ Stratfor nennt als US-Hauptziel: Bündnis Russland – Deutschland verhindern, siehe: www.youtube.com/watch?v=KdzCMvEn8oU - Abruf 2016

³⁴⁶ Dazu hatte ich ein sehr gutes, persönliches Gespräch mit General Kujat in einer kleinen Runde bei der Clausewitz-Gesellschaft in Mainz.

öffentlich gewarnt. Die Ukraine in der Nato und in der EU, das wäre genauso wie Kanada in der GUS oder in einem fortgesetzten Warschauer Pakt.³⁴⁷

Reden wir noch kurz von der Ukraine und der Krim. Hier stehen sich zwei völkerrechtliche Grundsätze aus der UN-Charta gegenüber. Es sind das *Selbstbestimmungsrecht der Völker* (Art. 1, Ziff. 2) und die *Unverletzlichkeit der Grenzen* (Art. 2, Ziff. 4 territoriale Unversehrtheit).³⁴⁸ Eigentlich schließt sich beides aus. Starke Mächte suchen sich dann aus, welchen Grundsatz sie jeweils einsetzen wollen (vgl. Taiwan).

Für die Zukunft gilt noch immer Bismarcks Satz: „Wenn Preußen und Russland in einem Bündnis zusammenstanden, dann ging es den Ländern gut und Europa. Wenn irgendwelche Kräfte auf dieser Welt es geschafft haben, dass beide Länder in Konfrontation gegeneinander gestanden haben, war es eine Katastrophe für beide Länder und für Europa.“ Preußen ist nun durch Deutschland bzw. Europa zu ersetzen.

Jahrhunderte hatten Deutsche und Russen ein gutes Verhältnis. Das fing an bei Peter dem Großen, dem Gründer von St. Petersburg, und setzte sich fort mit Offizieren und Beamten, die in Russland dienten. Dieser Faden sollte wieder aufgegriffen werden. Davor haben manche in den USA Angst. Doch wir wollen mit niemandem Krieg, sondern mit allen, auch den USA, Frieden.

Indien

Indien ist ein Vielvölkerstaat und ein Kulturkreis mit 1,3 Mrd. Einwohnern. Viele Volksgruppen und Kasten bestimmen die alte Kultur Indiens. Die indische Verfassung erkennt mehr als 600 Volksgruppen als sogenannte „gelistete Stämme“ (Scheduled Tribes) an. Außerdem gibt es weit mehr als 100 verschiedene gesprochene Sprachen. Hindi und Englisch sind als Bundessprachen anerkannt, wobei Englisch nur von einer privilegierten Minderheit fließend gesprochen wird. Außerdem muss alle 15 Jahre entschieden werden, ob Englisch Amtssprache bleibt. In den Teilstaaten gibt es weitere 21 Amtssprachen, viele mit eigener Schrift.

³⁴⁷ Das schlug ich einmal einem US-General im Gespräch vor. Er war gar nicht begeistert.

³⁴⁸ Die Charta der Vereinten Nationen: <https://unric.org/de/charta/>

Genetische Untersuchungen ergaben 2009, dass die heutige Bevölkerung Indiens von nur zwei Ursprungsvölkern abstammt. Es sind im Norden die indoeuropäischen Hindi und im Süden die dunkelhäutigen Nachkommen der Ureinwohner. „Trotz dieser Abstammung von nur zwei genetischen Stämmen zerfällt die heutige indische Gesellschaft in viele Kleingruppen. Sie sind offenbar nicht nur kulturell und geografische voneinander isoliert, sondern auch genetisch.“³⁴⁹ Die Stellung der Frau widerspricht überall europäischen Vorstellungen.

Trotzdem haben Inder im Ausland einen festen Zusammenhalt, bilden Netzwerke. Im britischen Weltreich hatten sie so in Ostafrika den Handel in ihrer Hand. Das machte sie unbeliebt und nach der Unabhängigkeit wurden sie beispielsweise aus Kenia vertrieben. Vielleicht erinnern sich manche noch an das Pingpong-Spiel. In Kenia stiegen sie in ein Flugzeug nach England. Doch in London durften sie nicht einreisen. Sie mussten zurückfliegen. Nun durften sie dort nicht mehr aussteigen.

Indien hat eine große, doch uns sehr fremde Kultur. Bundespräsident Gauck hat vor indischen Gymnasiasten gemeint, sie sollten nach Deutschland kommen; wir hätten viel Platz. Ob er etwas von deren und unserer Kultur versteht?

Jedenfalls will Indien seinen eigenen Weg gehen. Das hat sich verstärkt, seit der Ministerpräsident der „Indischen Volkspartei“, einer hindu-nationalistischen Partei, angehört. Oben haben wir den angesehensten Banker Indiens, K. V. Kamath, zitiert (3.7 Schutz und Zölle zum Aufbau). Auch er hat selbstbewusst betont, dass Indien und die anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, China, Indien und Südafrika) wirtschaftlich ihren eigenen Weg in die Zukunft gehen wollen.³⁵⁰

Von der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 wurde Indien nicht angesteckt. Roubini berichtet:

„Trotz einiger Rückschläge erwies sich die indische Wirtschaft als erstaunlich resistent. Die konservative Zentralbank des Landes hatte in den vorangegangenen Jahren einen anderen Weg eingeschlagen als der Rest der Welt. Indische Politiker hatten sich einer Deregulierung des Finanzsystems widersetzt und die Banken gezwungen, erhebliche Rücklagen zu bilden. Während andere Nationen das Mantra der Marktwirtschaft beteten, deckelte

³⁴⁹ Bild der Wissenschaft, 24.09.2009, Woher stammen die Inder?

³⁵⁰ Handelsblatt, 07.06.2016, „Eine Bank des neuen Jahrhunderts“

Indien sein Finanzsystem. Daher war es weitgehend immun gegen die Krankheit.“³⁵¹

Roubini spricht auch vom „unseligen Verhältnis, das entwickelte und weniger entwickelte Volkswirtschaften oft zu beiderseitigem Schaden eingehen.“³⁵²

Ein Blick auf die Völkerschaften und Kasten Indiens dürfte uns klar machen, dass in dieser Kultur „Mittelstand für alle“ kein gutes Modell ist. Indien muss einen seinen Weg suchen, um die Armut von Millionen zu überwinden. Das ist seine erste Aufgabe. Vielleicht wären viele Mütter Theresias und kleine, den Völkerschaften angepasste Genossenschaften ein Weg. Wir Europäer können und dürfen nicht ihre Vordenker sein wollen. Die Inder sind selbst klug, wie z.B. ihre hohe Kunst in der EDV-Programmierung zeigt. Und sie haben ein altes, gutes Handwerk, den erste Baustein für eine technische Entwicklung.

Die islamische Welt

Wieder stehen wir vor einer alten, ja weithin großartigen Kultur. Und die wehrt sich jetzt mit Wut und Terror gegen eine Verwestlichung, gegen ihre Zerstörung. „Bevor wir untergehen, erobern wir euch“, könnten sie denken. Hinzu kommt, dass Offenbarungsreligionen nicht nur die Wahrheit besitzen, sondern von Gott verpflichtet sind, sie auch der ganzen Menschheit zu bringen. Missionieren heißt das. Viele wissen es noch aus dem eigenen Religionsunterricht. Wer Ungläubige bekehrt, vollzieht nicht nur Gottes Willen; er hilft den Bekehrten, ins Himmelreich einzugehen, das ihnen sonst versperrt ist.³⁵³ Dass Bekehrungen gewaltfrei sein müssten, das glaubten jahrhundertlang auch nicht die Christen. „Der Zweck heiligt die Mittel.“

Die Folge ist, wir müssen uns wie vor 333 Jahren in der Schlacht am Kahlen Berg bei Wien (1683) gegen den Einfall der Islamisten wehren.³⁵⁴

³⁵¹ Nouriel Roubini / Stephen Mihm, Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft, a.a.O., S. 178

³⁵² Ebenda: Roubini / Mihm, a.a.O., S. 178

³⁵³ Ich hörte im Religionsunterricht und von meiner Mutter oft als Jugendlicher, dass nur Katholiken wirklich in den Himmel kommen. Und als unsere älteste Tochter kurz vor der Taufe Husten bekam, hat meine Mutter heimlich das Kind notgetauft. Ohne Taufe wäre ihm ja wegen der Erbsünde der Weg ins wahre ewige Leben versperrt gewesen.

³⁵⁴ Die Schlacht am Kahlen Berg vor Wien (1683) war die letzte und entscheidende Abwehrschlacht gegen die Türken bzw. das Osmanische Reich, das damals bis weit nach Kroatien reichte.

Falsch ist ein Angriffskrieg, wie schon der Irak und Afghanistan zeigten. Das macht alles noch schlimmer. Aber auch bei uns werden die Islamisten keinen Erfolg haben, wenn wir standhaft sind und kämpfen, sie nicht hereinlassen. Die islamische Welt muss im 21. Jahrhundert ihren eigenen Weg suchen und finden.

Bei einem Besuch in Israel war unsere Reisegesellschaft an einem Abend in kleine Gruppen von etwa vier Personen aufgeteilt. Jede wurde einer deutschsprachigen Familie zugeteilt. Wir kamen zu einem älteren Ehepaar. Der Mann hatte noch Deutsch als Muttersprache, die Frau war jedoch eine Jüdin aus Damaskus. Sie machte einen sehr klugen und geistreichen Eindruck. Sie konnte nicht Deutsch, aber gut Englisch. Ich unterhielt mich den Abend fast ausschließlich mit ihr. Sie konnte ihren Stammbaum zurückverfolgen bis 1492. Ihre Familie war damals, so erzählte sie, aus Spanien vertrieben worden und gelangte über Konstantinopel nach Damaskus.

Noch etwas erwähnte sie. „Als ich zum ersten Mal meiner Schwiegermutter vorgestellt wurde, hat sie mich höchst erstaunt angeschaut und an den Haaren gezupft: „Du hast ja blonde Haare“, sagte sie.“ Da musste ich schmunzeln. „Da haben wohl einige spanische Westgoten mitgemischt“, dachte ich sofort. Denn Jude ist, wer eine jüdische Mutter hat. Auf den Vater kommt es nicht an. Diese Familiengeschichte hat mich geradezu elektrisiert. Dann fragte ich sie nach ihrer Einstellung zu den Arabern. Sie war sehr ausgewogen. Sie meinte, die traditionellen Araber seien ehrliche und aufrichtige Menschen. Doch dann fügte sie hinzu: „*Sie sind im 16. Jahrhundert stehen geblieben. Das ist die Tragödie dieses Volkes.*“ Das gab mir nicht zu denken; das konnte ich sofort nachvollziehen.

Wie sie kulturell und religiös den Weg vom 16. ins 21. Jahrhundert gehen wollen, das ist ihre Sache. Doch wissenschaftlich und technisch müssen und wollen sie aufholen. Sarrazin hält sie für dümmer und hat die Zahlen von Nobelpreisträgern gegenübergestellt. Das überzeugt nicht. In der Zeit von Friedrich II. von Staufem (1194 – 1250) waren sie uns wissenschaftlich und technisch deutlich voraus. Das hat der Staufer genutzt und Sizilien zum damals modernsten Staat Europas gemacht.

Auf Wunsch sollten wir ihnen helfen, wirtschaftlich und technisch den Anschluss zu finden. Denn gegen das strategische Ziel „Wohlstand für

alle Länder“ dürften sie nicht sein, selbst wenn ihre Fundamentalisten mit dem „Weltfrieden“ Schwierigkeiten haben. Daher muss ihr Angriff auf Europa einfach aussichtslos sein, wie er früher für die Sowjetunion aussichtslos war.

Wirtschaftlich-technische Hilfe könnte die vierte Teilstreitkraft, das Friedensheer leisten. Die vielen in unser Land gekommenen Flüchtlinge müssten wir als Chance nutzen und sie im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht handwerklich, technisch, landwirtschaftlich und wirtschaftlich gemäß ihren Neigungen und Begabungen ausbilden. Dann können sie daheim ihre Länder wieder von unten nach oben aufbauen. Sie bei uns zu integrieren, ist aussichtslos, wie schon die Erfahrungen mit der zweiten und dritten Generation türkischer Zuwanderer zeigt. Beide Seiten würden tief enttäuscht sein.

Hin und wieder ist gerade von orientalischen Wissenschaftlern zu lesen, dass falsche Grenzziehungen nach dem Ende des Osmanischen Reiches (1923) für die Konflikte und Bürgerkriege verantwortlich seien. Das dürfte eine Ursache sein, obwohl es davor im Osmanischen Reich auch keine Grenzen gab, die den Konfessionen und Völkerschaften entsprachen. Wie Österreich-Ungarn empfanden viele auch das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert als einen „Völkerkerker“.

Doch der Grundsatz, dass Grenzen Frieden stiften, ist richtig. Und innerhalb der Grenzen muss dann eine eigene, weithin anerkannte innere Friedens- und Rechtsordnung entstehen. Sogar unsere Wiedervereinigung ist verhältnismäßig gut und schnell gelungen, weil die DDR nicht in einen Einheitsstaat eingegliedert wurde. Die alten Länder Sachsen, Thüringen usw. lebten wieder auf. Die Menschen konnten das Gefühl haben, ihr eigenes Land aufzubauen. Wie weit jeweils die Selbstbestimmung oder Autonomie, ein gemeinsamer Staat oder nur ein gemeinsames Dach, vergleichbar der EU, gehen sollen, das müssen die Betroffenen aushandeln. Vielleicht müssen sie es sogar in Abstimmungen beschließen, damit sie es als ihr eigenes Werk ansehen.

Ziel muss jeweils eine im dortigen Kulturkreis als gerecht empfundene Friedensordnung sein. Das führt dann zur „gerechten“ Rechtsordnung. Weiter gehört dazu eine passende Wirtschaftsordnung. Das alles dient dem strategischen Ziel „Frieden“; Krieg kann nie ein Dauerzustand sein.

Hier stoßen wir auf eine weitere Hürde. Teilweise sind die islamischen Gesellschaften tief gespalten. Es gibt die islamische Volksmehrheit und eine westlich ausgerichtete Schicht, die lange Zeit die politische und wirtschaftliche Führungsschicht war. Der Westen bezeichnet die islamische Mehrheit gern als Unterschicht und ungebildete Bauern, die anderen als die gebildete Mittel- und Oberschicht, wozu oft die Militärs gehören. Sie sind nicht demokratisch, aber wie der Diktator Atatürk westlich ausgerichtet.

Dieses Schema dürfte nicht mehr passen. Die Anführer der Moslembrüder und viele Terroristen sind hochgebildet, oft Ingenieure usw. Sie sehen den Kulturgegensatz von Orient und Abendland, haben dabei Existenzangst, greifen als Gegenmittel zum Koran, zur eigenen Religion und zu den Waffen. Auch diejenigen, die islamische Banken gründen, scheinen die Mängel und Übel des weltweiten Neoliberalismus und Kapitalismus zu durchschauen.

Welche Aufgabe stellt sich den gespaltenen islamischen Gesellschaften? Beide Seiten müssen aufeinander zugehen, müssen gemeinsam eine Brücke in die Zukunft bauen, wie es China gelang. Dazu kann sich die westlich ausgerichtete Schicht vom Neoliberalismus absetzen, die eigene Kultur genau studieren. Die Moslembrüder sollten besser mit Überzeugung statt mit Gewalt streiten. Wir sollten auch hier darauf vertrauen, dass gute Begründungen und Erfolge, die Menschen mit gesundem Menschenverstand überzeugen. Wie schwer das bei uns war, zeigt die Geschichte mit Ketzerverbrennungen, Religionskriegen und blutigen Revolutionen bis in die jüngste Zeit. – Dabei erinnert mich der Kampf der Schiiten (Iran) gegen die Sunniten (Saudi Arabien) an den 30-jährigen Krieg (Katholiken gegen Protestanten vermischt mit nationalen Machtkämpfen). Den Frieden kann eine Überwindung der Denkweisen aus dem 16. Jahrhunderts bringen, wie die Jüdin aus Damaskus meinte.

Die Türkei könnte ein Eckpfeiler sein. Sie sollte nicht in die ihr kulturell fern stehende EU drängen, sondern im Nahen Osten und Nordafrika zur friedlichen und wirtschaftlichen Vorbild-Nation werden. Das wäre dann eine kluge Weiterentwicklung ihrer osmanischen Tradition. Technisch und wirtschaftlich könnten wir dabei sogar gut mit ihr zusammenarbeiten. Hier lohnt sich weiterzudenken. Ein türkisches Friedensheer könnte auch dem dortigen Offizierskorps neue Aufgaben und Perspektiven geben.

Afrika

Wer Afrika nicht nur aus wirtschaftlicher, neoliberaler oder sozialistischer Sicht betrachtet, der kommt zur Erkenntnis: Der Erdteil leidet ebenfalls an seinen falschen Grenzen. Schon das führt zur Korruption, was auf Deutsch schlicht Zerstörung heißt. Denn wer in einem afrikanischen Land an die Macht gekommen ist, der muss zuerst für seine Familie und dann für seine Stammesangehörigen sorgen. Das sind tief verwurzelte kulturelle, moralische und persönliche Bindungen. Weil sich die anderen Familien und Völkerschaften im Land dagegen wehren, ist die Herrschaft nur durch Gewalt und Unterdrückung aufrecht zu erhalten. Diese Gegensätze führen oft zu zerfallenden Staaten.

Aus westlicher Sicht fehlen oft die Rechtsstaatlichkeit und gesicherte Eigentumsrechte. Doch der größte Fehler war, dass fast alle Entwicklungsgelder und westliche Hilfen über die Staatsregierungen liefen. Damit flossen sie in die falschen Taschen. *„Ein Gutteil der geschätzt 600 bis 800 Milliarden Euro Entwicklungshilfe seit der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten ist in dunklen Kanälen versickert.“*³⁵⁵

Vielleicht gilt in Afrika besonders der Grundsatz: Organisationen bauen sich von unten nach oben auf. Zuerst kommt die Familie, dann der Stammesverband. Wenn diese Gemeinschaften zu gefestigten und wirtschaftlich gesunden Einheiten geworden sind, können größere politische Gebilde und regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen.

In Afrika gibt es über 3.000 verschiedene Volksgruppen und mehr als 2.000 verschiedene Sprachen. Und sie haben die Jahrtausende in geschlossenen Verbänden und Wirtschaftseinheiten überlebt. Dabei ist „Armut“ oft die falsche Bewertung.

Diesen Fehler machte schon Werner Sombart in seinem bekannten Buch „Die Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“.³⁵⁶ Er vergleicht in Deutschland das Bruttosozialprodukt (BSP)³⁵⁷ um 1800 mit dem von 1910. So kommt er zu dem Schluss, dass Deutschland um 1800 äußerst

³⁵⁵ FAZ Kiosk, 08.11.2016: „Die kommende Völkerwanderung“ von Philip Plickert

³⁵⁶ Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954

³⁵⁷ Heute ist der Ausdruck BSP durch BIP = Bruttoinlandsprodukt ersetzt. Es sind die gehandelten Güter und Dienste.

arm war und um 1910 richtig wohlhabend. Dabei gab es die große soziale Frage mit dem Arbeiterelend um 1800 nicht, wohl aber um 1910. Sein Urteil beruht allein auf dem Vergleich des BSP und den Geldmengen in der jeweiligen Volkswirtschaft.

Wie falsch diese Sicht ist, erlebte ich hautnah im Jahr 1947. Die USA hatten für Deutschland den Morgenthau-Plan vorgesehen. Es kam zum Abbau, zur Demontage deutscher Industrieanlagen und gewollter Hungersnot. Deutschland sollte von einem Industrieland in einen Agrarstaat verwandelt werden. Wegen starker Unterernährung kamen viele Kinder in ein Kindererholungsheim. Ich kam im 2. Halbjahr 1947 nach Friedenweiler im Schwarzwald.³⁵⁸ Die Erinnerungen an das Heim sind nicht schön.

Doch bei der Rückreise fuhren meine Eltern und ich zuerst auf den Winterhalter Hof in Titisee, aus dem meine Urgroßmutter stammt. Den Hof empfand ich wie ein Paradies. Da gab es alles, Butter und Milch, Speck und Brot. Nicht nur Kühe und Ochsen, auch Hühner, Schweine, sogar Schafe hatten sie. Ihre dicken Pullover waren aus eigener Wolle gestrickt. Warm war es auch. Der Hof hatte 75 ha Wald und Matten [Wiesen], davon einige kleine Äcker für die eigenen Herdäpfel [Kartoffeln] und das Korn.

Sie hatten sogar eine eigene Quelle. Von außen bekamen sie nur etwas elektrischen Strom. Daher war die Beleuchtung auch schwach, nur 25-Watt-Birnen gab es noch lang. Eines war klar: Der Hof hatte alles, nur kein Geld. Und das hatten sie im Krieg nicht gebraucht, und sie brauchten es auch damals noch nicht (Natural- statt Geldwirtschaft).

Das schlimmste für Afrika wäre, diese Menschen zu entwurzeln und in Mega-Städten wie Bombay oder Kalkutta zu Obdachlosen und Proletariern zu machen. Riesenstädte wie Lagos in Nigeria, dem reichen Ölland, sind auf dem besten Weg dahin. Diese Gefahr besteht, und sie ist höchst bedrohlich für die ganze Welt. Der Neoliberalismus beschleunigt diese Entwicklung.

³⁵⁸ Inzwischen war die Hoover-Speisung angelaufen. Der ehemalige US-Präsident Hoover hatte Deutschland bereist und in einem Bericht zur Umkehr gemahnt. Danach wurde aus dem Morgenthau-Plan der Marshall-Plan, der den Wiederaufbau der deutschen und europäischen Industrie ermöglichte.

Hier hatten traditionelle und frühere Gesellschaften eine für alle Betroffenen sichtbare Grenze. Es war die „Auskömmlichkeit“.³⁵⁹ Der Boden, die Ernährungsgrundlage begrenzte das Wachstum der Bevölkerung, wie schon Adam Smith erkannte. – Und wieder erkennen wir die Grenzen des Wachstums *und* der Tragfähigkeit unseres Planeten „Erde“.³⁶⁰

Die Chinesen haben das wieder richtig erkannt und die Ein-Kind-Familie, jetzt die Zwei-Kind-Familie als Gegenstrategie eingeführt. Afrika wird hier zur Gefahr für sich selbst und die Anderen. Es befindet sich im Zustand der Geburtensteigerung statt der Begrenzung. In Afrika lebten 1950 mit etwa 230 Millionen Menschen 10% der Weltbevölkerung. Heute sind es 1,2 Milliarden und 17%. *„Die Bevölkerung ist extrem jung, und die Geburtenrate liegt weiter außergewöhnlich hoch, daher wird die Zahl drastisch weiterwachsen. Im Jahr 2050 dürften es fast 2,5 Milliarden Afrikaner sein, so die nach oben revidierte Schätzung der Vereinten Nationen. 2100 könnten es 4,4 Milliarden sein – 40 Prozent der Erdbevölkerung.“*³⁶¹

Damit verbunden sind die weltweit höchste Jugendarbeitslosigkeit und die geringste Wirtschaftskraft. 38 % der jungen Afrikaner wollen auswandern, am liebsten nach Europa.³⁶²

Die Gegenstrategie verlangt neben dem „Aufbau von unten nach oben“ den Grundsatz „Entflechten statt Verdichten“.

Es gäbe auch Großvorhaben für Afrika. Das ist einmal die Wasserversorgung. Dazu müssten vielleicht großtechnische Entsalzungsanlagen für Meerwasser gebaut und mit Sonnenenergie betrieben werden. Der Atlas war einmal bewaldet und Nordafrika die Kornkammer des Römischen Reiches. Es müsste massiv gegengesteuert und Aufbauarbeit geleistet werden. Stattdessen erleben wir, dass weitere riesige Gebiete aus Wassermangel zu Wüsten werden. Das Nilwasser ist ein großer Zankapfel zwischen allen Anrainerstaaten.

³⁵⁹ G. Pfreundschuh, Die Ständeordnung als Verfassungstyp der deutschen Rechtsgeschichte, a.a.O.

³⁶⁰ Ich erinnere mich noch, als meine Eltern sagten: „Jetzt gibt es schon mehr als 2. Mrd. Menschen auf der Erde.“ (~ 1950), 1960 waren es 3 Mrd.; heute sind es über 7,4 Mrd.

³⁶¹ FAZ Kiosk, 08.11.2016: „Die kommende Völkerwanderung“ von Philip Plickert

³⁶² Handelsblatt,30.07.2015 *und* FAZ Kiosk,08.11.2016

Es gibt auch Hoffnungsträger. Äthiopien, das nie eine Kolonie war, könnte eine Vorbildrolle spielen. Dort setzt mit eiserner Hand eine linke Führung ganz auf das chinesische Vorbild. Da politische Freiheiten, die Opposition und Minderheiten massiv unterdrückt werden, haben Äthiopier bei uns stets das Recht auf Asyl. Und wenn sie gar ausgebildet sind, geht es ihnen bei uns besser; doch daheim fehlen sie. Über Bildung als Fluchthelfer haben wir schon gesprochen. Bei uns gibt es viele Äthiopier, die als Entwicklungshelfer ausgebildet werden könnten.

Afrika braucht eine eigene, seinem Klima angepasste ökologisch-tropische Landwirtschaft. Sie wäre weiterzuentwickeln.³⁶³ Dann braucht der Erdteil ein Handwerk und einen technisch-kleinindustriellen Mittelstand. Der nächste Schritt sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die zuerst fürs eigene Land, dann für den afrikanischen Markt und schließlich für den Weltmarkt industrielle Erzeugnisse herstellen.³⁶⁴

Nicht in der Wirtschaftspresse, wohl aber in den Nachrichten des „Vereins Deutscher Ingenieure“ wurde gut gezeigt, worum es geht. Bei Verträgen zwischen Afrika und der EU verhandeln „ungleiche Partner“.³⁶⁵ Auf Druck der Welthandelsorganisation (WTO) muss die EU die Freihandelsabkommen mit Afrika neu verhandeln. Doch eine Einigung ist nicht in Sicht. In dem am meisten entwickelten Land Nigeria mit seinen reichen Ölreserven, arbeiten immerhin noch 60 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Erzeugnisse möchte Nigeria nun zollfrei in die EU einführen. Doch im Gegenzug soll das Land 80 % seiner Importzölle abschaffen. Nigerias Nichtregierungsorganisationen ist es gelungen, die Regierung zu überzeugen, dass dies der falsche Weg wäre. Denn alle eigenen industriellen Ansätze würden zerstört. Sie sind dem EU-Wettbewerb noch nicht gewachsen. Nigeria will das Abkommen mit der EU nicht ratifizieren. Doch das neoliberale Brüssel ist stur.

Hier geht es um einen ganz aufschlussreichen Meinungsstreit. Die Neoliberalen vom „Deutschen Institut für Entwicklungspolitik“ sagen: *„Wenn sie [die Afrikaner] etwa bestimmte Zölle senken, werden*

³⁶³ Gut dazu: Kurt Egger / Uwe Korus (Hg.), Öko-Landbau in den Tropen – Traditionelle und moderne Beispiele aus Ostafrika, Heidelberg 1995

³⁶⁴ Zum Ganzen: Volker Seitz, Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann, München 2009 ff – lesenswertes, praxisnahes Buch. Seitz war lang deutscher Botschafter in Afrika.

³⁶⁵ VDI nachrichten, 02.09.2016, „Ungleiche Partner“

Einführen günstiger und dann profitieren importierende Unternehmen und die Verbraucher im Land.“ Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Nigeria will die Abhängigkeit vom Erdöl lösen und ist dabei, eine eigene Industrie aufzubauen. Diese würde im Keim erstickt. Denn in der EU gefertigte Industriewaren sind in allen Bereichen kostengünstiger herzustellen und damit billiger. Bisher ist es so, dass Kakaobohnen in die EU zollfrei eingeführt werden dürfen, aber Schokolade mit Zöllen belegt wird. Denn hier handelt es sich um ein weiterverarbeitetes Produkt, das europäischer Schokolade Konkurrenz machen könnte. (Das erinnert an Großbritannien (siehe oben), das die Kolonien nur Rohstoffe liefern ließ und alle Veredlung nur im Mutterland erlaubte.)

Für die Afrikaner ist die völlige Marktöffnung auch deshalb kein Weg, weil sie die asiatischen Tigerstaaten vor Augen haben. Die sind nämlich durch Schutzzölle und Protektionismus groß geworden. Erst als sie stark genug waren, haben sie darauf verzichtet. Was Afrika braucht, ist praktische und tatkräftige Hilfe und keine neoliberale Prinzipienreiterei. Die „VDI nachrichten“ sehen es richtig. Das ist der entscheidende Punkt: *„Von Gleichwertigkeit zwischen der EU und etwa der Ecowas [Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft] kann keine Rede sein.“*

Die EU verhält sich auch sonst unfair. Mit Entwicklungshilfe wurden Hühnerfarmen aufgebaut. Doch dann wurden die eingefrorenen Geflügelabfälle aus den Fleischfabriken der EU nach Afrika ausgeführt. Diese Billigware wird gekauft, die Hühnerfarmen gingen Pleite. Oder: die EU kaufte vor der westafrikanischen Küste die Fischgründe für die europäischen Hochseefischer auf; die afrikanischen Fischerboote kehren ohne Fang heim usw. Was denken sich die in Brüssel eigentlich?

Europa

Ein in Einzelstaaten zerlegtes Europa wird im 21. Jahrhundert leicht die Beute der oben beschriebenen Groß- und Wirtschaftsmächte. Europa braucht eine Strategie des gemeinsamen Überlebens in Freiheit und Frieden bei angemessenem Wohlstand. Das ist die Aufgabe einer EU,

besser einer „Europäischen Gemeinschaft“.³⁶⁶ Kleinliche Befehlstaktik bis in die Einzelheiten und in die Ausführung ist geisttötend, lähmt und bringt Misserfolge. „Wer führt, darf nicht ausführen. Wer ausführt, verliert den Überblick“, ist ein alter Grundsatz der Strategie und der Taktik.

Lösungen sollten auf folgenden Verfassungsgrundsätzen aufbauen:

- Organisationen bauen sich von unten nach oben auf.
- Jeder Eingriff von oben ist eine Freiheitsberaubung unten.
- Was unten geregelt werden kann, hat oben nichts zu suchen.
- Versuche im Kleinen, ersparen das Scheitern im Großen.
- Die letzte Entscheidung trifft das Volk, der Souverän.
- Wir wollen ein Europa der Vaterländern und Nationen.

Doch die Brüsseler Bürokraten sind beratungsresistent. Alle Kritik seit einem halben Jahrhundert prallt an ihnen ab. Es gibt nur ein Weiter-So. Wahrscheinlich sind sie zu dumm, um das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Schon im baden-württembergischen Melu³⁶⁷ als Oberregierungsrat ärgerte mich die Brüsseler Regelungswut. Sogar was Marmelade ist, wurde und wird von Brüssel in EU-Richtlinien vorgeschrieben. Dabei entspricht es überhaupt nicht dem deutschen Sprachgebrauch. Die völlig weltfremde Begründung dazu lautet:

„Die Richtlinie 79/693/EWG des Rates vom 24. Juli 1979 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronenkrem wurde damit begründet, dass es durch die Unterschiede zwischen den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für die genannten Erzeugnisse zu unlauterem Wettbewerb kommen und dadurch der Verbraucher irreführt werden könnte, mit den entsprechenden direkten Auswirkungen auf die Schaffung und das Funktionieren des gemeinsamen Marktes.“³⁶⁸

„Keine Wirkung entfaltet die Verordnung über Konfitüren und einige ähnliche Erzeugnisse auf Marmeladen, Konfitüren und Fruchtaufstriche, die nicht in den gewerblichen Verkehr eingebracht werden sollen. Hier dürfen die bisher verwendeten Inhaltsstoffe und Bezeichnungen beibehalten werden.“³⁶⁹

³⁶⁶ Wörter entlarven: „Union“ betont wie Uniform die Gleichförmigkeit. „Gemeinschaft“ zeigt, dass eigenständige Mitglieder sich zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen.

³⁶⁷ Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt

³⁶⁸ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:010:0067:0072:DE:PDF> – Jeder sollte sich das ansehen und staunen, wie unfähig Brüssel spricht und schreibt. – Abruf 2023

³⁶⁹ <http://www.memarmelade.de/wissensbereich/die-konfituerenverordnung> - Abruf 2023

Stellt euch vor! Wir werden nicht bestraft, wenn wir daheim reden wie gewohnt. Und die Brüsseler Bürokraten kontrollieren nicht die Kochtöpfe in unseren Privathaushalten. Wer hätte das gedacht?

Seit 2003 darf Österreich auch im Handel aufgrund einer Ausnahmeregelung die Bezeichnung Marmelade wie früher bei Produkten jeglicher Früchte verwenden – und der gemeinsame Markt ist nicht zusammengebrochen. Es gibt noch einige, die sich wehren. Berlin gehört nicht dazu. Wen wundert's?

Noch ärgerlicher ist u.a. eine ganz neue Regelung. Die EU regelte die Darlehensvergabe an Häuslebauer durch Sparkassen und Volksbanken. Es ist zu prüfen, ob der Kreditnehmer das Darlehen bis zum Erreichen der Altersgrenze getilgt haben kann. Das gilt auch, wenn er sich im besten Alter befindet. Bisher berücksichtigten die Sparkassen und Volksbanken auch, welchen Wert ein Haus hatte und ob es die Bank so verwerten könnte, wenn die Schuld getilgt ist. Auch bei jungen Familien gelten nun strengere Maßstäbe. Sie könnten ja noch ein Kind bekommen, was das Einkommen schmälert. Und ein beanspruchter Erziehungsurlaub ist wie Arbeitslosigkeit zu werten.

Das alles kann doch eine Bank vor Ort am besten einschätzen. Sie trägt auch das Risiko. Es ist völlig untragbar, dass Brüssel am grünen Tisch bis ins Einzelne vorschreibt, ob eine örtliche Bank an ihr bekannte Familien einen Kredit ausreichen darf oder nicht. An Krediten für Häuslebauer ist bei uns noch keine Bank in eine Schieflage gekommen. Das kam durch große, von Brüssel geduldete Spekulationen und Großvorhaben.

Brüssel sollte den Wert des Geldes sichern. Doch im eigenen Aufgabenbereich versagen sie. Und wenn sie sich um Agrarpolitik kümmern, dann sollten sie die europäische Landwirtschaft vor dem Aufkauf des Ackerlands durch weltweit tätige Landgrabscher schützen. Das gleiche gilt für die Abwehr der Einfuhr von Billignahrung und genveränderten Nahrungsmitteln, z.B. aus den USA.

Wenn sich die EU um solche strategischen Fragen kümmert, dann ist sie vollauf beschäftigt. Die Ausführung, die Art und Weise der Erzeugung, sollte sie den Einzelstaaten überlassen. Für die Verbreitung von biologischem Landbau und Bionahrung hat die EU ohnehin noch nie

gesorgt. Dafür ist die Lobby in Brüssel zu stark. Doch in den einzelnen Ländern ist dieser Fortschritt von unten gewachsen, hat zu Ökosiegeln usw. geführt. Die Nationalstaaten sollten in einer Art Qualitätswettbewerb für gute Kennzeichnung und Gütesiegel zuständig sein. Verbraucher müssen erkennen können, wer ihnen Gutes und wer ihnen Schlechtes anbietet. Tatsächlich bewirkt die EU heute mit ihren Regeln das Gegenteil. Sie verordnet die gemeinsame Angleichung nach unten; es kommt zur Qualitätsminderung.

Ein Beispiel dafür ist der Versuch, unser Handwerk zu regulieren. Der deutsche Meisterbrief soll abgeschafft werden. Jeder soll sich ohne Ausbildung niederlassen und einen selbstständigen Handwerksbetrieb einrichten können. Pfusch und Flickwerk werden die Folge sein.

Wolfgang Koydl hat dies schön aus eigenem Erleben geschildert.

„Als ich in den Vereinigten Staaten lebte, ließ ich eine Alarmanlage im Haus installieren. Es kam ein Mann, der sehr amerikanisch, freundlich, fröhlich und offen war und ausführlich aus seinem Leben erzählte. Ich erfuhr, dass er als Trucker, Verkäufer, Erntehelfer, Tankwart und „IT-Mann mit Computerdingens“ gearbeitet hatte. Der Kleidung nach hätte ich ihn eher als Motorradrocker eingeschätzt. ... Latent schlummernde Zweifel an den handwerklichen Fähigkeiten des Alarmanlagenmannes verdichteten sich zur Gewissheit, als er zielstrebig ein Stromkabel durchtrennte.“ Koydl meint ironisch, der Mann konnte auf ein erfülltes Berufsleben zurückblicken. „Eine Elektrikerlehre befand sich jedoch nicht darunter. ... Ähnliche Erfahrungen mit Handwerkern kann man in verschiedenen Teilen Europas machen: Handwerk mit doppeltem Boden.“

Im Anschluss daran erzählt Koydl seine Erfahrungen mit einem Elektriker in der Schweiz.

„Der versprach sein Kommen pedantisch präzise um 7 Uhr und 10 Minuten am nächsten Morgen. Um 9 nach 7 stand er vor der Tür. Er trug einen frisch gestärkten Overall mit Firmenlogo und einen derart gut sortierten Werkzeugkoffer, dass man wahrscheinlich bei der amerikanischen Raumfahrtbehörde neidisch geworden wäre. Nach 37 Minuten war der Mann fertig. ... Er erledigte nur seine Arbeit: schnell, sauber, professionell und effizient. Schweizerisch eben. Am Ende fegte er Späne und Staub zusammen.“³⁷⁰

³⁷⁰ Wolfgang Koydl, Die Besserköner, Was die Schweiz so besonders macht, Zürich, 2014, S. 93 ff
235

Koydl zieht noch Vergleiche mit den weniger qualifizierten Handwerkern in England und Frankreich. Der Vergleich mit den Handwerkern lässt sich auf die Industriearbeiter ausdehnen. Er führt zu Recht die gute Qualität im deutschsprachigen Raum auf ihre Wurzeln in den mittelalterlichen Zünften, deren Gesellausbildung und Meisterbriefe zurück. Und er nennt auch das duale Berufsbildungssystem als das beste Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit.³⁷¹ Doch auch hier kämpft Brüssel wie in vielen anderen Bereich (Banken, Brandversicherungen, Handelsklassen nach Äußerlichkeiten usw.) mit seinen Verordnungen für die Gleichheit auf dem untersten Niveau. Neoliberalismus und Sozialismus gleichen sich so einander an.

Eine europäische Verfassung müsste eindeutig die Zuständigkeiten der EU regeln. Sie dürfte nur dafür zuständig sein, wofür sie ausdrücklich in dieser Verfassung ermächtigt ist. Für alles Übrige wären die Nationalstaaten gemäß ihren Verfassungen zuständig. So regelt es auch unser Grundgesetz. Die Bundesländer besitzen die Gesetzgebungs- und Regelungshoheit, es sei denn, der Bund ist ausdrücklich dazu ermächtigt. Die EU dürfte nur für strategischen Aufgaben, nicht solche der Ausführung zuständig sein.

Wenn sich eine Zentrale um Kleinigkeiten kümmert, dann übersieht sie die großen Ereignisse. Weder die Kommission noch die Europäische Zentralbank haben die US-Immobilienblase, die Verbriefungen der Giftpapiere usw. durchschaut. Das können nur gut ausgebildete Generalstäbler. Die EU braucht dazu einen gemeinsamen Wirtschafts-Generalstab, der aus entsprechenden Stabschefs der Mitgliedsstaaten besteht. Sie können dann gemeinsam beraten und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Diese Vorschläge können sie aber nicht selbst in Kraft setzen, sondern sie müssten sie dem Europäischen Rat, dem Organ aus höchsten Vertretern der Nationalstaaten zur Entscheidung vorlegen. Stäbe entscheiden nicht, sie beraten nur. Die Nato ist da ein besseres Vorbild als die Brüsseler EU-Kommission. Europa muss neu erfunden werden, damit es nicht zerbricht, sondern gedeiht.³⁷²

³⁷¹ Wolfgang Koydl, Die Besserkönner, a.a.O., S. 93 ff

³⁷² Dazu die *staatsrechtliche Sicht*: Roman Herzog, Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgergesellschaft, München 2014; und die *wirtschaftlich Sicht*: Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg i. Br. 2016

Die Umsetzung der strategischen Ziele in der Weltwirtschaft ist dann ebenfalls wie das Zusammenwirken der Nato-Streitkräfte zu organisieren. Einzelstaatliche Hansen und Friedensheere können dabei solche vereinbarten gesamteuropäischen Vorhaben umsetzen, aber darüber hinaus auch nationalstaatliche. So tut dies übrigens Frankreich im Hinblick auf seine ehemaligen Kolonien in Afrika. Es verfolgt dort ehrgeizige Ziele und Hilfen. Die anderen EU-Staaten wollen das so nicht unterstützen. Vielleicht haben sie sogar andere Vorstellungen. Doch so viel Freiheit müssen die Einzelstaaten haben, dass sie auch hier eigenverantwortlich handeln können, wenn sie die Anderen damit nicht belasten. Ähnliches würde für Großbritannien gelten, wenn es z.B. wieder in eine von Grund auf erneuerte EG eintreten sollte.

„Es gibt viele Gründe, das EU-Europa abzulehnen, aber keinen, die europäische Idee zu beerdigen.“ (Gabor Steingart)³⁷³

Vor allem darf eine gesamteuropäische Wirtschaftspolitik nicht zur Lahmlegung der nationalen Kräfte und Tätigkeiten führen. Nach unseren Vorstellungen gilt Auftragstaktik, nicht Befehlstaktik. Im Sinne der strategischen Ziele sollen die Mitgliedsstaaten eigenverantwortlich und selbstständig wirken dürfen, nicht auf Befehle oder mühsame Kompromisse warten müssen. Befehlstaktik lähmt, Auftragstaktik beflügelt. Nur dann sind Erfolgslust, Erfolge und Wettbewerb möglich.

Vordringliche Aufgaben Europas sind gemäß seiner strategischen Ziele:

- Sicherung der Außengrenze, Verteidigung sowie die Unterbindung der Masseneinwanderung,
- Sicherung der Wirtschaft nach außen gegen Aufkauf, gegen unlauteren Wettbewerb usw.
- Kampf gegen die weltweite Wirtschaftsspionage und den Internetkrieg (Cyberkrieg),
- Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder.

Der letzte Auftrag muss mit dem Vorderen Orient und Afrika beginnen. Die von dort eindringenden Flüchtlinge sind in einem Friedensheer auszubilden und dann als Aufbaukräfte in ihren Heimatländern

³⁷³ Gabor Steingart, Weltbeben – Leben im Zeitalter der Überforderung, München 2016, S. 67 (lesenswert)

einzusetzen. Die Obergrenze ergibt sich dann aus der Ausbildungskapazität des Friedensheeres.

Die neoliberalen Forderungen nach weltweiter Freizügigkeit der Faktoren „Arbeit und Kapital“ sind unhaltbar. Wir können nicht das Weltsozialamt und das Weltflüchtlingslager werden. Das schaffen wir nicht, das führt zur Selbstzerstörung.

Deutschland ist gegenüber der Weltbevölkerung kleiner als die Schweiz gegenüber der EU. Die Eidgenossen machen 1,6 % der EU-Bevölkerung aus. Könnte die Schweiz alle Armen einer verarmten EU aufnehmen? Wir haben rund 80 Millionen Einwohner, das sind 1,1 % der Weltbevölkerung von 7,5 Milliarden Menschen. Nun versprechen wir den restlichen 99 %: „Wenn ihr daheim diskriminiert werdet, könnt ihr zu uns kommen.“ Dabei spielen heute die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unmöglichkeiten unseres Landes keine Rolle. „Es geht um jeden einzelnen Menschen“, heißt es. Dazu sagt der Schriftsteller und Philosoph Rüdiger Safranski – kein Rechtsradikaler, sondern ein ehemaliger Maoist – im Herbst 2015 bei einem Interview mit „Zürcher Weltwoche“:

„Überall in Europa ausser in Schweden sagt man: „Die Deutschen spinnen.“ Das Unreife der deutschen Politik kommt in der Maxime zum Ausdruck, bei Flüchtlingen dürfe man keine Grenzen setzen. Da wird etwas nicht zu Ende gedacht. Denn gemäss heutiger Praxis wären, gemessen an den bisherigen demokratischen und ökonomischen Standards, 2/3 der Weltbevölkerung in Deutschland asylberechtigt. Dass unsere Flüchtlingspolitik einem Denkfehler unterliegt, müsste einem spätestens da auffallen.“³⁷⁴

Und der bekannte Philosoph Peter Sloterdijk ging am 28.01.2016 im Polit-Magazin Cicero mit Merkels Politik und den Medien hart ins Gericht: „Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung.“

Unsere Politiker von rot-rot über grün bis zu Frau Merkel sehen das anders. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel wurde im Handelsblatt zitiert:

³⁷⁴ Die Weltwoche, Ausgabe 52/2015

„Deutschland ist ein sehr starkes und sehr stabiles Land, das in der Lage ist, vieles zu bewältigen, was kein anderes Land der Erde in dieser Weise tun könnte.“³⁷⁵

Dieses Klischee ist irgendwie bekannt. Größenwahn ist der erste Schritt zum Untergang.

8.2 Warum manche Länder reich, andere arm sind

Die Ursachen der Armut sind vielfältig. Manche denken eingleisig. Schuld an der Armut sind dann:

- *die ehemaligen Kolonialherren oder*
- *die heutigen korrupten Herrscher oder*
- *die Mentalität und Lebensweise der Leute in den armen Ländern (Drogen, Kriminalität usw.) oder*
- *die historische, d.h. politische und wirtschaftliche Unterentwicklung der Länder.*

Über solche Vermutungen und Hypothesen lässt sich endlos und fruchtlos streiten. Wir müssen die heutigen wirtschaftlichen und technischen Zustände betrachten, uns mit ihren Folgen und Strategien beschäftigen.

Dabei ist *Armut* wie bereits gesagt ein umstrittener Begriff. Wir bezeichnen diejenigen als arm, die kein Wasser und keine Nahrung haben. Dabei muss die Nahrung nicht unseren, sondern deren kulturellen und traditionellen Anforderungen entsprechen. Eingeborene auf Neuguinea oder im Amazonasgebiet, die alles haben, was sie brauchen, nur kein Geld, sind nicht arm. Das gleiche gilt für Art der Kleidung und Wohnung. Ich beobachtete im Hafen von Hongkong auf den Dschunken die Familien und ihre Kinder. Lachen und Toben tönte herüber auf unser daneben liegendes Ausflugschiff. Sie machten einen fröhlichen Eindruck. Mein Blick schweifte dann auf die Hochhäuser am Ufer. Ich fragte mich, wo würdest du lieber Kind sein auf dieser Dschunke oder in jenem Hochhaus. Meine Antwort war klar: Dschunken-Kinder sind glücklicher.

³⁷⁵ Handelsblatt, 29.01.2016, „Worte des Tages“

Jetzt kommt die spannende Frage, wie viel moderne Technik braucht der Mensch? Die Antwort sollte sein: *So viel wie er will, beherrscht und in seiner Kultur einem glücklichen Leben entspricht.* Eine örtliche und regionale Wirtschaft muss dabei die Grundlagen für die Nutzung zur Verfügung stellen, z.B. Straßen und Tankstellen für Autos, Sender für Handys usw. Sie muss auch die Bildung und Ausbildung zur Verfügung stellen, damit die Wirtschaftsteilnehmer durch Arbeit und Verdienst sich diese technischen Dinge kaufen können.

Wenn ein Dorf oder eine Volksgruppe Autos und Handys will, dann beginnt der Weg ins technische Zeitalter. Er muss von den Menschen in den Dörfern und Städten selbst gegangen werden. Doch die Unterstützung und Hilfe kann falls gewünscht hier ansetzen, und zwar zur Ausbildung, zum Handwerk und zu KMU. Hinzu müssen dann faire Investitionen und fairer Handel kommen. Die strategischen Ziele für solch eine sich entwickelnde Wirtschaft entsprechen den unsrigen:

- Sicherung des langfristigen Überlebens,
- Selbstständigkeit und Eigenverantwortung,
- angemessener Wohlstand.

Welche Wege zu diesen Zielen können wir empfehlen, ohne in die kulturelle und politische Selbstbestimmung dieser Länder einzugreifen? Wie können wir ihnen dabei helfen?

Aus der Sicht einer Sozialen Volkswirtschaft kommen folgende Grundsätze in Betracht:

1. *Wirtschaft baut sich von unten nach oben auf.* Sie beginnt überall mit der Landwirtschaft, dem Handwerk und KMU. Erst zum Schluss sind Großtechnik und Großunternehmen sinnvoll.
2. *Örtliche, regionale, nationale, kontinentale und weltweite Wirtschaftskreisläufe bauen sich langsam und organisch auf.* Nur der Neoliberalismus und der Kommunismus wollen von oben und außen die Wirtschaft und die Entwicklungsländer übernehmen. Die einen wollen die Steuerung über das große Kapital durchführen, die anderen mit zentralen Plänen. Dadurch wird das eigene Wachstum von unten nach oben verhindert oder abgeschnitten.

3. Das Leben und die Geschichte gehen weiter. *Jeder Mensch und jede Organisation, jede Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt sich weiter.* Das gilt besonders für das 21. Jahrhundert mit seinen Weltnetzen für Verkehr und Nachrichten. Die „Leiter des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts“ (Eric Reinert) müssen alle Länder und Kulturen besteigen dürfen. Dazu sollen sie ihre kulturellen und politischen Überzeugungen und Einrichtungen weiterentwickeln. Unsere Hilfe muss immer Hilfe zur Selbsthilfe, zum Selbermachen sein. Der Aus- und Weiterbau der eigenen Institutionen (z. B. Genossenschaften, örtliche Selbstverwaltung u.ä.) sind für den Erfolg entscheidend. Ohne passende und wirksame Organisationen wird ein Land Opfer der kommenden großen Wirtschaftsmächte. Das führt zum nächsten Grundsatz.
4. *Kleine Pflanzen brauchen Schutz und Pflege*, bevor sie den rauen Wind des Welthandels vertragen.
Industrielle Billigwaren zerstören entstehende Wirtschaftskreisläufe. Beispiele sind die Mongolei, Peru u.a., wo hoffnungsvolle Entwicklungen zertrampelt wurden.

Von Friedrich List (1789 bis 1846), dem Vater der deutschen Freihandelslehre, stammt der Grundsatz, dass Freihandel zwischen gleich entwickelten Ländern gut ist, dass aber noch nicht industriell wettbewerbsfähige Länder sich davor schützen müssen. Deutschland und Bismarcks Schutzzollpolitik übernahmen diesen Grundsatz. Das Deutsche Reich überholte so zwischen 1871 und 1914 wirtschaftlich und technisch England.³⁷⁶ Die USA folgten dem Beispiel.³⁷⁷ Sogar mittlere Industrienationen können den Freihandel oft nicht überleben. Er führt zu Ent-Industrialisierung und drastischem Einkommensverfall.

Hinsichtlich der Mongolei und Russland sagt Reinert folgendes: „Die ineffektive Industrialisierung der Planwirtschaft schuf in den betroffenen Ländern einen weit höheren Lebensstandard, als der Kapitalismus es heute tut. Es besteht allerdings kaum Bereitschaft, auf diese Argumentation einzugehen.“³⁷⁸ Die Mongolei wurde durch eine *Wende* in die Nomadenzeit zurückversetzt.

³⁷⁶ Eric Reinert, a.a.O., S. 160 ff

³⁷⁷ Eric Reinert, a.a.O., S. 5

³⁷⁸ Eric Reinert, a.a.O. S. 106

5. *Jeder kann etwas, jeder wird gebraucht.*

So braucht jeder einen Berufsabschluss gemäß den Anforderungen seiner Heimatwirtschaft. Eines unserer deutschen Erfolgsrezepte ist die duale Ausbildung vom Lehrling bis zum Hochschulabgänger (Duale Hochschulen). Diese Ausbildung ist eng mit der örtlichen und regionalen, vor allem mittelständischen Wirtschaft verknüpft. Gelernt wird, was gebraucht wird. Sogar in den USA soll teilweise mit diesem System und deutscher Hilfe die Ent-Industrialisierung rückgängig gemacht werden. Unser Menschenbild mit Erfolgslust und der Überzeugung, dass niemand arm und dumm bleiben will, dürfte auch für Afrika und die ärmsten Länder gelten. Aus Afrika gibt es Berichte, dass die Eltern todunglücklich sind, wenn ihre Kinder auf die Straße gehen und bei den Touristen um Geld betteln. Denn dort „verdienen“ sie in der Stunde oft mehr, als die Eltern im Tag erarbeiten können. Doch vor allem gingen sie nicht mehr in die Schule und wurden der Arbeit entwöhnt und ans Betteln gewöhnt.

6. *Erst kommt die Erzeugung, dann der Tausch und der Handel. Wer nichts kann und nichts hat, braucht nicht auf den Markt.*

Zur Produktion gehört auch die Erstellung und Bereitstellung von nützlichen Dienstleistungen.³⁷⁹ Das hat sich inzwischen eingebürgert. Die Deutsche Bahn nennt das Angebot einer Fahrt mit dem ICE oder IC ein „Produkt“.

Das sehen die Neoliberalen anders. So meint Hans-Werner Sinn: „Aber Handelsgewinne sind die Quelle des menschlichen Wohlstands an sich. Die Erfindung der Märkte, auf denen Waren getauscht werden konnten, war wahrscheinlich die größte kulturelle Leistung der Menschheit.“ Wir Deutschen würden Handelsgewinne nicht auf die gleiche Stufe stellen „wie die unmittelbaren Früchte fleißiger menschlicher Arbeit“. „Das sind Reste überkommener Ideologien, die sich in der Nazizeit und auch schon vorher in unseren Köpfen eingenistet haben.“³⁸⁰ In Deutschland, das keine Kolonialmacht war, entwickelte sich neben dem Handwerk vor allem ein Beamten- und Bildungsbürgertum. Das war unterschwellig bis offen Kapitalisten feindlich und kritisch gegenüber „Händlernaturen“, bei denen nicht der höchste Stand von Bildung und Moral vermutet wurde. Von

³⁷⁹ lat. *producere*: hinbringen, ausliefern, herstellen und erzeugen

³⁸⁰ Hans-Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?* München 2004, S. 86

Historikern wurde das oft beschrieben, von Friedrich Meinecke über Wolfram Fischer bis Otto Brunner.³⁸¹

Den Tausch als große kulturelle Erfindung hinzustellen, ist auch falsch. Verhaltensforscher haben schon bei Schimpansen beobachtet, dass sie tauschen, sogar mit Menschen. Sie wurden sehr ärgerlich, machen ein Affentheater, wenn sie beim nächsten Tausch erkennbar weniger bekamen. Nach der klassischen Theorie soll der Tausch auch niemanden reicher oder ärmer machen. Nach dem Tausch oder Kauf auf einem vollkommenen Markt sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse wie vorher.³⁸² Keiner wird reicher oder ärmer, aber beide Seiten sind zufriedener. Das setzt u.a. gleich kluge und gleich starke Partner voraus.

7. Geld ist nicht das Ziel, sondern im Mittel beim Wirtschaften.

Ziel ist die bedarfsgerechte Versorgung der Menschen mit Gütern und Diensten. Geld ist ein Mittel zum erfolgreichen Wirtschaften, ein Schmier- und Steuerungsmittel. Bildlich gesprochen ist es das Blut, das den Kreislauf in Gang hält. Geld kann man nicht essen. Geld darf kein Herrschaftsmittel in den Händen weniger sein. Denn dann verliert es seine Fähigkeit, den Kunden und Bürgern als Abstimmungs- und Steuerungsmittel für die Wirtschaft zu dienen. Alle guten Eigenschaften eines vollkommenen Marktes, den die Klassiker wollen und versprechen, gehen dann verloren.

³⁸¹ Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, München und Berlin, 1928, S. 24 f. – Wolfram Fischer, *Staat und Gesellschaft Badens im Vormärz*, in: Conze, W. (Hg.), *Staat und Gesellschaft im Deutschen Vormärz 1815 bis 1848*, Stuttgart 1970, S. 158 ff – Otto Brunner, *Staat und Gesellschaft im vormärzlichen Österreich*, a.a.O., S. 73 – Johanna Schultze, *Die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bürgertum in den deutschen Zeitschriften der letzten drei Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts (1773 bis 1806)*, in: *Historische Studien*, hg. v. E. Ehering, Berlin, 1925, Heft 163, S. 123; Schultze zeigt gut die politischen, wirtschaftlichen und ethischen Einstellungen des deutschen Bürgertums im 18. Jahrhundert.

³⁸² sog. Pareto-Optimum: Niemand soll sich nach einem Tausch, Kauf besser oder schlechter stellen.

8.3 Friedensheer und Friedensdienst

Ein Friedensheer könnte einen wichtigen Beitrag zum strategischen Ziel „Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder“ leisten.

Das wäre eine neue Art Entwicklungshilfe und Antwort auf die Frage, wie die Armut vieler Länder beseitigt werden kann. Die „unsichtbare Hand“ der Neoliberalen wird weder die wirtschaftlichen Ursachen der weltweiten Massenflucht noch Kriege der neuen Wirtschaftsmächte oder viele weitere Herausforderungen lösen. Große Anstrengungen sind nötig, Aussitzen und Zaudern sind tödlich.

Ein Ziel ist dabei, dass möglichst viele Länder zum eigenen Nutzen erhebliche Teile ihrer Streitkräfte in Friedenskräfte umbauen. Armeen sind große Ausbildungseinrichtung für den Krieg. Friedensheere sollen die Ausbildungsinhalte ändern und „Schwerter zu Pflugscharen machen“. Aus Wehrdienst wird so in erheblichen Teilen Friedensdienst.

Die Pflicht und Chance zum Friedensdienst sollten alle Deutschen und alle Ausländer, die sich unbefristet in Deutschland aufhalten, haben. Das gilt für Männer wie für Frauen.

Beim früheren Zivildienst wurde allein die Arbeitskraft der Zivis genutzt. Hier wird empfohlen, dass beim Friedensdienst zuerst eine Ausbildung und dann ein Aufbaudienst, z.B. in den Heimatländern der Flüchtlinge, durchgeführt werden. Wir brauchen Nutzen für beide Seiten: berufliche Aus- oder Fortbildung für die Friedenssoldaten und dann Einsatz für den Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder. Deutsche Staatsbürger sind vornehmlich für den inneren Frieden im sozialen, kulturellen oder technischen Bereich einzusetzen, nur teilweise und freiwillig weltweit. Das wird beim den ‚Bausteinen des Bürgerstaats‘ beschrieben.

Die reguläre Dienstpflicht sollte 18 Monate dauern, um auch eine duale Berufsgrundausbildung zu erreichen. Dies ist nur möglich, wenn in der jeweiligen Muttersprache und möglichst durch Landsleute ausgebildet wird. Vorbild ist das Modell „Reservisten führen Reservisten“ mit Unterstützung durch Aktive.

Die Kosten dürften niedriger sein als Hartz IV samt Zusatzvergütungen. Der Nutzen ist für alle Beteiligten erheblich höher.

Strategische Ziele des Friedensheeres sind die Friedenssicherung nach innen und außen. Im Folgenden befassen wir uns mit dem Teilauftrag „Weltfrieden durch Wohlstand für alle Länder“. Dazu ist den ärmeren Ländern zu helfen, tragfähige Wirtschaftskreisläufe aufzubauen.

Das 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass bei Kriegen fast immer alle verlieren. Druck erzeugt Gegendruck, Niederlagen führen zu Vergeltung, Revanche und neuen Kriegen. Letztlich haben die USA die Kriege in Vietnam, im Irak und in Afghanistan verloren. Gegenbeispiele sind Willy Brandts Ostpolitik und Henry Kissingers Annäherung an den Erzkommunisten Mao Tse-tung ohne Vorbedingungen und moralische Vorhaltungen. Beides führte zur Entspannung und Annäherung.

Allerdings darf nie auf eine glaubhafte militärische Abwehrfähigkeit verzichtet werden. Sonst betreiben wir Chamberlains erfolglose „Befriedungspolitik“ gegen Hitler. Wir brauchen alle vier Teilstreitkräfte. Dabei ist streng zu unterscheiden zwischen Verteidigungs- und Angriffskrieg; letzterer ist nach dem Grundgesetz nicht nur verboten, sondern unter Strafe gestellt (Art. 26 I).

Als große Ausbildungseinrichtung muss das Friedensheer sofort jeden ankommenden jungen Flüchtling, der nicht zurückgewiesen wird, aufnehmen. Es ist unverantwortlich, die ganz überwiegend jungen, meist gesunden Flüchtlinge ohne Tätigkeiten und Ziele über Monate, oft Jahre allein und im Ungewissen zu lassen. Nach einem Jahr ohne Arbeit gelten Arbeitslose als schwer vermittelbar und der Arbeit entwöhnt. Letztlich werden die Ausbildungskapazitäten des Friedensheeres auch die Obergrenze für die Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik sein. Die Privatwirtschaft wird es nie schaffen.

Nach 10 Jahren waren schon nach den bisherigen Erfahrungen der Arbeitsagentur noch 40 %, nach 15 Jahren immer noch 30 % der Migranten nicht einmal im Arbeitsmarkt integriert, sondern lebten von Sozialhilfe.³⁸³ Viele andere sind Billigarbeiter, die wir so nicht brauchen und wollen. Denn die Arbeitsplätze, in die diese Flüchtlinge alsbald „integrierbar“ wären, haben wir längst nach Bangladesch und andere Länder ausgelagert (Olaf Scholz, SPD). Am unteren Rand einer Gesellschaft zu leben, schafft Enttäuschung und Verbitterung. Es entstehen Prekariat und revolutionäre Massen.

³⁸³ LandkreisNachrichten Baden-Württemberg, 1/2016, S. 23 ff.
245

Wie in jeder Armee darf die Ausbildung nicht theorielastig mit Tests, Noten und Unterricht ablaufen. Es sollte vielmehr gelten: *lernen durch Tun und Üben sowie nochmals Üben – bis es alle können*. Das ist eine ganz andere Art des Lernens und der Ausbildung als in Schule und Hochschule.

Ein deutscher Polizist, der längere Zeit in Afghanistan dortige Polizisten ausgebildet hatte, schilderte mit vielen Bildern und Videos vor Reservisten seine Erfahrungen. Zu den Erfolgen sagte er: „Ob wir nur einige Millimeter Fortschritte gemacht haben, weiß ich nicht. Oft hatte ich den Eindruck, sie kommen, weil sie Geld, Unterkunft und warmes Essen bekommen. Bei Unterricht schlafen sie schnell ein.“ Das war auf den gezeigten Bildern gut zu erkennen. Die Tendenz des Vortrags war: der Bildungsstand der Männer ist sehr gering, ihr Lerneifer auch, mit den Gesetzen und der Technik tun sie sich sehr schwer. – Mich überzeugte diese Schlussfolgerung nicht. Am Ende des Vortrags fragte ich: „Wenn diese Männer so unfähig und unbegabt sind, wie Sie es sagten, dann verstehe ich nicht, dass ihr sie nicht schnell besiegt habt. Aber die Taliban kämpfen doch so gut, dass bisher alle hochgerüsteten Militärmächte scheiterten.“ Die Antwort war hilflos. Die Einheimischen würden stammesmäßig organisiert kämpfen. Es herrschten strenge Hierarchien. Das alles wolle man nicht übernehmen.

Im Folgenden sollen nun zwei völlig unterschiedliche Arten von Ausbildung gezeigt werden: die theorielastige und die praxisbezogene.

Wir hatten im Landratsamt einen sehr klugen Kämmerer, also Leiter des Finanzwesens. Der wollte in seinen Ferien einmal etwas ganz anderes machen; und sein Stellvertreter wollte das auch. Da kam es für die beiden wie gerufen, dass in unserem Landkreis in Schlierstadt ein kleiner Flugplatz für Sportflieger und Fallschirmspringer eröffnet worden war. Ein größerer Stuttgarter Verein hat das Ganze betrieben; bei ihm haben sich die beiden Schreibtischstrategen nach einem Springerlehrgang erkundigt. Immer wieder einmal hat unser Kämmerer mit Vergnügen erzählt, wie umständlich und wie „bürokratisch“ der Ausbildungsplan war.

Ein Stapel von Büchern über das Fliegen und die Aerodynamik im Allgemeinen sowie das Springen mit dem Fallschirm im Besonderen wurde den beiden auf den Tisch gelegt. Es war Spätsommer. Das sei gut, meinten die in Stuttgart. Denn nun könnten sie über den Winter die

Bücher studieren, den Unterricht besuchen und im Frühjahr dann mit dem praktischen Üben beginnen.

Die beiden waren tief enttäuscht. So hatten sie sich ihren Urlaub, den Sport und ihr Abenteuer nicht vorgestellt. Das war ja im Vergleich zur Arbeit in der Kämmerei überhaupt keine Abwechslung. Da fand einer von ihnen in einer überregionalen Zeitung eine Anzeige. Angeboten wurde ein Fallschirmspringerlehrgang auf der Insel Texel in Holland. Der Kurs sollte 14 Tage dauern und in dieser Zeit sollte jeder mindestens viermal vom Himmel springen. Vorkenntnisse waren nicht nötig.

Die beiden haben sich angemeldet und sind nach Texel gereist. Am ersten Tag wurden ihnen dann die Springer gezeigt, die eine Woche vorher angekommen waren. Sie schwebte bereits vom Himmel. Ihnen wurde gesagt, dass sie dies in der nächsten Woche auch täten. Sie wurden nun gefragt: „Was ist das Wichtigste, wenn Sie oben aus dem Flugzeug gesprungen sind?“ Die richtige Antwort: „Der Fallschirm muss sich öffnen!“ „Genau, und das passiert nur, wenn Sie den Schirm richtig zusammengefaltet haben. Das wollen wir nun gleich üben; so lange üben, bis es jeder kann! Zusammenfalten muss jeder seinen Schirm selber, schließlich hängt das eigene Leben dran.“ Alle übten innig und mit großer Hingabe.

Die zweite Schwierigkeit, so wurde erklärt, ist das Landen ohne Beinbruch. Deshalb lernten sie ebenfalls ab dem ersten Tag an einem Sprungturm das richtige Aufkommen auf dem Boden. Und statt im Frühjahr sind die beiden noch in den Herbstferien viermal mit den Fallschirmen vom Himmel geschwebt. Das war unwissenschaftlich, aber sehr gekonnt. – Wenn das Friedensheer schnell und erfolgreich Menschen aus Afrika, dem Nahen Osten usw. ausbilden will, dann ist diese Art des Lernens eine Grundvoraussetzung für den Erfolg.

In den Schulen gilt oft das Prinzip „testen, benoten, aussieben“. Richtig ist hier aber der Grundsatz „üben statt sieben – bis es die Gruppe kann.“ Dann stellen sich auch Gruppendynamik, Kameradschaft und kein falscher Ehrgeiz, keine Ab- und Ausgrenzung ein.

Wir müssen auf die oben dargestellte ‚Erfolgslust‘ und ihre Merkmale zurückgreifen.³⁸⁴ Denn dieses natürliche Lernen will fast jeder Mensch.

Außerdem hat die Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) erkannt, dass manchen die notwendigen Arbeitstugenden fehlen. Sie forderte die Durchsetzung von Pünktlichkeit. Weitere Anforderungen werden hinzukommen. Die Teamfähigkeit mit „offen, ehrlich und zuverlässig“ werden sich am besten in landsmannschaftlich zusammengesetzten Einheiten erreichen lassen. Erinnern wir uns an die Steigerung der Erfolgslust in der Gruppe, an die Gruppendynamik (Seilschaften der Bergsteiger, Operationsteams). Das Gegenteil ist der Kampf der Nationalitäten und Religionen, den wir aus den Flüchtlingsunterkünften kennen.

Nicht nur theoretische Unterrichte, auch deutsche Sprachkurse sind der falsche Weg. Bis das alles durchgezogen ist, ist das halbe Leben vorbei. Afghanen und Afrikaner sind zudem sehr oft Analphabeten. In ihrer Muttersprache oder in der Amtssprache ihrer Heimatländer sollten sie lesen und schreiben lernen. Wir müssen sie dort abholen, wo sie sind. Dazu gehört unbedingt auch Sport.

Betrachten wir noch die Kosten. Die hohen, zu erwartenden Sozialhilfen sind das eine, wie Hans Werner Sinn vom Ifo-Institut errechnet hat. Die Datenbasis sei unsicher, doch sei „angesichts der geringen Qualifikation der überwiegenden Zahl der Flüchtling zu einem erheblichen Teil eine Immigration in die Arbeitslosigkeit“ zu erwarten. Aber auch Geringqualifizierte, die arbeiten, bekommen im Sozialstaat mehr Leistungen als sie an Steuern und Sozialabgaben aufbringen. Die wirklichen Kosten seien ein Tabu-Thema.³⁸⁵

Jedenfalls wird die Ausbildung im Friedensheer nicht nur nützlicher, sondern schon bald kostengünstiger sein als Hartz IV mit allen Zusatzleistungen (Mietkosten usw.). Vernünftiger und humaner ist sie in jedem Fall.

Die Bleibeabsichten und Bleibeaussichten sind ebenfalls ein Tabu-Thema. Es wird ständig nur von Integration geredet. Halten die Parteien

³⁸⁴ „3.2 Der Mensch will Freiheit und Erfolgslust“

³⁸⁵ Handelsblatt, 30.03.2016

das wirklich für möglich, wenn dann jeder junge Flüchtling (70 – 80 %) durchschnittlich noch fünf Familienangehörige nachziehen will?

Im Friedensheer haben die ausländischen Dienstpflichtigen die Aussicht, eine solide, begabungs- und neigungsgerechte Berufsgrundausbildung zu erhalten. Rund 80 % haben keinen belastbaren Berufsabschluss. Bei einer freiwilligen Dienstverlängerung auf 24 Monate und Bestehen einer Eignungsprüfung sollte ein vollwertiger Berufsabschluss möglich sein. Danach haben sie die Aussicht, in ihrem Kulturkreis eine persönliche und berufliche Existenz aufzubauen und ihrem Land Nutzen zu stiften. Das muss ebenfalls mit Unterstützung des Friedensheeres geschehen. Wie jede Wehrpflichtarmee muss auch das Friedensheer aktive Friedenssoldaten haben, die generalstabsmäßig planen und arbeiten.

Abschließend sei noch auf einen weiteren wichtigen Grundsatz hingewiesen. Es geht nicht um Missionieren und Antasten der jeweiligen Kultur. Wir müssen ohne Vorbedingungen und ohne westlich-moralische Belehrungen helfen. Andernfalls wird die Hilfe nicht angenommen.

Gabor Steingart, der Herausgeber des Handelsblatts, geht in seinem Buch „Weltbeben“ noch einen Schritt weiter.

„Nicht Integration sollte das Ziel kluger Politik sein, sondern Distanz. ... Es geht also diesmal nicht um Wandel durch Annäherung, wie Egon Bahr einst die Ostpolitik Willy Brandts begründete, sondern um ‚Distanz durch Dialog‘. Die Kulturkreise müssen nicht integriert, sondern entflochten werden, weil es durch zu intensive Berührung zu Abstoßungsreaktionen gekommen ist.“³⁸⁶ Und er verweist auf Samuel Huntington, der schon früh vorhersagte, „dass es niemals gelingen werde, eine Gesellschaft von einem Kulturkreis in einen anderen zu verschieben“.³⁸⁷

Es wäre ein großer Gewinn für die Menschheit, wenn möglichst viele Länder die großen Anstrengungen, die sie in Überzeugungs-, Glaubens- und Machtkämpfe, in Kriege und Rüstungen stecken, für den Frieden und ihren Wohlstand einsetzen würden. – Friedensheere für alle Länder!

³⁸⁶ Gabor Steingart, Weltbeben, a.a.O., S. 98 f

³⁸⁷ Gabor Steingart, Weltbeben, a.a.O., S. 80 f

8.4 Sofortmaßnahmen

Es ist keine Zeit zu verlieren. Jede neue Regierung sollte unverzüglich mit ersten Sofortmaßnahmen starten.

Dazu gehören

- *die Aufstellung des Friedensheeres,*
- *der Umbau der Arbeitsagentur zur duale Umschulungseinrichtung,*
- *der Aufbau eine Abwehr gegen Wirtschaftsspionage durch Cyber-Angriffe,*
- *der Bau einer Magnetbahn von Berlin über Warschau nach Moskau,*
- *die Planung und Umsetzung weiterer industrieller Großvorhaben (z.B. Meerwasserentsalzung, Sonnenenergie, Kleinst-Technik)*

Die erste Sofortmaßnahme sollte die **Aufstellung des Friedensheeres** als 4. Teilstreitkraft sein. Dazu gehört, dass die Aussetzung der allgemeinen Wehr- und Dienstpflicht beendet und wie beschrieben ein allgemeiner Friedensdienst eingeführt wird. Alle bei uns lebenden jungen Menschen brauchen Ausbildung und Beschäftigung, Lebensperspektiven und Teilhabe.

Im Innern hat das Friedensheer die strategischen Ziele: Sicherung der Generationenfolge, des Sozialstaats und des inneren Friedens. Umfangreiche Einsätze bei Familienhilfen, in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen aller Art müssen hier erste Entlastungen und Erfolge bringen. Das ist im Buch „Bausteine des Bürgerstaats“ genauer dargestellt.

Dann muss der **Umbau der Arbeitsagentur** und ihrer Jobcenter in duale Umschulungseinrichtungen für alle arbeitslosen Fach- und Führungskräfte erfolgen. Das strategische Ziel heißt: Arbeit für alle. Das ist der beste Sozialstaat.

Der in vollem Gang befindliche **Internetkrieg**, Cyberwar, bedroht unsere Bürger und vor allem unsere mittelständische Wirtschaft. Es ist die uralte und erste Aufgabe jeder Herrschaft und jedes Staats, seinen Bürgern Schutz nach innen und außen zu gewähren. Dies gilt vor allem dann, wenn angesichts der Größe der Bedrohung der Einzelne allein dazu

nicht fähig ist. Das ist beim Internet-Krieg und insbesondere bei der von fremden Staaten gesteuerten Wirtschaftsspionage der Fall. Hier ist das Militär die richtige Einrichtung für den Aufbau der Abwehr. Die USA, Russland, China, Israel u.a. zeigen, wie man das macht.

Wir müssen bei der nächsten **Basisinnovation**, der **Magnetbahn**, dabei sein. Sie wird in vielen Bereichen die Bahn, das Auto und das Flugzeug ablösen. Dazu ist unverzüglich mit der Planung und dem Bau einer Strecke Berlin – Warschau – Moskau zu beginnen. China hat unsere Technik bereits abgekupfert und will bis 2020 eine Magnetbahn von Schanghai nach Peking bauen. „Gleichzeitig wird die Technik im kommenden Jahr als S-Bahn in Peking eingesetzt.“

Unter der Überschrift „Wir Schnarchnasen“ lesen wir dazu im Handelsblatt:

„Premier Zhu gilt als weitsichtig, während die Deutschen in die Geschichte eingehen werden, die die Magnetbahn erst totdiskutiert und dann eine Technologie beerdigt haben, die ihre besten Zeiten noch vor sich hat. Eine deutsche Erfindung übrigens: 1934 ließ der Ingenieur Hermann Kemper die Technik patentieren. Bereits vor 30 Jahren fuhr der Zug über 400 Stundenkilometer. Der chinesische Schwebezug soll nunmehr 600 schaffen (was die Japaner schon können) und damit die Reise von Peking-Schanghai auf zweieinhalb Stunden halbieren.“ Allein einem der beteiligten chinesischen Unternehmen (BYD) soll das Geschäft zusätzliche Erträge von knapp 15 Mrd. Euro bringen. „In spätestens drei Jahren muss sich die Technologie im Alltag bewähren und exporttauglich sein.“³⁸⁸

Durch weitere industrielle Großvorhaben (z.B. Meerwasserentsalzung, Sonnenenergie, Kleinst-Technik wie Micro-, Nano-, Bio-Technik) sollten wir die einseitige Abhängigkeit von der Autoindustrie überwinden.

³⁸⁸ Handelsblatt, 30.12.2016, S. 15 – „Der Autor [Frank Sieren] gilt als einer der führenden deutschen China-Spezialisten. Er lebt seit über 20 Jahren in Peking.“

Der Verfasser

Gerhard Pfreundschuh, geb. 1941 in Heidelberg, studierte Geschichte, Recht und Wirtschaft (juristische Staatsprüfungen in München und Stuttgart, Examen in VWL in Mannheim). Mit einem verfassungsgeschichtlichen Thema promovierte er bei Roman Herzog zum Doktor der Verwaltungswissenschaften (Dr. rer. publ.) in Speyer („Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats“).

Nach Wehrdienst (Major d. R.) und Studium trat er in die Innenverwaltung Baden-Württemberg ein. Danach war er Erster Bürgermeister in Wertheim und von 1981 bis 1997 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises in Mosbach/Baden. Von 1998 bis 2008 war er Leiter des Steinbeis-Transferzentrums Kommunales Management der Steinbeis-Stiftung Baden-Württemberg in Heidelberg. Schwerpunkt war die Untersuchung öffentlicher Sozialer Hilfen in Kommunen und Ländern. Dazu wurde der Lehrgang „Fachanwalt Sozialrecht“ erfolgreich abgeschlossen.

Er ist seit 1966 mit Birgit, geb. Kellmann, verheiratet. Sie haben vier Kinder.

